

Erholung hat noch nicht Tritt gefaßt

Boom in Asien, schleppende Erholung in der EU und in Österreich, wo die Wirtschaft im I. Quartal 2010 stagnierte



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Impulse kamen vom Export nach Deutschland und damit indirekt von der starken Expansion der Wirtschaft in Asien und des Welthandels.

Die österreichische Wirtschaft stagnierte im I. Quartal 2010 sowohl gegenüber dem IV. Quartal 2009 (-0,1%) als auch gegenüber dem Vorjahr (+0,2%). Impulse kamen vom Export nach Deutschland und damit indirekt von der starken Expansion der Wirtschaft in Asien und des Welthandels. Die heimische Konsumnachfrage wächst stetig, allerdings mäßig. Die Investitionen sind weiterhin rückläufig, eine selbsttragende Investitionskonjunktur ist bislang nicht in

Gang gekommen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich kontinuierlich. Wegen der Rohstoffverteuerung steigen die Preise auf Verbraucherebene.

In Asien wächst die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kräftig. Dies geht vor allem auf die anhaltende Wirkung der expansiven Konjunkturpolitik in China und ein stabiles Finanz- und Bankensystem zurück. Die Warenimporte der asiatischen Schwellenländer stiegen im I. Quartal 2010 gegenüber dem

Vorquartal um 10%; sie lagen damit um 50% über dem Tiefstand von Ende 2008 und bereits um fast 15% über dem Niveau vor der weltweiten Wirtschaftskrise. Damit bildet Asien den wichtigsten Motor für den Aufschwung des Welthandels, der im I. Quartal 2010 gegenüber dem Vorquartal um 5% zunahm, damit aber noch etwas unter dem Vorkrisenniveau blieb.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3



Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
wie heiß der bevorstehende Sommer wird, läßt sich nicht vorher-
sagen. Daß es im Herbst heiß hergehen wird, steht jedoch schon
fest: am 26. September wird in der Steiermark der Landtag neu
gewählt. Zwei Wochen später, am 10. Oktober, sind die WienerInnen
aufgerufen, den Landtag, den Gemeinderat und die Bezirksvertre-
tungen neu zu wählen. Die Ergebnisse dieser beiden Wahlen werden
die Innenpolitik ganz wesentlich beeinflussen. Wir werden jedenfalls
die in den beiden Ländern wahlkämpfenden Parteien dazu einladen,
Ihnen ihre Wahlziele zu vermitteln. Wie Sie an den Wahlen teilneh-
men können, finden Sie unter <http://www.auslandsoesterreicher.at>

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 85

Enquete: Im Mittelpunkt steht das Wohl des Kindes	6	»Ich habe den Humor immer sehr ernst genommen«	60
Gemeinsam für das Burgenland	12	Otto Schenk wurde 80.	60
Kriminalstrategische Planung	13	Kunstsammler und Museumsdirektor Rudolf Leopold ist tot	63
Faymann besuchte Israel und Westjordanland	14	Trophée Gourmet A la Carte 2010	64
Neues Basislager in Baku	16	Österreichische Nationalbibliothek macht ihren gesamten historischen Buchbestand online zugänglich	65
Auf k.u.k. Spuren in Aserbaidschan	20	1,8 Kilometer Wissen digitalisiert	68
Von Rudolf Agstner	20	Neuartige Quelle von verschränkten Lichtteilchen entwickelt	69
Österreich zwischen den Blöcken	23	TU-Physiker löst ein Rätsel um neue Supraleiter	70
Von Manfred Rauchensteiner	23	Bananen nicht mit Birnen vergleichen	71
Internationale Ehen – Mehr Rechtssicherheit bei Scheidungsverfahren	28	Bisher einzigartige blau fluoreszierende Chlorophyllabbauprodukte in Bananenblättern	71
Neue Internationale Anti-Korruptionsakademie	29	Joseph Maria Olbrich – Jugendstil und Secession im Leopold Museum	72
Ausländische Pensionen werden künftig beitragspflichtig	35	Michelangelo – Zeichnungen eines Genies	76
Südtiroler Projekt ist beispielhaft	36	Grenzen überschreiten – Bayern und Salzburg 1810 bis 2010	77
Klarere und schlüssigere Lebensmittelkennzeichnung	37	Alfred Hdrlicka. Schonungslos! im Unteren Belvedere	82
Unsicherheiten in Hinblick auf die Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen	38	Kaiserliche Hofburg zu Innsbruck wiedereröffnet	84
WKÖ-Wirtschaftsparlament	39	Stadtraum Wiental	84
Christoph Leitl wiedergewählt	39	230 Quadratkilometer umfaßt das Einzugsgebiet des Wienflusses	85
Unternehmen Landwirtschaft 2020	41	Auf den Spuren von Harry Lime	87
Windkraft in Österreich startet neu durch	42	Klassikstars: Galanacht im Eisenstädter Schloßpark	89
Richtig bezahlen im Urlaub kann Geld sparen	43	Mozart und die Frauen – Sonderausstellung im Mozarthaus Vienna	90
Siemens City in Wien eröffnet	45	Serie: »Jugendstil« - diesmal: Tore und Türen – Eingangsbereiche...	92
Erster Fahrplan für gemeinsame Nationalpark-Weiterentwicklung	47	Serie »Österreicher in Hollywood« – diesmal: Billy (Billie) Wilder	95
Hauptbahnhof Wien rückt zur U-Bahn	49	Die schönsten Wanderungen der Kitzbüheler Alpen	99
Biker stürmen Wolckenturm	50		
1200 Festräder im Zeichen von »senza confini«	51		
Peterle feierte Sicherheitsfest mit den Innsbrucker Kindern	52		
So macht Schule Spaß!	53		
»Natur ist in. In Wien.«			
Diesmal stellen wir Ihnen den »Türkenschanzpark« vor.	45		
Hans Dichand ist tot			
Er hat die Medienlandschaft Österreichs in den letzten 50 Jahren geprägt wie kein anderer.	58		



Österreich zwischen den Blöcken S 23



Hans Dichand ist tot S 58



Nationalbibliothek digitalisiert mit Google S 65



Olbrich – Jugendstil und Secession S 72



Wanderungen in den Kitzbühler Alpen S 99

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: <http://www.bilderbox.biz>; S. 2: Bundesheer; „Kronen Zeitung“ / Klemens Groh; Österreichische Nationalbibliothek; Leopold Museum, KAM / Stefan Astner

Innenpolitik

➤ Von der Erholung der Weltkonjunktur profitieren auch die Industrieländer merklich: In Japan lag das BIP laut erster Rechnung trotz Deflation und schwacher Binnen- nachfrage im I. Quartal 2010 um gut 4% über dem Niveau des Vorjahres. In den USA trägt der Export zusammen mit kräftigen Ausrüstungsinvestitionen und – angesichts der schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt – überraschend robuster Konsumnachfrage der privaten Haushalte die Konjunktur (BIP I. Quartal +2,5% gegenüber dem Vorjahr). Im Euro-Raum profitiert die Wirtschaft nicht nur vom weltweiten Anziehen der Nachfrage, sondern (mit Verzögerung) auch vom Wertverlust des Euro gegenüber dem Dollar und dem japanischen Yen. Der Export lag im I. Quartal um 6% über dem Niveau des Vorjahres. Jedoch bremst die Schwäche der Binnen- nachfrage die Konjunkturbelebung erheblich: Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stagnieren, die Bruttoanlage- investitionen gehen anhaltend zurück (I. Quartal -5% gegenüber dem Vorjahr). Das BIP war sowohl im Euro-Raum als auch in der EU 27 im I. Quartal um nur 0,2% höher als im Quartal zuvor (+0,6% bzw. +0,5% gegen- über dem Vorjahr) Die Krise ist nicht über- wunden: Darauf weisen die hohe Instabilität der Finanzmärkte, die Labilität des Banken- systems und die zunehmend nachfragedämp- fende Wirkung der Maßnahmen zur Budget- konsolidierung in einzelnen Ländern hin.

Auch die österreichische Exportwirt- schaft zieht Nutzen aus dem Boom in Asien und der Erholung des Welthandels, vor allem indirekt über eine Ausweitung der Liefe- rungen an die weltmarktorientierte deutsche Wirtschaft (Jänner bis März nominell +8% gegenüber dem Vorjahr).

Andere wichtige Handelspartner wie Ita- lien und einige ostmitteleuropäische Länder haben die Rezession nicht überwunden, ent- sprechend schleppend entwickelt sich die Warenausfuhr dorthin. Insgesamt erhöhte sich der österreichische Export im I. Quartal gegenüber der Vorperiode leicht (+0,3%), er überstieg das Niveau des Vorjahres um +1,9%. Sehr uneinheitliche Konjunktur- signale gehen von der Sachgütererzeugung aus: Die Wertschöpfung verringerte sich im I. Quartal gegenüber dem Vorquartal (-1,2%) und entsprach damit dem Vorjahreswert; der Produktionsindex lag um etwa ein Fünftel unter dem Niveau vor der Krise. Hingegen zeigt der WIFO-Konjunkturtest eine anhal- tende und merkliche Verbesserung der Un- ternehmerstimmung in der Industrie. Die Produktionserwartungen stiegen auch im

Frühjahr weiter (Saldo aus positiven und negativen Meldungen im Mai +13 Prozent- punkte), die Auftragslage aus dem Ausland weist aufwärts, und die Geschäftslage in den nächsten sechs Monaten wird optimistisch beurteilt.

Die leichte Erholung des Exports schlägt sich bislang nicht in einer Ausweitung der Investitionen nieder. Die Ausrüstungsin- vestitionen sanken im I. Quartal 2010 um 2,4% gegenüber dem Vorquartal – der achte Rück- gang in Folge (-12,3% gegenüber dem Vor- jahr), zurückzuführen auf die anhaltend nie- drige Kapazitätsauslastung. Sie lag in der Industrie im II. Quartal mit 79% zwar merk- lich über dem Tiefstand vom Frühjahr 2009, aber noch unter dem langjährigen Durch- schnitt und deutlich niedriger als in der Hochkonjunktur. Damit ist bislang kein selbsttragender Konjunkturaufschwung in Gang gekommen.

Die auch während der Rezession stetig steigende Tendenz der Konsumnachfrage der privaten Haushalte hält an: Im I. Quartal erhöhte sich der private Konsum gegenüber dem Vorquartal um ¼% (aufgrund von Son- dereffekten +2,5% gegenüber dem Vorjahr). Die Veränderungsrate gegenüber dem Vor- quartal war damit zwar nur etwa halb so hoch wie im Durchschnitt der letzten Jahr- zehnte, doch deutlich höher als im Durch- schnitt des Euro-Raumes (-0,1%) oder in Deutschland (-0,8%). Das Anziehen der Teue- rung, das primär eine Folge des Rohöl- preisanstiegs auf dem Weltmarkt und nicht konjunkturbedingt ist, schränkt die verfü- gbaren Realeinkommen zunehmend ein. Im April betrug die Inflationsrate 2%, zur Hälfte bedingt durch die Verteuerung von Mineralölprodukten. Sie war damit etwas höher als der Anstieg der Bruttotariflöhne der Beschäftigten (+1,7%).

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich verbessert. Im Mai überstieg die Zahl der Arbeitslosen (einschließlich Personen in Schulungen) mit 305.000 das Niveau des Vorjahres nur noch leicht. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten übertraf das Vorjahresniveau bereits um 26.000. In saisonbereinigter Rechnung lag die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen (ohne Schulungen) im Mai um 12.000 unter dem Höchststand vom September 2009, allerdings um 48.000 über dem Tiefstand vom März 2008 (zudem waren zuletzt um 22.000 Arbeitslose mehr in Schulungen als im Frühjahr 2008).

Insgesamt hat sich die Konjunktur nach dem tiefen Einbruch von Mitte 2008 bis Mit- te 2009 zwar stabilisiert, doch die Erholung

hat noch nicht Tritt gefaßt. Nach zwei Quartalen mäßigen Anstiegs (III. Quartal 2009 real +0,7% gegenüber dem Vorquartal, IV. Quartal +0,3%) stagnierte das BIP im I. Quartal 2010 und überschritt damit das Ni- veau des Vorjahres kaum (+0,2%). Frühindi- katoren wie die Auftragseingänge und die Produktionserwartungen in der Industrie las- sen für das II. Quartal einen kräftigeren Zu- wachs erwarten, doch ein Aufschwung der Investitionstätigkeit zeichnet sich nicht ab.

Rund +4% bei Ein- und Ausfuhren

Wie die Statistik Austria anhand vorläufi- ger Ergebnisse errechnete, lag der Gesamt- wert der Einfuhren von Waren im Zeitraum Jänner bis März 2010 mit 24,89 Mrd. Euro um 3,8% über dem Vorjahreswert, die Aus- fuhren von Waren verzeichneten einen Zu- wachs von 3,9% auf 23,81 Mrd. Euro. Die Warenverkehrsbilanz wies damit ein Passi- vum von 1,08 Mrd. Euro auf.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäi- schen Union bezog Österreich im Berichts- zeitraum Waren im Wert von 17,98 Mrd. Euro, das entspricht einem Wachstum um 4,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Wert der in diese Länder versandten Waren betrug 17,02 Mrd. Euro, das ist um 3,8% mehr als in der Periode Jänner bis März 2009. Die Handelsbilanz mit der Euro- päischen Union verzeichnete ein Passivum von 0,96 Mrd. Euro.

Der Außenhandel mit Drittstaaten fiel im Vergleich zum entsprechenden Vorjahres- zeitraum höher aus: bei den Importen mit 6,92 Mrd. Euro um 2,8% und bei den Exporten mit 6,79 Mrd. Euro um 4,1%. Das Passivum der Handelsbilanz mit Drittstaaten betrug 0,13 Mrd. Euro.

Im Berichtsmonat März 2010 lag der Wert der Einfuhren bei 9,58 Mrd. Euro und verzeichnete ein Plus von 9,9% gegenüber März 2009. Die Ausfuhren betrugen 9,21 Mrd. Euro und erhöhten sich um 9,6% im Ver- gleich zum Vorjahresmonat. Die Warenver- kehrsbilanz wies damit ein Passivum von 0,37 Mrd. Euro auf.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäi- schen Union bezog Österreich im März 2010 Waren im Wert von 7,02 Mrd. Euro, und Waren im Wert von 6,47 Mrd. Euro wurden in diese versandt. Gegenüber März 2009 stiegen die Eingänge aus den EU-Ländern um 11,1% und die Versendungen um 7,5%. Das Passivum der Handelsbilanz betrug 0,55 Mrd. Euro.

Die Importe aus Drittstaaten betrugen 2,56 Mrd. Euro und stiegen gegenüber März

Innenpolitik

2009 um 6,8%, die Exporte stiegen mit 2,74 Mrd. Euro um 14,8%. Das daraus resultierende Aktivum der Handelsbilanz mit den Drittstaaten lag bei 0,18 Mrd. Euro

Mitterlehner: Exportdynamik stützt Wirtschaftswachstum

„Der Zuwachs der Exporte im ersten Quartal 2010 zeigt, daß die Unternehmen die Herausforderungen der Krise angenommen und den Strukturwandel beschleunigt haben“, sagte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner zu den Exportzahlen. Der schwächere Euro habe zudem weiteren Aufwind gebracht. „Besonders positiv ist die Dynamik, die sich nach einem flacheren Jahresbeginn im März mit einem Plus von 9,6 Prozent, entwickelt hat. Das macht mich zuversichtlich, daß der Aufschwung anhalten wird“, so Mitterlehner.

„Vor dem Hintergrund der verstärkten Sparbemühungen in allen Ländern Europas und auch in Österreich steigt die Bedeutung des Exportes als Beitrag zum Wachstum“, so Mitterlehner weiter. Denn durch die Budgetkonsolidierungen drohe, daß der die europäische Wirtschaft stabilisierende Konsum sowie die öffentlichen Ausgaben künftig als tragender Faktor wegfallen.

Jetzt gehe es darum, den Strukturwandel durch Öko-Innovationen, Investitionen in neue Technologien und verstärkten Fokus auf Dienstleistungen fortzusetzen. Wichtig sei es, auch die Abhängigkeit vom Euro-Raum zu reduzieren. Mitterlehner hat daher in den vergangenen Wochen China und Rußland besucht. Im Juni folgte ein Besuch in der Schwarzmeer-Region, die den Weg für Österreichs Unternehmen ebnen soll (siehe unseren Bericht auf der Seite 16).

Verhaltener Wirtschaftsaufschwung bei notwendiger Budgetkonsolidierung

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) geht in ihrer aktuellen Prognose von einem Wachstum der realen Wirtschaft Österreichs von 1,6 % im Jahr 2010 aus, nachdem diese 2009 um 3,4 % geschrumpft war. In den Jahren 2011 und vor allem 2012 wird sich das Wachstum sukzessive auf 1,8 % bzw. 2,1 % beschleunigen. Im Vergleich zur Dezemberprognose 2009 stellen sich die Konjunkturaussichten nunmehr insbesondere infolge der rascheren Erholung des Welt-handels sowohl für 2010 (+0,4 Prozentpunkte) als auch für 2011 (+0,2 Prozentpunkte) günstiger dar. „Die mittelfristigen Wachstumsaussichten werden aber als gedämpft eingeschätzt“, kommentiert OeNB-



BM Reinhold Mitterlehner



OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny

Gouverneur Ewald Nowotny die aktuelle Prognose.

Die seit Sommer 2009 beobachtete rasche Erholung des Welthandels begünstigt den Aufschwung der österreichischen Wirtschaft. „Nach -15% im Jahr 2009 wird für 2010 wieder ein positives Wachstum der heimischen Exporte von 4,6 % erwartet, das sich 2011 und 2012 weiter auf 5,4 % bzw. 6,1 % beschleunigen wird“, so Gouverneur Nowotny. Die Bruttoanlageinvestitionen werden nach dem starken Einbruch im Jahr 2009 zwar ab Mitte 2010 wieder wachsen, für das Gesamtjahr 2010 wird sich aber trotzdem ein Rückgang von 4,5 % ergeben. Erst 2011 (+1,5 %) und 2012 (+2,9 %) wird wieder mit positivem, historisch gesehen aber unterdurchschnittlichem Wachstum der Investitionstätigkeit gerechnet.

Konsum stabilisiert Konjunktur

Die Arbeitnehmerentgelte pro Beschäftigtem werden 2010 aufgrund der niedrigeren Tariflohnabschlüsse weitaus langsamer steigen (1,3 %) als 2009 (2,4 %). Die Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen werden jedoch wieder zunehmen (1,6 %) und in Verbindung mit den öffentlichen Nettotransferleistungen das verfügbare Haushaltseinkommen stabilisieren. Aufgrund der etwas höheren Inflation wird das real verfügbare Haushaltseinkommen 2010 aber stagnieren. Da die Vorlaufindikatoren eine anhaltend robuste Konsumnachfrage signalisieren, wird für 2010 ein Konsumwachstum von 1,1 % erwartet. Im Verlauf der Jahre 2011 und 2012 wird das Wachstum des privaten Konsums durch den erwarteten restriktiven Ausgabenpfad der öffentlichen Hand gedämpft. Die Sparquote wird im Jahr 2010 (10,1 %) sinken und 2011 bzw. 2012 auf annähernd gleichem Niveau verharren.

Arbeitsmarktperspektiven bleiben getrübt

Die krisenbedingt erhöhte Arbeitslosigkeit ist im Vorjahresvergleich im März 2010 erstmals zurückgegangen; die Anzahl an offenen Stellen hat leicht zugenommen. Die Beschäftigung in Stunden ist im ersten Quartal 2010 wieder gewachsen. Angesichts der Schwere des Wirtschaftseinbruchs überrascht sowohl der im internationalen als auch im historischen Vergleich geringe Anstieg der Arbeitslosenquote sowie die rasche Rückkehr zu positivem Beschäftigungswachstum. Unterstützt durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen waren die heimischen Unternehmen bestrebt, ihren Beschäftigtenstand nach Möglichkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit zu halten. Das Arbeitsangebot wird im Prognosezeitraum leicht wachsen, allerdings wird das Wirtschaftswachstum zu gering sein, um nachfrageseitig die Arbeitslosenquote zu verringern. Für 2010 und 2011 wird daher ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenquote auf 5,0 % bzw. 5,1 % prognostiziert. 2012 wird sie auf diesem Niveau verharren.

Energiepreise erhöhen Inflation auf weiterhin moderates Niveau

Die Harmonisierte Verbraucherpreisindex-Inflationsrate (HVPI) stieg vor allem infolge der Preissteigerungen bei Energie im März und April 2010 auf 1,8 %. Im weiteren Verlauf des Jahres 2010 werden keine wesentlichen Veränderungen des HVPI erwartet. Für das Gesamtjahr 2010 ergibt sich somit eine Preissteigerungsrate von 1,7 %.

Innenpolitik

Nach unveränderter Inflation im Jahr 2011 wird für 2012 aufgrund leicht erhöhter Preise für langlebige Konsumgüter ein geringfügiger Anstieg auf 1,8 % prognostiziert.

Erforderliche Budgetkonsolidierung und wirtschaftliche Entwicklung

2010 werden die öffentlichen Abgaben stagnieren, das Defizit wird daher auf 4,5 % des BIP steigen (2009: 3,4 %). Erst 2011 bzw. 2012 wird es infolge der erwarteten Budgetkonsolidierung des Bundes auf 4,2 % bzw. 3,9 % des BIP sinken. Die schwache Konjunkturerholung wird das Defizit hingegen kaum automatisch verringern. Die Staatsschuldenquote wird von 66,5 % des BIP (Ende 2009) auf rund 73 % des BIP im Jahr 2012 zunehmen.

In Übereinstimmung mit den Konventionen des Eurosystems sind in der vorliegenden Prognose nur Budgetmaßnahmen berücksichtigt, die bereits beschlossen wurden oder hinreichend detailliert sind und knapp vor ihrer gesicherten Beschlußfassung durch das Parlament stehen. In einem Szenario wird deshalb die Konjunkturerholung unter der Annahme, daß der im österreichischen Stabilitätsprogramm festgelegte Budgetkonsolidierungspfad eingehalten wird, geschätzt. Das Maastricht-Budgetdefizit wäre demnach 2011 und 2012 mit 4,0 % bzw. 3,3 % des BIP um 0,2 bzw. 0,6 Prozentpunkte niedriger. Für das Wirtschaftswachstum ergibt sich daraus für beide Jahre eine Dämpfung auf jeweils 1,7 %.

Pröll: Sparen, sparen, sparen...

Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) wies, anlässlich einer Pensionsdebatte, eindringlich auf die Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung. Man habe am Beispiel Griechenland gesehen, was passieren kann, wenn man mit dem Staatshaushalt nicht sorgsam umgeht. „Europa hat aber Einigkeit und Handlungsfähigkeit bewiesen und wichtige Schritte zur Stabilisierung des Euro gesetzt. Eine bessere Absicherung als diesen Schutzschirm für den Euro, für unsere Zukunft, für unsere Arbeitsplätze und Pensionen gibt es nicht“, so Pröll. Es gelte daher nun Österreich krisensicher zu machen, da heißt es „jetzt mehr denn je: Sparen, sparen, sparen“. Die Prioritäten bei der Konsolidierung sind klar: Volle Konzentration auf Einsparungen auf Seiten des Staates, Neues Wachstum schaffen vor allem in Zukunftsbereichen wie den Green Jobs und erst als letztes Mittel neue Steuern, betont der Finanzminister.



Foto: BMLFUW / Bernhard Kern

Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll



Foto: BMF / Ludwig Schedl

Staatssekretär Andreas Schieder

Schieder: Vorsichtig positives Signal

„Als an sich positives Signal“ bewertete Staatssekretär Andreas Schieder (SPÖ) die OeNB-Konjunkturprognose. „Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Konsum sind die wichtigsten konjunkturellen Hebel – auch, wenn es um die Budgetkonsolidierung geht. Deshalb muß bei allen Maßnahmen die soziale Ausgewogenheit, das Stärken des Wirtschaftswachstums und die Beschäftigungswirkung berücksichtigt werden.“

„Um die Wirtschaft zu stärken, müssen wir auch weitere Maßnahmen für eine starke und straffe Regulierung – zum Beispiel der CDS (Credit Default Swaps, das sind Kreditderivate, mit denen sich Marktteilnehmer gegen das Ausfallrisiko, beispielsweise bei Anleihen, absichern können, Anm.) – und die Kontrolle der Finanzmärkte setzen. Dazu

gehört auch, daß wir in Österreich – so wie in Deutschland – prüfen, Leerverkäufe gänzlich zu verbieten.“ Denn es bestünden weiterhin Risiken für die Wachstumsquoten, die aus den immer noch instabilen Märkten drohen, so Schieder. „Es braucht klare Signale, daß die Lehren aus der Krise gezogen werden.“

Die OeNB-Ergebnisse zeigen aber auch, daß der Konsum und die nationale Kaufkraft in der Krise stabil geblieben sind. „Wir dürfen auch keine Maßnahmen setzen, die uns diese stabile Säule ins Wanken bringen und damit die positiven Konjunkturprognosen gefährden. Und wir brauchen weitere Anstrengungen, um die Arbeitslosigkeit zu senken.“

Mit den Stimmen der Koalitionsparteien beschloß der Parlamentarische Budgetausschuß Anfang Mai das Bundesfinanzrahmengesetz, das für die kommenden vier Jahre detaillierte Ausgabenobergrenzen für die einzelnen Ressorts vorsieht. Während SPÖ und ÖVP von richtigen Maßnahmen zur richtigen Zeit sprachen, vermißten die Vertreter der Opposition weitergehende Strukturereformen.

Abgeordneter Alois Gradauer (FPÖ) vermerkte zwar als positiv, daß nunmehr sämtliche Ausgabenpositionen auf Einsparungspotentiale überprüft werden müßten, zweifelte aber an den Chancen einer echten Budgetkonsolidierung. Tatsächliche Einsparungen würden in der Praxis nicht stattfinden, die Konsolidierungsbeiträge seien bloß verringerte zukünftige Ausgabensteigerungen, kritisierte er. Angesichts der drastischen Zunahme der Bundesschulden und der Zinsbelastung sei „Feuer am Dach“.

BZÖ-Obmann Josef Bucher fordert eine „Schuldenbremse“, die vorsieht, daß nach Überwindung der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise beziehungsweise einem Übergangszeitraum samt Konsolidierungshilfen gesetzlich sichergestellt ist, daß der Bund grundsätzlich nur bis zur Höhe von 0,35 % des BIP und Länder und Gemeinden generell gar keine budgetäre Neuverschuldung eingehen dürfen. Ausnahmen davon sollen allein in Ausnahmesituationen wie beispielsweise Rezessionen möglich sein.

Abgeordnete Ruperta Lichtenecker (Grüne) bemängelte den Strategiebericht als zu wenig konkret und forderte insbesondere Klarheit über den Beitrag von Ländern und Gemeinden an der Budgetkonsolidierung.

Im Herbst, nach den Wahlen in der Steiermark und in Wien, soll dann feststehen, wo und in welchem Ausmaß die öffentliche Hand künftig Einsparungen tätigen wird. ■

Im Mittelpunkt steht das Wohl des Kindes

Parlamentarische Enquete zum Thema Obsorge und Unterhalt



Alle Fotos: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Leo Hagen

Parlamentarische Enquete »Konflikte konstruktiv begegnen – aktuelle Herausforderungen im Familienrecht« im Hohen Haus.

Im Mittelpunkt steht das Wohl des Kindes.“ Diese Prämisse wurde am 24. Juni gleich zu Beginn der parlamentarischen Enquete, die sich mit den Problemfeldern Obsorge und Unterhalt beschäftigte, von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ebenso außer Frage gestellt wie von Justizministerin Claudia Bandion-Ortner (ÖVP) und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ). Während sich jedoch die Justizministerin für eine automatische gemeinsame Obsorge aussprach, weil diese deeskalierend wirke und die Kinder Anspruch auf beide Elternteile hätten, zeigte sich die Frauenministerin skeptisch gegenüber einer „Zwangsbeglückung“, wie sie die verpflichtende gemeinsame Obsorge nannte. Sie trat eher dafür ein, bei einvernehmlichen Scheidungen die Besuchszeiten gleich mitzuregulieren und bei strittigen Scheidungen eine verpflichtende Elternberatung vorzusehen. Einig war man sich darin, daß die Verfahren abgekürzt werden müssen.

Zur Enquete mit dem Titel „Konflikte

konstruktiv begegnen – aktuelle Herausforderungen im Familienrecht“ waren zahlreiche Expertinnen und Experten geladen. Sie diskutierten die Themenbereiche Obsorge, Besuchsregelung und Unterhalt.

Prammer: Scheidungskinder bestmöglich unterstützen

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bezeichnete das Familienrecht als eine der sensibelsten Materien, mit der man sich in der politischen Tätigkeit zu befassen hat. Die diesbezüglichen Regelungen beeinflussen das tagtägliche Zusammenleben der Menschen und damit ihr privates Lebensumfeld, sagte Prammer.

Die Familienstrukturen seien komplexer, vielfältiger und individueller geworden, betonte sie, und die Zahl der Alleinerziehenden – 296.000 Personen, davon 85 Prozent weiblich – würde genauso steigen wie die Zahl der Lebensgemeinschaften und die Scheidungsrate, die mittlerweile 48 Prozent

beträgt. Die Politik sei daher gefordert, das Zusammenleben der Menschen rechtlich, soweit dies notwendig ist, auch abzusichern und ihnen die Möglichkeit zu geben, individuelle Situationen bestmöglich zu regeln. Dadurch komme auch die Wertschätzung der Politik für die vielfältigen Lebensformen zum Ausdruck.

Bei all diesen Anforderungen ist es laut Prammer jedoch unbedingt notwendig, immer das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt zu rücken und die Interessen der Erwachsenen ein Stück zurück zu nehmen. Jährlich seien ca. 21.000 Kinder und Jugendliche von der Scheidung der Eltern betroffen und diese gelte es, bestmöglich zu unterstützen, unterstrich die Nationalratspräsidentin.

Bandion-Ortner: Automatische gemeinsame Obsorge wirkt deeskalierend

Auch Justizministerin Claudia Bandion-Ortner (ÖVP) ließ in ihrer einleitenden Stellungnahme keinen Zweifel daran, daß es in

Innenpolitik

erster Linie um die Rechte der Kinder geht. Vielfach würden jedoch Rosenkriege auf dem Rücken der Kinder ausgetragen und die Eltern versuchen, diese bei ihrer Auseinandersetzung zu instrumentalisieren. Man müsse daher, so die Justizministerin, in den Köpfen der Leute etwas verändern und ihnen bewußt machen, was sie mit ihrem Verhalten bei den Kindern anrichten.

Bandion-Ortner sprach sich dezidiert für eine automatische gemeinsame Obsorge nach der Scheidung aus. Kinder hätten Anspruch auf beide leiblichen Elternteile auch nach der Scheidung, hielt sie fest, und man müsse auch bedenken, daß sich die Rolle der Eltern in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert hat. Einerseits würden Väter mehr elterliche Verantwortung übernehmen, andererseits seien immer mehr Mütter berufstätig. Laut Justizministerin belegen Studien, daß eine gemeinsame Obsorge deeskalierend wirkt, auch wenn sie nicht vereinbart wird. Dies sei deshalb der Fall, weil Eltern dann nicht um ihre Rechte kämpfen müssen und ein Elternteil von der Betreuung des Kindes nicht ausgeschaltet wird. Selbstverständlich sei eine gemeinsame Obsorge dann nicht vorgesehen, wenn diese dem Kindeswohl widerspricht, ergänzte die Ministerin. Die positiven Auswirkungen der automatischen gemeinsamen Obsorge würden auch durch die Erfahrungen jener Länder, in denen es diese gibt, bestätigt. Das sei etwa in der Schweiz, in den Skandinavischen Ländern und in Deutschland der Fall. Aus Deutschland wisse man, daß die Unterhaltstreitigkeiten massiv gesunken sind, die Kontakte zwischen beiden Eltern und Kindern sich jedoch enger gestalten.

Bundesministerin Bandion-Ortner sah auch beim Besuchsrecht Verbesserungsbedarf. Es gehe darum zu verhindern, erläuterte sie, daß ein Elternteil das Kind oft monatelang nicht zu Gesicht bekommt. Sie sei daher um eine Beschleunigung des Verfahrens im Hinblick auf das Besuchsrecht bemüht und plane die Familiengerichtshilfe und die Mediation auszubauen. SozialarbeiterInnen und MediatorInnen sollten vermehrt Gespräche mit Eltern führen, womit vieles nicht vor Gericht gebracht werden müßte.

Auch bei nicht verheirateten Eltern hätten Kinder Anspruch auf beide Eltern, stellte die Justizministerin in weiterer Folge fest. Uneheliche Väter müßten vermehrt in die Verantwortung einbezogen werden, wobei man dabei aufpassen müsse, damit Frauen den Vater aus Angst vor der gemeinsamen Obsorge nicht bekannt geben. Hier sei aber



NR-Präsidentin Barbara Prammer



Justizministerin Claudia Bandion-Ortner



Frauenministerin G. Heinisch-Hosek

noch vieles in Diskussion, erklärte Bandion-Ortner, und man werde auch noch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte abwarten.

Was den Unterhaltsvorschuß betrifft, so habe das Familienrechtsänderungsgesetz 2009 positive Änderungen gezeigt, erläuterte die Justizministerin. Seither gebe es um 29 Prozent mehr Unterhaltsvorschüsse. Abschließend betonte Bandion-Ortner, ihr gehe es darum, gemeinsam ein Familienrecht zu schaffen, das das Wohl der Kinder stärkt.

Heinisch-Hosek: Im Scheidungsverfahren auch Besuchsrecht mitregeln

Angesichts der steigenden Zahl der Beratungsfälle, der Erfahrungen in den Frauenhäusern und der zunehmenden Probleme der Jugendwohlfahrt zeige sich die Notwendigkeit, das Familienrecht im 21. Jahrhundert neu zu bewerten, stellte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek am Beginn ihrer Ausführungen fest. Seit der großen Familienrechtsreform der 70er Jahre habe sich die Lebenssituation sowohl der Erwachsenen als auch der Kinder geändert, und nun habe die Politik die Verantwortung, darauf zu antworten. Auch sie bekräftigte, die ganze Debatte sei unter dem Aspekt des Kindeswohls zu führen und die Bedürfnisse der Erwachsenen müßten dem untergeordnet werden.

Im Gegensatz zu ihrer Regierungskollegin zeigte sich die Frauenministerin jedoch skeptisch hinsichtlich der positiven Wirkung einer automatischen gemeinsamen Obsorge nach der Scheidung. 90 Prozent aller Scheidungen würden einvernehmlich vorgenommen, argumentierte Heinisch-Hosek, bei der Hälfte davon werde eine gemeinsame Obsorge vereinbart. Diese Zahlen belegten, daß die derzeitige Rechtslage funktioniere, weshalb sie keine Notwendigkeit für eine diesbezügliche Änderung sah. Wenn keine gemeinsame Obsorge beantragt wird, wird es dafür gute Gründe geben, meinte sie.

Sie bezweifle jedenfalls, daß die gemeinsame Obsorge die Lösung der Probleme bringen kann. Ihrer Meinung nach handelt es sich dabei eher um eine Zwangsbeglückung und um einen Harmonisierungsversuch per Gesetz. Nachdem sich die Aufteilung bei den Betreuungspflichten zwischen Frauen und Männern in der Erziehung während der letzten 15 Jahre kaum geändert habe, beide Elternteile aber große Herausforderungen im jeweiligen Beruf zu bewältigen haben, herrsche in der familiären Lebensrealität noch immer ein großes Ungleichgewicht. Es sei daher unverständlich, bemerkte Heinisch-Ho-

Innenpolitik

sek, warum dieses Verhältnis nach der Scheidung durch eine Art Zwangsharmonisierung ausgeglichen werden sollte.

Was nicht passieren dürfe, sagte die Frauenministerin, sei jedoch, daß die Besuchsregelungen so lange dauern, daß eine Entfremdung zwischen Kindern und Eltern entsteht. Sie befürwortete auch eine umfassende Familienrechtsreform. Stückwerk sollte vermieden werden.

Heinisch-Hosek plädierte daher dafür, bei einvernehmlichen Scheidungen neben Unterhalt, Aufenthaltsort und Obsorge gleichzeitig auch das Besuchsrecht zu regeln. Bei strittigen Scheidungen sollten die RichterInnen vermehrt Besuchsregelungen vorschreiben, schlug die sie vor und deponierte ihr klares Nein zur verpflichtenden gemeinsamen Obsorge. Sie glaube nicht, daß diese deeskalierend wirkt. Vielmehr sollte es bei strittigen Scheidungen eine verpflichtende Elternberatung geben. Heinisch-Hosek konnte sich auch die Ausweitung der Besuchscafés und der Modelle zur Begleitung vorstellen. Man könnte ihrer Meinung nach auch überlegen, eine Abkühlphase vorzusehen, wenn sich Eltern über die Obsorge nicht einig sind.

Heinisch-Hosek unterstützte jedoch die Justizministerin in der Auffassung, daß die Verfahren unbedingt beschleunigt werden müssen. Es könne nicht sein, daß diese mehrere Jahre dauern, sagte sie, man werde wohl eine angemessene Zeit vorsehen müssen.

Divergente Ansichten bei ExpertInnen

Im ersten Block der Enquete ging es gleich um eines der strittigsten Themen im Familienrecht: die Obsorgeregelungen für eheliche Kinder nach einer Scheidung und für uneheliche Kinder. Die verschiedenfach geforderte automatische gemeinsame Obsorge im Scheidungsfall ist, wie sich zeigte, auch unter den ExpertInnen umstritten.

Kathrein: Sachbezogene, ergebnis-offene Diskussion notwendig

Eingeleitet wurden die Referate von Georg Kathrein, Sektionschef im Justizministerium. Er wies darauf hin, daß sich die Zivilrechtssektion des Ressorts schon seit vielen Jahren mit dem Obsorge-Thema beschäftige. Durch das Kindschaftsrechtsänderungsgesetz sei es zwar zu einigen Verbesserungen gekommen, meinte er, allerdings habe das geltende Modell der freiwilligen gemeinsamen Obsorge auch gewisse Schwächen. So leiste es keinen Beitrag dazu, erbitterte Streitigkeiten zwischen Eltern zu befrieden.

Die geltende Rechtslage in Österreich

trägt nach Ansicht Kathreins außerdem dem gesellschaftlichen Wandel und der europäischen Entwicklung nicht in vollem Ausmaß Rechnung. Das aktuelle Leitbild sehe vor, Väter mehr in die Verantwortung zu nehmen, skizzierte er, auch wenn Realität und Leitbild häufig auseinander klaffen.

Kathrein sieht daher die Notwendigkeit gesetzlicher Änderungen, plädierte aber dafür, mit großer „Vorsicht, Umsicht und Rücksicht“ vorzugehen und sachbezogen und ergebnisoffen zu diskutieren. Seiner Darstellung nach will das Justizministerium eine Arbeitsgruppe einrichten, um Lösungen zu suchen, die nicht konfliktfördernd, sondern konfliktvermeidend seien. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen sollten ihm zufolge viel deutlicher herausstreichen, daß es um die Verantwortung für das Kind gehe und nicht um Rechte und Ansprüche. Für Kathrein heißt das aber, wie er sagte, nicht zwingend eine gemeinsame Obsorge.

Ernst: Deutschland will von gemeinsamer Obsorge nicht mehr abrücken

Rüdiger Ernst, Richter am Kammergericht Berlin, erläuterte die gesetzlichen Obsorge-Bestimmungen in Deutschland, wie sie seit dem Jahr 1998 gelten. Demnach bleibt bei einer Trennung der Eltern die gemeinsame elterliche Sorge aufrecht, mit einer wesentlichen Ausnahme: Für die Angelegenheiten des täglichen Lebens hat der Elternteil das alleinige Entscheidungsrecht, bei dem das Kind lebt.

Jeder Elternteil könne allerdings die Alleinsorge oder Teile der Alleinsorge beantragen, schilderte Ernst. Das Familiengericht könne einem solchen Antrag aber nur stattgeben, wenn entweder der andere Elternteil zustimmt oder es dem Wohl des Kindes dient. Sehr häufig kommt es Ernst zufolge vor, daß es lediglich zu einer teilweisen Auflösung der gemeinsamen Sorge komme, also nur für bestimmte Bereiche. Von der grundsätzlichen Regelung der gemeinsamen Sorge will heute laut Ernst in Deutschland niemand mehr weg. Bei nicht ehelichen Kinder ist in Deutschland, wie Ernst erklärte, die Mutter allein sorgeberechtigt. Nur in Ausnahmefällen könne der Vater an der Sorge teilhaben. So gebe es die Möglichkeit der gemeinsamen Sorgeerklärung, die aber von der Zustimmung beider Elternteile abhängig sei. Diese Bestimmung muß nun allerdings aufgrund einer Entscheidung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs geändert werden. Ernst zufolge sind in Deutschland verschiedene Opt-In- und Opt-Out-Modelle in

Diskussion, etwa die automatische gemeinsame Obsorge bei gleichem Wohnsitz der Eltern.

Täubl-Weinreich: Vorsichtiges Ja zu automatischer gemeinsamer Obsorge

Familienrichterin Doris Täubl-Weinreich hob hervor, daß die FamilienrichterInnen eine automatische gemeinsame Obsorge für Kinder im Scheidungsfall „vorsichtig bejahen“. Allerdings müsse es eine verpflichtende Elternberatung vor der Scheidung in bezug auf die Obsorgefrage geben, forderte sie. Damit könnten etwaige Konflikte bereits im Keim erstickt werden.

Täubl-Weinreich begründete die Haltung der FamilienrichterInnen damit, daß Obsorgeverfahren „scheußliche Verfahren“ seien. Jeder Elternteil habe zu beweisen, daß er der bessere Elternteil sei, was bedeute, daß der andere Elternteil schlecht gemacht werden müsse. In der Praxis würden Dinge wie der Konsum von Haschisch in der Jugend oder Pornofilm-Schauen nach dem Schlafengehen des Kindes als Argumente vorgebracht. Solche Streitigkeiten seien zwar nie zur Gänze vermeidbar, sagte die Richterin, es gebe aber Studien, denen zufolge eine gemeinsame Obsorge Konfliktsituationen entschärfe.

Viel wesentlicher als die Obsorgedebatte wertete Täubl-Weinreich allerdings die Frage des Besuchsrechts. Entsprechende Verfahren seien für alle Beteiligten zermürbend, betonte sie. Die Richterin regte daher die Einrichtung von Vermittlungsstellen an, die dem Gerichtsverfahren vorgelagert sein und eine Art Clearing-Funktion haben sollen. Sie sollten zwischen den Elternteilen vermitteln. Einer Entscheidungsfrist für Besuchsrechtsverfahren kann Täubl-Weinreich aufgrund des hohen Aktenanfalls für die RichterInnen nichts abgewinnen.

Generell gab Täubl-Weinreich zu bedenken, daß es in erster Linie um das Wohl des Kindes gehe. Es sei wissenschaftlich erwiesen, daß Kinder Mütter und Väter brauchten. Änderungsbedarf ortet sie daher auch in der Frage des hauptsächlichen Wohnorts für Kinder – es solle möglich sein, daß Kinder abwechselnd beim Vater bzw. der Mutter leben.

Wöran: Gemeinsame Obsorge setzt gewisses Einvernehmen voraus

Elisabeth Wöran, Plattform für Alleinerziehende, äußerte sich zu einer automatischen gemeinsamen Obsorge im Scheidungsfall skeptisch. Sie gab zu bedenken, daß eine gemeinsame Obsorge ein gewisses Einver-

Innenpolitik

nehmen zwischen den Eltern voraussetze. Ein solches sei bei strittigen Scheidungsverfahren und Sorgerechtsstreitigkeiten allerdings schwer zu erreichen. Gleichzeitig machte sie geltend, daß es viele Fälle gebe, wo ein Elternteil die alleinige Obsorge habe und die gemeinsame Kinderbetreuung trotzdem gut funktioniere.

Anstelle einer gemeinsamen Obsorge tritt Wöran für die Einrichtung von Eltern-Kompetenzzentren ein, die etwa bei den Jugendwohlfahrtsträgern angesiedelt sein könnten. Sie sollen bei Streitigkeiten zwischen Eltern vermittelnd eingreifen. Außerdem braucht es ihr zufolge für den Fall, daß sich die Eltern nicht einigen können, „entscheidungsfreudige Gerichte“.

Generell machte Wöran geltend, daß es viele AlleinerzieherInnen gäbe, die mit ihren Pflichten und Sorgen allein gelassen würden und im Gegensatz zu den nunmehr sich benachteiligt fühlenden Vätern keine Kraft und Zeit hätten, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, und daher auch weniger Gehör fänden. Sie schilderte einige Fälle aus der Praxis und fragte unter anderem, warum es möglich sei, daß sich ein Elternteil oft jahrelang seinen Unterhaltspflichten entziehen könne und ein gewalttätiger Vater ein Besuchsrecht bekomme, weil er nur die Mutter, aber nicht das Kind geschlagen habe.

Birnbaum: Automatische gemeinsame Obsorge bei vorheriger Beratung

Rechtsanwältin Brigitte Birnbaum, Vizepräsidentin der Rechtsanwaltskammer Wien, meinte, sie sei dem Vorschlag einer automatischen gemeinsamen Obsorge im Scheidungsfall zugänglich, allerdings sei es wichtig, daß es davor eine Elternberatung gebe. Nur bei wichtigen Gründen soll ihr zufolge von einer gemeinsamen Obsorge abgegangen werden können.

Birnbaum wandte sich dagegen, mit Einzelfällen zu argumentieren und meinte, es gebe keine Legitimation für einen Geschlechterkampf. Für das Kindeswohl sei es erforderlich, beide Elternteile in die Pflicht zu nehmen und keinen von beiden zu demotivieren. Die gemeinsame Obsorge hat sich Birnbaum zufolge bewährt, allerdings sei es derzeit ein Problem, daß ein Elternteil das Einvernehmen grundlos auflösen könne und das Gericht die Obsorge dann einem Elternteil übertragen müsse, selbst wenn das nicht dem Kindeswohl entspreche.

Diskriminierend ist für Birnbaum auch die notwendige Festlegung eines hauptsächlichen Aufenthaltsortes des Kindes. In bezug

auf das Besuchsrecht schloß sie sich dem Vorschlag von Frauenministerin Heine-Hosek einer Mitregelung im Scheidungsverfahren an. Sie forderte allerdings auch Konsequenzen, sollte ein Elternteil das Besuchsrecht konsequent hintertreiben. Bei unehelichen Kindern erachtet Birnbaum eine automatische gemeinsame Obsorge nicht als zielführend und regte eine gemeinsame Erklärung beider Elternteile an.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Werden Väter von Gesetzes wegen in die Obsorge eingebunden werden?

Ferrari: Geltende Obsorgeregelungen verfassungsrechtlich bedenklich

Universitätsprofessorin Susanne Ferrari vom Institut für Zivilrecht an der Karl-Franzens-Universität Graz wertete die geltenden Obsorgeregelungen als verfassungsrechtlich bedenklich und schlug vor, wie in anderen europäischen Ländern bereits üblich, zwischen der Innehabung und der Ausübung der Obsorge zu unterscheiden. Geht es nach ihr, soll die gemeinsame Obsorge im Scheidungsfall beibehalten werden, und zwar unabhängig vom Aufenthaltsort des Kindes. Gleichzeitig sprach sie sich dafür aus, den Gerichten in Streitfällen möglichst großen Handlungsspielraum einzuräumen. Diese sollen etwa einzelne Streitfragen entscheiden oder Teile der Ausübung der Obsorge einem Elternteil übertragen können,

ohne an der grundsätzlichen Beibehaltung der gemeinsamen Obsorge zu rütteln. Ebenso sollte es ihnen, im Unterschied zu jetzt, möglich sein, grundlose Anträge auf alleinige Obsorge abzuweisen.

Was uneheliche Kinder betrifft, regte Ferrari an, dem Vater einen Zugang zur Obsorge zu eröffnen und zwar auch ohne Zustimmung der Mutter. Wie dieser Zugang ausgestaltet ist, dafür gibt es ihr zufolge verschiedene Möglichkeiten, sie selbst tendiert auch bei unehelichen Kindern zu einer automatischen gemeinsamen Obsorge. Weitere Möglichkeiten wären eine automatische gemeinsame Obsorge nur bei gemeinsamem Haushalt der Eltern oder eine gemeinsame Obsorge auf Antrag der Mutter bzw. des Vaters.

Verschraegen: Gemeinsame Obsorge auch bei unehelichen Kindern

Universitätsprofessorin Bea Verschraegen von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien ging näher auf die von Rüdiger Ernst angesprochene Entscheidung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs ein und wies darauf hin, daß diese von den ExpertInnen unterschiedlich interpretiert werde. Ihrer Meinung nach kann aus der Entscheidung aber keine Verpflichtung zur automatischen gemeinsamen Obsorge für uneheliche Kinder herausgelesen werden. Vielmehr sei sowohl eine automatische gemeinsame Obsorge mit Korrekturmöglichkeiten als auch eine Alleinobsorge der Mutter mit Korrekturmöglichkeiten erlaubt. Es dürfe jedenfalls nicht in der alleinigen Entscheidungsgewalt der Mutter liegen, ob der Vater in die Obsorge einbezogen wird.

Was Sorgerechtsstreitigkeiten bei ehelichen Kindern nach Scheidungen betrifft, plädierte Verschraegen für eine zwingende Besuchsregelung in einem sehr frühen Stadium und eine Abkoppelung der Verjährbarkeit von Unterhaltsansprüchen von der Frage der gemeinsamen Obsorge.

Lehner: Beide Eltern bereits während der Beziehung in Pflicht nehmen

Männer- und Geschlechterforscher Erich Lehner (Universität Klagenfurt) plädierte für eine Verbesserung der bestehenden Praxis der Obsorge, wandte sich aber dagegen, die gemeinsame Obsorge automatisch auszuweiten. Dies entspreche nicht der gesellschaftlichen Realität. Nicht die Scheidung und die Spruchpraxis der Gerichte erschwere den Vätern die Beziehung zu ihren Kindern, konstatierte Lehner, sondern die Grundstruktur der österreichischen Familie. Diese sei

Innenpolitik

nach wie vor davon geprägt, daß der Vater der Erwerbsarbeit nachgehe und die Frau die Kinderbetreuung übernehme. Zwar gebe es mittlerweile gewisse Modifikationen, dennoch sei das Modell des Vaters als Familiennährer und der Mutter als Teilzeit-Zuarbeiterin „in die Köpfe der Leute eingegraben“. Zu dieser Aufgabenteilung trügen auch die Rahmenbedingungen, etwa in der Arbeitswelt oder im Schulbereich, bei.

Lehner betonte, laut Wissenschaft sei es für die Kinder von Vorteil, wenn beide Elternteile präsent und verfügbar seien. Damit der Vater von den Kindern als gleichrangige Bezugsperson wie die Mutter empfunden werde, müßte er Studien zufolge aber 42 Prozent der Hausarbeit übernehmen, ein Umstand, der sich im übrigen auch positiv auf die Beziehung auswirken würde. Gleichzeitig gebe es laut Wissenschaft aber auch Fälle, in denen die Nicht-Präsenz des Vaters für Kinder gut sei, nämlich wenn Gewalt im Spiel ist. Lehner schloß mit der Bemerkung, er sei zu „hundert Prozent“ dafür, beide Eltern in die Pflicht zu nehmen, aber nicht erst bei der Trennung, sondern schon am Beginn der Beziehung.

Franz Mauthner, Richter am Bezirksgericht Floridsdorf,

sah Gerichte eher als Einrichtungen, die Entscheidungen treffen, und daher als eher ungeeignet an, Konflikte zu deeskalieren. Man könne Gerichtsverfahren aber einiges an Schärfe nehmen und viele Verfahren vermeiden, wenn man die Menschen vorweg besser informiere. Viele Mütter und Väter verstünden das Instrument der gemeinsamen Obsorge falsch und bemühten sich deshalb um die alleinige Obsorge, weil sie fälschlicherweise meinten, diese würde ihr Leben und die Erziehung ihrer Kinder vereinfachen.

Abhilfe können unterstützende Institutionen durch Beratung und Mediation leisten, die bedauerliche Einschränkung der Beratung scheidungswilliger Paare führe dazu, daß Richter die Information der Menschen über die Möglichkeiten von Obsorgeregelungen übernehmen müßten. Gerichte könnten keine Wunder für die Kinder wirken, sagte der Richter, sie brauchten Mitspieler, die Eltern und Kinder in Trennungssituation beraten und unterstützen. Franz Mauthner schlug eine verpflichtende Mediation für Paare in der Scheidungsphase und Schlichtungsstellen für die Lösung alltäglicher, niederschwelliger Probleme bei der Obsorge vor.

Rechtsanwältin Helene Klaar

schloß sich ihrem Vorredner in der Analyse an, grenzte sich aber von seinen praktischen Vorschlägen ab. Konflikt-Eskalation vor Gericht sei nicht wünschenswert, aber es gehe dort eben nicht um Harmonie, sondern um das Erkennen der wirklichen Bedürfnisse der Menschen und um die Lösung familienrechtlicher Probleme. Da familiäre Probleme keine Kleinigkeiten seien, müsse man gute Lösungen finden. Das Besuchsrecht sei keine Nebensache, es führe oft zu Konflikten, die das Kindeswohl beeinträchtigen können. Daher sei das Besuchsrecht auch bei der einvernehmlichen Scheidung mindestens ebenso sorgfältig zu lösen wie Vermögensfragen. Berufstätige Frauen mit Kindern seien grundsätzlich froh, wenn sich der Vater die Betreuung der Kinder mit ihnen teile, sagte die Anwältin und plädierte dafür, das Recht der Kinder zu stärken, von ihrem nicht obsorgerechtigten Elternteil besucht zu werden.

Reinhard Neumayer vom Amt der NÖ Landesregierung

konzentrierte sich auf die Situation von Kindern, deren Eltern mit ihren Konflikten nicht umgehen und oft auch nicht mehr zwischen Paarkonflikten und Erziehungskonflikten unterscheiden können. Das führe oft dazu, daß Väter, Mütter und manchmal auch Schwiegereltern versuchten, die Kinder auf ihre jeweilige Seite zu ziehen und andererseits auch Kinder versuchten, ihre Eltern gegeneinander auszuspielen. Oft gehe es nur noch um das Rechthaben im Streit. In solchen Situationen brauchten Kinder klare Entscheidungen ihrer Eltern und der Gerichte darüber, wo ihr Lebensmittelpunkt liegen soll. Daher sollte man Obsorgeverfahren von den oft langen Scheidungsverfahren trennen und vorläufige Entscheidungen über die Obsorge treffen, weil es den Kindern nicht zumutbar sei, ein jahrelanges Scheidungsverfahren abzuwarten. Kinder brauchen keine Klischeebesuche, sondern gesicherten Alltagskontakt mit beiden Eltern und möglichst kurze Abstände zwischen den Besuchen, idealerweise wöchentlich, verlangte der Psychologe, der über die angespannte Personalsituation in den Beratungsstellen klagte und die Erwartung zurückwies, Beratungsstellen sollten den Gerichten Konsenslösungen liefern.

Barbara Lehner, Sonder- und Heilpädagogin

forderte für Kinder, die in der Trennungsphase ihrer Eltern oft Angst davor haben, ihre Eltern zu verlieren, und unter der Vor-

stellung leiden, womöglich Schuld an der Trennung ihrer Eltern zu haben, Gewißheit darüber, daß Papa und Mama einen festen Platz in ihrem Leben behalten und daß das Schöne in der Vergangenheit, an das sie sich schmerzlich erinnern, auch in Zukunft wieder möglich sein wird. Sie müssen sich Mutter und Vater uneingeschränkt zuwenden können, ohne negative Reaktionen vom anderen Elternteil erwarten zu müssen. Studien zeigten, daß die gemeinsame Obsorge in vielen Fällen das Konfliktpotential zwischen den Eltern und die Angst der Kinder verringern, den Kontakt zu einem Elternteil zu verlieren. Die Kontinuität und die bessere Qualität der Besuchskontakte helfe den Kindern, die Trennung der Eltern zu verarbeiten und die neue Lebenssituation zu akzeptieren. Gemeinsame Obsorge wirkt sich positiv auf das Familienklima und die Entwicklung der Kinder aus, hielt die Pädagogin fest.

Martina Staffe vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

unterstrich das Interesse von Eltern in der Trennungsphase, Konflikte möglichst wenig eskalieren zu lassen, um gute Entscheidungen für die Zukunft der Kinder zu erleichtern. Das setze Verständnis für die Bedürfnisse des jeweils anderen voraus und das Vermeiden von Verhalten, das auf Revanche gerichtet sei. Da viele Menschen Probleme damit haben, Konflikte zu regeln, brauchten sie Unterstützung durch Beratung oder Mediation. Es gelte zu verhindern, daß Menschen das Gefühl entwickeln, durch eine gerichtliche Entscheidung verloren zu haben, denn dies führe oft dazu, rasch neue Anträge für eine Neuregelung der Obsorge „auf den Tisch des Gerichts zu knallen“. Durch Förderungsangebote sei auch zu vermeiden, daß Menschen auf Mediation verzichten, weil sie sich das nicht leisten können. Hilfe zur Selbsthilfe sollte das Ziel der Beratung sein, denn gerichtliche Entscheidungen seien häufig nur die zweitbeste Lösung.

Universitätsprofessorin Astrid Deixler-Hübner vom Institut für Zivilverfahrensrecht der Universität Linz

machte auf die lange Dauer strittiger Obsorgeverfahren aufmerksam, was Eltern und Kinder schwer belaste und ihr Verhältnis beeinträchtige. Gerichte seien nur mäßig geeignet, für Frieden zwischen streitenden Partnern zu sorgen, weil rechtliche Entscheidungen von einem der Partner häufig als Niederlage empfunden werden. Einvernehmliche Lösungen seien daher zu bevor-

Innenpolitik

zugen. Stärker in die Pflicht nehmen will die Juristin nichtbetreuende Elternteile, die das Recht ihrer Kinder vernachlässigten, von ihnen besucht und betreut zu werden, sowie auch die Pflicht des obsorgenden Elternteils, Besuche des dazu berechtigten Vaters nicht zu vereiteln. Eskaliere der Konflikt zwischen den Eltern, seien gute Lösungen im Interesse des Kindeswohls vom Gericht oft schwer herbeizuführen, daher sei einvernehmlichen Lösungen der Vorzug zu geben. Ganz ohne verbindliche Verpflichtung für die Eltern werde man aber nicht auskommen. Viele erfolgreiche Fälle von Mediation zeigten, daß es auch gelingen könne, Menschen „zu ihrem Glück zu zwingen“. Nach deutschem Vorbild riet die Juristin dazu, für familienrechtliche Verfahren ein Beschleunigungsgebot vorzusehen. Das Kinderbeistandsgesetz beurteilte Astrid Deixler-Hübner positiv, die Rechte des Kinderbeistands sollten aber ausgebaut werden, schlug die Universitätsprofessorin vor.

Romeo Bisutti von der Männerberatung Wien

machte darauf aufmerksam, daß Männerberater den Genderaspekt ebenso im Auge haben wie das Kindeswohl und daher eng mit anderen Beratungsstellen, etwa für Frauen und Familien, kooperieren. Unterstützung der Eltern bei der Selbsthilfe rückte der Männerberater in den Vordergrund, wobei er Eltern in eskalierenden Konflikten riet, rasch Beratungsstellen aufsuchen. Männer sollten sich über das Thema „Vatersein“ nicht erst bei der Scheidung beraten lassen. Es sei im Interesse des Kindeswohls, wenn Männer ihre Rolle als Väter gut wahrnehmen können. Väter wollen in der Regel mit ihren Ex-Partnerinnen gut auskommen und sich um ihre Kinder kümmern, hielt Bisutti fest und warnte davor, Konflikte zu rasch in rechtliche Bahnen zu lenken, statt zunächst das Medium des „Miteinanderredens“ zu nutzen. Da Kinder darunter leiden, wenn Väter ihre Rolle nicht ernst nehmen, sei es wichtig, Männer über Möglichkeiten, ihre Väterrolle erfolgreich auszufüllen, zu beraten und sie bei Problemen zu unterstützen. Männerberatung sei auch um Lösungen in extremen Fällen bemüht, etwa für Burschen, die Kontakt zu Vätern haben wollen, obwohl deren Mütter im Frauenhaus leben.

Im letzten Block Enquete ging es um die Weiterentwicklung des Unterhaltsvorschussrechts. Zwar wurden die gesetzlichen Bestimmungen erst im vergangenen Jahr novel-

liert und die Auszahlung von Unterhaltsvorschuß beschleunigt, dennoch gibt es für viele Alleinerzieherinnen nach wie vor einen unbefriedigenden Zustand. Ist der Vater untergetaucht oder nicht in der Lage, Unterhalt zu zahlen, steht den Kindern auch weiter kein Unterhaltsvorschuß zu.

Stormann: Länder sollen ihre Verantwortung wahrnehmen

Michael Stormann, Leitender Staatsanwalt, gab als Vertreter des Justizministeriums zu bedenken, daß der Bund in dieser Frage aufgrund der Kompetenzlage nur einen begrenzten Handlungsspielraum habe. Mit der im vergangenen Jahr beschlossenen beschleunigten Auszahlung von Unterhaltsvorschuß sind ihm zufolge die Möglichkeiten des Bundes weitgehend erschöpft. Wolle man für alle Kinder regelmäßige Unterhaltsvorschußzahlungen, müsse man an die Verantwortung der Länder appellieren. Es liege an ihnen, Abhilfe zu schaffen.

Die im vergangenen Jahr beschlossene und seit 1. Jänner dieses Jahres geltende Änderung des Unterhaltsvorschussrechts wirke jedenfalls, hob Stormann hervor. Der Anspruchszeitpunkt auf Unterhaltsvorschuß sei deutlich vorverlagert worden, das habe im heurigen Jahr zu 29 Prozent mehr Fällen geführt.

Tews: Unterhaltsvorschuß bis zum 19. Lebensjahr ausdehnen

Rechtsanwalt Günter Tews sieht dem gegenüber sehr wohl Verbesserungsmöglichkeiten im Unterhaltsvorschussrecht. Ein Problem ist für ihn etwa die Volljährigkeitsfrage. Durch die Herabsetzung der Volljährigkeit von 19 auf 18 Jahre müßten zahlreiche SchülerInnen und Lehrlinge vor Gericht um weiteren Unterhalt streiten, skizzierte er. Tews regte an, den Unterhaltsvorschuß an die Ausbildungszeit zu knüpfen und ihn etwa bis zur Beendigung der Lehre oder einer höheren Schule zu gewähren.

Große Probleme ortet Tews darüber hinaus aufgrund der mangelhaften Qualifikation jener Personen, die Kinder und Jugendliche im Namen der Jugendwohlfahrt in Angelegenheiten des Unterhaltsvorschusses vertreten. Die Kinder würden dadurch häufig um berechnete Leistungen gebracht, kritisierte er und verwies beispielsweise auf die Nichtberücksichtigung von Zinsen. Dem obsorgeberechtigten Elternteil sei es mangels Vertretungsbefugnis nicht möglich einzuschreiten. Tews urgierte die Einrichtung zentraler Stellen in den Ländern, um sicherzustellen,

daß ausschließlich SpezialistInnen Kinder und Jugendliche in Unterhaltsfragen vertreten.

Neumayr: Abrücken vom Unterhaltsvorschuss-System nur schwer möglich

Matthias Neumayr, Richter am Obersten Gerichtshof Wien, räumte ein, daß es eine Schwäche des Systems sei, daß Kinder, für die es keinen Unterhaltstitel gibt, auch keinen Unterhaltsvorschuß beziehen könnten. Ein Abrücken von diesem System ist für ihn durch die bestehende „Kompetenzgemengelage“ aber nur schwer und nicht ohne Einbeziehung der Länder möglich. Schließlich seien diese für Sozialleistungen zuständig. Angedacht werden könnte Neumayr zufolge eventuell eine Anknüpfung an die Mindestsicherung.

Abseits der erwähnten Schwäche funktioniert das Vorschussystem nach Ansicht Neumayrs trotz relativ komplizierter und aufwendiger Verfahren allerdings relativ gut. Er wies unter anderem darauf hin, daß Unterhaltsvorschüsse seit Anfang dieses Jahres rascher ausgezahlt würden und die Erfolgsquote bei den Rückforderungen relativ hoch sei. Die Rückforderung des Unterhaltsvorschusses vom Schuldner ist ihm zufolge auch der Grund dafür, daß ein Unterhaltsvorschuß an einen Exekutionstitel gekoppelt ist.

Vana-Kowarzik: Kinder haben Recht, nicht in Armut aufzuwachsen

Rechtsanwältin Gabriele Vana-Kowarzik machte geltend, Kinder hätten ein Recht, nicht in Armut aufzuwachsen. Ihrer Ansicht nach sollten sie notwendige Leistungen unabhängig davon erhalten, ob der getrennt lebende Elternteil diese Leistung erbringen könne oder nicht. Eine Lösung bei den Ländern zu suchen, sei eine Möglichkeit, sagte Vana-Kowarzik, man könnte aber auch Mindestunterhaltssätze für jedes Alter festlegen. Dabei bestehe natürlich das Risiko, daß das Geld vom Schuldner nicht eingetrieben werden könne, sagte sie, ihrer Meinung nach ist es aber opportun, der Gesellschaft dieses Risiko zu übertragen. Die Rechtsanwältin argumentierte auch damit, daß die AlleinerzieherInnen-Familien in deutlich höherem Maß von Armut betroffen seien als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Vana-Kowarzik machte sich darüber hinaus auf eine Ausdehnung des Unterhaltsvorschusses im Bedarfsfall bis zum 21. Lebensjahr stark. Es sei Jugendlichen nicht zumutbar, sich mit einem Elternteil vor Gericht zu treffen und Exekutionen zu führen, betonte sie. ■

Gemeinsam für das Burgenland

Neue Ära der politischen Zusammenarbeit – Regierungsübereinkommen von SPÖ und ÖVP präsentiert – LH Hans Niessl alter und neuer Landeshauptmann – Vom Bundespräsidenten angelobt

Gemeinsam für das Burgenland – Nachhaltigkeit durch Erneuerung“ lautet das Motto des Regierungsübereinkommens, das von SPÖ und ÖVP in den vergangenen Wochen erarbeitet und dessen Ergebnis am 23. Juni von Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Ein burgenländisches Zukunftspaket, die Bündelung der Kräfte sowie ein gemeinsamer Wahlvorschlag bei der konstituierenden Sitzung des Landtages sind die prägenden Elemente dieser von Konsens getragenen Kooperation.

Konkrete Schwerpunkte des 20 Seiten umfassenden Regierungsübereinkommens betreffen die wirtschaftliche Stärkung und Verbesserung der Rahmenbedingungen mit Blickrichtung Vollbeschäftigung, die Anhebung des Ausbildungsniveaus mittels neuer Projekte unter Einbindung des AMS, die Forcierung der Erneuerbaren Energie mit dem Ziel, Nr. 1 in Österreich und führende Region in Europa zu werden, den Ausbau, sowie die Attraktivierung von Straße bzw. Schiene und der damit verbundenen Umsetzung anstehender Projekte innerhalb der kommenden fünf Jahre, den Aus- und Umbau der Krankenanstalten in Eisenstadt und Oberwart unter Beibehaltung der Standortgarantie für die fünf Spitäler im Burgenland, aber auch das Bekenntnis zu leistungsfähigen Sicherheitsstrukturen – beginnend bei der Polizei, über das Österreichische Bundesheer bis hin zu den Freiwilligen Feuerwehren und Rettungsorganisationen.

Grundlage dieser Offensivstrategie soll das Landesbudget sein, das über den Sommer auf Beamtenebene erarbeitet und im Rahmen einer im September 2010 stattfindenden Klausurtagung für die beiden kommenden Jahre ausverhandelt, jedoch gesondert beschlossen werden soll. Ziel ist es, vorbehaltlich der konjunkturellen Entwicklung, einen ausgeglichenen Haushalt ohne zusätzliche Schulden zu erreichen. Mögliche Einsparungspotentiale sollen dabei im Sinne einer Effizienzsteigerung ohne Leistungseinbußen ausgelotet werden.

Der am 30. Mai dieses Jahres neu gewählte Burgenländische Landtag hat am



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Bundespräsident Heinz Fischer (r.) bei der Angelobung von Landeshauptmann Hans Niessl (r.) im Beisein von Bundeskanzler Werner Faymann am 28. Juni in der Hofburg

24. Juni im Rahmen seiner konstituierenden Sitzung im Landhaus in Eisenstadt Hans Niessl (SPÖ) zum Landeshauptmann gewählt. Niessl, der damit seine dritte Amtsperiode antritt, meinte dazu: „Dieses Vertrauen ist Auftrag, weitere fünf Jahre mit voller Kraft und großem Einsatz für unser geliebtes Heimatland zu arbeiten. Ich sehe dies als klaren Auftrag, den erfolgreichen burgenländischen Weg fortzusetzen. Alle im Landtag vertretenen Parteien lade ich ein, ihre Ideen einzubringen und konstruktiv an der Bewältigung künftiger Herausforderungen mitzuwirken. Durch Innovation und Ideenreichtum, durch Fleiß und Einsatz, aber auch durch den Willen zum Miteinander wird es gelingen, den Aufstieg des Burgenlandes erfolgreich fortzusetzen.“

Auch Franz Steindl (ÖVP) wurde in seiner bisherigen Funktion als Landeshauptmann-Stellvertreter bestätigt: „Wir stehen am Beginn einer neuen Periode, am Wendepunkt eines neuen Stils, wo das Gemeinsame vor dem Trennenden steht, wo alle an einem Strang ziehen, um die bestehenden Herausforderungen im Konsens erfolgreich bewältigen und das Burgenland auch in Zukunft bestmöglich positionieren zu können.“

Die weiteren Regierungsglieder von SPÖ und ÖVP blieben mit Verena Dunst, Peter Rezar und Helmut Bieler sowie Michaela Resetar und Werner Falb-Meixner unverändert. Im neuen Landtag verfügt die SPÖ über 18 Sitze, die ÖVP stellt 13 Abgeordnete, die Freiheitlichen drei Mandatäre. Die Grünen und die Liste Burgenland sind mit jeweils einer Person im Landesparlament vertreten.

Gerhard Steier (SPÖ) wurde zum Präsidenten des Burgenländischen Landtages gewählt. Kurt Lentsch (ÖVP) und Manfred Moser (SPÖ) in ihren bisherigen Funktionen als zweiter bzw. dritter Präsident des Landesparlamentes bestätigt.

Landeshauptmann Hans Niessl ist dann am 28. Juni in der Wiener Hofburg von Bundespräsident Heinz Fischer in Anwesenheit von Bundeskanzler Werner Faymann auf die Österreichische Verfassung angelobt worden. Im Sinne des Artikels 101, Abs. 4 der Bundesverfassung hat sich das burgenländische Landesoberhaupt mit den Worten „Ich gelobe“ verpflichtet, alle Gesetze der Republik Österreich getreulich zu beachten und die mit dem Amt des Landeshauptmannes verbundenen Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. ■

Kriminalstrategische Planung

Das Bundeskriminalamt geht mit einer Reihe von Maßnahmen gegen die Massenkriminalität vor. Drehscheibe für die Maßnahmen ist das Büro für Kriminalstrategie im Bundeskriminalamt.

Die Zahl der Einbruchsdiebstähle ist seit Beginn 2010 deutlich zurückgegangen. Zu dieser positiven Entwicklung maßgeblich beigetragen hat der Masterplan des Bundeskriminalamts zur Bekämpfung und Eindämmung der Einbruchskriminalität. Wichtige Punkte sind gezielte Schwerpunktaktionen, mehr Strukturermittlungen, die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und strategische Maßnahmen wie detaillierte Analysen über Tätergruppen, verstärkte kriminalpolizeiliche Kontrollen im gesamten Bundesgebiet, Kriminalitätskontrollen auch bei Verkehrskontrollen und verstärkte Spurensicherung an den Tatorten. Zudem setzt die Polizei auf eine intensive Kooperation mit der Wirtschaft und bietet vermehrt Sicherheitschecks für Unternehmen an.

Schwerpunktaktionen sind ein zentrales Element des Masterplans gegen Einbruchskriminalität; sie werden zwischen der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, dem Bundeskriminalamt und der Polizeiführung in den Bundesländern abgestimmt. Basis der Schwerpunktaktionen bilden die kriminalpolizeilichen Analysen des Bundeskriminalamts. Informationen über die Bewegungen der Täter, über das Ausweichverhalten und über ihr Verharren in Wartepositionen sind die Grundlage für weitere Struktur- und Intensivtäterermittlungen. Daher sind bei jeder Schwerpunktaktion neben sichtbaren, uniformierten Kräften auch verdeckte Polizistinnen und Polizisten im Einsatz. Sie werden an strategisch wichtigen Ausweichrouten und Nebenschauplätzen platziert.

Ziel der Schwerpunktaktionen ist die Bekämpfung der Eigentumskriminalität, der illegalen Migration und damit zusammenhängender Straftaten (Dokumentenfälschung, Kfz-Verschlebung, Außerlandesbringung von Diebsgut). Erkenntnisse für Strukturermittlungen sollen erlangt, das subjektive Sicherheitsgefühl gehoben und die Prävention durch starke Präsenz und höherem Kontrolldruck verstärkt werden.

Weitere Maßnahmen sind:

- die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bürger (z. B. „ProNachbar“);

- die verstärkte Kooperation im Rahmen von Interpol, Europol;
- die Intensivierung der Ausgleichsmaßnahmen (AGM);
- der Einsatz von ausländischen Polizisten an Hotspots in Österreich (Polizisten aus anderen Staaten versehen in Österreich Dienst, sie kennen Tätergruppen und liefern heimischen Kriminalbeamten wertvolle Informationen) und
- die Unterstützung ausländischer Polizisten bei der Tatortarbeit in schweren Fällen.

Da Einbruchs- und andere Eigentumsdelikte grenzüberschreitende Phänomene sind, verstärkt das Bundesministerium für Inneres die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit. Das bedeutet die gezielte Zusammenarbeit mit den österreichischen Verbindungsbeamten (Polizeiattachés) in den für das BMI wichtigen Ländern sowie eine enge Kooperation mit und über die Verbindungsbeamten anderer Staaten in Österreich; die Festlegung von Kommunikationswegen und der Datenaustausch hinsichtlich erkannter Tätergruppen mit den Polizeien der Partnerländer; gemeinsame Schwerpunktaktionen sowie die Intensivierung des Austausches von DNA-, Fingerabdruck- und Kfz-Daten im Rahmen des Prümmer Vertrags mit allen EU-Ländern.

Zuständig für die Erarbeitung und Steuerung der Kriminalstrategie des Bundeskriminalamts ist das Büro 1.4 (Kriminalstrategie). Die Mitarbeiter des Büros 1.4 arbeiten eng mit den Fachabteilungen des Bundeskriminalamts zusammen und entwickeln aufgrund deren Erkenntnisse Strategien, um die kriminalpolizeiliche Arbeit zu verbessern.

„Wir gehen nach dem Grundsatz vor: So zentral wie notwendig, aber so dezentral wie möglich“, sagt Hans-Peter Stückler, Leiter des Büros für Kriminalstrategie. Stückler wird in seiner Arbeit von sieben Kolleginnen und Kollegen unterstützt. Durch die Vernetzung mit staatlichen und nicht staatlichen Organisationen (etwa „ProNachbar“, WKÖ) soll erreicht werden, daß die Ziele und Strategien, die Abläufe und die Strukturen in

der Arbeit aller den Sicherheitssektor betreffenden Akteure besser aufeinander abgestimmt und miteinander verbunden werden.

„Dieser Multi-Akteur-Ansatz hört aber nicht an der Grenze auf. Durch die Einbindung der internationalen Strategie des BMI und der Erkenntnisse von Europol und Interpol wird im Rahmen von EU-Projekten versucht, durch einen Know-how-Transfer Kriminalität bereits dort zu bekämpfen, wo sie entsteht“, erläutert Stückler. Als Beispiel dient das Projekt ILECU (International Law Enforcement Coordination Units). Durch ILECU sollen „Best Practices“ vermittelt, Know-how aufgebaut und der Informationsfluß in der grenzüberschreitenden kriminalpolizeilichen Zusammenarbeit im südosteuropäischen Raum verbessert werden.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Büros für Kriminalstrategie zählen:

- die Leitung und Steuerung der Kriminalstrategie, vor allem durch Vorbereitung der kriminalpolizeilichen Strategievereinbarungen in Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen Sicherheitsbehörden/-dienststellen, Mitwirkung an diesen Vereinbarungen und Evaluation der Ergebnisse;
- das operative und strategische Controlling nach den Vorgaben des Direktors des Bundeskriminalamts, mit Ausnahme des Verwaltungscontrollings;
- die Koordinierung der für das Bundeskriminalamt und die übrige Kriminalpolizei bedeutsamen Erkenntnisse auf nationaler und internationaler Ebene;
- die Steuerung und Koordinierung von Maßnahmen des Qualitätsmanagements in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten;
- die Erarbeitung von kriminalpolizeilichen Jahresstrategien für das Bundeskriminalamt und die Kriminalpolizei bei den nachgeordneten Behörden und Dienststellen und
- die Entwicklung von strategischen Maßnahmen im Zusammenhang mit „Intelligence Led Policing“.

<http://www.bmi.gv.at>

Faymann besuchte Israel und Westjordanland

Der österreichische Bundeskanzler traf auf seiner zweitägigen Reise zahlreiche israelische und palästinensische Spitzenpolitiker und forderte das Ende der Blockade des Gaza-Streifens.

Bundeskanzler Werner Faymann legte während seines Aufenthalts in der letzten Juniwoche in Israel die Position der EU in den Fragen Blockade des Gaza-Streifens, Zwei-Staaten-Lösung, Siedlungsbau und der internationalen Hilfsflotte dar. Er betonte aber auch, daß es notwendig war, genau zuzuhören, welche Positionen es zum politischen Friedensprozeß gibt. Bei seinem Besuch in Israel und dem Westjordanland standen Treffen mit israelischen und palästinensischen Spitzenpolitikern am Programm. Auf israelischer Seite waren dies etwa Premier Benjamin Netanyahu (Likud), Präsident Shimon Peres, Oppositionschefin Tzipi Livni (Kadima) sowie Außenminister Avigdor Lieberman, Justizminister Yaakov Neeman und Sozialminister Yitzhak Herzog. Am Donnerstag 24. Juni traf Faymann zu Gesprächen mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und Ministerpräsident Salam Fayyad zusammen.

Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens gefordert

Gleich zu Beginn legte Faymann Benjamin Netanyahu und Außenminister Lieberman dar, daß man sich aus EU-Sicht eine Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens wünscht. Gleichzeitig bot Österreich an, sich im Rahmen eines EU-Engagements an den Kontrollen der für den Gaza-Streifen bestimmten Güter zu beteiligen. Eine Aufhebung der Gaza-Blockade müsse eine gleichzeitige Kontrolle nach sich ziehen. „Es darf keinen Waffenschmuggel geben“, stellte der österreichische Kanzler klar. Aber es gebe „größtes Interesse, daß Lebensmittel und Baumaterialien nach Gaza gebracht werden“ dürfen, andere Aktivitäten müssen aber unterbunden werden. „Alles andere hilft nicht den friedlichen Bürgern, das hilft den Extremen“, machte Faymann deutlich. Bei all den Angeboten seitens Österreich und der EU geht es darum, sich mehr für den Friedensprozess in Nahost einzusetzen, und zwar unterstützend, nicht „oberlehrerhaft“.



Bundeskanzler Werner Faymann (l.) und der israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu bei einer gemeinsamen Pressekonferenz.



Der Bundeskanzler besuchte auch das Österreich Hospiz in Jerusalem, Israel. Im Bild: Hospiz-Rektor Markus Bugnyar (l.) und Schriftsteller Robert Menasse (r.)

Untersuchungskommission ist »positiver Schritt«

Werner Faymann ist der erste Regierungschef, der Israel seit dem Vorfalle mit der Gaza-Hilfsflotte einen Besuch abstattet. Seiner Visite kam auch deshalb besondere

Bedeutung zu, weil Österreich noch bis Ende 2010 Mitglied im UNO-Sicherheitsrat ist. Aus österreichischer Sicht ist eine Aufklärung der Vorfälle unter internationaler Beteiligung erforderlich, legte Faymann dar, der die von Israels Regierung beschlossene

Österreich, Europa und die Welt

Einsetzung einer Untersuchungskommission als „positiven Schritt“ bewertet.

Die Lehre aus der Geschichte ist Erziehung zu Toleranz und Humanität

Neben den internationalen Gesprächen ging es bei dem Besuch auch um den bilateralen Charakter der außenpolitischen Beziehungen Österreichs. Faymann legte gleich zu Beginn seines Aufenthalts in Israel am Grab von Theodor Herzl, dem geistigen Begründer des Staates Israel, einen Kranz nieder. Nach dem Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem bekannte sich Faymann zu einem „Niemals vergessen“. Die Lehre aus der Geschichte kann nur „eine Erziehung zu Toleranz und Humanität“ sein, erklärte der österreichische Kanzler.

Positive Bilanz

Der Bundeskanzler zog nach seiner Rückkehr eine positive Bilanz seiner zweitägigen Reise: „Ich habe allen meinen Gesprächspartnern die Position Österreichs und der EU näherbringen können.“ Wichtig sei ihm gewesen, daß sowohl der israelischen Seite wie auch den Palästinensern deutlich gemacht worden sei, daß Europa an einer friedlichen Lösung in Richtung einer Zwei-Staaten-Lösung interessiert sei, und daß die Menschenrechte unteilbar sind. Faymann unterstrich in allen seinen Gesprächen, er verstehe sowohl die Sicherheitsbedenken Israels wie auch die Bedenken, was die humanitäre Situation der Bewohner des Gaza-Streifens betreffe.

Faymann hat Einladungen an Israels Ministerpräsident Netanjahu wie auch den palästinensischen Premier Fajad ausgesprochen, Österreich zu besuchen und hat beiden Seiten auch jede weitere Unterstützung Österreichs für den Friedensprozeß zugesagt.

In einem Treffen mit Überlebenden des Holocausts und deren Nachkommen in der Residenz des österreichischen Botschafters in Tel Aviv betonte der Kanzler, daß es die Pflicht jedes österreichischen Regierungschefs sei, entschieden gegen Antisemitismus und gegen jede Art des Rechtsextremismus aufzutreten. Er unterstrich dabei auch die gemeinsame Verantwortung aller Österreicher gegenüber den Opfern und den Überlebenden des Massenmordes an den europäischen Juden durch das nationalsozialistische Regime und daß es sowohl Täter wie auch Opfer aus Österreich gegeben habe. Faymann besuchte auch das Holocaust-Denkmal Yad Vashem und trug sich dort in das Gedenk-Buch ein. ■



Der Bundeskanzler bei der Kranzniederlegung in der Gedächtnishalle der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, unterstützt von österreichischen Gedenkdienern



Der Bundeskanzler mit dem Ministerpräsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Salam Fayyad (r.) und mit Staatssekretär Josef Ostermayer (2.v.l.) auf dem Aussichtspunkt Al-Masyoun.



Der Bundeskanzler nimmt in Ramallah (Palästina) an einer Kranzniederlegung im Mausoleum von Jassir Arafat teil.

Neues Basislager

Außenminister eröffnet gemeinsam mit Wirtschaftsminister neue Botschaft und Österreich-Bibliothek in Baku – Georgischer Präsident: »Wir sind das Österreich des Kaukasus« – 40köpfige Wirtschaftsdelegation reiste mit

Die Schwarzmeer- und Kaukasusregion gewinnt als Schnittstelle zwischen Europa, dem Mittleren Osten, Asien und Rußland politisch und wirtschaftlich zunehmend an Bedeutung. Unser Ziel ist es, Österreich in dieser Zukunftsregion stärker auf die politische, wirtschaftliche und kulturelle Landkarte zu setzen. Mit der doppelten Eröffnung – Österreichische Botschaft und Österreich-Bibliothek – setzen wir konkrete Schritte. Wir schaffen damit ein Basislager für die Österreicher in der Region“, so Außenminister Michael Spindelegger anlässlich der Eröffnung der österreichischen Botschaft und der Österreich-Bibliothek in Baku in Anwesenheit des aserbaidjanischen Vize-Außenministers, des österreichischen Wirtschaftsministers Reinhold Mitterlehner sowie rund 40 österreichischen Wirtschaftstreibenden und Journalisten.

„Mit dieser Botschaft sind wir erstmals diplomatisch vollwertig und permanent in der Region vertreten. Es freut mich besonders, daß diese strategische Neuorientierung in unserem Vertretungsnetz trotz Sparprogramm umgesetzt werden konnte“, so der Außenminister weiter.

„Die Schwarzmeer- und Kaukasusregion ist mit der letzten EU-Erweiterung zu einer Nachbarregion der Europäischen Union geworden. Stabilität und Sicherheit in dieser Region sind daher in unserem Interesse. Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern einen Beitrag dazu leisten. Gerade in der Wirtschaftskrise kann diese Region ein besonderer Wachstumspol sein. Die Botschaft soll dabei wo nötig Starthilfe für die Wirtschaft leisten“, erklärte der Außenminister. „Mit der neuen Vertretung wird auch unser konsularisches Schutznetz für die Österreicherinnen und Österreicher in der Welt enger. Nun können wir auch Bürgern, die in dieser Region unterwegs sind und in eine Notlage kommen, konkrete Hilfestellungen anbieten.“

„Wir wollen unsere Zusammenarbeit auf allen Ebenen verstärken. Daher ist auch ein reger Austausch im menschlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich für uns von großer Bedeutung. Die neue Österreich-Bibliothek ist dazu ein wichtiger erster

Schritt. Gleichzeitig bauen wir damit nach den Eröffnungen in Istanbul, Samsun, Iasi und Tiflis unseren ‚Schwarzmeer-Cluster‘ an Österreich-Bibliotheken weiter aus“, so Spindelegger. Die Österreich-Bibliothek in Baku ist an die Universität angegliedert und verfügt über mehr als 2000 Bücher, DVDs und CDs, die den aserbaidjanischen Studierenden die deutsche Sprache sowie österreichische Literatur, Landeskunde und Geschichte näherbringen wird.

Stärkeres Engagement der österreichischen Wirtschaft

Die Reise des Außenministers in die drei früheren Sowjet-Republiken Aserbaidschan, Georgien und Armenien stand im Dienste einer neuen Strategie der Regierung für ein stärkeres Engagement der österreichischen Wirtschaft in der Schwarzmeer- und Kaukasus-Region. In Aserbaidschan war auch Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner mit von der Partie.



Foto: Bundesheer / Dragan Tatic / APA

AM Michael Spindelegger (r) und BM Reinhold Mitterlehner (2.v.r.) im Gespräch mit dem Premierminister von Aserbaidschan, Arthur Rasizade (2.v.l.)



Foto: BMWFJ/HBF/Dragan Tatic

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (r.) beim Arbeitsgespräch mit Energieminister Natiq Alijev (l.) in Baku

Österreich, Europa und die Welt

Vor dem Hintergrund der in der Wirtschaftskrise gesunkenen Exporte und der geplanten Budgetkonsolidierung hat eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) zur Schwarzmeer- und Kaukasus-Region, die Spindelegger und Mitterlehner vorige Woche präsentierten, „deutlich ausbaubare Wirtschaftsbeziehungen“ zur Ukraine und der Türkei, aber auch zu Aserbaidschan, Armenien und Georgien festgestellt. „Was heute für uns der Balkan ist, könnte künftig die Schwarzmeerregion sein“, gab Spindelegger die Losung aus. Mitterlehner will vor allem Exporte und Direktinvestitionen steigern.

Allerdings ist die Region zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer an der Schnittstelle zwischen Europa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Zentralasien durch offene und eingefrorene Konflikte geprägt. Daher soll die österreichische Außenpolitik – auch im Rahmen der EU – zur politischen Stabilität als Grundlage und Absicherung österreichischer Wirtschaftsinteressen beitragen und zugleich als „Türöffner“ für österreichische Unternehmen fungieren.

Vor der Eröffnung der neuen Botschaft in Baku am 23. Juni standen Gespräche der beiden Minister mit dem aserbaidschanischen Staatschef Ilham Alijew sowie Ministerpräsident Artur Tahir Rasisade und Außenminister Elmar Mammadjarow auf dem Programm.

Aserbaidschan ist nicht zuletzt wegen seiner Öl- und Gasvorkommen als Wirtschaftspartner für Österreich von Bedeutung. Das Gas, das einmal durch die geplante Nabucco-Pipeline unter Umgehung Ruß-



Außenminister Michael Spindelegger bei der Eröffnung der Botschaft in Baku



Botschafterin Sylvia Meier-Kajbic und Vize-Außenminister Vagif Sadigov, der als Botschafter Aserbaidschans in Wien war



Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Kommunikationsminister Ali Abbasov, der zusammen mit Außenminister Michael Spindelegger (r.) die Botschaft eröffnete

lands aus dem Kaspischen Raum nach Europa gepumpt werden soll, soll u.a. aus Aserbaidschan kommen. So sind Vertreter der im Nabucco-Konsortium federführenden OMV auf der Reise dabei. Zusätzliche Treffen Mitterlehners mit Energieminister Natik Alijew und dem Präsidenten der staatlichen Ölgesellschaft Socar (State Oil Company of Azerbaijan Republic) sind vorgesehen.

Bevor die Reise Spindeleggers nach Armenien weiterging, mit dem Aserbaidschan um die Region Nagorny-Karabach (Berg-Karabach) im Konflikt liegt, machte der Außenminister am 24. Juni einen Zwischenstopp in der georgischen Hauptstadt Tiflis (Tbilisi). Im August 2008 war es zu einem mehrtägigen Krieg Georgiens mit Rußland um die abtrünnigen Regionen Südossetien und Abchasien gekommen, die Moskau als

Fotos: Nachrichtenagentur Trend, Baku

photo TREND

Österreich, Europa und die Welt

unabhängige Staaten anerkannt hat. Ein international vermittelter Dialog in Genf zwischen Rußland und Georgien nach dem Waffenstillstand haben auch nach elf Runden kein Ergebnis gebracht. Internationale Beobachter dürfen nicht nach Abchasien oder Südossetien, in Georgien selbst sind aber EU-Beobachter stationiert.

Der Konflikt mit Moskau dreht sich auch um die Anbindung Georgiens an den Westen. Staatspräsident Micheil Saakaschwili will sein Land in die NATO führen; Rußland ist dagegen. Neben Saakaschwili traf Spindelegger in Tiflis auch dessen Amtsvorgänger Eduard Schewardnadse, der, bevor er Präsident wurde, letzter Außenminister der Sowjetunion war. Schewardnadse machte Saakaschwili 2003 Platz, um ein Blutvergießen während der sogenannten Rosenrevolution nach von Betrugsvorwürfen überschatteten Parlamentswahlen zu verhindern. In der Folge geriet Saakaschwili selbst im eigenen Land zeitweise stark unter Druck. Wirtschaftlich ist Georgien bisher eher an seinen Nachbarn orientiert als an EU-Staaten.

Ein Strang der Nabucco-Pipeline soll auch über Georgien verlaufen, ehe sie über die Türkei und den Balkan bis nach Österreich geht.

Saakaschwili: Wir sind das Österreich des Kaukasus

Staatspräsident Michail Saakaschwili präsentierte sein Land als fortschrittlich und reformorientiert. Georgien stelle sich heute dar, „als ob es in Zentraleuropa wäre, und und keine Ex-Sowjetrepublik“, sagte der Präsident, der die Anbindung an die EU sucht und einen NATO-Beitritt anstrebt. „Wir sind das Österreich des Kaukasus“.

Den Rivalen Rußland, mit dem Georgien im August 2008 einen fünftägigen Krieg um die abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien geführt hatte, sieht Saakaschwili dagegen „dem 19. Jahrhundert verhaftet“, wie er vor den mit dem Außenminister mitgereisten österreichischen Journalisten darlegte. Jede Modernisierung in Rußland könne nur gut tun.

Zugleich kritisierte der Präsident Moskau wegen der Ankündigung Abchasiens, wonach sich die „sogenannten abchasischen Vertreter“ aus den Genfer Gesprächen unter internationaler Schirmherrschaft zurückziehen. Das sei eine Entscheidung, die in Moskau gefällt worden sei. Rußland hatte Abchasien und Südossetien nach dem Krieg als unabhängig anerkannt, der Genfer Dialog,



AM Michael Spindelegger (r.) mit dem Aserbaidschanischen AM Elmar Mammadyarov



AM Michael Spindelegger (l.) bei seinem Arbeitsbesuch in Georgien mit dem Georgischen AM Gregory Vashadze (r.) und dem Georgischen Premier Nika Gilauri



AM Michael Spindelegger (l.) bei seinem Arbeitsbesuch in Armenien mit dem Armenischen Parlamentspräsident Hovik Abrahamyan

Fotos: Bundesheer / Dragan Tatic / APA

Österreich, Europa und die Welt

der nach dem Waffenstillstand begonnen wurde, ist bisher ohne Erfolg geblieben.

Saakaschwili bekräftigte, Georgien in die NATO führen zu wollen. Die Aufnahme in das Militärbündnis sei bereits in Reichweite gewesen: „Wir wollen das nicht verlieren“. Georgien wollte bereits 2009 NATO-Mitglied sein, das Bündnis hatte nach den bewaffneten Auseinandersetzungen mit Rußland um Abchasien aber nur mehr einen Beitritt zu einem nicht näher präzisierten, späteren Zeitpunkt in Aussicht gestellt.

In der EU sieht Saakaschwili die Hauptperspektive für die gesamte Schwarzmeer-Kaukasus-Region. Im Juli will die EU mit Georgien, Armenien und Aserbaidschan Verhandlungen über Assoziierungsabkommen beginnen. Laut Angaben aus der Delegation von Außenminister Spindelegger strebt Georgien keinen EU-Beitritt an, allerdings eine umfassende Assoziierung, die lediglich die Teilnahme an den EU-Institutionen ausnimmt.

Während Spindelegger den neuen Präsidentenpalast in Tiflis mit Glaskuppel besuchte, wurde er von Ex-Präsident Eduard Schewardnadse in einem Teil der früheren Präsidentenresidenz empfangen, wo der 82jährige heute lebt. Bei der sogenannten Rosenrevolution 2003/2004, als es zu Massenprotesten der Opposition nach manipulierten Parlamentswahlen kam, lenkte Schewardnadse ein und trat zurück. Saakaschwili kam an die Macht. Bevor Schewardnadse Präsident wurde, war er der letzte Außenminister der Sowjetunion. Um die Erinnerungen Schewardnadses an die Zeiten der Wende kreiste auch das Gespräch mit Spindelegger. Der bedachte Saakaschwili mit einer Sachertorte, auf die sich der Staatschef besonders freute, denn er hat sie für sich allein: „Gott sei Dank sind meine Frau und meine Kinder auf Urlaub“, bemerkte Saakaschwili grinsend.

Am 25. Juni, dem letzten Tag der Reise, führte Spindelegger u.a. Gespräche mit seinem armenischen Amtskollegen Edward Nalbandjan und dem Oberhaupt der Armenisch-Apostolischen Kirche, Katholikos Karekin II., in Eriwan. Das mehrheitlich von Armeniern bewohnte Berg-Karabach ist geografisch von Aserbaidschan eingeschlossen und gehört auch völkerrechtlich zu Aserbaidschan. Es wird seit einem Krieg mit etwa 30.000 Toten von Armenien kontrolliert. Trotz eines 1994 geschlossenen Waffenstillstands kommt es immer wieder zu Zwischenfällen mit Toten und Verletzten – zuletzt am Wochenende, als fünf aserbaidschanische Soldaten getötet wurden. Die Beziehungen Armeniens zum Nachbarn Türkei sind wegen der Massaker an Armeniern im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkriegs mit geschätzten 1,5 Millionen Toten historisch belastet. Ankara bestreitet einen Völkermord. Spindelegger wollte auch einen Kranz am „Mahnmal für die Opfer des armenischen Völkermordes“ niederlegen. Armenien ist wirtschaftlich stärker auf EU-Staaten ausgerichtet als Georgien. In der Krise brach die Wirtschaftsleistung drastisch ein. In erster Linie war dafür laut WIFO das fast vollständige Versiegen von Überweisungen der im Ausland arbeitenden Armenier verantwortlich. Viele von ihnen sind in der russischen Bauwirtschaft tätig, die stark zurückging.



Foto: Dragan Tatic © HBF

AM Michael Spindelegger (r.) mit dem Georgischen Präsidenten Mikheil Saakashvili



Foto:

AM Michael Spindelegger (vorne 3.v.R) traf bei seinem Arbeitsbesuch in Armenien mit dem Armenischen Patriarchen Katholikos S. H. Karekin II (vorne Mitte) zu Gesprächen zusammen.



AM Michael Spindelegger mit dem ehemaligen Georgischen Präsidenten Eduard Shevardnadze

Die Beziehungen Armeniens zum Nachbarn Türkei sind wegen der Massaker an Armeniern im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkriegs mit geschätzten 1,5 Millionen Toten historisch belastet. Ankara bestreitet einen Völkermord. Spindelegger wollte auch einen Kranz am „Mahnmal für die Opfer des armenischen Völkermordes“ niederlegen.

Armenien ist wirtschaftlich stärker auf EU-Staaten ausgerichtet als Georgien. In der Krise brach die Wirtschaftsleistung drastisch ein. In erster Linie war dafür laut WIFO das fast vollständige Versiegen von Überweisungen der im Ausland arbeitenden Armenier verantwortlich. Viele von ihnen sind in der russischen Bauwirtschaft tätig, die stark zurückging.

Auf k.u.k. Spuren in Aserbaidtschan

Ausflug in die vielfältige Geschichte
Österreichs – aus aktuellem Anlaß.

Von Rudolf Agstner *)

Foto: Gulustan / Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported



In der aserbaidtschanischen Hauptstadt Baku eröffnete Österreich eine Botschaft und eine »Österreich Bibliothek«.

Im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion proklamierte Aserbaidtschan im Oktober 1991 seine Unabhängigkeit, die am 15. Januar 1992 von Österreich anerkannt wurde. Diplomatische Beziehungen wurden am 20. Februar 1992 aufgenommen. Während Aserbaidtschan schon 1995 eine Botschaft in Wien eröffnete, änderte sich für den Ballhausplatz zunächst wenig – die diplomatischen Beziehungen wurden bis 1999 durch die österreichische Botschaft Moskau wahrgenommen.

*) Gesandter Dr. Rudolf Agstner ist Angehöriger des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten. Der Historiker hat einige Bücher und unzählige Arbeiten zur österreichischen Geschichte veröffentlicht.

Ab 1998 wurden für die Beziehungen zu den Staaten im Kaukasus und Zentralasien eine am Ballhausplatz amtierende Botschaft eingerichtet; die erste nicht-residente Botschafterin Österreichs in Aserbaidtschan war Heidemaria Güler, die am 10. Februar 2000 Präsident Heydar Aliyev ihr Beglaubigungsschreiben überreichte. Seit 23. November 2009 unterhält Österreich eine Botschaft in Baku, und am 1. Juni 2010 traf Sylvia Meier-Kajbic, Österreichs erste in Baku residierende Botschafterin, ein.

Am 23. Juni eröffnete Außenminister Spindelegger die Botschaft in Baku und die mittlerweile 57. Österreich-Bibliothek. Ziel der Reise ist die Stärkung der österreichi-

schen Präsenz in der Region, Sicherung der Erdgasversorgung – Stichwort ÖMV – und Ausweitung der österreichischen Exporte.

Was so neu klingt, ist alles schon dagewesen – Anlaß zu einer Spurensuche.

1882 empfahl der Geschäftsträger der k.u.k. Gesandtschaft in Teheran, der auf dem Weg zu seinem neuen Dienstort „leider gezwungen war, einen Monat in Baku zu verbringen“, dem Ballhausplatz, in Baku – „einem der Hafenzentren von hervorragender Bedeutung“ ein Konsulat zu errichten. Als 1889 der Generalkonsul in Odessa, Cischini, „behufs Errichtung einer [...] ständigen effektiven Konsular-Vertretung in den Kau-

Österreich, Europa und die Welt

kasus entsendet wurde“, stellte er fest, „daß in absehbarer Zeit die Notwendigkeit“ bestehen würde, „Vorschläge zur Besetzung der wichtigen Hafenzentren am Caspischen Meere und Noworossisk am Pontus Euxinus mit Honorarvizekonsuln zu machen.“ 1893 griff er, nun k.u.k. Generalkonsul in St. Petersburg, die Idee eines Honorarkonsulats in Baku wieder auf und hielt „den Augenblick, in welchem Rußland durch den Ausbau der Linie Wladikawkas-Petrowsk im Begriffe steht, in seiner Entwicklung im Südosten des Reichs einen großen Schritt vorwärts zu machen“ hierfür geeignet. Es gab auch einen Kandidaten in Baku: „der kgl. ungar. Staatsangehörige Herr Maximilian Neuman, langjähriger Vertreter des Petroleumhauses Wilhelm Ofenheim in Wien, welcher sich jetzt unter der Firma ‚Deneys, Neuman & Co., Baku, Batum‘ selbständig in der Petroleumstadt etabliert hat.“ Wien griff den Vorschlag nicht auf, und in der Folge geschah nichts. Wilhelm Ofenheim Ritter von Pontouxin (1860-1932) war eine faszinierende Persönlichkeit: Präsident der Galizischen Naphta-AG „Galicia“ in Drohobyz, Galizien (heute: Drohobic, Ukraine) wandte er sein Interesse der Entwicklung der Ölfelder in Baku und Rumänien zu. Er errichtete Verladestationen am Schwarzen Meer, und war der erste, der russische Mineralölprodukte auf Tankschiffen nach Europa brachte. Ofenheim erkannte, daß die enorme Entwicklung der Erdölindustrie die Bereitstellung großer Kapitalien erforderlich machte; er wandte sich nach England und als genauer Kenner der russischen und rumänischen Verhältnisse verstand er es, die englische Finanz zu interessieren. Im August 1914 war er in London, und konnte auf der „Aaro“, die den k.u.k. Botschafter Graf Mensdorff, die k.u.k. Diplomaten und die österreichisch-ungarische Kolonie evakuierte, Großbritannien verlassen. Ofenheim war an der 1892 gegründeten Fa. „Ofenheim, Singer & Co.“ beteiligt, die 1893 zur „Societate Româna Pentru Industria Si Comerciul de Petrol“ und 1895 zur „Steâna Romana“ wurde.

Am 13. Oktober 1897 richtete das k.k. Handels-Museum in Wien – Vorgänger der heutigen „Wirtschaftskammer Österreich“ – ein Schreiben an das k.k. Handelsministerium, in dem nachdrücklich die Errichtung eines Konsularamtes in Baku gefordert wurde: „Die Tatsache, daß der Handelshafen von Baku am Caspischen Meere von Tag zu Tag an kommerzieller Bedeutung, speziell für die österreichische Industrie und unseren Außenhandel zunimmt, während alle auf die



Foto: Archiv Agstner

Heinrich Goldlusts Firmensitz in Baku – einst k.u.k. Honorarvizekonsulat, heute Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

Ausgestaltung unserer Beziehungen zu diesem Platze bezüglich Informationen von dem k.u.k. Konsulate in Tiflis erbeten werden müssen, welches mit Rücksicht auf die räumliche Entfernung nicht in der Lage sein kann, gründliche und verlässliche Auskünfte ohne Zeitverlust zu beschaffen, läßt die [...] Errichtung eines k.u.k. Konsulates daselbst wohlbegründet erscheinen [...] Die Lage Bakus als Verkehrshafen am Caspischen See einerseits und die Petroleumquellen mit der an dieselben angegliederte hochentwickelte Nafta-Industrie haben den Platz zu einem Emporium von größter wirtschaftlicher Bedeutung gemacht.

Speziell die Nafta-Industrie hat einen außerordentlich großen Konsum an Materialien aller Art im Gefolge, namentlich an Metallen. England und Deutschland besitzen bereits einen hochentwickelten Verkehr mit Baku zur Deckung der verschiedensten Import-Bedürfnisse und auch unsere Monarchie ist seit einiger Zeit in die Reihe der in Baku eine Rolle spielenden Länder getreten. Die Einwohnerzahl der Stadt Baku erreicht die Höhe von 135.000 Seelen, darunter 5000 Europäer. Der kommerziellen Bedeutung des Platzes Rechnung tragend, haben daher fast sämtliche größeren europäischen Staaten in Baku Konsulate errichtet.“

Die beiden größten Industriestaaten Eng-

land und Deutschland besitzen bereits einen hochentwickelten Verkehr mit Baku zur Deckung der verschiedensten Import-Bedürfnisse und auch unsere Monarchie ist seit einiger Zeit in die Reihe der in Baku eine Rolle spielenden Länder getreten. Unter den Firmen, welche bereits einen ständigen und nicht unbeträchtlichen Absatz in Baku für ihre Produkte finden, wären zu nennen: Gebrüder Böhler & Co, Wien; Poldihütte für Stahl; St. Egyder Eisenwerke für Drahtseile und Eisenwaren; Heinrich Kapeller in Wien für optische Industrie; Lenoir & Forster sowie Wolf & Co. In Wien für Laboratoriums-Utensilien; Westel, Allgayer & Co. für Sensen; Blau & Co. für Werkzeuge; Andreas Neider in Wien für Schuhwaren; J. Schreiber & Neffe für Glas; E. Wahliss und Haas & Csiszek für Tonwaren; M.& J. Mandl für Kleider; Gebrüder Thonet für Möbel; R. Dilmer für Lampen; Bösendorfer für Klaviere u.v.a [...]“

Das Außenministerium entsandte den Konsul in Tiflis nach Baku; dieser berichtete: „Die Zahl der in Baku selbst und im Naftarayon lebenden Österreicher und Ungarn ist keine geringe; namentlich sind bei den Rothschild'schen Unternehmungen viele Angehörige der Monarchie angestellt, die als Ingenieure oder als sonstige Beamte hier ihre Existenz begründet haben. Außer-

Österreich, Europa und die Welt

dem gibt es einige selbständig etablierte Österreicher und Ungarn und namentlich besteht fast das ganze Personal des Handlungshauses „Goldlust frères“ aus Staatsangehörigen. Die Bedeutung Bakus als handelspolitischen Zentrum nimmt mit geradezu enormer Geschwindigkeit zu. Vor 20 bis 30 Jahren war es ein ganz unbedeutender Ort, heute zählt es 120.000 Einwohner. Der ganze Petroleumhandel hat dort seinen Sitz; Hand in Hand damit hat sich eine rege industrielle Tätigkeit entfaltet, es entstehen fortwährend neue chemische und Maschinenfabriken und man spricht soeben von der Errichtung einer großen Textilfabrik [...] Im ganzen Kaukasus hat nur Baku eine handelspolitische Bedeutung [...] Die ganze Naftaproduktion und der Petroleumhandel kann nur an Ort und Stelle kontrolliert werden, was für unsere Monarchie mit Rücksicht auf die galizischen Petroleumlager von großem Interesse sein muß.“

Als Kandidat für das Amt wurde Heinrich Goldlust vorgeschlagen, „Chef des allgemein geachteten, sehr gut situierten Handlungshauses erster Gilde ‚Goldlust frères‘, das ein sehr bedeutendes Commissionsgeschäft, eine Schwefelsäure- und eine Ölfabrik besitzt [...] Goldlust ist sehr leicht in der Lage, sich genauen Einblick in die Verhältnisse des Naftamarktes zu verschaffen...“

Am 28. Juni 1898 ernannte Kaiser Franz Josef Heinrich Goldlust zum Honorar-Vizekonsul in Baku. Goldlust installierte das Amt in den Räumen seiner 1883 gegründeten Firma „Goldlust & Sohn“ im 1889 errichteten Gebäude des Handelshauses „T. M. Arafelow & Co“ in der Staro-Polizejskaja-Straße 17 (heute: Mamedalijew-Straße).

Im Mai 1901 inspizierte der Konsul in Tiflis das Honoraramt in Baku und besichtigte „die Naftaquellen von Balanchany, woselbst bei 2400 Türme stehen...“ sowie „einige größere Etablissements in der sogenannten schwarzen Stadt, wie Petroleumraffinerien, Öl- und Schwefelsäurefabriken, elektrische Stationen zur Kraftübertragung, Petroleum-, Nafta- und Masut-Reservoirs, Eisen- und Maschinenniederlagen [...] Im genannten Bakuer Vororte abgesehen von den anderen Fabriken an Petroleumraffinerien allein ca. 120 Etablissements bestehen.“

Als Heinrich Goldlust am 8. Februar 1907 der Titel Honorarkonsul zuerkannt worden war, richtete er am 20. Februar ein Demissionsgesuch an den Minister des Äußern Baron Aehrenthal. Ihm folgte am 26. Okto-

ber 1907 sein am 21. November 1865 in Wien geborener Sohn Emil. Bei Abwesenheit wurde Emil Goldlust von Rudolf Lammeraner vertreten. So war es auch bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Sommer 1914. Am 11. Juli 1914 trat Goldlust „eine mehrmonatige Reise nach dem Auslande an“. Lammeraner scheint sich bis zumindest Ende Juni



Foto: Archiv Agstner

Siegel des k.u.k. österreichisch-ungarischen Vizekonsulats Baku (1898)

1915 völlig unbehelligt in Baku aufgehalten zu haben, da „die Behörden sich bis nun unseren Staatsangehörigen gegenüber durchaus kulant verhalten haben“. Später wurde er in Ziwiłsk im Gouvernement Kasan interniert, wo er am 5./18. März 1917 starb. Damit war die Geschichte des k.u.k. Honorar-Vizekonsulats Baku endgültig zu Ende. Emil Goldlust, seit 1915 taub, lebte nach 1918 in Wien XVIII, Peter Jordan-Straße 19.

Am 15. Juni 1918 wurde Georg Freiherr von Franckenstein von Brüssel als Vertreter der Monarchie bei der Georgischen Republik nach Tiflis entsandt. Mitte August 1918 stattete er dem türkischen General Nuri Pascha, der die Eroberung von Baku vorbereitete, und der Regierung von Aserbaidschan in Elisabetpol (heute: Gandjy, 300 km westlich von Baku) einen Besuch ab: „Die Aufnahme in Elisabetpol war eine sehr freundliche. Eine Ehrenabteilung mit mehreren Offizieren empfing mich auf dem Bahnhof [...] die Regierung gab mir ein großes Bankett, und der Unterrichtsminister stellte mir den größten Teil seiner Wohnung zur Verfügung [...] hat Elisabetpol den Charakter eines weitausgedehnten Dorfes [...] wünscht

die Regierung aus ihren provisorischen Unterkünften in Elisabetpol in die bedeutende Industriestadt Baku zu übersiedeln...“

Der aserbajdschanisch-armenische Konflikt um Berg-Karabach war 1918 dem Ballhausplatz schon bekannt. Nuri Pascha „gab sich besorgt um die Rückkehr der hunderttausend mit ihren Viehherden zur Sommerweide auf das Berggelände von Karabach gekommenen Aserbaidschaner, die auf der Rückkehr armenisch besiedelte Engpässe passieren mußten [...] Unter Hinweis, daß die Benützung der Sommerweiden für die aserbajdschanische Bevölkerung eine Lebensfrage sei, erklärte Nuri, Karabach müsse unbedingt zu Aserbaidschan kommen. Auf meine Einwendung, daß diese Sommerwanderungen ja auch in andere Gebiete Armeniens regelmäßig stattfinden und daher die Einräumung eines gleichen Servituts in Karabach genügen könnte, erwiderte er, Armenien wäre dann stets in der Lage die Grenze zu schließen und schweres Unheil über große Teile der tartarischen Bevölkerung zu bringen.“

Zu den Besprechungen mit der aserbajdschanischen Regierung unter Premierminister Fatali-Chan-Chojski bemerkte Franckenstein, daß „an allen Industrie- und Manufakturprodukten größter Mangel herrscht, sodaß jegliche Art des Exportes aus der Monarchie günstige Aufnahme fände“.

Am 15. September 1918 eroberte Nuri Pascha Baku, wohin die aserbajdschanische Regierung übersiedelte. Franckenstein fand in Baku elf Tage nach der türkischen Eroberung eine tote Stadt vor, verlassene Straßen, den Hafen geschlossen. Eine wichtige Aufgabe Franckensteins war die Rückführung österreichisch-ungarischer Kriegsgefangener vom Lager auf der Insel Nargen vor Baku, einer kleinen, baum- und wasserlosen Insel, an deren Nordspitze 2500 k.u.k. Soldaten begraben lagen. Franckenstein erreichte die Freilassung kranker, meist an Tuberkulose leidender Kriegsgefangener. Er selbst, gesundheitlich angeschlagen, schiffte sich am 20. Oktober 1918 in Batum zur Heimreise ein. Am 8. Oktober 1918 wurde Generalkonsul Adolf Zambaur zum Vertreter in Tiflis ernannt. Er kam nicht mehr dorthin - der letzte k.u.k. Minister des Äußern, Graf Andrassy, informierte ihn am 7. November 1918, daß er sich „angesichts der politischen Lage bestimmt gefunden habe bis auf weiteres von seiner Entsendung nach Tiflis abzu- sehen.“

So endete für über 70 Jahre Österreichs Präsenz im Kaukasus. ■

Österreich zwischen den Blöcken

Von *Manfried Rauchensteiner* *)

1991 löste sich der 36 Jahre zuvor gegründete Warschauer Pakt auf. Kein Wunder, daß man dem Ereignis in Ostmitteleuropa Aufmerksamkeit und Publizität schenkte. Für andere war es eine Art Nichtereignis, und auch in Österreich brandete keinesfalls Jubel auf. Damit schloß sich freilich ein Kreis: 1955 hatte man die Gründung des Warschauer Pakts kaum zur Kenntnis genommen, da tags darauf der Österreichische Staatsvertrag unterzeichnet wurde. 1991 war man mit dem Zerfall Jugoslawiens beschäftigt und schaute vor allem auf Slowenien. Dabei hätte das Ende des östlichen Bündnisses bei Gott Aufmerksamkeit verdient, denn auch für Österreich endete eine Epoche, und erst im Rückblick wird deutlich, wie sehr sie zumindest zeitweilig von Furcht und Grauen hätte geprägt sein müssen – hätte man hinter die Kulissen schauen können.

Eigentlich begann es – wie so vieles – 1943. Damals bastelten die Briten an einem Dokument, mit dem die Österreichpolitik der Alliierten formuliert werden sollte. Es bekam dann die Bezeichnung „Moskauer Deklaration“. Das Dokument wurde sofort veröffentlicht. Unveröffentlicht blieb, was in Moskau im Kreis der Litvinov-Kommission besprochen wurde. Auch da ging es u.a. um Österreich, und beim Durchdenken der Möglichkeiten der Nachkriegsexistenz des kleinen Landes kam zum Ausdruck, daß es voraussichtlich außerhalb der sowjetischen Interessens- und gewünschten Einflußsphäre zu liegen kommen würde, daß man es aber auch nicht dem „Westen“ überlassen wollte. Das Gezerre um Besatzungszonen und mehr

als acht Jahre Verhandlungen über den Österreichischen Staatsvertrag, der dann an die Neutralität des Landes gekoppelt wurde, schienen ganz dem zu entsprechen, was Maxim Litvinov und seine Mitarbeiter vor auszudenken bemüht waren: Österreich lag außerhalb und war weder NATO- noch Warschauer-Pakt-Mitglied geworden; ja letztlich weder West noch Ost eindeutig zuzuordnen.



1955: Erster militärischer Festakt durch die provisorische Bundesregierung: Bundespräsident Körner schreitet mit Major Birsak die Front ab.

Die sicherheitspolitischen Gegebenheiten hatten sich 1955 grundlegend verschoben. In Österreich wurde man sich der geänderten Verhältnisse zwar zunächst nur insofern bewußt, als der Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen weit mehr als der Abzug irgendeines anderen Besatzungskontingents bejubelt wurde und Österreich die Wehrhoheit wieder erlangte, die es während der Besatzungszeit ja nicht besessen hatte. Doch dann begann man sich der alles andere denn komfortablen Lage zwischen den Blöcken bewußt zu werden, ordnete sich freilich schnell dem Westen zu und begann den Ostkrieg zu überdenken. Die diesbezüglichen Überlegungen führten freilich zu einem Fundamentalkonflikt, denn während die Militärs im Fall einer

Aggression aus dem Osten rasch die flachen Regionen Niederösterreichs, des Burgenlands und auch Wien aufgeben wollten, forderte die Politik den Schutz der Grenzen der Republik.

Befürchtungen in der Ungarnkrise

Als Folge der sowjetischen Intervention in Ungarn im November 1956 wurde der Ostkrieg neu überdacht, ohne daß sich dabei

grundsätzlich Neues ergeben hätte. Dazu hieß es im Verteidigungsministerium in Wien in einer Mischung von Pessimismus und Optimismus: Eine Hilfeleistung von westlicher Seite könne im Fall eines großen Krieges „nicht sofort“ wirksam werden. „Unsere Landesverteidigung muß daher so errichtet werden, daß zumindest einige [!!!] Wochen hindurch auch ohne wesentliche fremde Hilfe Widerstand geleistet werden kann. Wichtig sind ferner Vorbereitungen für die planmäßige oder unvorhergesehene Räumung bestimmter Gebiete von der Zivilbevölkerung und von Einrichtungen aller Art. Bei der Größe

der Bevölkerungskonzentration im Raum Wien, bei der exponierten Lage dieses Raumes ergibt sich die Frage, ob nicht versucht werden soll, den Raum Wien bereits jetzt zu einem international anerkannten Schutzgebiet zu erklären...“ Der Punkt wurde nicht weiter ausgeführt und wäre politisch nicht konsensfähig gewesen.

Was im weiteren geschah, konnte – da sich die Politik absentiert hatte – nur als militärisches Gedankenspiel gelten. Die Sichtweise war jedoch eindeutig: Nach eingehender Erörterung der strategischen Situation Österreichs wurden die möglichen Konfliktfälle konkret angesprochen:

a) Ungarn: „Wahrscheinlichster Fall“, da Ungarn der einzige Nachbar ist, der nicht

*) Hofrat Univ.-Prof. Dr. Manfried Rauchensteiner war Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums Wien.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Bundesheer

1956: Erste Bewährungsprobe für österreichische Soldaten an der Staatsgrenze anlässlich des Ungarn-Aufstandes.

an die NATO grenzt, daher am risikolosesten einen Konflikt mit Österreich beginnen könne. Operatives Ziel dürfte „die frontnahe Vernichtung großer Teile des Bundesheers, die Inbesitznahme von Teilen Niederösterreichs und der Steiermark, die Inbesitznahme Wiens als Sitz einer Gegenregierung und die Rückgliederung des Burgenlandes“ sein.

- b) Tschechoslowakei: „Eine Aggression durch die ČSSR allein wird für wenig wahrscheinlich, aber immerhin für möglich gehalten...“
- c) Ungarn und Tschechoslowakei gemeinsam: „Sehr gefährliche Konfliktmöglichkeit, die im Zusammenhang mit größeren Ereignissen als Präventivmaßnahme denkbar ist, um den Donauraum vor dritter Seite als Operationsbasis in die Hand zu bekommen und dabei die Masse des

Bundesheeres auszuschalten...“ Mit dieser Sichtweise war eigentlich bereits alles gesagt, was in den folgenden Jahren und Jahrzehnten dann nur mehr variiert werden sollte.

Für die militärischen Konzeptionen Österreichs blieb der Warschauer Pakt das Maß aller Dinge. Bei allen mit einer Kriegsgefahr in Europa zusammenhängenden Überlegungen wurde auch nach wie vor die Möglichkeit eines Stellvertreterkriegs in Rechnung gestellt. Nicht der Warschauer Pakt würde folglich als Gegner zu kalkulieren sein, sondern einzelne Staaten. Dabei konzentrierten sich die Überlegungen vornehmlich auf Ungarn und weniger auf die ČSSR. Folglich begann man damit, die ersten Überlegungen zur Landesverteidigung zu revidieren, zu konkretisieren und vor allem auch die heik-

len Punkte verstärkt anzusprechen. Doch nach wie vor kam die Planung nicht so recht vom Fleck, da der Gegensatz zur Politik unauflöslich schien. So hielt der sozialistische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Otto Rösch, fest: „Bei der Behandlung der Neutralitätsfälle wird meines Erachtens der eminenten Bedrohung durch die NATO (Landverbindung zwischen Deutschland und Italien) zu wenig Bedeutung beigemessen.“ Und für den Fall, daß militärische Maßnahmen im Osten des Landes ergriffen werden sollten, forderte er kategorisch, daß nicht von einer Zurücknahme der Truppen und der Verteidigung im Landesinneren auszugehen sei. Vielmehr – so Rösch – hieße es in der Verfassung explizit, daß das Bundesheer in jedem Fall „zumindest an der Grenze“ mit der Verteidigung beginnen müsse. Damit war neuerlich eine Pattsituation eingetreten, denn die Politik forderte das eine; die Bundesheerführung sah jedoch keine Möglichkeiten, den Forderungen zu entsprechen.

Wie europaweit üblich, wurde den operativen Annahmen auch der Einsatz von Atomwaffen zugrunde gelegt. Das war insofern realistisch, als das einzige bisher bekannt gewordene Planspiel der Ungarischen Volksarmee, die ja als Hauptgegner gesehen wurde, für einen Angriff auf Österreich und im weiteren den NATO-Bereich Süd mit dem Einsatz von atomaren Sprengköpfen geradezu verschwenderisch umging und beispielsweise die Vernichtung Wiens mit zwei 500-Kilotonnen-Bomben annahm.

Neue Planungen des Bundesheeres

1966 begann eine neue Planungsphase, und die Bundesheerführung arbeitete alle denkbaren Operationsfälle aus. Dabei wurde selbstverständlich auch in Rechnung gestellt, daß nicht nur der Warschauer Pakt, sondern auch die NATO eine Rolle spielten. Zunächst wurde im Mai 1966 der Neutralitätsfall Nord (Fall „Rosa“) fertiggestellt. Es folgte der Neutralitätsfall Nord-Süd (Fall „Rot“). Und schließlich ging es Schlag auf Schlag: Operationsfall Jugoslawien (Fall „Gelb“); Operationsfall Ungarn-ČSSR (Fall „Grün“); Operationsfall ČSSR (Fall „Violett“); Operationsfall Ungarn (Fall „Blau“); Operationsfall Italien (Fall „Braun“); Operationsfall NATO (Fall „Weiß“); Operationsfall BRD (Fall „Orange“).

Jetzt war man auch soweit, daß die seit 1956 geschaffenen Szenarien miteinander verknüpft und zum größten aller für Österreich denkbaren Kriegsfälle verschmolzen wurden. Was aber sollte das Bundesheer im

Österreich, Europa und die Welt

Fall eines Angriffs aus dem Osten machen? Zunächst wären die Bewegungslinien in den Grenzbereichen zu sichern, die Grenzen zu beobachten und Abwehrwillen zu demonstrieren. Im Fall eines planmäßigen Angriffs, der zeitlich gestaffelt angenommen wurde, sollte dann ein Verzögerungskampf zwischen Raabtal und Mühlviertel geführt werden. In weiterer Folge würde dann die Masse der Verbände in die stark bewegungshemmenden Räume zurückzunehmen und zur Verteidigung überzugehen sein. Damit waren die Möglichkeiten aber eigentlich schon ausgespielt. Was aber, wenn auch Jugoslawien eingreifen sollte?

Jugoslawien wurde trotz seiner Blockfreiheit und einer erkennbaren Öffnung nach dem Westen als kommunistisches Land gesehen, das sich letztlich dem Warschauer Pakt anschließen würde, und zwar viel mehr aus einer Art Überlebensstrategie heraus und möglicherweise auch wegen der alten, allerdings nur serbisch-montenegrinischen Bindungen an Rußland, denn aus einem aktuellen Anlaß oder gar einer bestenfalls zu konstruierenden Feindschaft gegenüber Österreich. Wie auch immer: Jugoslawien würde – so der Fall „Grün“ – wohl nur mit einigen

Verbänden in Österreich eingreifen, dem Warschauer Pakt aber einen größeren Operationsraum sichern. Der Preis dafür könnte dann die Forderung nach den schon zweimal beanspruchten Gebieten vornehmlich Südkärntens sein. Und Österreich? Es könnte, da ja schon fast alle Kräfte eingesetzt waren, gegenüber Jugoslawien nur mehr einige Grenzschutzkräfte aufbieten, ob Bataillone oder nur Kompanien blieb dahingestellt.

Die Schlußfolgerung des Falls „Grün“: „Diesen ‚Katastrophenlagen‘ aktiv zu begegnen ist für das Bundesheer mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unmöglich. Die militärische Führung kann in diesem Fall nur trachten, Westösterreich westlich der Linie Salzburg-Villach zu halten, um eine Hilfeleistung von Nachbarstaaten zur Weiterführung des Kampfes zu ermöglichen.“

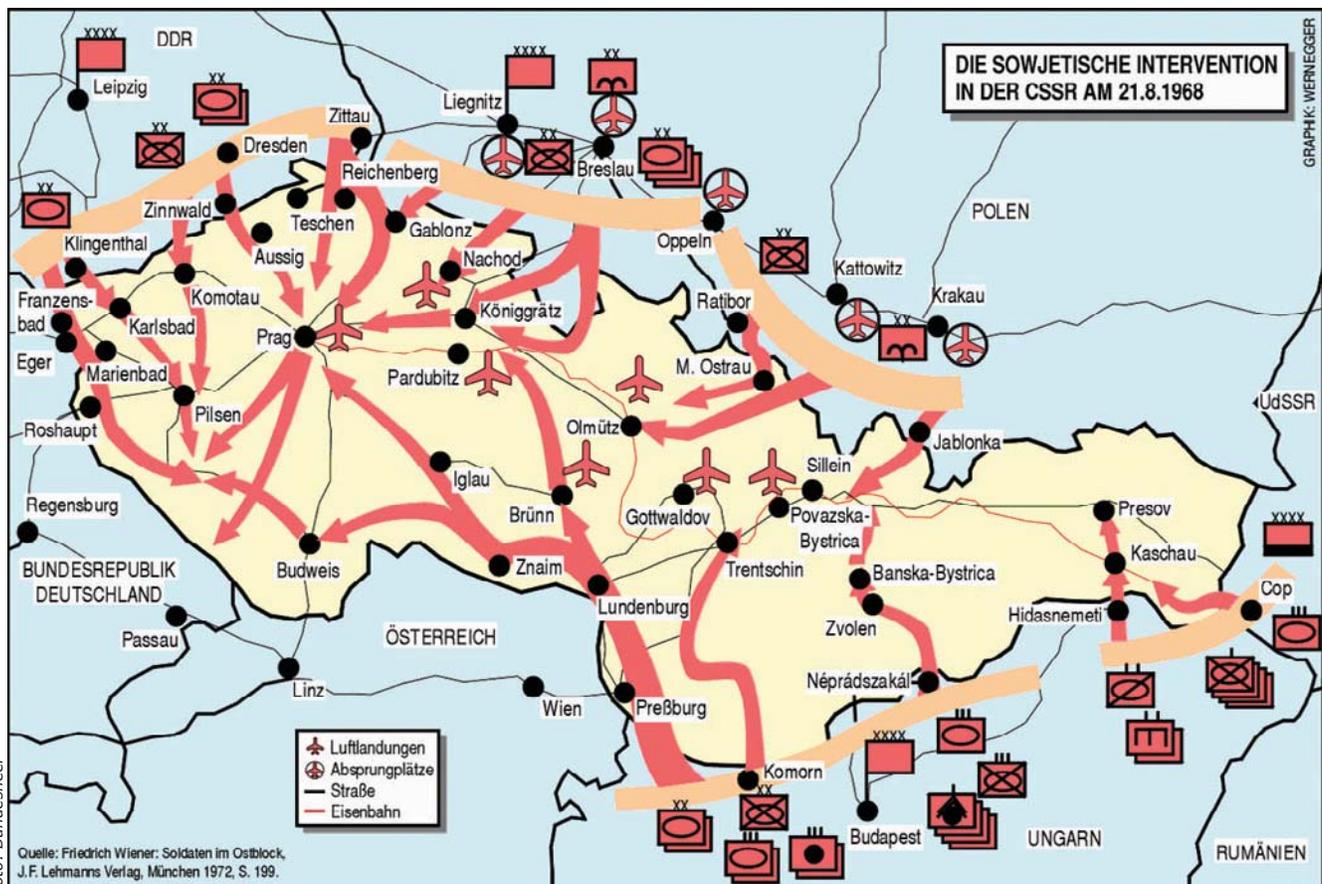
Die von keinem zu beantwortende Frage war, ob und wann Österreich ein Hilfeersuchen an die NATO richten würde und sich womöglich noch vor Ausbruch eines großen Konflikts gänzlich der NATO anzuschließen suchte. Weiters war zu fragen und nicht zu beantworten, ob die NATO unter der Annahme eines österreichischen Hilfeersuchens auch in der Lage und willens gewesen wäre,

Österreich militärisch zu helfen. Denn das westliche Bündnis hatte zweifellos keine unmittelbare Veranlassung, einem Land, das sich so standhaft weigerte, engere Kontakte herzustellen und so wenig für sein Heer tat, zu Hilfe zu eilen.

Wir wissen mittlerweile, daß die NATO keine lange Verteidigung ohne den Einsatz atomarer Mittel planen konnte und sehr schnell mit deren Einsatz konfrontiert worden wäre. Die nachträglich (und bis in die Gegenwart) gezeigte Entrüstung über atomare Planungen des Warschauer Pakts in den sechziger Jahren können da nichts beschönigen. Österreich wäre für NATO wie Warschauer Pakt Ziel I- Gebiet geworden.

1968 als Zäsur

Im Sommer 1968 begann nicht nur in Österreich die Sorge zu wachsen, daß sich Ereignisse, wie man sie von Ungarn 1956 kannte, in der Tschechoslowakei wiederholen könnten. Als es dann tatsächlich zur Intervention von Truppen des Warschauer Pakts kam, stellte sich heraus, daß letztlich alle Planungen nutzlos waren, da von der Politik anderes gefordert wurde, als in den Fällen „Nord“ bzw. „Grün“ enthalten war.



1968: Teilalarmierung des Bundesheeres infolge des Einmarsches von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei

Österreich, Europa und die Welt

Denn die waren auf einen Kriegsfall oder auch auf einen Neutralitätsfall ausgerichtet gewesen und ließen sich nicht zur Anwendung bringen. Im Grunde genommen rächte sich jetzt, was seit 1956 und 1958 versucht worden war, nämlich die militärische Planung als eine Art Katastrophenplanung erscheinen zu lassen, für deren heikle Punkte keine politische Zustimmung zu bekommen war.

Der August 1968 veränderte die strategischen Gegebenheiten in Europa. War bis dahin die Tschechoslowakei kein Stationierungsland für sowjetische Verbände gewesen, so verblieben nach der Intervention der Warschauer Pakt-Truppen sechs sowjetische Divisionen, also etwa zwei Armeekorps, in der Tschechoslowakei. Zählte man alles zusammen, so standen im Norden und Osten Österreichs zehn sowjetische Divisionen und an Pakttruppen solche der Tschechoslowakei sowie das Gros der ungarischen Honvd. Im Fall der Fälle ließ sich da mit den bisherigen Konzepten nicht mehr reüssieren.

Schon wenige Wochen nach Antritt der SPÖ-Alleinregierung Kreiskys wurden die operativen Planungen gemäß den Farbenfalten eingestellt. Am 25. Juni 1970 hieß es in einer „streng geheim“-Weisung: „Die derzeit in Angriff genommene Bundesheerreform kann zu unvorhersehbaren Ergebnissen führen“, die eine Weiterführung der bisherigen operativen Planungen wenig sinnvoll erscheinen läßt. „Daher wird die Neubearbeitung mit dem Neutralitätsfall Nord-Süd, Sicherungseinsatz, eingestellt.“

Ein jeglicher Neuansatz konnte freilich weder die geographische Lage Österreichs ignorieren noch das Vorhandensein zweier Militärblöcke. Auch Geld und Menschen ließen sich nicht aus dem Boden stampfen. Um die Aufgaben im Bedrohungsfall erfüllen zu können, wurden 15 Brigaden gefordert. Ein Teil der Aufgaben sei durchaus auch mit Landwehrtruppen leistbar, meinte man, doch diese müßten im ersten Ausbauschnitt auf 150.000 Mann und im zweiten auf 300.000 Mann anwachsen. Die Bewaffnung müsse erheblich modernisiert werden, die Fliegertruppe 30 bis 40 moderne Flugzeuge mit Bordraketen erhalten und die Fliegerabwehr mit Lenkraketen ausgerüstet werden... Alles war begründbar und sicherlich wohlüberlegt. Doch war es auch realistisch? Abseits der Verkürzung des Wehrdienstes hatte man sich auf ein neues Konzept festgelegt, das in Anlehnung an die Schweiz zunächst Gesamtraumverteidigung und dann nur mehr Raumverteidigung heißen sollte. Das Konzept wäre möglicherweise eine leere Hülle geblie-

ben, hätte es nicht in Emil Spannocchi einen sehr glaubhaften Interpreten gefunden. Er wurde Kommandant des Aufstellungsstabs Bereitschaftstruppe und später Armeekommandant und trat seine neue Aufgabe in einem Augenblick an, als das Heer seine kritischsten Phasen durchlebte. Spannocchi beschäftigte sich – ohne schon die von Herfried Münkler gebrauchte Begrifflichkeit verwenden zu können – mit dem „Asymmetrischen Krieg“, wobei auf den österreichischen Fall bezogen alle Formen der Asymmetrie zur Anwendung zu bringen waren: Österreichs Landesverteidigung verkörperte ein krasses Mißverhältnis an einzusetzenden Kräften, vor allem aber an Waffen, und während man sich in Wien noch um die Interpretation der staatsvertraglichen Bestimmung hinsichtlich der Verbote von „Spezialwaffen“ bemühte, waren in den Arsenalen der anderen bereits Technologien der übernächsten Generation gelagert und standen Hunderttausende bereit.

Das Spannocchi-Konzept

Spannocchi sah in einem Verteidigungsfall keine Möglichkeit zur geordneten Zurücknahme kämpfender Truppen und zu großen Bewegungen angesichts einer massiven Überlegenheit an mechanisierten Kräften und einer von vornherein anzunehmenden absoluten Luftüberlegenheit eines jeden Gegners. Also wollte er dem hinhaltenden Kampf keinen Platz mehr einräumen, vor allem die Landwehr dazu verwenden, in vorher bestimmten Räumen und unter Abstützung auf eine Vielzahl von Festen Anlagen einen Aggressor zur einem langsamen Vorgehen zu zwingen, ihm wo es ging Abbruch zu tun und ihn schließlich zum Angriff auf stark verteidigte Schlüsselzonen zu nötigen. Es ging also nicht um die operative Vorselektion des Jagdkampfs – oder, wie dann häufig verkürzt gemeint wurde, um Partisanenkrieg, sondern sehr wohl um den Einsatz regulärer Kräfte. Jenseits jeglicher Operation sollte es aber das Ziel aller politischen und militärischen Anstrengungen, also der Gesamtstrategie sein, einen Konflikt so auszudehnen, daß dem angegriffenen Staat irgendeine Form von internationalem Schutz oder zumindest Hilfe zuteil werden konnte. – Soweit die Theorie. Doch dafür brauchte es Soldaten, Kräfte, die vornehmlich infanteristisch und im Kleinkrieg einsetzbar waren, und zwar dreimal so viel Soldaten, wie bis dahin in der militärischen Organisation Platz gefunden hatten. Siebenmal so viel wäre wohl noch besser gewesen. Was Spannocchi

nicht sehen konnte und schließlich nicht wahrhaben wollte, war aber, daß es nach 15 Jahren noch nicht einmal doppelt so viele sein würden.

Zunächst schien das Konzept aufzugehen. Manches blieb aber weiterhin im Bereich des Undenkbaren. Was, wenn es im Falle eines Kriegs tatsächlich dazu kommen sollte, daß Warschauer Pakt-Truppen Österreich aussparten, die NATO aber nicht auf die kurze Verbindungslinie zwischen Italien und Deutschland verzichten konnte oder wollte? Mußte man dann der NATO den Krieg erklären und Hilfe des Warschauer Pakts in Anspruch nehmen? Ging die Hinderungspflicht bei einem Angriff aus dem Osten so weit, den Großteil der schlagkräftigsten Truppen zu opfern und gleichzeitig nicht den Westen um Hilfe zu bitten, weil dann vielleicht sehr rasch die atomare Schwelle überschritten worden wäre? Oder sollte man das Donautal gewissermaßen zum Verkehr freigeben und nur Richtungspfeile, einmal „München“ und einmal „Budapest“ aufstellen und erst recht dazu einladen, Österreich zum Kriegsgebiet zu machen? Konnte/sollte Wien zur „offenen Stadt“ erklärt werden? Würde sich jemand an diese Erklärung halten? Die Fragezeichen ließen sich beliebig vermehren.

Polarka

Außer zu Planungen für den Fall eines großen Kriegs zwang die österreichische Situation aber auch zur Beschäftigung mit anderem, vor allem mit den mit Sorge beobachteten Veränderungen in Jugoslawien. Dieses spielte in den operativen Überlegungen des Bundesheers überhaupt eine viel wichtigere Rolle, als es bei der bloßen Fixierung auf die beiden großen Militärblöcke den Anschein hatte. Die längste Zeit wurde es wohl mit der Vorgabe in die Planungen der Operationsabteilung des Bundesheers einbezogen, daß sich Jugoslawien – aus welchen Gründen immer – dem Warschauer Pakt anschließen könnte, ein Szenario, das dem Fall „Grün“ zugrunde lag. Dann aber, und recht unvermittelt, schien Jugoslawien selbst gefährdet zu sein. Schon wenige Jahre nach dem „Prager Frühling“ wurde ein neues Krisenszenario bemüht, um die Folgen einer Destabilisierung Jugoslawiens zu beschreiben.

Die Beschäftigung mit dem südlichen Nachbarn wurde schließlich noch durch einen besonderen Desinformationsakt besonders angeheizt. Der im Februar 1968 aus der Tschechoslowakei geflohene Erste Par-

Österreich, Europa und die Welt

teisekretär im tschechoslowakischen Verteidigungsministerium, General Jan Šejna, sorgte für erhebliches Aufsehen, als er 1974 behauptete, die Sowjets hätten schon einen konkreten Operationsfall „Polarka“ ausgearbeitet gehabt, um Jugoslawien in die sozialistische Staatengemeinschaft „zu zwingen“. Das für Österreich Alarmierende an dieser Darstellung war, daß Šejna behauptete, die Operation hätte auch über österreichisches Gebiet führen sollen. Was er zum Besten gab, war freilich der Planungsstand von 1962. Doch dank der medialen Aufmerksamkeit wurde das Stabspiel „Polarka“ zum Fall schlechthin. Denn während die diesbezüglichen Planungen des Bundesheers unter dem Verschlussvermerk „streng geheim“ liefen, schienen nun alle Befürchtungen ihre Bestätigung zu finden, und die Medien hatten ihre Sensation.

Trotz des Fadenscheinigen an Šejnas Geschichte wurde eine Stabsrahmenübung angesetzt, die auf der Annahme beruhte, „Polarka“ würde tatsächlich konkrete Planung sein. Doch eigentlich waren zu diesem Zeitpunkt kaum mehr papiermäßige und gedankliche Vorbereitungen nötig, denn zum „Fall Jugoslawien“ war schon 1971 und 1972 alles Wesentliche gesagt und in den Panzerschränken archiviert worden. Variationsmöglichkeiten und noch bedrückendere Szenarien ließen sich freilich immer noch entwerfen. „Polarka“ war ein Bluff. Was dahinter stand, war die Sorge. Und sie nahm noch immer nicht ab. Aus gutem Grund!

Die 1970 begonnene Reform des Bundesheeres ließ auch Jahre später erst Strukturen und Absichten erkennen. Und manches ging beileibe nicht so schnell, wie es sich die „Reformer“ vorgestellt und gewünscht hätten. Mittlerweile hatte auch die ambitioniertesten Planer die Realität insofern eingeholt, als nur zu deutlich geworden war, daß es keinesfalls eine wundersame Geldvermehrung gegeben hatte und nach wie vor mit Annahmen und Wünschen geplant werden mußte.

Nachdem die „Farbenfälle“ einmal archiviert worden waren und anderes nur der Überbrückung diene, ging man aber auch daran, ein neues großes Szenario zu entwerfen. Es entstand in der Gruppe Einsatzvorsorge, war Teil der sogenannten Landwehrstudie und erhielt den Decknamen „Limes“. Dabei wurde von eigenen Kräften in der Stärke von 245.000 Mann ausgegangen.

„Limes“ wurde in allen möglichen Details zu denken gesucht und erfuhr in einer Vielzahl von Planspielen und Stabsbesprechungen seine letzte Ausformung. Doch das

Scheitern der Spannocchi-Doktrin war vorprogrammiert: Sollte es nicht zu der vorausgesetzten (und zugesagten) Vermehrung, Bewaffnung und Ausrüstung der Landwehrverbände kommen, wurde der Raumverteidigung die Grundlage entzogen. Damit stellte sich neuerlich und in besonderer Schärfe die Frage nach der Verteidigungsfähigkeit und vor allem auch nach der Sinnhaftigkeit und Dauer eines österreichischen Widerstands. Und man kehrte wieder dorthin zurück, wo man auch vor Spannocchi gestanden war. Und wie selbstverständlich zeichnete sich für die operative Planung des österreichischen Bundesheers abermals ein nicht einmal gedanklich zu bewältigendes Dilemma ab.

Im Fall des Falles »sofort kapitulieren«

Die Alternativen waren nach wie vor die Opferung des Bundesheers in den gedachten Vormarschräumen eines Feindes in Erfüllung der Hinderungspflicht eines Neutralen (und das im Bewußtsein, daß es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einmal eine Anschlußversorgung geben würde); oder aber der Rückzug des Bundesheers in eine Kernzone mit dem Ziel, möglichst große Teile des Heeres und des Territoriums zu erhalten. In diesem Fall wäre freilich genau jene Lücke aufgemacht worden, die den Zusammenhang der NATO hätte schwinden lassen. Die Antwort wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit atomar gewesen. Ob daran die Empfehlung des für die wirtschaftliche Landesverteidigung zuständigen Ministers Josef Staribacher etwas geändert hätte, ist fraglich, ja auszu-

schließen. Der Minister notierte am 17. April 1977: „Wenn tatsächlich der Angriff der Gegner, sei es NATO oder Warschauer Pakt käme, sofort zu kapitulieren. Jede andere Strategie halte ich für sinnlos.“

Die Notwendigkeit, Konzepte und Möglichkeiten immer wieder anzupassen und vor allem auch auf aktualisierte Bedrohungsbilder hin auszurichten, führte schließlich nach Spannocchi zur Ausarbeitung eines umfassenden operativen Konzepts, das die Bezeichnung Operationsfall „A“ erhielt. Die Unklarheit über die Ziele und Möglichkeiten Österreichs übertrugen sich von der politischen auf die militärische Ebene und führte zu nachhaltigen Konflikten. Nicht zuletzt hatte das zur Folge, daß sich die Bearbeitung des Operationsfalls „A“ über einen Zeitraum von rund sieben Jahren hinzog. Und letztlich ist es nie zu seiner Fertigstellung gekommen. Mit dem Operationsfall „A“ und den parallel laufenden Planungen für den Fall einer „Gesamtbedrohung“ endete Anfang der neunziger Jahre die Zeit der großen operativen Planungen Österreichs unter dem Eindruck zweier existierender Blöcke. Fast übergangslos verschwand die Zeit, da Österreich „Zwischen den Blöcken“ gelegen war, aus der öffentlichen Wahrnehmung des Landes. ■

Neu: Zwischen den Blöcken.

NATO, Warschauer Pakt und Österreich,

hg. Manfred Rauchensteiner

Böhlau-Verlag, 817 Seiten, 69 Euro.

ISBN 978-3-205-78469-2

<http://www.boehlau.at/978-3-205-78469-2.html>

Das »Österreich Journal« dankt der »Europäischen Rundschau« und deren Chefredakteur und Mitherausgeber, Prof. Paul Lendvai, dafür, diesen Text aus der aktuellen Ausgabe hier verwenden zu dürfen.



Die „Europäische Rundschau“ erscheint vierteljährlich und wird vom gleichnamigen Verein herausgegeben. Sie bietet auf 144 Seiten im Format 17 x 24 cm anspruchsvolle Beiträge zu unterschiedlichsten Europa-Themen und Kritiken zu europabezogenen Veröffentlichungen. – Die Einzelnummer kostet 8 Euro, das Jahresabonnement 25 Euro zuzüglich Porto. Bestellungen richten Sie, bitte, an den Verein „Europäische Rundschau“ Ebendorferstraße 6/4

A-1010 Wien

Telefon: ++43 / (0)1 / 408 34-00

Telefax: ++43 / (0)1 / 408 34-11

<http://www.europaeische-rundschau.at>

Internationale Ehen

Mehr Rechtssicherheit bei Scheidungsverfahren – 14 Länder wenden Instrument der verstärkten Zusammenarbeit an

Auf der Tagesordnung des Parlamentarischen EU-Unterausschusses stand am 9. Juni ein Verordnungsvorschlag der EU-Kommission, der mehr Rechtssicherheit im Scheidungsverfahren bringen soll, indem klare Kriterien für die Zuständigkeit des Verfahrens festgelegt werden. Da diese Zielsetzung bereits einmal am Widerstand Schwedens gescheitert ist, wollen nun 14 Mitgliedsstaaten, darunter Österreich, das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit nützen, um den nunmehr leicht abgeänderten Verordnungsentwurf umzusetzen.

Nach derzeitiger Rechtslage verfügt jeder Staat über eigene Bestimmungen, welches Scheidungsrecht bei internationalen Ehen anwendbar ist, erklärte Justizministerin Claudia Bandion-Ortner (ÖVP). Ehe-

partner können demnach ein Gericht in einem Mitgliedsstaat anrufen, dessen Recht er/sie für sich als günstiger erachtet. Dabei ist dann jenes Gericht zuständig, an das sich ein Partner zuerst gewendet hat („rush to court“). Zukünftig soll primär das Recht des Staates des (letzten) gemeinsamen Aufenthalts der Gatten maßgebend sein. Die Ehepartner haben auch die Möglichkeit, eine Rechtswahl zu treffen, sie können aber nur ein Recht wählen, zu dem sie einen engen Bezug haben, wie etwa das Recht des Heimatstaates eines Gatten. Der Vorteil dieser Bestimmungen liege darin, sagte die Justizministerin im Ausschuss, daß in Zukunft nicht mehr exzentrische Rechtsordnungen in großer Anzahl anzuwenden sind. Außerdem werde es nicht erlaubt sein, Rechtssysteme wie die Scharia heranzuziehen. Auch eine geschlechtsspezifische Unterscheidung ist untersagt.

Die Ministerin wies in diesem Zusam-

menhang auch darauf hin, daß mit dieser Vorlage erstmals ein Mandat zu einer verstärkten Zusammenarbeit beschlossen wird. Es hätten sich 14 Mitgliedsstaaten zusammengeschlossen, um festzulegen, welche Rechtsordnung in internationalen Schei-

auch flexibler gestalten, ergänzte Abgeordneter Ewald Stadler (BZÖ).

Aus diesem Grund bewertete Abgeordneter Albert Steinhauser (Grüne) die verstärkte Zusammenarbeit auch differenziert. Sie könne ein Katalysator sein, sagte er, ein

Europa der zwei Geschwindigkeiten hielt er jedoch für politisch nicht sinnvoll.

Die verstärkte Zusammenarbeit sei besser als Stillstand, bemerkte Bandion-Ortner, gerade in Familien- und Scheidungsrecht, wo es innerhalb der EU sehr unterschiedliche Rechtslagen gibt. Die Frage des Abgeordneten Johannes Hübner (FPÖ), warum die Ermächtigung zu einer verstärkten Zusammenarbeit von allen Staaten befürwortet werden müsse, begründete Abgeordneter Ewald Stadler (BZÖ), das sei

ein Schutzmechanismus, damit kleinere Staaten nicht überfahren werden.

Die Ausschussmitglieder nahmen schließlich einstimmig einen ÖVP-SPÖ-Antrag auf Ausschlußfeststellung an, in dem trotz positiver Bewertung des Kommissionsvorschlags noch einige Punkte als kritisch aufgelistet werden. Das betrifft einerseits das Erfordernis der Rechtswahl, wobei sich die Abgeordneten für eine Rechtswahlvereinbarung in Form einer öffentlichen oder öffentlich beglaubigten Urkunde aussprechen. Genauer geregelt werden müsse nach Ansicht der Abgeordneten auch die für die Rechtswahl zur Verfügung stehende Zeitspanne sowie die Definition des „gewöhnlichen Aufenthalts“. Justizministerin Claudia Bandion-Ortner bemerkte dazu, zum „gewöhnlichen Aufenthalt“ gebe es in Österreich eine ausgereifte Judikatur, es werde aber auf EU-Ebene diskutiert, eine Definition in die Vorlage aufzunehmen. ■



14 Länder wollen eine gemeinsame Rechtsordnung für internationale Scheidungsfälle

menten anzuwenden ist. Die Ministerin betonte ausdrücklich, daß damit keine Änderung der materiell rechtlichen Bestimmungen verbunden ist.

Die Tatsache, daß nunmehr in familienrechtlichen Angelegenheiten erstmals das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit angewendet wird, wurde von den Abgeordneten positiv aufgenommen. Abgeordneter Johannes Jarolim (SPÖ) meinte, das trage dazu bei, die europäische Idee bis hin in den persönlichen Bereich zu transportieren. Abgeordneter Heribert Donnerbauer (ÖVP) erwartet sich dadurch eine Dynamisierung.

Auch Abgeordneter Herbert Scheibner (BZÖ) sah darin ein positives Instrument, das bereits bei der Einführung des Euro bei Schengen und in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zum Tragen gekommen sei. Dadurch werde der Ausbau eines Kerneuropas gefördert, was sinnvoll sei. Ein Kerneuropa würde das System in der EU

Neue Internationale Anti-Korruptionsakademie

SIS II: Budget- und Zeitplan der Kommission unbefriedigend

Innenministerin Maria Fekter kritisierte einmal mehr, daß die EU-Polizeidatenbank SIS II erst mit 31. Jänner 2013 – statt, wie zuletzt von der EK kommuniziert, im 1. Quartal 2011 – in Betrieb gehen soll. „Österreich wird genau darauf achten, daß keine zusätzlichen Geder verschwendet werden und den Strafverfolgungsbehörden möglichst bald ein effizientes Instrument zur Kriminalitätsbekämpfung zur Verfügung gestellt wird“, so Fekter.

Terrorismus, Organisierte Kriminalität u. Cyber Crime bedrohen Innere Sicherheit

Eines der Kernthemen des Innenminister-Rates vom 4. Juni war die Aussprache über die Innere Sicherheit sowie die größten Herausforderungen, denen sich die EU in den kommenden Monaten stellen muß. Der sogenannte „MADRID-Report“, der auf Basis von EUROPOL- und FRONTEX-Analysen erstellt wurde, sieht im Bereich Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Cyber Crime, Grenzschutz und Katastrophenschutz den größten Handlungsdruck.

„In meinen Augen ist dieser Bericht ein erster wichtiger Schritt in der gesamtheitlichen Betrachtung der Inneren Sicherheit in der EU“, zollte Innenministerin Maria Fekter Anerkennung. „In den Bereichen, von denen das größte Gefahrenpotential ausgeht, müssen wir noch vernetzter international zusammenarbeiten.“ Es zeige sich jedoch, daß die Mehrzahl der Bedrohungen in unmittelbarem Zusammenhang mit externen Faktoren, wie etwa der Wirtschaftskrise, stünden. Es ist daher wichtig, bei der sozialen und kulturellen Integration anzusetzen, um zu vermeiden, daß einzelne frustriert in Kriminalität oder Extremismus abdriften. Ich habe mich daher dafür eingesetzt, daß künftig der Bereich „Integration“ und die Analysen weiterer Agenturen, wie etwa der Grundrechteagentur, mit in den Lagebericht einfließen“, so die Innenministerin weiter.

Nationales Freiwilligen-Netz für Katastrophenfall aufbauen

Beim Katastrophenschutz sieht Innenministerin Fekter vor allem Handlungsbedarf in den Mitgliedsstaaten. „Österreich



Foto: B.M.I

Innenministerin Maria Fekter mit INTERPOL-Generalsekretär Ronald K. Noble

verfügt bereits über ein ausgezeichnet funktionierendes System von freiwilligen Helfern, die im Katastrophenfall rasch und effizient unter professioneller Leitung arbeiten. Dieses Grundsystem ist die Voraussetzung dafür, daß von der EU bereitgestellte Akuthilfe, wie etwa die Zurverfügungstellung von Sandsäcken im Hochwasserfall, auch entsprechend zum Einsatz kommen kann. Hier gilt es, Standards und entsprechende Mechanismen für Akutmaßnahmen, aber auch für die anschließenden Wiederherstellungsaktivitäten zu implementieren“, so Fekter.

Laxenburg: Neue Standards in der Korruptionsbekämpfung

Fekter regte darüberhinaus an, die Korruptionsbekämpfung als eigene Kriminali-

tätsform anzuerkennen und präsentierte auf Einladung der spanischen Präsidentschaft die neue Internationale Anti-Korruptionsakademie. Die Akademie, die von Österreich gemeinsam mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) und unterstützt vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) derzeit in Laxenburg errichtet wird, soll ab September 2010 die internationale Anti-Korruptions-Arbeit professionalisieren und die Effektivität von Personen und Organisationen, die mit Korruptionsprävention, -ermittlung und -verfolgung befaßt sind, verbessern. Darüber hinaus sollen Standards und Methoden im Bereich der Anti-Korruptions-Forschung und -Ausbildung entwickelt werden.

Österreich, Europa und die Welt

Europäischer Pakt für Migration und Asyl

Im Rahmen des EU-Innenministerrates präsentierte die Europäische Kommission auch den ersten Umsetzungsbericht zum, 2008 verabschiedeten, Europäischen Pakt für Migration und Asyl und wurden Schlußfolgerungen des Rates dazu angenommen.

Ziel des Paktes ist die gesamtheitliche Behandlung der Themenbereiche der Gestaltung der legalen Einwanderung, der Bekämpfung der illegalen Migration, der Stärkung der Wirksamkeit der Grenzkontrollen, der Verwirklichung eines europäischen Asylsystems und die Schaffung einer umfassenden Partnerschaft mit den Herkunfts- und Transitländern zur Förderung der Synergien zwischen Migration und Entwicklung.

Fekter begrüßte insbesondere die Verankerung des möglichst raschen Aufbaus eines gemeinsamen europäischen Asylsystems. Festgehalten wird, daß zukünftig ein noch stärkerer Fokus auf die Zusammenarbeit der EU und der Mitgliedsstaaten bei den Rückführungen gelegt werden sollen. „Ich bin sehr froh, daß wir hier durch FRONTEX eine Agentur geschaffen haben, die Rück-

führungen so human wie möglich durchgeführt“, so die Innenministerin.

Umfassender Schutz für tatsächlich schutzbedürftige unbegleitete Minderjährige

In Hinblick auf die unbegleiteten Minderjährigen wird auch festgehalten, daß gemeinsame Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz und zur begleiteten Rückführung etabliert werden müssen. „Die Kommission hat hier ein ganz wesentliches Thema der Asylpolitik aufgegriffen. In ihrem ‚Aktionsplan zu den unbegleiteten Minderjährigen (2010-2014)‘, zu dem wir heute Schlußfolgerungen verabschiedet haben, geht es um die Entwicklung eines gemeinsamen Ansatzes als Antwort auf die steigende Zahl dieser Personen. Unserer Erfahrung nach ist hier die Mißbrauchsquote besonders hoch: Von den 192 Gutachten, die in Österreich im ersten Quartal 2010 durchgeführt wurden, wurde in 121 Fällen (entspricht 63 Prozent) bescheinigt, daß entgegen den Angaben der betreffenden Person von einer Volljährigkeit auszugehen sei. Hier gilt es also, Mißbrauch hintanzuhalten und den tatsächlich schutzbe-

dürftigen Minderjährigen umfassend Schutz zu gewähren“, so die Innenministerin.

Europäischer Drogenpakt gegen Kokain- und Heroin-Schmuggel

Ziel dieses Paktes ist die Unterbrechung der Kokain- und der Heroin-Routen nach Europa und das Einfrieren von Vermögenswerten, die aus dem Drogenhandel stammen. Vorgesehen ist eine bessere Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten auf politischer Ebene. „Diese Initiative der spanischen Präsidentschaft ist jedenfalls begrüßenswert. Österreich ist aufgrund seiner geographischen Lage entlang der so genannten ‚Balkanroute‘ besonders vom Heroinschmuggel betroffen“, erklärte die Innenministerin. „Bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität entlang der Balkanroute arbeiten wir im Rahmen des Projektes ‚Drug Policing Balkan – Advanced 2009-2012‘ bereits seit Jahren eng und sehr erfolgreich mit den Ländern des Westbalkans zusammen. Die hier gesammelten Erfahrungen werden wir dann, wenn es um die Umsetzung des Paktes geht, selbstverständlich zur Verfügung stellen.“ ■

Memorandum of Understanding mit China

Infrastrukturministerin Doris Bures traf am Abend des 17. Juni den chinesischen Vizeministerpräsidenten Zhang Dejiang und den chinesischen Verkehrsminister Li Shenglin zu einem Arbeitsgespräch bei Bundespräsident Heinz Fischer in der Wiener Hofburg. Im Zuge dieses Gesprächs haben Bures und Shenglin ein Memorandum of Understanding über bilaterale Kooperationen paraphiert. Im Oktober, im Rahmen der geplanten Reise von Infrastrukturministerin Bures nach China, sollen die Kooperations-Projekte dann im Detail festgeschrieben werden. Bures: „China ist einer der bedeutendsten Wachstumsmärkte der Welt und bietet für Österreichs Unternehmen viele Chancen und großes wirtschaftliches Potential.“

Die Kooperationen, die im Memorandum of Understanding festgeschrieben werden, sollen vor allem im Bereich Verkehr, Verkehrstechnologien, Technologie und Ausbildung, sowie in der Zivilluftfahrt angesiedelt sein, erklärt Ministerin Bures. Auch die österreichischen Infrastrukturprojekte waren Teil des Gesprächs zwischen den beiden Verkehrsministern, die auch beim Infrastrukturausbau Kooperationen und Erfahrungsaustausch anstreben.



Foto: BMVIT / Reich

BM Doris Bures und Li Shenglin nach der Paraphierung in Wien

Li Shenglin zeigte beim Gespräch großes Interesse am Vorgehen Österreichs im Bereich alternativer Antriebe und Elektromobilität. Die Ministerin stellte ihrem chinesischen Amtskollegen die österreichische Forschung und Entwicklungs-Offensive für umweltfreundlichen Verkehr vor und hob die Vielzahl von österreichischen Unternehmen hervor, die in diesem Zukunftsfeld Pionierar-

beit leisten. Saubere und energieeffiziente Motoren spielen für China eine große Rolle, deshalb begann das Land schon 2001 die Forschung und Entwicklung von Elektroautos stark zu fördern. „Ich sehe mit unserer starken Automotive-Zulieferindustrie und unserem österreichischen Know-How in diesem Bereich große Chancen für eine florierende Zusammenarbeit mit China“, so Bures. ■

Spindelegger: »Wien als Heimat des Europäischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte«

Die Errichtung der EU-Grundrechteagentur war ein langjähriges österreichisches Anliegen. Sie schließt eine Lücke im System des Menschenrechtsschutzes in Europa und erhöht die Sichtbarkeit der EU als Union der Werte, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Die Ansiedlung der Agentur in Wien war uns daher ein besonderes Anliegen. Gleichzeitig wird damit Wien als internationaler Standort und Ort des Dialogs weiter gestärkt“, so Außenminister Michael Spindelegger am 16. Juni bei der Unterzeichnung des Abkommens über den Amtssitz der EU-Grundrechteagentur gemeinsam mit dem Direktor der Grundrechteagentur, Morten Kjaerum.

Die EU-Grundrechteagentur nahm am 1. März 2007 als Nachfolgerin der seit 2000 in Wien beheimateten Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ihre Tätigkeit am Wiener Schwarzenbergplatz auf. Sie ist die zentrale Ansprechstelle für alle EU-Institutionen im Menschenrechtsbereich und soll durch Beratung und Hilfestellung die Einhaltung der Grundrechte innerhalb der EU bei der



Foto: BMeIA / Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Außenminister Michael Spindelegger bei der Unterzeichnungszereemonie in Wien

Ausarbeitung und Umsetzung von EU-Recht gewährleisten. „Das Ziel ist eine vollständig grundrechtskonforme und bürgernahe EU. Damit kann sie dem einzelnen Bürger einen noch größeren Mehrwert bringen“, so der Außenminister.

Spindelegger betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit internationalen und regionalen Organisationen, wie etwa der EU-Grundrechteagentur: „Die Agentur gibt

wichtige Impulse für die europäische Menschenrechtspolitik, insbesondere im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie leistet damit wichtige Beiträge für die Entwicklung einer toleranten und respektvollen Gesellschaft, die die Vielfalt Europas als Bereicherung sieht. Österreich wird Morten Kjaerum und sein Team bei seiner Arbeit voll und ganz unterstützen.“ ■

Präsentation der österreichischen UNO-Kandidatur in Genf

Unser klares Bekenntnis zur effektiveren Umsetzung der Menschenrechte ist das Herzstück unserer Kandidatur zum Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Österreich will als Mitglied und als Partner im UNO-Menschenrechtsrat zur weltweiten Stärkung der Menschenrechte beitragen“, so Außenminister Michael Spindelegger anlässlich der Präsentation der österreichischen Kandidatur für den UNO-Menschenrechtsrat in Genf durch den österreichischen Botschafter Christian Strohal am 22. Juni. Spindelegger wird die Inhalte der Kandidatur im Rahmen seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung im September in New York offiziell der Staatengemeinschaft vorstellen.

„Die weltweite Förderung der Menschenrechte ist seit vielen Jahren ein Kernanliegen der österreichischen Außenpolitik. Österreich wird in der UNO wegen seiner Bereitschaft zur offenen und transparenten Kooperation und zum Dialog geschätzt. Seit der Schaffung des Menschenrechtsrats während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes 2006 hat sich Österreich stets aktiv und konstruktiv an



Foto: BMeIA / HOPI-MEDIA / Ingrid Sontacchi

Christian Strohal, Österreichischer Botschafter in Genf

der Arbeit des Gremiums beteiligt. Wir scheuen uns dabei auch nicht, die Menschen-

rechtssituation in manchen Ländern deutlich kritisch anzusprechen“, so Spindelegger. Auch als nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat lege Österreich einen besonderen Schwerpunkt auf menschenrechtliche Anliegen.

„Unsere erstmalige Kandidatur für einen Sitz im UNO-Menschenrechtsrat ist daher ein logischer Schritt“, so der Außenminister. Die Vorhaben, die Österreich im Rahmen einer Mitgliedschaft im UNO-Menschenrechtsrat umsetzen will, spiegeln die traditionellen Schwerpunkte der österreichischen Menschenrechtspolitik wider: „Österreich wird sich insbesondere für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Rechte von Frauen, Kindern und Menschen mit Behinderung einsetzen“, so Spindelegger. Eine weitere Priorität stelle der Kampf gegen Folter dar, wo Österreich mit der angestrebten Ratifikation des Zusatzprotokolls zur UNO-Folterkonvention ein positives Beispiel setzen will.

Die Wahlen zum UNO-Menschenrechtsrat finden im Mai 2011 in der UNO-Generalversammlung in New York statt. ■

Historikerkonferenz

»Österreich, Ungarn, Rumänien 1945-1955/56 –
sowjetische Besatzung im Vergleich«

Namhafte Historiker aus Ungarn, Österreich, Rumänien und den USA trafen am 23. Juni in den Räumlichkeiten des österreichischen Kulturforums zu einer eintägigen Konferenz über die unmittelbare Nachkriegszeit in den drei Ländern zusammen. Der Osten Österreichs wurde, wie Ungarn und Rumänien, von der Roten Armee besetzt. Während die beiden letztgenannten

genforschung in Graz, Prof. Günter Bischof, Center Austria – University of New Orleans, Csaba Békés, Cold War History Research Center Budapest, László Borhi von der ungarischen Akademie der Wissenschaft sowie Ottmar Trasco, Universität Bukarest.

Anlässlich der Konferenz wurde in den Räumlichkeiten des österreichischen Kulturforums die Fotoausstellung „Stationen einer

Europa-Forum Wachau widmet sich dem Donauraum

Der Donauraum im neuen Europa – Chancen und Herausforderungen“ lautet der Titel des Europa-Forum Wachau, das heuer zum 15. Mal stattfindet. Zu der Veranstaltung am 26. und 27. Juni auf Stift Göttweig hatten sich u.a. der rumänische Ministerpräsident Emil Boc, die Außenminister der Slowakei und Kroatiens, Miroslav Lajcak und Gordan Jandrokovic, sowie EU-Kommissar Johannes Hahn angesagt.

Landeshauptmann Erwin Pröll bezeichnete die „Begründung einer niederösterreichischen Landesaußenpolitik“ als einen der Beweggründe für die 1995 ins Leben gerufene Diskussionsplattform. Sie sei stets genützt worden, Kontakte zu knüpfen. „So ist Niederösterreich auch zur Drehscheibe geworden im Zusammenhang mit der Regionalförderkulisse ab dem Jahr 2014.“ Mittlerweile 47 Regionen hätten sich zusammengefunden, um für die Sicherstellung der Fördermittel ab 2014 zu arbeiten. Anfang Oktober werde in Brüssel ein entsprechendes Positionspapier überreicht, so Pröll.

Außenminister Michael Spindelegger, der wie Vizekanzler Josef Pröll ebenfalls auf dem Göttweiger Berg zu Gast war, bezeichnete das Europa-Forum Wachau als „Zukunftsforum“. Es sei überdies eine „Plattform der Begegnung mit vielen besonderen Gästen“. Es gehe darum, „auf die Wichtigkeit der Regionen hinzuweisen“, sagte die für EU-Fragen zuständige NÖ Landesrätin Johanna Mikl-Leitner. ■

Lesen Sie einen ausführlichen Bericht in der „ÖJ“-Ausgabe 86 am 30.07.2010!

Alpenländer gegen Gigaliner

Ein deutliches Nein zu den so genannten Gigalinern, bis zu 25 Meter langen und 60 Tonnen schweren Riesenlastern, kommt von den Regierungschefs der Alpenländer anlässlich eines Treffens der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer in Eppan. „Wir fordern die EU auf, die Gigaliner nicht zuzulassen. 60-Tonner auf unseren Straßen durch die engen Alpentäler fahren zu lassen, wäre ein massiver verkehrspolitischer Rückschritt und ein völlig falsches Signal“, bekräftigen Tirols LH Günther Platter und die Regierungschefs der Alpenländer. ■



Foto: Österreichisches Kulturforum Budapest

»Stationen einer Flucht« mit bislang unveröffentlichtem Material eines ungarischen Feldwebels und Hobbyfotografen im österreichischen Kulturforum Budapest

Länder nach und nach in den Ostblock einbezogen wurden, verlief Österreichs Schicksal anders. Ziel der Tagung war es, die Methoden der sowjetischen Politik in diesen Ländern zu verschiedenen Themenfeldern zu vergleichen und neu gewonnene wissenschaftliche Erkenntnisse auszutauschen. Maßgebliche Schwerpunkte bezogen sich auf die Eisenhower-Administration, sowjetische strategische Ziele und Wirtschaftspolitik, Kriegsgefangene und Deportierte dieser Länder und deren Schicksal in der Sowjetunion, Geheimdienste und österreichische und ungarische Spione zwischen den beiden Machtblöcken sowie den Besatzungsalltag der Roten Armee in diesen Ländern.

Unter den teilnehmenden Wissenschaftlern befanden sich unter anderem Barbara Stelzl-Marx und Peter Ruggenthaler, beide Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfol-

Flucht“ mit bislang unveröffentlichtem Material eines ungarischen Feldwebels und Hobbyfotografen gezeigt. Die Amateuraufnahmen aus dem Jahr 1944 zeigen die Stationen der Flucht der Familie des Feldwebels mit seiner Einheit aus Kisilva/Siebenbürgen (im heutigen Rumänien) vor der immer näher rückenden Roten Armee, über Ungarn in Richtung Österreich, wo sie schließlich in verschiedenen Auffanglagern Zuflucht findet. Nach 1946 ging dann die „Reise“ zurück über Budapest nach Déva (heutiges Rumänien).

Die Bilder zeigen in anschaulicher Weise Momente dieses Flüchtlingsalltags, der in diesen bewegten Zeiten für einen großen Teil der Bevölkerung zur absurden Normalität wurde. Datiert, beschriftet und erstmals wissenschaftlich ausgewertet wurden die Fotografien vom Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung. ■

Österreich, Europa und die Welt

Stöger übermittelt »Amflora«-Anbauverbotsverordnung an EU

Gesundheitsminister Alois Stöger hat am 11. Juni das Notifikationsschreiben zum Anbauverbot der EU-weit zugelassenen gentechnisch veränderten Kartoffel „Amflora“ an die Europäische Kommission übermittelt. „Ein Verbot muß sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen. Daß mehr als 90 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher keine Gentechnik am Acker wollen, ist immer noch kein ausreichendes Argument. Das ist mehr als ärgerlich. Dennoch werde ich alles unternehmen, damit Österreich auch weiterhin Gentechnik-frei bleibt“, bekräftigt Stöger seine Haltung.

Die Begründung für das Anbau-Verbot in Österreich ist knapp 50 Seiten lang und stützt sich insbesondere auf das Vorsorgeprinzip, denn in die Genkartoffel ist ein Gen eingebaut, welches Antibiotika unwirksam machen kann. Nach Meinung der EFSA, der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, sei zwar die Resistenzlage gegen dieses Antibiotika ohnedies schon so hoch, sodaß es auf die Genkartoffel nicht mehr ankomme. Weil in Österreich aber keine entsprechenden Daten vorliegen, hat Gesundheitsminister Stöger ein bis Ende 2012 befr-

stetes Verbot erlassen und gleichzeitig eine Studie beauftragt, die Daten sammeln wird, ob und wie hoch die Resistenzlage für diese Antibiotika in Österreich tatsächlich ist. Die



Foto: BGF

Gesundheitsminister Alois Stöger

Kommission wird die österreichische Haltung nun prüfen.

„Wie auch schon in der Vergangenheit wird sich das Gesundheitsministerium im Falle eines Einspruchs der Kommission wehren. Ich vertrete damit die Anliegen der überwiegenden Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher, die keine Gentechnik

am Acker will“, zeigt sich Stöger kämpferisch.

Eine nationale Selbstbestimmung beim Anbau verstoße auch nicht gegen WTO-Regeln, daher fordert Stöger von der EU, „das europäische Recht so zu ändern, daß Mitgliedsstaaten über den Anbau frei entscheiden können – unabhängig von wissenschaftlichen Beweisen eines Risikos und ohne seitenweise wissenschaftliche Interpretationen und Argumentationen nach Brüssel und Parma schicken zu müssen“. Einen entsprechenden Vorschlag habe er, Stöger, der EU-Kommission bereits im Frühjahr 2009 übermittelt und mittlerweile würde diese Forderung Österreichs von vielen anderen Mitgliedsstaaten auch mitgetragen.

„Jetzt ist die Kommission am Zug, die für Ende Juni 2010 ein Papier mit Lösungsmöglichkeiten angekündigt hat. Wir wollen in Österreich ein Selbstbestimmungsrecht und ich freue mich, daß diese von mir in der EU oft deponierte Forderung jetzt allem Anschein nach auch umgesetzt wird. Damit haben wir vielen anderen Staaten der EU, die auch keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen wollen, den Weg bereitet.“ ■

Österreichische Ambivalenz – skandinavischer Optimismus?

15 Jahre EU-Mitgliedschaft: Vertrauen in Europäische Integration durch aktiven Dialog stärken

Am 24. Juni 1994 unterzeichneten Österreich, Finnland und Schweden ihre EU-Beitrittsverträge. Seit 1. Jänner 1995 sind die drei Länder Teil der EU. Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hat diese Jahrestage zum Anlaß genommen, sich das Meinungsbild der Bevölkerung im Vergleich anzusehen.

„15 Jahre nach dem EU-Beitritt steht in Schweden, Finnland und Österreich weiterhin die Mehrheit der Bevölkerung dem europäischen Integrationsprozess zustimmend gegenüber“, so ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt. „Vergleicht man die Eurobarometer-Umfragen der EU-Kommission, fällt jedoch auf, daß sich Skandinavier in vielen Bereichen positiver als Österreicher äußern.“

Gemäß Eurobarometer halten derzeit 42 % der Österreicher, 51 % der Finnen und 57 % der Schweden die Mitgliedschaft für eine „gute Sache“. Die Zahl der EU-Gegner hält sich die Waage: Nur etwa ein Fünftel der Befragten hat ein negatives Bild der EU.

„Im Vergleich zu Skandinavien sind überdurchschnittlich viele Österreicher un-

entschlossen und halten die Mitgliedschaft weder für gut noch für schlecht“, so Schmidt. „Es mangelt an Information darüber, daß die EU kein abstraktes Bürokratenparadies ist, sondern unser Leben in den verschiedensten Bereichen – von Telefongebühren, zum Radweg und Park bis zur Flugpassagiersicherheit, dem Arztbesuch im Urlaub, der Banküberweisung und der Müsliverpackung – auch positiv beeinflusst.“

Die Menschen in den drei Ländern schätzen die Möglichkeiten, die die EU bietet und anerkennen ihr wirtschaftliches Potential. Die Freiheit, innerhalb der Union reisen, studieren und arbeiten zu können sowie Frieden und der Euro (in A und FIN) sind Pluspunkte. Gerade in Österreich wird die EU jedoch – im Vergleich zu Skandinavien – viel öfter mit Negativthemen, so etwa mit steigender Kriminalität, Arbeitslosigkeit und Identitätsverlust, in Verbindung gebracht.

„Österreicher sind auch vergleichsweise skeptisch, wenn es um die Richtung geht, in die sich die EU entwickelt. Und auch den Herausforderungen, die die Globalisierung

mit sich bringt, wird in Österreich mit Vorsicht begegnet“, ergänzt Schmidt.

„In einem zentralen Punkt aber sind sich alle Befragten einig, was vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise positiv stimmt“, betont Schmidt. „Die zukünftige Rolle des Euro wird in Österreich und Finnland, und sogar in Schweden, das nach wie vor seine Krone hat, optimistisch gesehen.“

Welche Schlüsse lassen sich aus diesen Ergebnissen für die EU-Kommunikation in Österreich ziehen?

„Durch aktiven Dialog kann das Vertrauen in politische Entscheidungsabläufe gestärkt werden“, so Schmidt. „Insbesondere Politik und Medien sind gefordert, europäische Entscheidungen, bei denen das offizielle Österreich stets mit am Tisch sitzt, fair zu bewerten und zu erklären. Eine vertiefte Europäische Integration ohne die Bürger dabei mitzunehmen wird es kaum geben. Ein direkter Draht zu den Menschen würde uns der EU jedenfalls wieder ein Stück näher bringen.“ ■

<http://www.oegfe.at>

Europäische Verkehrspolitik in Städten und Regionen

Die politische Direktorin des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), Angelika Poth-Mögele, stattete Innsbruck einen Besuch ab, um mit Verkehrs-Stadtrat Walter Peer in seiner Funktion als Verkehrssprecher des RGRE über Themen, die derzeit in der Kommission behandelt werden, zu sprechen. Wie sich Städte mit ihren Erfahrungen einbringen können, um die Mobilität leistbar und umweltgerecht zu verbessern, ist die Aufgabenstellung, die unter anderem mit den neuen Kommissionsmitgliedern gemeinsam diskutiert und gestaltet werden muß.

Interessant und spannend an dieser Tätigkeit sei dabei, so Peer, das Kennenlernen anderer Erfahrungen und neuer Ideen sowie der gemeinsame Auftritt der europäischen Städte, deren Interessen er als RGRE-Verkehrssprecher bei der Entscheidungsfindung einzubringen habe.

„Es geht darum, die Mobilität im Rahmen einer zeitgemäßen Stadtentwicklung bestmöglich zu organisieren und dabei auch um konkrete Projekte der Elektromobilitäts-Förderung. In diesen Gremien werden Entscheidungen nicht für eine abstrakte Welt, sondern für unsere Regionen getroffen. Daher ist es wichtig, daß wir diese Entscheidungen tatkräftig mitgestalten“, so Peer.



Foto: Rathaus Medienservice / Wolfgang Weger

Angelika Poth-Mögele mit Verkehrs-StR Peer vor einer der neuen Straßenbahnen

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist der europäische Dachverband von 50 nationalen Kommunal- und Regionalverbänden in 36 Ländern. Der Leitgedanke des RGRE liegt in der Förderung eines einigen und starken Europas, gestützt auf kommunale und regionale Selbstverwaltung und Demokratie, ein Europa in dem die

Entscheidungen so weit wie möglich in Bürgernähe und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips getroffen werden.

Die Aktivitäten des RGRE erstrecken sich auf weite Bereiche mit Themen wie öffentliche Dienstleistungen, Verkehr, Regionalpolitik, Umwelt, Gleichstellung von Frauen und Männern und weitere mehr. ■

Bereits 5000 Schultaschen in Tiroler Schulen gesammelt

Zum Schulende hin werden wieder in vielen Tiroler Schulen und bei allen Recyclinghöfen gebrauchte Schultaschen für Kinder im Kosovo und in Bosnien gesammelt. Diese werden wie in der Vergangenheit von AsylwerberInnen des Flüchtlingsheimes Reichenau in Innsbruck gereinigt, sortiert und mit einer Grundausstattung von Schulmaterialien befüllt. Das Land Tirol startete bereits 2008 in Zusammenarbeit mit Rotem Kreuz, Jugendrotkreuz und dem Umweltverein Tirol unter Leitung der Abfallwirtschaft Tirol Mitte/ATM diese Sammelaktion, die mittlerweile 5000 Schultaschen für bedürftige Kinder im In- und Ausland erbracht hat. „Die Aktion gerade jetzt zum Schulende ist deshalb wichtig, damit diese Ausrüstung rechtzeitig zum Schulbeginn im Herbst an ausgewählten Schulen im Kosovo und in Bosnien zur Verfügung steht“, sagte LR Gerhard Reheis: „Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Asylwerberinnen und Asylwerbern im Flüchtlingsheim Reichenau für ihre tatkräftige Unterstützung.“ Verbunden damit ist die



Foto: Land Tirol/Schwarz

LR Gerhard Reheis im Flüchtlingsheim Reichenau

Einsparung von tonnenweisem Abfall, wenn diese noch funktionsfähigen Schultaschen im Müll landen würden. Für diese Aktion

bestimmte Schultaschen können übrigens während des ganzen Jahres bei jedem Tiroler Recyclinghof abgegeben werden. ■

Ausländische Pensionen werden künftig beitragspflichtig

120.000 Pensionsbezieher sind davon betroffen und erhalten demnächst entsprechende Post von der Krankenversicherung.

Erstmals werden ausländische Pensionen aus dem EU-Raum in Österreich krankenversicherungspflichtig. Rund zwei Millionen österreichische Pensionisten zahlen für ihre gesetzliche Krankenversicherung 5,1 Prozent ihrer Bruttopension. Im Gegensatz dazu haben Pensionisten, die einen Teil ihrer Pension aus dem Ausland beziehen, keine Krankenversicherungsbeiträge für den ausländischen Teil ihrer Pension zu bezahlen, die Leistungen der Krankenversicherung werden aber sehr wohl in Österreich in Anspruch genommen. „Es ist ungerecht, wenn jemand den Krankenversicherungsbeitrag von einer kleinen österreichischen Pension zahlt, aber für die gleichzeitig bezogene oft höhere öffentliche Pension aus dem Ausland kein Krankenversicherungsbeitrag zu zahlen ist und trotzdem die komplette Leistungspalette der sozialen Krankenversicherung in Anspruch genommen wird“, so der Vorsitzende im Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Hans Jörg Schelling. Davon betroffen sind in Österreich rund 120.000 Pensionisten, die vorwiegend aus EU-Staaten – und da vor allem aus Deutschland – eine staatliche Pension beziehen.

Ab 1. Mai 2010 werden aufgrund einer Verordnung der EU die Krankenversicherungsbeiträge für Auslandspensionen, vorläufig beschränkt auf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vorgeschrieben. Eine Ausweitung des Anwendungsbereiches auf Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes EWR und die Schweiz wird voraussichtlich im Laufe des nächsten Jahres erfolgen. Die Vorschreibung erfolgt in jenen Fällen, in denen Österreich für die Erbringung von Krankenversicherungs-Leistungen zuständig ist. Der tatsächliche Wohnsitz ist dabei nicht relevant. Nicht betroffen davon sind jedoch Privatpensionen, Betriebspensionen sowie Waisenpensionen. Die Mehreinnahmen für die Krankenkassen von geschätzten 23 Mio. Euro pro Jahr für ganz Österreich sichern unter anderem die Leistungen der Versicherten.

Die Betroffenen erhalten von ihrem zuständigen Krankenversicherungsträger im

Juni ein entsprechendes allgemeines Informationsschreiben, nach dem Sommer erfolgt nochmals ein österreichweit einheitliches Verständigungsschreiben an die Betroffenen, mit der Aufforderung, den vollständigen und aktuellen Stand und die Höhe der bezogenen



Foto: SVA

ausländischen Pensionen bekannt zu geben und durch Vorlage entsprechender Unterlagen zu bescheinigen.

Die Sozialversicherung garantiert – unabhängig von Alter, Einkommen, sozialer Herkunft und Bildung – hochwertige Gesundheitsversorgung und eine sichere Pensionsvorsorge. Aktuell sind rund 8,2 Millionen Menschen anspruchsberechtigt (Versicherte und mitversicherte Angehörige). Der Behandlungsanspruch aus der Krankenversicherung wird beim Mediziner durch das e-card-System angezeigt: Die e-card enthält als Schlüsselkarte keine medizinischen Daten, ermöglicht dem Arzt aber die Überprüfung des Versicherungsstatus eines Patienten und die Nutzung weiterer Services. Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ist das organisatorische Dach über der solidarischen Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung Österreichs. ■

Schieder zu Doppelbesteuerungsgesetz

Doppelbesteuerungsgesetz bringt rechtliche Sicherheit und mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit auch mit völkerrechtlich nicht anerkannten Staaten

Mit dem Doppelbesteuerungsgesetz schaffen wir die rechtliche Möglichkeit, auch mit Steuergebieten, die völkerrechtlich kein anerkanntes Subjekt darstellen, Verträge abzuschließen, die rechtliche Sicherheit und mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen“, so Finanzstaatssekretär Andreas Schieder am 15. Juni zum im Ministerrat beschlossenen Doppelbesteuerungsgesetz.

Mit diesem Gesetz, an dem in den Grundzügen seit 2007 gearbeitet wurde, ist es einem Steuerpflichtigen nun möglich, ein Verständigungsverfahren zwischen den betroffenen Ländern zur Vermeidung seiner Doppelbesteuerung zu beantragen.

Und das auch in jenen Steuergebieten, die völkerrechtlich nicht als Staaten anerkannt sind. Wie bei Doppelbesteuerungsabkommen, denen als Staatsverträgen das Parlament zustimmen muß, wird auch im neuen Gesetz eine Zustimmung des Hauptausschusses festgeschrieben.

„Natürlich werden solche Verträge auf der Basis dessen, was die OECD-Standards betrifft, geschlossen. Das bedeutet auch in der Frage des Informationsaustausches und der Berücksichtigung des Steuerrechts die selben Grundsätze, wie sie in den Musterabkommen von OECD und UNO zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zu finden sind“, so Schieder.

Auf der Seite des Finanzministeriums finden Sie eine Liste der österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, auf dem Gebiet der Erbschafts- und Schenkungssteuern und der österreichischen Abkommen über den Auskunfts-austausch in Steuersachen

http://www.bmf.gv.at/Steuern/Fachinformation/InternationalesSteu_6523/DiesterreichischenD_6527/_start.htm

Südtiroler Projekt ist beispielhaft

Zuerst war es ein Vorzeigeprojekt in Südtirol, danach hat es gesamtstaatlich für Furore gesorgt und am 10. Juni hat es Landeshauptmann Luis Durnwalder in Brüssel als Best-Practice-Beispiel vorgestellt: Das vom Europäischen Sozialfonds (ESF) unterstützte Reorganisations-Projekt der Gerichtsämter in Bozen schlägt nach wie vor hohe Wellen.

Gestartet war das Projekt zur Reorganisation der Gerichtsämter in Bozen mit der Erstellung einer Sozialbilanz, danach wurde eine Dienstcharta erarbeitet und schließlich eine ISO-Zertifizierung erreicht. „Mit Hilfe des ESF konnten die Arbeit in den Gerichtsämtern effizienter gestaltet, die Dauer der Prozesse herabgesetzt, die Bürgernähe erhöht und zudem beträchtliche Summen eingespart werden“, betonte Durnwalder in Brüssel.

Er hat dort das „Procura“-Projekt mit dem ehemaligen Bozner Oberstaatsanwalt Cuno Tarfusser, heute Richter am internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, im Rahmen einer mit Vertretern der Europäischen Kommission, den italienischen Ministerien für Arbeit und Justiz sowie mit Clemente Mastella, Europaparlamentarier und bei Abschluß des ESF-Projekts noch italienischer Justizminister, hochkarätig besetzten Tagung und einer Pressekonferenz als beispielhafte Initiative vorgestellt, die mittlerweile in 18 Regionen und an insgesamt 98 Gerichtsstandorten allein in Italien nachvollzogen worden ist.

„Man macht oft den Fehler, ESF-Projekte mit privaten Projekten gleichzusetzen, dabei profitiert auch die öffentliche Verwaltung von diesen Mitteln“, unterstrich der Landeshauptmann, der als zweiten Fehler nannte, daß gelungenen Projekten zu wenig Öffentlichkeit verschafft werde. „Es ist wichtig, daß andere Verwaltungen von den Erfahrungen profitieren, die ihresgleichen bereits gemacht haben“, so Durnwalder in Brüssel.

Der Landeshauptmann ist auch mit der eben bestätigten AdR-Präsidentin Mercedes Bresso (Piemont) zusammengetroffen. Mit ihr hat er die Fortschritte diskutiert, die die Euregio auf dem Weg der Anerkennung als „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ (ETZ) macht. „Auch in Piemont macht man Versuche mit einer solchen ETZ, unsere Euregio könnte aber die erste sein, die im gesamten Staatsgebiet eine solche Anerkennung erhält“, so Durnwalder ■



Foto: Landespresseamt

Landeshauptmann Luis Durnwalder trifft AdR-Präsidentin Mercedes Bresso

Durnwalder verabschiedete Bürgermeister

Die 66 nach den Gemeindewahlen ausgeschiedenen Bürgermeister – „ich traue mich nicht, Altbürgermeister zu sagen, weil einige junge Kollegen dabei sind“ (O-Ton) – hat Landeshauptmann Luis Durnwalder am 16. Juni ins Palais Widmann in Bozen geladen, um sie offiziell zu verabschieden und ihnen für ihren Einsatz in der Gemeindepolitik zu danken.

Fünf, zehn, zwanzig oder mehr Jahre – mit Robert Tappeiner, 46 Jahre lang Bürgermeister von Partschins, als Rekordhalter – hatten die nach Bozen geladenen Gemeindepolitiker als Bürgermeister gearbeitet, bevor sie nach den letzten Gemeindewahlen im Mai aus ihrem Amt ausgeschieden waren. Entsprechend hielt Durnwalder in seiner Dankesrede zunächst Rückschau auf die Entwicklung, die Südtirol in den letzten Jahrzehnten genommen hat. „Ich denke, man kann behaupten, daß sich nie so viel in Südtirol geändert hat, wie in den letzten zwanzig, dreißig Jahren“, so der Landeshaupt-

mann, der die Übernahme neuer Kompetenzen ebenso als Beispiel nannte, wie die Schaffung der Infrastruktur, von Arbeitsplätzen oder Einrichtungen für Kinder und Senioren: „Heute erscheint dies alles selbstverständlich, aber es hat überall Leute gebraucht, die die Initiative ergriffen haben.“

Der Landeshauptmann zeigte sich wehmütig über das Know How, das mit den ausgeschiedenen Bürgermeistern verloren gehe. „So viel Erfahrung, so viel Können, so viel Einsatzbereitschaft ist nur schwer zu ersetzen“, so Durnwalder, der deshalb an die Altbürgermeister appellierte, sich nicht gänzlich aus dem politischen Geschehen zurückzuziehen.

„Kritik“, betonte Durnwalder, „wird immer öffentlich geübt, Lob und Dank dagegen meistens nicht“. Deshalb nahm Durnwalder den offiziellen Abschied der Ex-Bürgermeister zum Anlaß, ihnen im Namen der gesamten Landesregierung für ihren Einsatz zu danken. ■

Klarere und schlüssigere Lebensmittelkennzeichnung

Lebensmittelverpackungen sollen verpflichtende Informationen zum Nährwertgehalt der Lebensmittel und Tagesbedarf enthalten. Das Europa-Parlament hat am 16. Juni über einen entsprechenden Gesetzesentwurf abgestimmt.

Mit 559 Ja-, 54 Nein-Stimmen und 32 Enthaltungen haben die Abgeordneten den Bericht von Renate Sommer (CDU) angenommen. Verbraucher sollen eine gut überlegte Wahl treffen können, während gleichzeitig die administrativen und finanziellen Auswirkungen für die Lebensmittelbranche so weit wie möglich eingegrenzt werden sollen.

„Für die Hersteller und Händler von Lebensmitteln ist die Vielfalt der existierenden Gesetze mittlerweile nur noch schwer überschaubar. Alle diese Mißstände soll der vorliegende Verordnungsentwurf durch eine EU-weit einheitliche Lebensmittelkennzeichnung beseitigen“, kommentierte Renate Sommer die Problematik.

Die Abgeordneten stimmen mit der EU-Kommission dahingehend überein, daß Schlüsselinformationen zum Nährwert, wie der Energiegehalt, Fette, gesättigte Fettsäuren, Zucker und Salz im „Hauptblickfeld der Verpackung“ angegeben werden müssen. Daher sei es unbedingt erforderlich, die Energie- und Nährstoffmenge stets pro 100 g oder 100 ml anzugeben. Diese Kennzeichnung soll auch für Proteine, Kohlenhydrate und Transfette gelten. Um die Lesbarkeit der Informationen zu gewährleisten, sollen nach Forderung der Abgeordneten dabei auch Kriterien wie Schriftgröße und Abhebung vom Hintergrund berücksichtigt werden.

Kein »Ampel«-System – Angabe des Herkunftslands

Der Vorschlag zur Einführung des „Ampel“-Systems ist klar abgelehnt worden. Es sähe vor, rote, gelbe und grüne Farben zu verwenden, um den hohen, mittleren und geringen Gehalt von Salz, Zucker und Fett in verarbeiteten Lebensmitteln anzugeben.

Angaben zum Herkunftsland sind für bestimmte Lebensmittel wie Rindfleisch, Honig, frisches Obst und Gemüse und Olivenöl bereits verpflichtend. Die Abgeordneten unterstützen daher die Ausweitung

einer entsprechenden Kennzeichnung auf Fleisch, Geflügel, Molkereiprodukte und andere Erzeugnisse aus einer Zutat. Darunter fallen auch Fleisch, Geflügel und Fisch, wenn diese als Zutat in verarbeiteten Lebensmitteln vorhanden sind. Dies könnte durch eine umfassende Folgenabschätzung bewertet werden. Fleisch solle auf den Geburts-, Haltungs- und Schlachtungsort hinweisen, fordern die Abgeordneten. Fleisch aus Schlachtung ohne Betäubung (im Hinblick auf bestimmte religiöse Traditionen) sollte ebenfalls als solches gekennzeichnet sein.

Mit nur einer Stimme ist die Empfehlung des Umweltausschusses von den EU-Abgeordneten abgelehnt worden, der vorsieht, Nährwertprofile von der Gesetzgebung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben auszunehmen. Kritiker sehen diese Regelung als irreführende Werbung an, die den Verbraucher täuschen oder den Lebensmitteln falsche medizinische Eigenschaften zuschreiben würden.

Ausnahmen für nicht-vorverpackte Lebensmittel und Alkohol

Nicht-vorverpackte Lebensmittel, wie Fleisch vom Metzger, sollen nach Ansicht der Abgeordneten von den Regeln der Nährwertkennzeichnung ausgenommen werden. Von Kleinstunternehmen und von Landwirten handwerklich hergestellte Erzeugnisse sollen ebenfalls davon ausgenommen werden. Die Mehrheit der Abgeordneten fordert dies auch für alkoholische Getränke. Wegen ihres Alkoholgehalts sollen insbesondere Mixgetränke oder „Alcopops“ strengen Kennzeichnungsvorschriften unterliegen und in Geschäften von alkoholfreien Getränken eindeutig getrennt positioniert sein.

Inkrafttreten des Gesetzesentwurfs

Der Gesetzesentwurf ist in der Schlußabstimmung, wie erwähnt, im Parlament mit 559 Ja-, 54 Nein-Stimmen und 32 Enthaltungen angenommen worden. Allerdings wird keine schnelle Einigung mit dem Rat erwartet, sodaß der Gesetzesentwurf mit großer Wahrscheinlichkeit im Parlament in die Zweite Lesung gehen wird. Nach seiner Verabschiedung hat die Lebensmittelbranche dann drei Jahre Zeit, die Regeln anzuneh-

men. Für kleinere Unternehmen, die am Tag des Inkrafttretens weniger als 100 Beschäftigte haben und deren Jahresumsatz 5 Millionen Euro nicht überschreitet, gelten die neuen Regeln fünf Jahre nach Inkrafttreten.

Ja und Nein von Österreichs Industrie

Die österreichische Lebensmittelindustrie unterstützt eine verpflichtende Herkunftsangabe für unverarbeitete, landwirtschaftsnahe Produkte, lehnt jedoch eine solche bei höher verarbeiteten Produkten ab. Aufgrund globaler Warenströme und saisonaler Ressourcen- und Qualitätsschwankungen kann die Herkunft der eingesetzten Rohstoffe variieren. So müßten etwa bei Wursterzeugnissen Geburts-, Aufzucht- und Schlachtungsort der Tiere angegeben werden. Auch bei sogenannten Monoprodukten wie Tee oder Kaffee wäre eine verbindliche Herkunftsangabe in der Praxis kaum umzusetzen. Denn: Diese bestehen aus Kaffee- bzw. Tee-Mischungen, um eine gleichbleibende Qualität und einen spezifischen Geschmack über das ganze Jahr zu gewährleisten. Die einzelnen Kaffeebohnen bzw. Teekomponenten in diesen Mischungen können wiederum aus über 50 verschiedenen Ländern stammen. Je nach Qualität der Ernte, Verfügbarkeit des Rohstoffs oder Preisgestaltung kann sich die Herkunft der Zutaten im Saison- oder gar Wochentakt ändern. Eine verpflichtende Herkunftsangabe der eingesetzten Zutaten auf dem Etikett müßte daher mit einem unverhältnismäßig großen Kostenaufwand laufend auf den Verpackungsfolien geändert werden und würde dem Ziel einer vereinfachten Kennzeichnung entgegenstehen. Der Versuch, eine Herkunftskennzeichnung von Zutaten auf sog. Hauptzutaten zu beschränken, scheitert in der Praxis oft an der Frage, was überhaupt als eine solche zu betrachten ist. Was ist z.B. die Hauptzutat oder die wertbestimmende Zutat eines höher verarbeiteten Fertiggerichts wie einer „Asiatischen Gemüsepfanne“? Die österreichischen Hersteller unterstützen daher den Vorschlag der Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Renate Sommer, eine künftige verbindliche Herkunftsangabe vor ihrer Anwendung einem Praxistest zu unterziehen. ■

<http://www.europarl.europa.eu>

Erhöhte Unsicherheit

Im Frühjahr 2010 haben sich die Unsicherheiten im Hinblick auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen einiger Länder des Euroraums markant erhöht.

Die österreichischen Banken sind in den Ländern des Euroraums allerdings im internationalen Vergleich nicht in besonders hohem Ausmaß exponiert, da sie stärker in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) engagiert sind, wo jedoch gemäß den aktuellen Prognosen von IWF und Europäischer Kommission bereits ein moderater Aufschwung eingesetzt hat“, erklärte der Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), Ewald Nowotny, anlässlich der Präsentation der 19. Ausgabe des Finanzmarktstabilitätsberichtes der OeNB. Dennoch bleibt das Umfeld für das österreichische Finanzsystem schwierig. Die Ertragssituation der Banken hat sich zwar verbessert, ist jedoch weiterhin Risiken ausgesetzt. Die gestiegenen Kreditwertberichtigungen werden aufgrund des scharfen Wirtschaftseinbruchs weiterhin auf einem hohen Niveau bleiben.

Finanzierung von Unternehmen und privaten Haushalten weiterhin unter dem Einfluß der Krise

Nach wie vor beeinträchtigt die Krise die Finanzierung der österreichischen Unternehmen, obwohl sich die Lage seit Herbst 2009 leicht entspannt hat. Die Kreditzinsen befinden sich nach den Leitzinssenkungen 2008/09 aktuell auf einem historisch niedrigen Niveau. Die Kreditvergabe der Banken wies seit Ende 2009 negative Jahreswachstumsraten auf. Diese Abschwächung der Finanzierungsvolumina dürfte sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Ursachen gehabt haben. Zum einen verminderte die rückläufige Investitionstätigkeit den Finanzierungsbedarf der Unternehmen, zum anderen blieb die Kreditvergabepolitik der Banken infolge der konjunkturbedingt verschlechterten Bonitätseinschätzungen im Frühjahr 2010 vorsichtig.

Die privaten Haushalte weiteten ihre Kreditaufnahme bis zuletzt nur sehr verhalten aus. Die geringe Neuverschuldung des Haushaltssektors und die niedrigen Zinsen haben die Verschuldungsquote und den Zinsaufwand der Haushalte reduziert. Der Fremdwährungsanteil am Bestand der Haushaltskredite ist immer noch sehr hoch, auch wenn zuletzt eine sehr deutliche Zurückhaltung der Banken bei Fremdwährungskredi-

ten zu verzeichnen war, die nicht zuletzt auch auf von Finanzmarktaufsicht (FMA) und OeNB festgelegten ergänzenden Mindeststandards zur Vergabe von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten an private Haushalte in Österreich zurückzuführen war. Die jüngsten Kursbewegungen des Euro zum Schweizer Franken bestätigten einmal mehr das Risiko dieser Kreditart. Auch



Foto:

Streßtests für die privaten Haushalte zeigen, daß Zinsentwicklungen absolut zwar den größten Einfluß auf die Zahlungsfähigkeit der Haushalte haben, relativ gesehen aber Fremdwährungskredite mit besonderen Risiken verbunden sind.

Schwieriges Umfeld für Österreichs Banken bleibt bestehen

Das österreichische Bankensystem hat in der Krise an Ertragskraft eingebüßt, blieb allerdings insgesamt weiterhin profitabel, gleichzeitig erhöhte sich die Streuung der Profitabilität unter den einzelnen Instituten. Die jüngsten Verbesserungen der Ertragskraft sind jedoch auch von einer historisch steilen Zinskurve, starken Handelserträgen und reichlicher Zentralbankliquidität getragen. Zudem ist die Kreditqualität weiter zurückgegangen und der Wertberichtigungsbedarf somit gestiegen. „In Anbetracht des derzeitigen konjunkturellen Umfeldes ist davon auszugehen, daß der Wertberichti-

gungsbedarf anhaltend hoch bleiben wird“, merkte Direktor Andreas Ittner an.

Die österreichischen Tochterbanken in CESEE konnten im Jahr 2009 trotz der anhaltenden Unsicherheiten in der Region einen positiven Ergebnisbeitrag liefern. Das Periodenergebnis nach Steuern aller CESEE-Auslandstochterbanken betrug 2009 rund 1,8 Mrd. Euro (2008: 4,2 Mrd. Euro). Auch hier hat sich die Heterogenität der Entwicklung deutlich erhöht. Die erwarteten konjunkturellen Erholungstendenzen in dieser Region lassen durchaus Verbesserungen bei den Tochterbanken österreichischer Konzerne erwarten, wenngleich auch hier durch allfälliges Auslaufen von internationalen Stützungsmaßnahmen erhöhte Risiken bestehen.

Die konsolidierte Kernkapitalquote der österreichischen Banken stieg seit ihrem Tiefpunkt 2008 dank privater und staatlicher Kapitalzuführungen um rund 2 Prozentpunkte auf 9,3%. „Dieser Anstieg erhöhte zweifellos auch die Risikotragfähigkeit der Banken. Allerdings ist angesichts der laufenden Regulierungsinitiativen mittelfristig ein weiterer Eigenmittelbedarf des österreichischen Bankensektors zu erwarten“, ergänzte Ittner.

Die aktuellen Frühjahrs-Streßtests der OeNB zeigen eine Verbesserung gegenüber dem Herbst 2009, jedoch bleibt die Kapitalausstattung der österreichischen Banken vergleichsweise niedrig. Darüber hinaus müssen bereits laufende Struktur Anpassungsprozesse im österreichischen Bankensektor weiter vorangetrieben werden.

Der halbjährlich erscheinende Finanzmarktstabilitätsbericht der OeNB enthält regelmäßige Analysen finanzmarktstabilitätsrelevanter Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Daneben werden im Rahmen von Schwerpunktartikeln zusätzlich auch Spezialthemen behandelt, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen. In der aktuellen Ausgabe sind dies die Streßtests der privaten Haushalte in Österreich, die Auswirkungen des Zahlungsdienstegesetzes auf den österreichischen Finanzmarkt, die Relevanz österreichischer Kapitalanlagegesellschaften und Investmentfonds für die Finanzmarktstabilität sowie der Bankensektor Kasachstans. ■

WKÖ-Wirtschaftsparlament

Bundespräsident Heinz Fischer: Europäische Schuldenkrise zum Anlaß für überfällige Reformen nehmen – Neues WKÖ-Präsidium unter Führung von Christoph Leitl bis 2015 gewählt – Zwei neue Vizepräsidenten verstärken WKÖ-Führungsteam – Fraktionen mahnen Reformen ein

Der Ausbruch der Finanzkrise, der zunächst eine Krise der Realwirtschaft und dann eine Staatsschuldenkrise folgten, müsse in der Eurozone zum Anlaß für längst überfällige Reformen und Vorkehrungen für die Zukunft genommen werden“, forderte Bundespräsident Heinz Fischer am 24. Juni beim Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), bei dem er WKÖ-Präsident Christoph Leitl zu seiner Wiederwahl gratulierte. „Die EU steht vor der Entscheidung: Entweder verstärkte Zusammenarbeit oder geringeres Wachstum und geringere Stabilität“, betonte Fischer. Zudem müsse die Regulierung des Finanzsystems dringend reformiert werden. „Die Wiedergewinnung des Primats der Politik auf dem Gebiet der Finanzmarktregulierung ist von entscheidender – auch demokratiepolitischer – Bedeutung.“

Leistungsfähigkeit des politischen Systems auf dem Prüfstand

In Richtung Österreich verweist Fischer darauf, daß sich das Land bei der Bewältigung der Krise in den letzten beiden Jahren gut behauptet habe. „Der wirtschaftliche Einbruch fiel 2009 geringer aus als im EU-Durchschnitt und die Arbeitslosenrate ist nach wie vor die zweitniedrigste in der EU.“ Besonders wichtig seien nun die kommenden Jahre, in denen angesichts der anstehenden schwieriger durchsetzbaren Entscheidungen „die Leistungsfähigkeit unseres politischen Systems auf dem Prüfstand steht“.

Konkret strich der Bundespräsident etwa die Konsolidierung des Staatshaushaltes hervor, wobei er für die Bereiche Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Klimaschutz eine „Sonderstellung“ monierte. „Wichtig bei der Rückführung der Schuldenquoten ist, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft nicht nur nicht zu

gefährden, sondern bestmöglich zu unterstützen.“ Budgetkonsolidierung sei nicht unbedingt mit Wachstumsverlusten verbunden, wie etwa die Erfahrung der skandinavischen Länder zeige, betonte Fischer. Ein Schlüssel sei dabei die gezielte Investition in zukunftsrelevante Faktoren. „Bei Bildung, Forschung



Bundespräsident Heinz Fischer gratuliert Präsident Christoph Leitl nach dessen Angelobung zur Wiederwahl

und Entwicklung oder Klimaschutz einzuspähen widerspräche ökonomischer Vernunft.“

Rückendeckung für Verwaltungs- und Staatsreform

Rückendeckung verlieh der Bundespräsident der langjährigen Forderung der Wirtschaft nach einer umfassenden Verwaltungs- und Staatsreform und verwies darauf, daß der Rechnungshof in seinem Bericht zur Verwaltungsreform im Jahr 2009 angemerkt hatte, daß ein Drittel seiner Vorschläge umgesetzt wurde. Fischer: „Das heißt im Umkehrschluß, daß zwei Drittel nicht umgesetzt wurden. Es gibt hier noch ein beachtliches Potential.“ Problematisch sei, daß gerade bei diesem Thema Sachfragen oft als Machtfragen mißverstanden würden.

Abschließend strich Fischer die Notwendigkeit von Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union hervor. „Der Beitritt war eine richtige und notwendige Entscheidung.“ Nun gehe es darum, die Europapolitik mit dem Lissabon-Vertrag auf einer veränderten und verbesserten Grundlage wieder in Schwung zu bringen und die Chancen der europäischen Zusammenarbeit bestmöglich zu nutzen, schloß der Bundespräsident. „Die Zukunft Europas ist eine zentrale Herausforderung, weil es um unsere eigene Zukunft geht.“

Leitl: Rot-weiß-rote Unternehmen werden Spitzenfeld stürmen

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl präsentierte am Vortag der konstituierenden Sitzung des Wirtschaftsparlaments der WKÖ in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit den Spitzen der wahlwerbenden Gruppen im WKÖ-Präsidium mit Christoph Matznetter vom Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband, Fritz Amann vom Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender) und Richard Schenz von der Industrie

die Schwerpunkte für die kommende Funktionsperiode. „Bei der Weltmeisterschaft der Wirtschaft wollen wir nicht im Mittelfeld spielen sondern zur Spitze stürmen. Dies gelingt einem Fußballtrainer, wenn neben dem Training von Technik und Kondition, auch Teamgeist und Motivation nicht vernachlässigt werden“, so Leitl.

Betriebe wollen Vorläufer sein und nicht hinterher hinken

„Österreichs Wirtschaftsbetriebe wollen Vorläufer sein und nicht hinterher hinken. Daher lernen wir von den Besten, um zu den Besten zu werden“, unterstrich Leitl. Der Wirtschaftskammerpräsident setzt auf eine wirtschaftspolitische Drei-Säulen Strategie bis 2015: Erstens sei der Standort für Un-

Wirtschaft

ternehmer weiter zu stärken. Zweitens müsse es zu einer nachhaltigen Konsolidierung des Staatshaushaltes – insbesondere durch Strukturreformen – kommen und drittens sei ein qualitatives Wachstum durch Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung anzustreben: „Wir müssen von der Krisenbekämpfung in eine Wachstumsstrategie kommen. Nur so sind neue Arbeitsplätze zu schaffen, nur so erzielen wir die notwendigen Steuern und Abgaben. Konkret betonte Leitl: „Wir müssen kämpfen: Für Erneuern gegen Besteuern, für Vereinfachung gegen Bürokratie, für Wachstum gegen Stagnation, für Kreativität gegen Borniertheit sowie für Werte und gegen das Zockertum.“

Reformen bei Bürokratie, Gesundheit, Pensionen und Bildung

Darüberhinaus verdeutlichte Leitl die Wichtigkeit eines positiven wirtschaftlichen Klimas: „Wenn wir richtig und mit Optimismus sowie Zuversicht handeln, steht uns ein unternehmerisches Jahrzehnt bevor. Neben Reformen bei Bürokratie, Gesundheit, Pensionssystem und Bildungswesen müssen wir Investitionen durch eine gezielte Investitionszuwachsprämie ankurbeln. Ich will, daß wir 2015 besser sind als vergleichbare Länder.“

Schenz: Handlungsbedarf bei Steuern und Lohnnebenkosten

Richard Schenz, Vertreter der Industrie im WKÖ-Präsidium, betonte: „Österreich ist ein Industrieland. Dabei spielen die positiven Rahmenbedingungen eine große Rolle. Wir können unsere Streikdauer in Minuten messen und unsere Techniker sind weltweit gefragt.“ Die Industrie ist auch mit Problemen konfrontiert: „Das Jahr 2009 war für die Industrie alles andere als einfach. 2010 gibt es vorsichtig positive Entwicklungen. Doch wir müssen die Standortattraktivität weiter verbessern – zum Beispiel bei den Steuern und Lohnnebenkosten. Auch die Lohnabschlüsse werden moderat ausfallen müssen, wenn wir weiterhin international wettbewerbsfähig bleiben wollen“, so Schenz, der darauf hinwies, daß die Lohnstückkosten in Deutschland mittlerweile um fünf Prozent geringer seien als in Österreich. Auch habe eine Diskussion über Arbeitszeitverkürzungen in diesen Zeiten sicher keinen Platz.

Leitl wiedergewählt – zwei neue Vizepräsidenten

Im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Wirtschaftsparlaments der WKÖ wurde der bisherige WKÖ-Präsident Christoph



Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Präsident Christoph Leitl und die Vizepräsidenten Richard Schenz und Hans Jörg Schelling (v.l.)

Leitl ohne Gegenstimme unter Standing Ovations von den Delegierten zum Wirtschaftsparlament für die neue Funktionsperiode bis 2015 wiedergewählt. Als Vizepräsidenten wurden ebenso einhellig Richard Schenz und Hans Jörg Schelling gewählt. Das neue Präsidium kooptierte zwei neue Vizepräsidenten ins WKÖ-Präsidium: Martha Schultz für den Österreichischen Wirtschaftsbund (WB) und Fritz Amann für den Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW). Weiters im Präsidium: Vizepräsident Christoph Matznetter vom Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband (SWV), Vizepräsident Fritz Amann (RFW) und Vizepräsident Richard Schenz (Liste Industrie). Seine Funktion als Vizepräsident beendet hat Matthias Krenn (RFW).

Fraktionen mahnen Reformen

Die wahlwerbenden Gruppen haben von der Bundesregierung Maßnahmen – wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten – nach dem Motto „Erneuern statt besteuern“ gefordert. In einem gemeinsamen Antrag – den alle Fraktionen mit Ausnahme der Grünen Wirtschaft mittrugen – wurde eine Drei-Säulen Strategie verabschiedet: Standort stärken, Staatshaushalt durch Strukturreformen nachhaltig konsolidieren und das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

Neun-Punkte-Programm bis 2015

Volker Plass von der Grünen Wirtschaft mahnte Strukturreformen in der Kammerorganisation ein. Darüber hinaus legte er ein Neun-Punkte-Programm bis 2015 vor: Erstens: Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer; zweitens: Das Eindämmen der

Staatsverschuldung („Der Zinsendienst raubt der Bundesregierung den Handlungsspielraum“); drittens: Arbeit und Investitionen steuerlich entlasten sowie Steuern auf Vermögen einführen; viertens: Reichtum besser verteilen; fünftens: Wirksame Maßnahmen gegen die Energie- und Rohstoffkrise; sechstens: Staats- und Verwaltungsreform („Abschaffung des Föderalismus“); siebtens: Soziale Systeme absichern; achtens: Gemeinsame Schule der 10 bis 14jährigen und neunten: Gesundheitssystem reformieren.

Kunden und Betriebe zahlen Zeche für Bankenabgabe

Matthias Krenn vom Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) betonte den Weg des konstruktiven Miteinanders im Wirtschaftsparlament. Der RFW werde vor allem für Leistungsträger und die Absicherung des Mittelstandes eintreten. Eine Abgabe erteilte Krenn der Forderung der Gewerkschaft nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich: „Solche Forderungen sind kontraproduktiv und würden das wirtschaftliche Klima stark belasten.“ Und: „Die heimische Wirtschaft befindet sich nur auf einem sehr schmalen Erholungspfad. Der Rückgang der Investitionsbereitschaft bei den Unternehmen ist alarmierend. Hier müssen wir rasch Anreize setzen und gegensteuern“, so Krenn, der sich ausdrücklich gegen eine Bankenabgabe aussprach: „Die Kunden und unsere Betriebe zahlen die Zeche für eine solche Abgabe.“ Weitere Forderungen der Freiheitlichen seien eine Versicherungspflicht bei Freizeitanfällen und die Möglichkeit eines Teilzeitkrankenstandes. ■

<http://www.wko.at/>

Unternehmen Landwirtschaft 2020

Die Arbeitsgruppen der Anfang April von Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich gestarteten Initiative sind bereits eifrig am Werken

Bei dessen erster Sitzung zum Modul „Lebensmittel: Sicher. Echt. Regional.“ Ende Mai wurden vier Kernthemen herausgearbeitet, die es in der Folge zu vertiefen gelte, berichtete der Leiter dieser Arbeitsgruppe, der Geschäftsführer der AMA Marketing, Stephan Mikinovic.

Diese Schwerpunkte lauten: Qualitäts- und Herkunftssicherung sowie Kennzeichnung, gesunde Ernährung, Export und zu guter Letzt Tourismus und Gastronomie. Im Laufe des Sommers werden zwei weitere Modultreffen stattfinden und Ende August sollen erste Ergebnisse im Rahmen der Welser Messe präsentiert und diskutiert werden.

Heimische Lebensmittelqualität in Gastronomie verstärkt ausloben

Beim ersten Kernthema „Qualitäts- und Herkunftssicherung sowie Kennzeichnung“ gelte es, bestehende Qualitäts- und Herkunftsprogramme, wie das AMA-Gütesiegel, aber auch reine Ursprungssysteme, wie „Bos“ im Rind- und „Sus“ im Schweinefleischbereich auszubauen, betonte Mikinovic. Außerdem soll die Gastronomie auf freiwilliger Basis noch stärker in diesen Bereich eingebaut werden. So ist ein Ziel, noch mehr Wirte für regionale und heimische Qualität zu begeistern. Hier gibt es zum Beispiel das AMA Gastrosystem und das GenussWirte-System, die weiter ausgebaut werden sollen. „Der Kunde soll sehen: Ich esse österreichische Lebensmittel.“ Auch die zunehmende Flut an vermeintlichen Qualitätslabels ist laut Mikinovic ein Thema der Arbeitsgruppe. So sollen in Zukunft nur Kennzeichnungen erhalten bleiben dürfen, hinter denen auch tatsächlich ein kontrolliertes Herkunfts- beziehungsweise Qualitätssystem steckt. Mit 95 Prozent den höchsten Bekanntheitsgrad und mit 40 Prozent den höchsten Marktanteil hat klarerweise das AMA Gütesiegel, das für überprüfte, heimische Spitzenzeugnisse steht.

Gesunde Ernährung auch mit Gesetzen forcieren

Ein weiterer Kernbereich der Arbeitsgruppe ist die gesunde Ernährung. So soll insbesondere in Schulen, Kantinen und Be-

triebsverpflegungen für wertvolle Lebensmittel wie Milch – etwa im Rahmen des Schulmilchprogramms – oder Obst und Gemüse geworben werden. Darüber hinaus werden auch neue Ansätze aus anderen Ländern diskutiert. So hat zum Beispiel Frankreich ein Gesetz erlassen, dem zufolge künftig auf allen Lebensmittel-Werbungen ein Hinweis angeführt werden muß, daß gesunde Ernährung wichtig ist. „Wir wollen auch in dieser Richtung Vorschläge machen“, so Mikinovic. Dies könnte auch so weit gehen, Automaten für stark zuckerhaltige Limonaden in Schulen oder Ähnliches per Gesetz verbieten zu lassen.

Exportoffensive in Drittländern weiterführen

Ferner wird sich die Arbeitsgruppe „Lebensmittel: Sicher. Echt. Regional“ dafür aussprechen, die erfolgreiche Exportoffensive für heimische Qualitätsprodukte wieder zu verstärken. Laut Mikinovic sollen dabei speziell Märkte wie die Ukraine, Kroatien, die Balkanländer und Rußland bearbeitet werden. „Ein Grund ist auch, daß es für derartige Marketingaktivitäten in Drittländern spezielle EU-Förderungen gibt“, erklärte der AMA Marketing-Geschäftsführer.

Heimische Qualitätslebensmittel auch im Tourismus verankern

Übergeordnete Ziele der Arbeitsgruppe sind somit, das Vertrauen der Konsumenten in die von der heimischen Landwirtschaft produzierten Lebensmittel zu erhalten und noch zu vertiefen. Der Marktanteil österreichischer Ernährungsprodukte soll national und auch international gesteigert werden. „Wir haben mit den bestehenden Aktivitäten ein gutes Fundament, auf dem wir aufbauen wollen. Wir möchten aber sehr wohl auch eine Weiterentwicklung erreichen“, so Mikinovic. Das zuvor angeführte Beispiel aus Frankreich zeige, daß mit Kreativität noch einiges auf die Schiene zu bringen sei.

Wie es in der Lebensmittel-Kette gelingen kann, stärkere Allianzen zwischen

Bauern und Verarbeitern zu schmieden und schließlich einen faireren Anteil für die Landwirte zu erreichen, ist hingegen eher Thema des Moduls „Qualitätspartnerschaft - Wertschöpfung: Mehr Miteinander – mehr Qualität“. Die weiteren sechs Module heißen „Zukunft GAP: Die Heimat im Herzen, Europa im Blick“, „Ländliche Entwicklung LE 14 - 20: Wachstum braucht guten Boden“, „Businessplan – Bildungsplan: Bildung säen, Erfolg ernten“, „Ideenwerkstatt Zukunftsfeld Bauernhof: Unkonventionell. Fortschrittlich. Mutig.“, „Neue Produktionsfelder: Chancen schaffen, Chancen nutzen“ und „Verwaltungsvereinfachung: Bürokratie stutzen, Wachstum nutzen“.

Erste Bilanz Ende August, Umsetzungsergebnisse bis Jahresende

Am Modul „Lebensmittel: Sicher. Echt. Regional“ sind neben Experten der AMA Marketing auch Vertreter von Landwirtschaftskammer Österreich, Fachverband der Lebensmittelindustrie (WKÖ), Österreich Wein Marketing (ÖWM), Verein für Konsumentenschutz (VKI), Wirtschaftskammer Österreich (Tourismus und Gastronomie), Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) und Bio Austria beteiligt. Eine erste Bilanz wird Ende August im Rahmen der Welser Messe gezogen, Umsetzungsergebnisse soll es bis Ende dieses Jahres geben.

Gleichzeitig auch EU-Anpassungen geplant

Hintergrund auf EU-Ebene ist darüber hinaus, daß es bis Ende 2010 erste Vorschläge zur Umsetzung des Grünbuchs zur Qualität von Agrarerzeugnissen geben soll. Darin sind unter anderem Leitlinien für Regelungen zur Qualitätssertifizierung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen angeführt. Für Ende 2010 beziehungsweise Anfang 2011 ist auch ein Vorschlag der EU-Kommission zur Änderung der Verordnung über geografische Ursprungsbezeichnungen geplant. 2010 oder 2011 soll es schließlich auch eine Verordnung bezüglich der Information der Verbraucher über Lebensmittel beziehungsweise neuartige Produkte geben. ■

<http://www.ama-marketing.at/>



Windkraft in Österreich startet neu durch

Höhere Einspeisetarife ermöglichen weiteren Ausbau

Die Errichtung der ersten Windkraftanlage im Zuge der Erweiterung des Windparks Scharndorf im Bezirk Bruck an der Leitha (NÖ) leitet eine neue Ausbauphase der Windkraft nach mehrjährigem Stillstand ein. Wirtschafts- und Energieminister Reinhold Mitterlehner besichtigte am 16. Juni die Bauarbeiten in diesem Windpark der Raiffeisen-Leasing. „Windkraft ist ein wichtiger Beitrag für eine saubere und sichere Energieversorgung. Sie steht knapp vor der Marktreife, daher messen wir ihr auch in der Energiestrategie Österreich große Bedeutung bei“, sagt Mitterlehner. „Ich freue mich daher, daß aufgrund der höheren Einspeisetarife wieder in den Ausbau der Windkraft investiert wird. Das schafft Arbeitsplätze und hilft der Umwelt durch einen niedrigeren CO₂-Ausstoß“, so Mitterlehner.

„Mit dem neuen Einspeisetarif für 2010 kommt auch in Österreich der Windkraftausbau wieder in Gang. Im Gegensatz zum weltweiten Trend herrschte bei uns seit vier Jahren Stillstand. Mit dem neuen Tarif in der Höhe von 9,7 Cent kann nun an den effizientesten Standorten in Österreich wieder gebaut werden“, kommentiert Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft. „Wir freuen uns, endlich wieder in österreichische Windprojekte investieren zu können, nachdem wir in den letzten Jahren nur im Ausland projektiert haben“, so Peter Engert, Geschäftsführer von Raiffeisen-Leasing.

Die IG Windkraft zeigt sich erfreut über den vom Wirtschaftsminister am „Ökostrom Tag 2010“ gestarteten, konstruktiven Diskussionsprozeß zur Optimierung des Ökostromgesetzes. „Projekte im Ausmaß einiger hundert Megawatt sind derzeit im Planungs- und Genehmigungsprozeß weit fortgeschritten“, so Moidl.

Windkraft ist ein Wirtschaftsfaktor

Der Ausbau der Windkraft leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgung mit sauberer und heimischer Energie und schafft regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze. „Wir haben eine starke Windkraft-Zulieferindustrie, die Komponenten wie Flügelblattmaterial, Steuerungen, Generatoren oder



Foto: Raiffeisen-Leasing / Astrid Knie

v.l.: Peter Engert (Raiffeisen-Leasing), Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Bürgermeister Hubert Zwiczelstorfer (Scharndorf) und Stefan Moidl (IG Windkraft)

Windkraft-Patente an internationale Hersteller liefert“, so Mitterlehner. „Das jährliche Exportvolumen beträgt 350 Millionen Euro. Gemeinsam mit den inländischen Aufträgen schafft das 2500 Jobs.“

Österreich schließt an weltweiten Boom der Windkraft an

Trotz Wirtschaftskrise ist der weltweite Windenergiemarkt im Vorjahr um 31 Prozent auf 158.000 Megawatt (MW) gewachsen. 45 Milliarden Euro wurden 2009 weltweit in Windprojekte investiert. Zum dritten Mal in Folge war die Windenergie beim Kraftwerksneubau die Nummer eins in Europa: 2009 stammten 39 Prozent der neu errichteten Kraftwerksleistung aus Windkraft. Nun schließt auch Österreich an diesen Boom wieder an. Im geltenden Ökostromgesetz ist ein Ausbau-Ziel von zusätzlich 700 MW Windkraftanlagen bis zum Jahr 2015 enthalten und die Energiestrategie Österreich sieht einen Ausbau von 1.400 MW bis zum Jahr 2020 vor.

Mitte Juni bis Mitte Juli wird in Niederösterreich in den Windparks Scharndorf, Berg und Maustrenk je eine Windkraftanlage

mit je 2 MW errichtet. Weitere Windkraftanlagen mit 34 MW sind in Niederösterreich bewilligt und stehen in der nahen Zukunft zur Realisierung an. Alleine im Burgenland laufen derzeit Genehmigungsverfahren für 170 Windkraftanlagen mit 500 MW Leistung.

Anfang 2010 lieferten 617 Windräder mit einer Gesamtleistung von 995 MW Strom in das österreichische Stromnetz. Diese Anlagen erzeugen ca. 2,1 Milliarden Kilowattstunden sauberen Strom – dies ist der Jahresstromverbrauch für rund 570.000 Haushalte. Gleichzeitig werden 1,3 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Ein Windrad bringt genau so viel CO₂-Einsparung wie der Verzicht von 1500 Österreichern auf ihr Auto.

Die Raiffeisen-Leasing verfolgt das Thema der erneuerbaren Energien seit Jahren intensiv und umfassend und zählt in Österreich mit 72,5 MW zu den größten Investoren und Ökostromerzeugern im Bereich der Windenergie. Die Erweiterung des Windparks Scharndorf, der von der Raiffeisen-Leasing im Bezirk Bruck a. d. Leitha in Niederösterreich betrieben wird, erfolgt mit einer 2 MW Anlage von Vestas. ■

Richtig bezahlen im Urlaub kann Geld sparen

Beste Lösung: Kombination aus etwas Bargeld, Bankomat- und Kreditkarte – Barabhebungen mit Bankomatkarte am billigsten, höhere Beträge mit Kreditkarte bezahlen

Im Urlaub ist man mit einer Kombination aus unterschiedlichen Zahlungsmitteln gut beraten. Urlauber sollten sich allerdings bereits vor Reiseantritt über die Zahlungsmodalitäten und Spesen im Urlaubsland erkundigen, um im Nachhinein keine bösen Überraschungen auf der Abrechnung zu erleben“, rät Manfred Bartalszky, Leiter des Produkt- und Channelmanagements der Erste Bank Oesterreich. Bei Reisezielen in ein Euro-Land schneidet der Urlauber am besten ab, wenn er einen geringen Teil an Bargeld mitführt, höhere Beträge mittels Kreditkarte bezahlt und Geldabhebungen mit der Maestro-Karte am Bankomat vornimmt. Die Bezahlung mittels MaestroCard (normale „Bankomatkarte“)

ist in Mitgliedsländern der EU mit Euro als Währung kostenlos. Kunden der Erste Bank Oesterreich können an Geldautomaten bei Instituten des Erste Bank Konzerns kostenlos Geld beheben. Reiseschecks verlieren bei konventionellen Reisen zunehmend an Bedeutung.

Kreditkarte punktet aufgrund ihrer Sicherheit

Kreditkarten sowie die Erste Bank Bankomatkarte sind aufgrund ihrer Sicherheit empfehlenswert. Geht die Karte verloren oder wird sie gestohlen, kommt die Bank für die Schäden auf, sofern der Inhaber nicht fahrlässig gehandelt hat. Innerhalb weniger Tage steht auch eine Ersatzkarte zur Verfügung. Darüber hinaus beinhalten viele Kreditkarten Reiseversicherungs Pakete. Die

Visa- bzw. Master-Card der Erste Bank umfasst neben diesem Schutz zusätzlich eine kostenlose Reisetornoversicherung. Zur Bargeldbehebung sind Kreditkarten allerdings nicht gedacht und sollten aufgrund der

Kauf über das Kundenkonto nur 1,5 Prozent statt der üblichen drei Prozent Spesen. Auch ist die Höhe der Spesen beim Geldwechsel im Ausland von Land zu Land unterschiedlich. Bartalszky: „Die Konditionen variieren

sehr stark, weil es keine einheitlichen Richtlinien gibt. Wechselstuben können die Gebühren selbst festlegen und somit verlangen was sie wollen. Es ist grundsätzlich besser, wenige Behebungen mit höheren Beträgen zu machen, um die Mindestgebühren zu überschreiten.“ Im Urlaubsland selbst sind die Kosten bei der klassischen Bankomatbehebung mit der BankCard (Bankomatkarte) am geringsten. Bargeldbezug im Urlaubsland am Bankomat mit Visa/Master-

card (Kreditkarte) ist deutlich kostenintensiver – davon wird auch abgeraten.

Der Urlaubseuro – wo er am meisten Wert ist

Der Wert des Urlaubseuro ist im Vergleich zum Vorjahr geschrumpft. Während der Euro in beliebten Urlaubsändern wie der Türkei, Portugal oder Kroatien dennoch für gute Laune sorgt, drückt der starke USD ein wenig die Stimmung der USA-Reisenden. Das aktuelle Kursverhältnis Euro zu USD liegt bei rund 1,24. Vor rund einem Jahr lag dieser Wert noch bei 1,40. Der Preisvorteil für österreichische Urlauber ist somit deutlich geschrumpft. In Überseeländern entwickelt sich der Euro ebenfalls weniger positiv – und macht den Auslandsaufenthalt somit nicht mehr zum großen Schnäppchen.



Die Kaufkraft des Euro in den beliebtesten Urlaubsändern spielt eine zunehmend große Rolle bei der Planung.

relativ hohen Entgelte und Spesen nur in Notfällen für Barbehebungen verwendet werden. Bartalszky warnt vor allem vor der Bezahlung mittels Kreditkarte in Euro in Nicht-Euro Ländern. „Hier sollte unbedingt darauf geachtet werden, daß der Kunde in der Landeswährung bezahlt. Denn würde er in Euro bezahlen, würde er in jedem Fall eine schlechte Kursabrechnung erhalten. Bestes Beispiel ist hier der Londoner Flughafen.“

Währungswechsel nur in Banken ratsam

Beim Geldwechsel vor Urlaubsantritt gibt es Unterschiede in der Höhe der Spesen. Hausbanken gewähren ihren Kunden oft Rabatte. „Fragen Sie aktiv in ihrer Bank nach Vergünstigungen“, empfiehlt Bartalszky. Die Erste Bank Oesterreich verrechnet bei

Die aktuellen Berechnungen der Statistik Austria aus Juni 2010 über die Kaufkraftparitäten in bezug auf die beliebtesten Reiseziele der Österreicher ergeben wie in den Vorjahren starke Kaufkraftvorteile für Österreicher in den östlichen EU-Nachbarländern. Die Türkei (von 131 auf 108), Polen (von 155 auf 142) und Schweden (von 98 auf 88) verzeichnen aufgrund des Wertverlustes des Euro während der letzten Monate im Jahresabstand Kaufkraftverluste. Noch deutlicher fallen die Kaufkraftverluste bei den untersuchten Überseedestinationen Mexiko (von 194 auf 158), Australien (von 103 auf 85), Japan (von 93 auf 78) und den USA (von 124 auf 108) aus. Während Mexiko (158) damit wie in den Vorjahren als preisgünstigste Urlaubsdestination knapp vor Tschechien und Ungarn mit einem Euro-Gegenwert von jeweils 153 Euro rangiert, erhält man in der teuersten Destination Dänemark für 100 in Österreich verdiente Euro lediglich Waren und Dienstleistungen zu einem Wert von 71 Euro, gefolgt von der Schweiz und Japan mit jeweils 78 Euro.

Urlaub in östlichen Nachbarländern weiterhin preiswert – 100 Euro entsprechen umgerechnet 153 Euro in Ungarn und Tschechien

Wie schon in den Vorjahresvergleichen erhält man für einen bestimmten Euro-Betrag rund um die Hälfte mehr an Gütern und Dienstleistungen als in Österreich. Ungarn rangiert mit 153 Euro-Gegenwert ex aequo mit Tschechien an 2. Stelle der preisgünstigsten Länder. In der Slowakei war im Jahresabstand ein Kaufkraftgewinn von 1% und einen Gegenwert von 148 Euro zu verzeichnen.

In der Türkei bekommt man für 100 Euro umgerechnet 108 Euro an Waren und Dienstleistungen gegenüber noch 131 Euro im Juni des Vorjahres (-17%). Das beliebte Urlaubsland Kroatien bringt für Reisende einen Euro-Gegenwert von 126.

Mexiko preisgünstigstes Land – allgemeiner Kaufkraft Rückgang in Übersee

Unter den 25 untersuchten Auslandsdestinationen weist wie schon im Vorjahr Mexiko mit einem Euro-Gegenwert von 158 das derzeit niedrigste relative Preisniveau auf, im Juni 2009 entsprach der Gegenwert noch 194. Die USA verzeichneten eine Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro von 13,5% im Jahresabstand und liegen nun bei einem Gegenwert von 108 (nach 124 im Vorjahr) gemessen an der heimischen Kaufkraft. In Japan beträgt der Gegenwert von



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Besonders sparsam: Die Bezahlung mittels MaestroCard (normale »Bankomatkarte«) ist in Mitgliedsländern der EU mit Euro als Währung kostenlos.

100 Euro entsprechend den Kaufkraftparitäten nur 78, in Australien 85 Euro.

Wenig Verschiebungen in der Eurozone – Italien praktisch gleichauf

Innerhalb der Eurozone bilden derzeit wie im Vorjahr die Reiseziele Irland (86) vor

Frankreich (93) und Belgien (96) die drei teuersten Plätze; in Deutschland bekommt man für 100 Euro mit 105 etwas mehr an Waren und Dienstleistungen als in Österreich. Griechenland liegt nunmehr bei 105 Euro an Gegenwert vor Spanien mit gegenüber dem Vorjahr gleichbleibend 112 Euro. ■

Leichter Rückgang der Inflation im Mai 2010

Die Inflationsrate für Mai 2010 betrug nach Berechnungen der Statistik Austria 1,9% und war damit etwas geringer als in den Vormonaten (jeweils 2,0% im April und März). Maßgeblich beeinflusst wurde sie, wie schon in den vergangenen Monaten, durch Teuerungen bei Mineralölprodukten (+21%). Ohne diese hätte die Mai-Inflationsrate 1,0% betragen.

Der Indexstand des Verbraucherpreisindex 2005 (VPI 2005) für den Monat Mai 2010 betrug 109,7 (Basisjahr 2005). Gegenüber dem Vormonat (April 2010) stieg das durchschnittliche Preisniveau um 0,1%.

Ein Drittel der Inflationsrate Durch teurere Treibstoffe verursacht

Als Hauptpreistreiber im Jahresabstand erwies sich die Ausgabengruppe „Verkehr“ (durchschnittlich +4,2%; Einfluß: +0,62 Prozentpunkte). Dafür waren in erster Linie die um 19% teureren Treibstoffe verantwortlich. Wartung und Reparaturen von PKW waren im 12-Monatsabstand um insgesamt 3% teurer, PKW durchschnittlich um 2% billiger. Die Preise für Flugtickets gingen um insgesamt 13% zurück.

Zu den durchschnittlichen Preisanstiegen

von 2,8% in der Ausgabengruppe „Wohnung, Wasser und Energie“ (Einfluß +0,52 Prozentpunkte) trugen vor allem Teuerungen bei Haushaltsenergie (insgesamt +4,7%; Heizöl +33%, Strom +1%, Gas jedoch -4%) sowie höhere Wohnungsmieten (+4,2%) bei.

In der Ausgabengruppe „Verschiedene Waren und Dienstleistungen“ (durchschnittlich +2,6%; Einfluß: +0,27 Prozentpunkte) waren Preisanstiege bei Versicherungsdienstleistungen (durchschnittlich +2,2%) sowie bei Schmuck und Uhren (insgesamt +18%) ausschlaggebend.

Durchschnittlicher Preisanstieg gegenüber April 2010: +0,1%

Die Ausgabengruppe „Freizeit und Kultur“ (durchschnittlich +1,3%; Einfluß: +0,15 Prozentpunkte) war Hauptpreistreiber im Monatsabstand. Dazu trugen überwiegend teurere Pauschalreisen (insgesamt +5,4%) bei.

Gegenüber April 2010 war die Ausgabengruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (durchschnittlich -1,0%; Einfluß: -0,14 Prozentpunkte) Hauptpreisdämpfer. Hier schlugen vor allem saisonbedingt niedrigere Preise für Obst (insgesamt -6%) und Gemüse (insgesamt -5%) durch. ■

Siemens City in Wien eröffnet

Die neue Unternehmenszentrale von Siemens Österreich für 3000 MitarbeiterInnen ist ein Vorzeigebispiel für ein »grünes Gebäude«.

Am 11. Juni wurde in Wien im Beisein hochrangiger VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft die neue Unternehmenszentrale der Siemens AG Österreich eröffnet. „Die Siemens City ist ein klares Bekenntnis zum Standort Wien und zu Österreich“, sagte Peter Löscher, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG (und *Auslandsösterreicher, Anm.*) bei der Pressekonferenz anlässlich der Eröffnung. „Die Siemens City ist ein Vorzeigebispiel für Nachhaltigkeit. Außerdem schaffen wir durch die Integration der Standorte in Wien nicht nur eine neue Unternehmenszentrale für Siemens Österreich, sondern auch eine neue, kraftvolle Siemens-Identität, für den gesamten Wirtschaftsraum Mittel- und Osteuropa“, so Brigitte Ederer, Generaldirektorin von Siemens Österreich, bei der Pressekonferenz (*Ederer wechselt in den Vorstand der Siemens AG und ist künftig für 405.000 Beschäftigte weltweit verant-*



v.l.: Josef Pröll (Vizekanzler), Brigitte Ederer (Generaldirektorin von Siemens Österreich), Peter Löscher (Vorstandsvorsitzender der Siemens AG) und Michael Häupl (Bürgermeister Wien)



Alle Fotos: Siemens Österreich

Mit einem Investitionsvolumen von 150 Millionen Euro ist die Siemens City das derzeit weltweit größte Immobilienprojekt im gesamten Siemens-Konzern.

wortlich, *Anm.*). Mit einem Investitionsvolumen von 150 Millionen Euro ist die Siemens City das derzeit weltweit größte Immobilienprojekt im gesamten Siemens-Konzern. An der Festveranstaltung nahmen als Ehrengäste Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll, Wiens Bürgermeister Michael Häupl sowie Valentin Inzko, Hoher Repräsentant und EU-Sonderbeauftragter für Bosnien und Herzegowina, teil. Bundespräsident Heinz Fischer hat – aus Termingründen – erst den MitarbeiterInnenevent besucht, der dann am Nachmittag stattfand.

Green Building spart 1000 Tonnen CO₂ pro Jahr

Die Siemens City befindet sich am traditionsreichen Standort Siemensstraße im 21. Wiener Gemeindebezirk, Floridsdorf. Das neue Gebäude zeichnet sich durch eine besonders nachhaltige Bauweise und den Einsatz modernster und hocheffizienter Gebäudetechnik aus. In der Siemens City wird etwa auf Erdwärmenutzung gesetzt. 120 Tiefenpfähle mit einem Meter Durchmesser, die sich 30 Meter tief im Erdreich befinden, werden im Winter zum Heizen und im Sommer zum Kühlen der Büros genutzt. Die in den Pfählen und Decken der Büros verlegten Leitungen machen die Betonkernaktivierung

möglich, die für ein angenehmes Raumklima sorgt. 200 Quadratmeter Sonnenkollektorenfläche sorgen für eine solare Warmwassergewinnung, die Wärmetauscher in der Haustechnikzentrale am Dach der Siemens City ermöglichen eine Wärmerückgewinnung von 75 Prozent aus der Abluftenergie. Durch alle Energieeffizienzmaßnahmen können jährlich rund 1000 Tonnen CO₂ eingespart werden. Die Siemens City gehört daher auch zum Kreis der von der EU ausgezeichneten Green Buildings.

»Stadt« für 6000 Menschen am Standort Siemensstraße

Am Standort Siemensstraße sind derzeit rund 3000 Siemensianer beschäftigt. Durch die Zusammenlegung von Standorten in Wien werden es bis Herbst 2010 etwa 6000 sein – 3000 davon haben ihren Arbeitsplatz in den Neubauten der Siemens City. Startschuß für die Besiedlung der Siemens City war im Dezember 2009.

Die Siemens City besteht aus den beiden neu errichteten Gebäudeteilen Tower und Nordspange sowie aus umliegenden Gebäuden am Firmengelände an der Siemensstraße, die schon bisher genutzt wurden. Ein wichtiger konzeptioneller Gedanke ist Vernetzung – einerseits durch die Verschränkung der neuen Gebäude mit dem umgebenden Naturraum sowie durch das Zusammenreffen der KollegInnen aus den verschiedenen Geschäftsbereichen an einem Ort. Begünstigt werden sollen diese Prozesse durch eine auf Offenheit und Kommunikation ausgelegte Orientierung des Gebäudes. Am besten sichtbar wird das durch die Communication Line, die „Verbindungslinie“ zwischen den Gebäudeteilen, die als zentraler Treffpunkt konzipiert ist.

Landmark mit 55 Meter-Tower als Zeichen offener Unternehmenskultur

Den städtebaulichen Akzent der Siemens City setzt der 55 Meter hohe Tower. Die architektonische Form des zwölfgeschößigen Gebäudes ergibt sich aus einer einladenden, sich öffnenden Geste zur Hauptzugrichtung Siemensstraße (S-Bahn-Station). Die Gestik stellt den Zusammenhang zwischen offener transparenter Unternehmenskultur und zukunftsorientiertem Mut und Pioniergeist dar. Die architektonische Planung der Siemens City stammt vom Wiener Architekturbüro Soyka/Silber/Soyka, das nach einem internationalen Wettbewerb gemeinsam mit der Stadt Wien beauftragt wurde. ■

<http://www.siemens.at>



BGF Communication Line mit 3300 m² Fläche – freundlich und lichtdurchflutet



3000 MitarbeiterInnen haben ihren Arbeitsplatz in der neuen Siemens City



BGF Restaurant- und Konferenzbereich umfassen rund 8800 m²

Erster Fahrplan für gemeinsame Nationalpark-Weiterentwicklung

Internationale Dimension und regionale Verankerung werden im Nationalpark Hohe Tauern gleichberechtigt umgesetzt



Foto: NPHT Tirol/M. Kurzthaler

Der höchste Berg Österreichs, der Großglockner (3798 m) spiegelt sich im Wasser eines kleinen Bergsees im Nationalpark.

Nationalparks sind nicht als abgekapseltes System zu sehen und mehr als eine schöne Landschaft, die unter der Käseglocke steht: Nationalparks sind Lebensraum für Tiere, Erholungsraum und Klassenzimmer für Menschen und Wirtschaftsmotor in der Region“, erklärte Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich am 21. Juni bei der Präsentation der Nationalpark-Strategie. Um die für Mensch und Natur wichtigen heimischen Nationalparks weiterzuentwickeln, wurde diese Nationalpark-Strategie von Lebensministerium, den Bundesländern und Naturschutz-NGOs (Naturschutzbund Österreich, Österreichischer Alpenverein, Österreichische Naturfreunde, Umweltdach-

verband und WWF Österreich) erarbeitet. „Schwerpunkt war es, eine effiziente Organisation und Koordination des Managements für die sechs Nationalparks unter der Dachmarke ‚Nationalparks Austria‘ festzulegen.

Dachmarke »Nationalparks Austria«

Mit der vorliegenden Strategie zur Zukunft der österreichischen Nationalparks ziehen wirklich alle an einem Strang mit dem klaren Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den Nationalparks unter der Dachmarke ‚Nationalparks Austria‘ auszubauen, signifikant zu verbessern und in vielen Bereichen durch eine enge Kooperation Effizienz und Effektivität zu steigern. Wir können mit

Stolz von einem großen Wurf für die weitere Entwicklung der Nationalparks als hochrangige Schutzgebiete sprechen“, so Berlakovich.

„Das Bundesland Salzburg hat mit 80.500 Hektar den größten Nationalparkanteil Österreichs. Mit den weiteren Flächen in Kärnten und Tirol wird dieser Nationalparkanteil Salzburgs zum mit 1800 Quadratkilometern größten Nationalpark nicht nur Österreichs, sondern des gesamten Alpenbogens und Mitteleuropas. Salzburg hat 25 Jahre Nationalparkentwicklung hinter sich, und in der Nationalparkverwaltung ist es gelungen, sowohl die internationale Dimension eines jeden Nationalparks als auch die regio-

Chronik

nale Verankerung stets gleichberechtigt zu verstehen und umzusetzen“, so der Salzburger Nationalpark-Direktor Wolfgang Urban.

Neben den Naturschutzziele und den wissenschaftlichen Projekten sehe Salzburg im Nationalpark auch eine ganz wichtige Bildungseinrichtung. Er sei das „größte Klassenzimmer Österreichs“. Die Region um den Nationalpark Hohe Tauern profitiere heute ausgehend vom Bildungsauftrag des Nationalparks auch touristisch von zahlreichen Einrichtungen, wie vom Nationalparkzentrum in Mittersill, vom Haus Könige der Lüfte in Rauris, von der Ausstellung Smaragde und Kristalle in Bramberg und von vielen weiteren Besuchereinrichtungen. Mittlerweile sei aber auch erkannt worden, daß mit dem Nationalpark Hohe Tauern überregional nur erfolgreich gearbeitet werden kann, wenn die Vermarktung länderübergreifend erfolge, sagte Urban.

Berlakovich: Nationalparks zeigen Vielfalt der Heimat

„Österreich kann sich glücklich schätzen: Wir haben sechs Nationalparks mit einer Gesamtfläche so groß wie Vorarlberg. Diese Nationalparks zeigen die Vielfältigkeit unseres Heimatlandes – Gebirge in den Hohen Tauern, Wald im Gesäuse, Kalkalpen und Thayatal, Wasser und Auenlandschaft im Nationalpark Donauauen und der Nationalpark mit der einzigartigen Steppenlandschaft. Die Nationalparks sind Zentren in den Regionen mit vielfältigen Funktionen: Vorzeigeprojekte im Naturschutz und der Artenvielfalt, Umweltbildungszentren, Forschungsstätten und Besucherattraktionen. Dadurch haben die Nationalparks auch positive Effekte auf die regionale Wirtschaft“, sagte der Umweltminister.

Dieses Engagement lasse sich auch in Zahlen belegen: Jährlich investiert das Lebensministerium für die Nationalparks etwa elf Millionen Euro, es gibt an die 300 green jobs, knapp 2000 geführte Exkursionen/Wanderungen finden jährlich statt. Etwa 74.000 Schülerinnen und Schüler besuchen pro Jahr einen Nationalpark, alleine in den Nationalpark-Besucherzentren werden jährlich 400.000 Besucher gezählt. Dazu kommen noch mehrere tausend Wanderer, Sportler, Birdwatcher etc., sagte Berlakovich.

Die gemeinsame Vision ist es, daß die Nationalparks einen Teil der nationalen Identität bilden. Österreichs Natur hat im Vergleich zur Kultur nicht den gleichen Stellenwert: „Wir wollen, daß das heimische Naturerbe der Bevölkerung und den Be-



Foto: Nationalpark Hohe Tauern

Umweltminister Niki Berlakovich (r.) mit dem Salzburger Nationalparkdirektor Wolfgang Urban und der unterzeichneten »Nationalparkstrategie Österreich«

suchern in Zukunft ebenso ein Begriff ist wie z.B. die Staatsoper und Mozart“, so Berlakovich. Die Nationalparkregionen sollen sich gemeinsam als „Regionen der Nachhaltigkeit“ profilieren, in denen die Nationalparks als wichtiges Zentrum eingebettet sind. Ein strategisches Ziel ist es, daß die Bundesregierung einen „Naturkapitalreport“ vorlegt: Der soll beschreiben, wie sich das Naturerbe entwickelt hat und welche Gefährdungen bestehen und welche positiven Effekte erzielt werden konnten: Wir brauchen eine Soll und Haben-Buchführung für das österreichische Naturerbe, genauso wie für den monetären Staatshaushalt“, erklärte der Umweltminister.

Um dieser Entwicklung zu entsprechen, werden spezifische Ziele in den nächsten fünf Jahren angegangen: Die Ziele im Bereich Artenvielfalt sind – gerade im heurigen Jahr der Artenvielfalt – von Bedeutung: Die Erhaltung und der Schutz der Biodiversität sind die Hauptfunktionen eines Nationalparks. Alle anderen Zielsetzungen und Nutzungsformen dürfen diese Funktion nicht beeinträchtigen. Auch die Umweltbildung solle ausgebaut werden: „Jedes Kind in Österreich soll während der Schulzeit mindestens einen Nationalpark besucht haben“, so Berlakovich. Im Bereich Tourismus sollen die Besucherangebote verbessert wer-

den: Die Nationalparks müssen ihre Rolle im regionalen Tourismus wahrnehmen: Attraktive Angebote der Nationalparks sollen von den Tourismusverbänden und der Österreichwerbung bestmöglich vermarktet werden. Die Betriebe in den Nationalparkregionen sollen u.a. die Standards des „Umweltzeichen Tourismus“ anstreben. Die Nationalparks sollen auch eine Rolle in der regionalen Lebensmittelstrategie spielen: Die Nationalpark-Regionen sollen Lebensmittel aus den Nationalpark-Regionen gemeinsam vermarkten und mit der „Genuss Region Österreich“ zusammenarbeiten. Auch im Bereich der nachhaltigen Mobilität gibt es Vorstellungen von nachhaltigen Verkehrskonzepten: So soll jeder Nationalpark mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sein.

„Die starke Einbettung in die Region ist eine wichtige strategische Zielsetzung, die auch in der neuen Nationalpark-Strategie zum Ausdruck kommt. Nationalparks bringen einen Mehrwert für die Region. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft, der Bevölkerung und Behörden notwendig und erstrebenswert. Vielfach gibt es diese Kooperationen zwischen Nationalpark und Partnerbetrieben zum beidseitigen Nutzen bereits“, betonte Umweltminister Berlakovich. ■

<http://www.hohetauern.at/>

Hauptbahnhof Wien rückt zur U-Bahn

Wegstrecke von ca. 335 Metern führt durch neue Passage Südtiroler Platz

Die U1-Station Südtiroler Platz sowie die gleichnamige S-Bahn-Station werden mit Teilbetriebnahme des neuen Hauptbahnhofes Wien im Dezember 2012 in Station „Hauptbahnhof Wien“ umbenannt.

Wie bereits von Beginn an geplant: der Hauptbahnhof rückt vom ehemaligen Standort des Südbahnhofes zum Südtiroler Platz und ist dort direkt an 11 Schnellbahn-Linien, an die U-Bahn, drei Straßenbahn-Linien, zwei städtische Buslinien sowie zahlreiche regionale Buslinien angebunden. Stadtrat Rudi Schicker, Dir. Günter Steinbauer (Wiener Linien) und die Projektleiter des künftigen Hauptbahnhofes Wien präsentierten die in Bau befindliche Passage Südtiroler Platz. Diese wichtige Strecke wird der neue Weg zwischen Hauptbahnhof Wien und U1 sein, und zwar ab Teilbetrieb Dezember 2012.

Ab Dezember 2010 wird der Abschnitt von der U1-Station „Südtiroler Platz“ U1 zu den Schnellbahnen bereits eröffnet.

„Der Bahnhof ist damit hervorragend ans hochrangige Öffi-Netz angeschlossen. Die heutige Begehung zeigt, wie kurz die Strecke zwischen U1 und Hauptbahnhof tatsächlich sein wird. Wir sprechen von einer Wegstrecke von 335 Metern, die dem internationalen Standard für Neubauten entspricht. Die helle und freundliche Gestaltung der Passage wird auch ortsfremden Reisenden die Orientierung leicht machen“, so Stadtrat Rudi Schicker.

„Leider wird oft vergessen, daß mit den zahlreichen S-Bahn-Linien der Stammstrecke zwischen Meidling und Floridsdorf der neue Hauptbahnhof neben der U1 eine zweite hochrangige öffentliche Verkehrsanbindung bekommt, die der U-Bahn um nichts nachsteht“, so Karl-Johann Hartig, ÖBB-Gesamtprojektleiter Hauptbahnhof Wien.

Dir. Günter Steinbauer ergänzt: „Zusätzlich zur S-Bahn binden die Wiener Linien den Hbf mit sechs Linien an. Mit der U1 ist man in nur fünf Minuten am Stephansplatz oder in 12 Minuten in der UNO-City.“

Die neue Verbindungspassage zwischen U1, Straßenbahnlinie 18 und S-Bahn ist ein Gemeinschaftsprojekt von ÖBB und Wiener

Linien. Sie beginnt beim U1-Stationsaufgang „Südtiroler Platz“, unterquert die Gürtelfahrbahn, die Straßenbahnlinie 18, die Bahnsteige der S-Bahn und endet im Hauptbahnhof. Mittlerweile sind die Arbeiten fast abgeschlossen, einer Eröffnung Ende des Jahres steht nichts im Wege. Mit Teilbetriebnahme des Hauptbahnhofes Ende 2012

wird der Bahnhof sofort an die U1 angeschlossen sein.

Die U1 Station „Südtiroler Platz“ wird mit Teilbetriebnahme des neuen Hauptbahnhofes Wien im Dezember 2012 in Station „Hauptbahnhof Wien“ umbenannt. Die S-Bahn-Station Südtiroler Platz wird dann ebenfalls „Wien Hauptbahnhof“ heißen. ■



Foto: ÖBB / Architektengruppe U-Bahn

Visualisierung Verbindungspassage Südtiroler Platz und Hauptbahnhof Wien

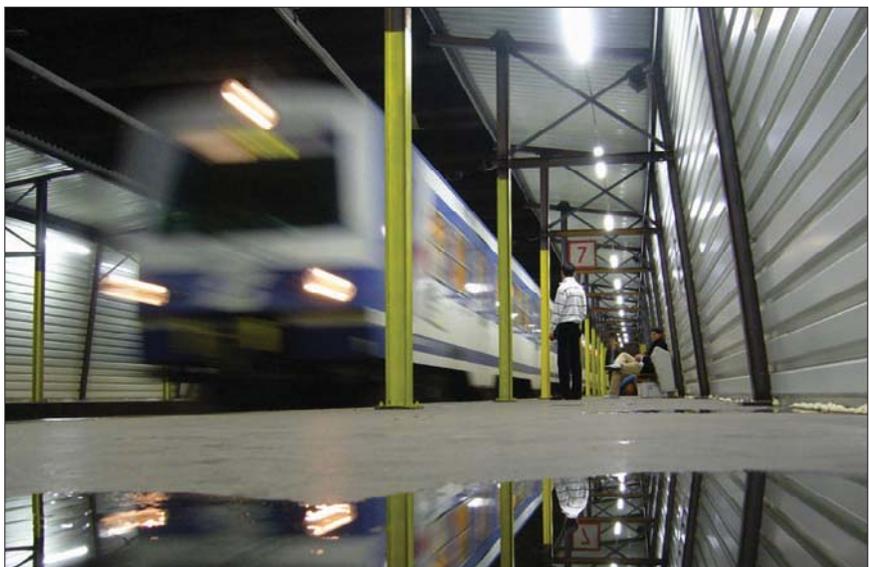


Foto: ÖBB

Provisorische S-Bahnhaltestelle Südtiroler Platz mit einfahrendem Zug

Biker stürmen Wolkenturm

1585 Motorräder bei Österreichs größter Motorrad-Benefizfahrt in Grafenegg



Foto: TOY-RUN

Abschlußlied bei der TOY-RUN 2010 auf der beeindruckenden Bühne, dem »Wolkenturm« im Schloßpark von Grafenegg

Daß es bei der TOY-RUN feucht-fröhlich zugeht, ist ja kein Geheimnis. Aber nicht, weil großzügig dem Alkohol gefrönt wird, sondern weil die Teilnehmer auch bei regnerischem Wetter ihre ansteckende Fröhlichkeit behalten. Erhöhte Luftfeuchtigkeit war ja in den letzten Jahren nicht selten, auch für den dritten Sonntag im Juni 2010 sprachen die Prognosen nicht von ungetrübter Sommerhitze. Unter diesen Voraussetzungen konnten sich die Benefizbiker über herrliches Schönwetter freuen: Der Himmel zeigte sich bedeckt, aber es blieb ganztägig trocken.

Der „Wolkenturm“, die prächtige Open-Air-Bühne im Schloßpark Grafenegg, war das Ziel der heuer aus 1585 Motorrädern bestehenden Spendenfahrt. Neben musikalischen Darbietungen von Abordnungen diverser Sozialeinrichtungen, die in den früheren Jahren bedacht worden waren, stellten die Auftritte der Kinder von Esperanza, SoWo Neunkirchen und den „Zwergen“ aus Klosterneuburg die Höhepunkte dar.

Der gute Ruf der „Biker für Kinder“ war eine Grundvoraussetzung, daß die Kinder

und Jugendlichen kostenlos in der eindrucksvollen Kulisse auftreten durften. Freundliche, wohlwollende Unterstützung aus St. Pölten hat natürlich auch dazu beigetragen – Ehrensache, daß sich Ernstl Graft dafür beim „obersten Niederösterreicher“ persönlich bedankte.

Als „spezifische Sorte von Menschen“ bezeichnete Landeshauptmann Erwin Pröll die TOY-RUNer: „Sie bringen unglaublich viel Wärme, Sonnenschein, Lebensfreude und Optimismus in unsere Gesellschaft“, erläuterte Pröll und lobte die Disziplin der Bikergemeinschaft, die er bei seiner ersten TOY-RUN am Heldenberg staunend zur Kenntnis nehmen konnte: „Auf ein Wort vom Ernstl haben ein paar kräftige Burschen blitzartig die Sonnenschirme quer über den ganzen Platz zu den Kindern getragen. Da hab ich mir gedacht, ich wär vielleicht lieber der Boß von TOY-RUN, weil in der Landesregierung folgen mir die Leute nicht immer so schnell!“

Am Ende des gemeinsamen Festes konnte die stolze Summe von 31.086,51 Euro an die Vertreter der begünstigten Sozialeinrich-

tungen übergeben werden. Eva Wolmersdorfer für Esperanza, Raimund Berger für SoWo Neunkirchen und Florian Brantner für „MiAburg“ Klosterneuburg übernahmen die entsprechenden Geldbeträge im Namen ihrer Einrichtungen. Damit können die Kinder und Jugendlichen Aktivitäten erleben, die für ihre Altersgenossen aus behütetem Elternhaus schon mehr oder weniger selbstverständlich sind – für Bewohner von Sozialeinrichtungen aus finanziellen Gründen aber oft nur Wünsche bleiben. Egal ob es in den Wiener Wurstelprater geht oder zur Pizzeria ums Eck, zum Eissalon oder zum Burger-Imbiß: Die TeilnehmerInnen der TOY-RUN 2010 schenkten mit ihrer Unterstützung glückliche Momente.

Daß die Begeisterung aber nicht nur in den strahlenden Kinderaugen abzulesen war, mußte selbst der Landeshauptmann neidlos anerkennen: Er habe in Grafenegg, wo Kultur der vielfältigsten Art zu leistbaren Bedingungen für alle Kulturinteressierten geboten werde, „noch nie so eine Stimmung erlebt wie bei der TOY-RUN“.

<http://www.toyrun.at>

1200 Festradler im Zeichen von »senza confini«

LH Dörfler: Grenzüberschreitende Radtour war großer Erfolg – Beweis für hervorragende nachbarschaftliche Beziehungen

Ganz Tarvis und Umgebung war auf den Beinen, um am 27. Juni ein großes gemeinsames Fest im Rahmen des „senza confini“ Festradelns zu feiern. An der großartigen grenzüberschreitenden Tour nahmen 1200 Radler teil. Von Villach und Kranjska Gora ging es nach Tarvis, für den Rücktransport der müden Radler sorgte die ÖBB.

„Diese grenzüberschreitende Radtour war ein großer Erfolg, sie zeigte unsere guten nachbarschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen“, sagte Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler. Er verwies auch auf das große gemeinsame Projekt, die geplante „senza confini“ Dreiländer-Ski-WM, mit drei ganz tollen Orten. „Bad Kleinkirchheim, Tarvis und Kranjska Gora sind hier heute auch von ihren Bürgermeistern vertreten.“

Auch Präsident Renzo Tondo von Friaul-Julisch Venetien, der es sich nicht nehmen ließ, die gesamte Tour von Villach bis Tarvis gemeinsam mit seinem Freund, dem Kärntner Landeshauptmann, zu fahren, lobte die hervorragenden nachbarschaftlichen Beziehungen. „Dieser gemeinsame Radweg ist ein weiterer Baustein für die Entwicklung der Euregio ‚senza confini‘ und für die Bewerbung um die Dreiländer-Ski-WM.“

Der Tarviser Bürgermeister Renato Carantoni dankte seinen Kärntner Freunden, daß mit dieser gemeinsamen Feier der Höhepunkt des Festradelns und der Radwegöffnung in Tarvis statt finde. „Wir können mit unseren guten nachbarschaftlichen Beziehungen und unserer persönlichen Freundschaft Europa etwas beibringen.“

Der Bürgermeister von Kranjska Gora, Jure Zerjav, bedankte sich für die zahlreiche Teilnahme. „Ich hoffe, daß der Radweg weiterhin so intensiv genutzt wird.“

Auch der Bürgermeister von Bad Kleinkirchheim, Matthias Krenn, zeigte sich vom neuen Radweg begeistert, der eine touristische Aufwertung und eine tolle Infrastruktur für alle Sportbegeisterten sei.

Olympiasieger Fritz Strobl sowie die beiden italienischen Radstars Ivan Basso und Daniele Pontoni lobten ebenfalls die großarti-

ge Veranstaltung und den neuen Radweg: „Es ist ein Genuß, hier radzufahren.“

Ganz im Sinne der derzeit laufenden Fußball-WM gab es dann einen großen „Leiberltausch“ unter den Politikern und Sportlern. So erhielten alle Kärntner Politiker offizielle T-Shirts der Region Friaul-Julisch Venetien und Basso überraschte Präsident Tondo mit

einem Radtrikot. Ebenfalls mitgefeiert haben der Stellvertreter von Renzo Tondo, Luca Ciriani, und der Präsident der Region Udine, Pietro Fontanelli.

Bei einer großen Verlosung gab es noch tolle Preise, so unter anderem Kärntnermilch-Geschenkskörbe, Lebensland Kärnten-Rucksäcke und Kärnten Sport-Radressen. ■



Kärntens LH Gerhard Dörfler, Fritz Strobl, Bürgermeister Matthias Krenn mit charmanter Begleitung und Präsident Renzo Tondo von Friaul Julisch-Venetien



Mountain-Bikerin Stefanie Wiedner, LH Gerhard Dörfler und Fritz Strobl

Foto: LPD/Bodner

Peterle feierte Sicherheitsfest mit den Innsbrucker Kindern

Das kleine, blonde Peterle mit seiner roten Latzhose ist den Innsbrucker Kindern mittlerweile in Begriff. Es wacht vom Stadtturm aus über alle Kinder der Stadt und einmal im Jahr lädt es anlässlich seines Namenstages (26. Juni) zum großen Kindersicherheitsfest. Bei sommerlichem Wetter kamen am 25. Juni hunderte Kinder in die Herzog-Friedrich-Straße, um gemeinsam mit Peterle zu feiern, einen spannenden Nachmittag zu erleben und viel Wissenswertes zum Thema „Sicherheit im Sommer“ zu erfahren.

Peterles Freunde von Polizei, Berufsfeuerwehr, Rotem Kreuz und Bergrettung gaben praktische Sicherheitstipps. „Mit dem ‚Peterle hilft‘-Fest, das bereits zu einer lieben Tradition geworden ist, können wir uns gemeinsam mit Experten einmal im Jahr direkt an die Kinder wenden und mit Spiel und Spaß wertvolle Sicherheitsaspekte weitergeben“, so Familienreferent Vizebürgermeister Christoph Kaufmann bei der Eröffnung, zu der auch Vizebürgermeister Franz Xaver Gurber, Schulamtsleiter Ferdinand Neu, Sportamtsleiter Romuald Niescher und Uschi Klee (Schulamt, Organisation) kamen.

Darüberhinaus hatten die Kinder beim „Peterle hilft“-Fest die Möglichkeit mit den Youth Olympic Games 2012 verschiedene Sportarten auszuprobieren. Ein Malzelt sorgte für kreative Abwechslung. Für alle Teilnehmer, die die Quizralle absolvierten, hielt Peterle einen Preis bereit. Und natürlich gab es auch eine gesunde Jause.

Für eine familienfreundliche Stadt

„Peterle hilft“ ist eine Initiative der Stadt Innsbruck zur Förderung der Sicherheit der Innsbrucker Kinder. Überall, wo der „Peterle hilft“-Aufkleber an Auslagen oder Eingangstüren von Geschäften und Einrichtungen zu sehen ist, stehen Erwachsene den Innsbrucker Kindern mit Rat und Tat zur Seite und sorgen für ein Pflaster, ein Taschentuch, ein WC oder die Möglichkeit, zu Hause anzurufen.

Mit Kasperl zu mehr Umweltbewußtsein...

Wenige Tage zuvor, am 21. Juni, durften sich die Kinder des Kindergartens Sieglanger über den Besuch vom Kasperl freuen. Im Rahmen eines Umwelt-Kasperltheaters wur-

de das Wissen zum Thema Mülltrennung und -vermeidung „aufgefrischt“. Organisiert wurde das Programmhilflicht von Abfallberater Martin Baumann vom städtischen Referat „Verkehrsplanung, Umwelt“ in Kooperation mit Verkehrstadtrat Walter Peer.

„Aus umweltpolitischer Sicht ist es wertvoll, Kinder so früh wie möglich auf das Thema Mülltrennung und -vermeidung aufmerksam zu machen“, betonte StR Peer.

Der Kindergarten Sieglanger war die erste von insgesamt sieben Stationen des „Umweltkasperls“ in einem städtischen Kindergarten. Handpuppenspieler Andreas Ulbrich versteht es, die Kindern mit viel Witz und Fantasie auf das Thema hinzuführen. Gemeinsam mit Kasperl und Seppel können die Kinder im 45 Minuten dauernden Stück aktiv in die Handlung eingreifen und ihn durch richtiges Mülltrennen besiegen. ■



v.l.: Reinhard Moser (Stadtpolizeikommando), Vizebürgermeister Christoph Kaufmann, Toni Pletzer (Bergrettung), Claudia Lux (YOG), Max Langer (Rotes Kreuz) und Branddirektor Erwin Reichel (Berufsfeuerwehr)



Fotos: Rathaus Medienservice Innsbruck

Handpuppenspieler Andreas Ulbrich und StR Walter Peer mit den Kindern

So macht Schule Spaß!



Foto: HLW Ried

Mit einem Gruppenfoto und einem abschließenden Sprung in den Wolfgangsee ging der Eventtag erfolgreich zu Ende.

Wir sind Schülerinnen der Höheren Lehranstalt für Wirtschaftliche Berufe in Ried am Wolfgangsee. Unsere Schule liegt, wie der Name schon sagt, am Wolfgangsee.

Das Hauptgebäude wurde 1910/11 vom Verein „Ferienhort“ als Sommerlager errichtet. In den folgenden Jahren wurde das Gebäude nicht nur zur Erholung genutzt, sondern diente auch als Marineschule.

Seit 1946 hat die Republik Österreich das Schulgebäude und einige Nebenanlagen angemietet. Diese sind nun Raum für die Höhere Lehranstalt für Wirtschaftliche Berufe sowie die dreijährige Fachschule mit Schwerpunkt Eventmanagement und bieten 320 SchülerInnen eine Heimat. Was unsere Schule von anderen unterscheidet, ist die wahrlich idyllische Lage mitten im Salzkammergut.

Seit seiner Renovierung, die erst heuer abgeschlossen worden ist, entspricht das Internat modernen Standards und bietet seinen Bewohnerinnen maximalen Komfort. Neben dem Postkartenblick bereitet vor allem die riesige Sportanlage, die einen Minigolf-, Tennis-, Beachvolleyball-, Fußball- und Basketballplatz umfaßt, große Freude und bereichert das Internatsleben enorm.

Im Rahmen des Gegenstandes „Eventmanagement“ lernen wir Veranstaltungen zu

organisieren. Unsere Aufgabe ist es, einmal im Jahr selbst einen Event zu planen und durchzuführen.

Im heurigen Jahr wollten wir uns als UNESCO-Schule im sozialen Bereich engagieren und traten mit der Lebenshilfe Salzburg in Kontakt. Uns lag es am Herzen, unsere Klienten vor dem großen Tag kennenzulernen, um das Programm wirklich auf sie abstimmen zu können. So fuhren wir am 18. Mai zu ihnen in die jeweiligen Arbeitsgruppen.

Nach intensiver Vorbereitung war es dann am 17. Juni so weit: Wir veranstalteten mit unserer Klasse der 2. Fachschule einen überaus erfolgreichen Event. Als Höhepunkt besuchte uns eine Gruppe der Lebenshilfe Salzburg für einen halben Tag. Unsere Gäste konnten an einem Programm, das aus vier Stationen bestand, teilnehmen. Insbesondere das beliebte Trommeln mit der Musikgruppe förderte viele verborgene Talente zutage. Das schöne Wetter erlaubte uns, diese Station an den See zu verlegen, wo die rhythmischen Klänge weithin zu hören waren. Und weiter ging es mit Miniaturgolf. Bei dieser Station konnten vor allem die „Sportler“ ihr artistisches Können unter Beweis stellen. Mit etwas Hilfe von den Schülern gelang des öfteren auch ein „Hole in one“.

Als nächster Tagespunkt stand Kochen auf dem Programm. In der hauseigenen Küche versuchten sich unsere Gäste am Kuchenbacken. Dessen süße Erzeugnisse wurden nach getaner Arbeit entweder mit großem Appetit verspeist oder mit sichtlicher Begeisterung verpackt, um dann eben zuhause verwertet zu werden! Zuguterletzt wurden mit den künstlerisch begabten Mädels der 2. Klasse der Fachschule Hüte bemalt. Jeder durfte nach seinen Vorstellungen eine Kappe oder einen Kissenbezug kolorieren.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen fand schließlich eine Siegerehrung zu Gunsten aller Teilnehmer mit Handicap statt, bei der alle als Belohnung für ihr Riesengagement eine kleine Aufmerksamkeit erhielten.

Mit einem Gruppenfoto und einem abschließenden Sprung in den erfrischenden Wolfgangsee ging unser Eventtag erfolgreich zu Ende. Die Schüler der HLW Ried und die Lebenshilfe waren sich einig, daß so ein Tag auf jeden Fall wiederholt werden müsse. Mit dem wechselseitigen Versprechen, die soeben geknüpften Freundschaften nicht abreißen zu lassen, verließen unsere Gäste schweren Herzens das liebevoll gewonnene Areal. ■

Alexandra Thonhofer, Romana Forsthuber
<http://www.hlw-ried.at/>

»Natur ist in. In Wien.«

Mit 51 Prozent Grünfläche zählt Wien zu den »grünsten« Millionenstädten der Welt. Diesmal stellen wir Ihnen den »**Türkenschanzpark**« vor.

Der Türkenschanzpark in Währing, dem 18. Wiener Gemeindebezirk, liegt auf historisch-hügeligem Gelände. In diesem Gelände hatten sich 1683 die Türken gegen das anrückende Entsatzheer verschanzt. Der Park entstand in zwei Teilen: Der „alte“ Teil wurde hauptsächlich aus privaten Mitteln auf Anregung des Architekten Heinrich von Ferstel und nach den Plänen des Stadtgartendirektors Gustav Sennholz angelegt. 1888 eröffnete Kaiser Franz Joseph I. den Türkenschanzpark in der „Gemeinde Währing“, einem damaligen Vorort Wiens. Die Zeremonie fand vor dem zentral im Park gelegenen Aussichtsturm, der Paulinenwarte, statt, der auch als Wasserspeicher diente.

Der mitten im Park gelegene Aussichtsturm ist ein Sichtziegelbau, der sich optisch und baulich dem Stil der umliegenden Villen anpaßte, die damals vom Wiener Cottage Verein errichtet wurden. Der Türkenschanzpark wurde als englischer Landschaftspark angelegt. Viele exotische Pflanzen wurden damals gepflanzt, einen Großteil davon hatte Fürstin Pauline Metternich gespendet. Als Zeichen des Dankes erhielt die Aussichtswarte den Namen „Paulinenwarte“. Sie war aus Sicherheitsgründen in den letzten Jahren gesperrt, 2009 wurde mit der Sanierung begonnen, die im August 2010 abgeschlossen sein wird. Dann soll sie für BesucherInnen wieder begehbar sein und wieder als Aussichtswarte ihren Dienst tun.

1893 übernahm die Gemeinde Wien den Park. 1908 beschloß der Wiener Gemeinderat, den Park durch Einbeziehung der benachbarten Sandgrube im Westen zu vergrößern. Nachdem der sandige Boden verbessert worden war, konnten dank des feuchten Klimas Bäume und Sträucher aus allen Klimazonen der Welt angepflanzt werden. Die Pläne dazu stammten von Stadtplaner Heinrich Goldemund und dem damaligen Stadtgartendirektor Wenzel Hybler. Der „neue“ Teil des Türkenschanzparks wurde 1910 von Bürgermeister Josef Neumayer eröffnet.

Der Türkenschanzpark heute

Bis 1918 war der Türkenschanzpark die größte städtische Parkanlage. 1926 wurde hier ein Kinderfreibad errichtet, das heute jedoch nicht mehr in Betrieb ist. Stattdessen

wurde 1993 ein Lehrteich der „Studiengruppe Ökologie“ angelegt. Aufgrund der Nachbarschaft zur Universität für Bodenkultur Wien wurden in den letzten Jahrzehnten zahlreiche botanische Besonderheiten und

Raritäten im Türkenschanzpark gepflanzt. Darunter befinden sich Zierbäume aus China, Japan und Nordamerika. Viele Emailschilder vermitteln dem interessierten Besucher die Namen der teils exotischen Bäume.



Alle Fotos: Österreich Journal / Michael Mößmer

Ein Blick über den Auteich im Türkenschanzpark läßt den Betrachter tief in die Natur versinken – eine mehr als willkommene Entspannung vom hektischen Alltag.

Chronik



Das Thema Wasser spielt in der Gestaltung des Türkenschanzparkes eine besonders große Rolle – Wasser bildet überall und zu allen Zeiten eine Grundlage der Gartenkultur und zeigt sich hier von üppigem Grün verschiedenster Gewächse umgeben.

Der Türkenschanzpark als großartige städtische Anlage des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts steht seit einigen Jahren unter Denkmalschutz.

Diese gesetzliche Maßnahme hat keine Zwänge bedeutet, sondern eine neue Welle der befruchtenden Kooperation zwischen dem Bund (Bundesdenkmalamt, Abt. für historische Gartenanlagen) und Land Wien (Gartenbezirk 18. – 19.) ausgelöst. Im Auftrag des Bundesdenkmalamtes wurde ein Revitalisierungskonzept von Univ.-Prof Cordula Loidl-Reisch ausgearbeitet, das in der Folge durch den engagierten Gartenverwalter Peter Schuster an Ort und Stelle realisiert wird. Der Park gewinnt allmählich seine künstlerischen Werte wieder, die jahrzehntelang verschüttet waren. Z. B. die klare Herausarbeitung der Intention seiner Schöpfer, hier an der unmittelbaren Schwelle der Großstadt ein Stück Alpenlandschaft genießen und studieren zu können. Um 1900 war es ja nur den Privilegierten möglich, bis zum Semmering oder zum Raxgebirge zu fahren...

Ursprünglich war außerdem vorgesehen, daß die Vorortebahn im Parkbereich eine Station haben sollte, von wo aus die „Ausflügler“ die die Alpen reproduzierenden Minihöhen besteigen hätten können. In einem



Ein Sonnenuntergang – sozusagen mitten in der Stadt.

Chronik



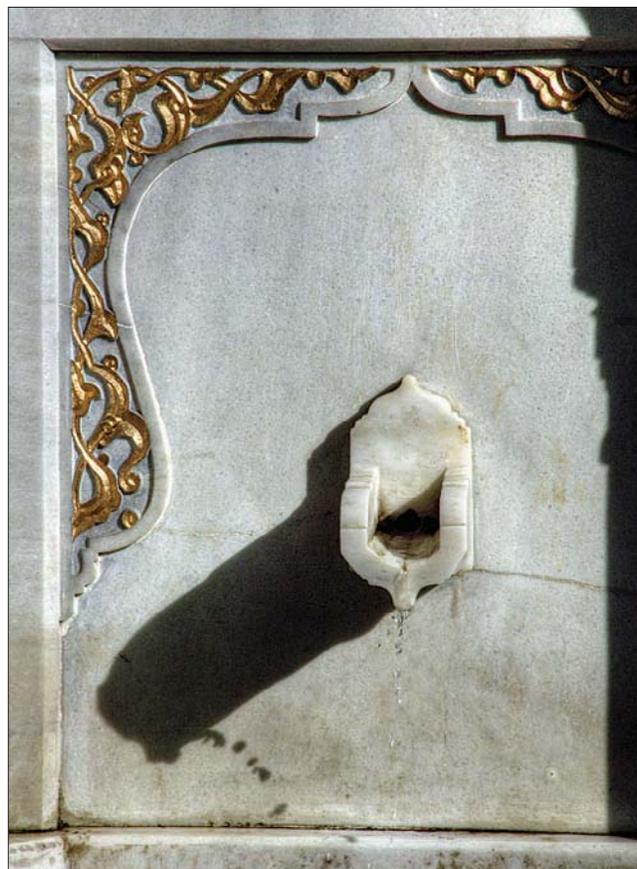
Der Aussichtsturm »Paulinenwarte« wird komplett saniert.



Im Gedenken an die Eröffnung am 3. September 1888



Jugendstil-Detail vor dem Park-Verwaltungsgebäude



Der Yunus-Emre-Brunnen spendet hervorragendes Wasser.

Chronik

Teilstück ist die in den 1980er-Jahren wieder in Betrieb genommene Vorortelinie, die Schnellbahn S45 (Handelskai bis Hütteldorf), sichtbar. Sie quert – allerdings zum größten Teil unterirdisch – den Park.

Gartenverwalter Peter Schuster hat den Wasserfall sowie die Alpinen (künstlich angelegte, aber natürlich wirkende Felsenformationen mit zahlreichen Blumen aus den Alpen) restauriert und authentisch bepflanzt. Überdies wurden mehrere Teiche saniert: der Waldteich (450 m²), der Kurparkteich (1600 m²) und der Auteich (1700 m²). Der vierte der durch Wasserläufe verbundenen Teiche, der „Bergsee“, ist Mitte Juni 2010 noch in Arbeit, soll aber noch diesen August fertiggestellt sein. Die Sanierungsarbeiten waren notwendig geworden, weil die früher zur Teichabdichtung verwendete Bitumisolierung desolat und dadurch undicht geworden war. Hoher Wasserverbrauch war die Konsequenz daraus, auch wurden – bedingt durch den gesunkenen Wasserstand – die unteren, wenig dekorativen Randbereiche der Teiche sichtbar, weshalb dringender Handlungsbedarf geboten war und die Stadt Wien / Wiener Stadtgärten immerhin rund 280.000 Euro kostete.

Auch denkt man daran, an manchen wichtigen Punkten Blumenschmuckbeete im Stil des 19. Jahrhunderts zu errichten. Der Park bleibt trotz der Sichtbarmachung seiner ursprünglichen kulturellen Werte auch ein Gebiet für wunderbare Naturphänomene sowohl im Frühling als auch im Herbst. In einem großräumigen Landschaftsgarten in englischem Stil – wie dieser Typus des Türkenschanzpark in der allgemeinen Entwicklung der Gartenkunst wissenschaftlich bezeichnet wird – gibt es genügend Plätze für beides: für die Kunst und auch für die Natur.

Denkmäler im Türkenschanzpark

1991 wurde der türkische Yunus-Emre-Brunnen (Ecke Feistmantelstraße/Dänenstraße) vom damaligen türkischen Botschafter anlässlich des 750. Jahrestages der Geburt des mystischen Volksdichters als Zeichen der Freundschaft zwischen Wien und der Türkei übergeben. In deutscher und türkischer Sprache verfasste und in Gold geschriebene Koranzitate unterstreichen den ansonsten in Weiß und Blau gehaltenen quadratischen Bau, der auch durch ein ausladendes Dach auffällt, das von einer Kuppel und dem türkischen Halbmond abgeschlossen ist. Vier in Marmortafeln gemeißelte Auslässe spenden hervorragendes Wiener Trinkwasser.

Unweit davon findet sich ein Denkmal zu Ehren der „ukrainischen Kosaken, den Mitbefreierern Wiens 1683“. Es wurde 2003 mit Unterstützung der Botschaft der Ukraine in Österreich und der österreichisch-ukrainischen Gesellschaft errichtet und erinnert an den mutigen Einsatz der ukrainischen Kosaken-Armee in der Schlacht am 12. September 1683 zur Befreiung Wiens von der Türkenbelagerung.

Außerdem finden sich zahlreiche Denkmäler, darunter für den Dichter Adalbert Stifter und die Komponisten Franz Marschner und Emmerich Kálmán.

1999 wurde im Türkenschanzpark eine 2500 Quadratmeter große Freizeitwelt mit Streetball-, Beach-Volleyball-, Basketball- und Skateanlagen eröffnet. Natürlich wurde auch an den Nachwuchs gedacht: Kleinkindern steht ein großer Sandspielplatz zur

Verfügung. Auf gekennzeichneten Liegewiesen darf man Schlafen, Spielen, Picknicken, Lesen und „Chillen“, wie Entspannen heute heißt. Nur Hunde dürfen dort nicht hin, denn für die wurden zwei eigene Zonen geschaffen, wo sich die Vierbeiner austoben können.

Nicht zuletzt sei noch erwähnt, daß natürlich auch für Speis' und Trank ausreichend gesorgt ist: Mit Blick auf den Auteich läßt man es sich nicht nur im großen Gastgarten der „Meierei“ gutgehen bei Wiener Küche mit einem Glas Bier oder einem G'spritzen, bei Mehlspeisen und Großem Braunen, oder bei den vielen anderen Angeboten der umfangreichen Speisekarte. Während der Sommermonate gibt es hier auch Wienerisches für die Ohren: bei den beliebten Nachmittagskonzerten von – den Schrammeln. ■ <http://www.wien.gv.at/umwelt/parks>



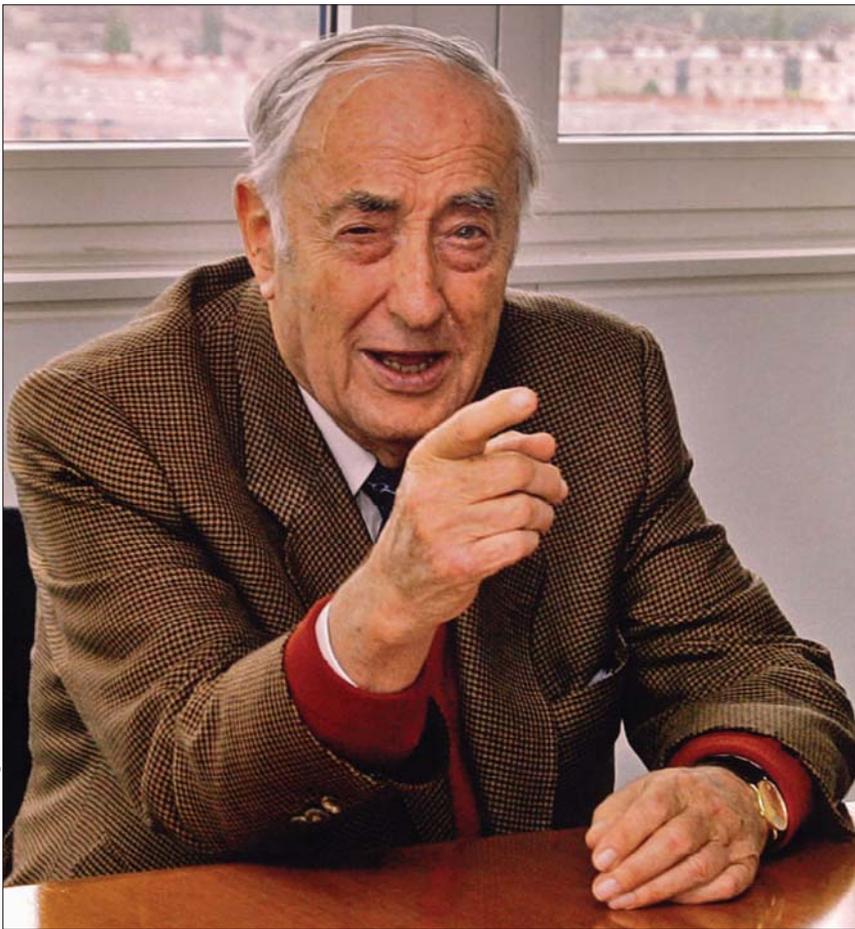
1991 wurde der Yunus-Emre-Brunnen als Zeichen der Freundschaft übergeben.



Das Denkmal zu Ehren der »ukrainischen Kosaken, den Mitbefreierern Wiens 1683«

Hans Dichand ist tot

»Mit großer Trauer und tiefer Betroffenheit« gab die »Kronen Zeitung« bekannt, daß ihr Herausgeber, Hans Dichand, am 18. Juni im Beisein seiner Familie nach kurzer Krankheit gestorben ist. Hans Dichand hat die Medienlandschaft Österreichs in den letzten 50 Jahren geprägt wie kein anderer. Am 29. Jänner 2011 wäre er 90 Jahre alt geworden.



Wir wissen, daß wir dafür auch Verantwortung tragen. Und wir werden sie tragen!

Familie Dichand

Große Anteilnahme

Der Tod Hans Dichands hat in der politischen Öffentlichkeit Österreichs für Betroffenheit und große Anteilnahme gesorgt. Dichand seien die Menschen „mit ihren Sorgen und Freuden“ ein Anliegen gewesen, würdige Kardinal Christoph Schönborn den Zeitungsmacher, der dem Wiener Erzbischof jeden Sonntag Platz für eine Kolumne zum Evangelium einräumte.

„Hans Dichand war eine der großen Persönlichkeiten dieses Landes, ein begnadeter Blattmacher und Journalist, der im wahrsten Sinne des Wortes Geschichte geschrieben hat“, meinte Bundeskanzler Werner Faymann. „Österreich verliert einen seiner herausragendsten Zeitungsmacher, der über alle Parteigrenzen hinweg geachtet wurde“, sagte Vizekanzler Josef Pröll.

Auch in der Medienbranche sorgte der Tod des Zeitungsmachers für Erschütterung: Mit Dichand verliere Österreich einen einzigartigen Medienmacher, sagte etwa ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz. Auch für den Präsidenten des Verbands Österreichischer Zeitungen, Horst Pirker, ist es „unstrittig, daß Hans Dichand eine der ganz großen Verlegerpersönlichkeiten Österreichs war“.

Die Medienlandschaft geprägt wie kein anderer

Nicht nur seit er 1959 die „Kronen Zeitung“ wiederbelebte, hat Hans Dichand die Medienlandschaft Österreichs geprägt wie kein anderer. „Als Setzerlehrling hatte er begonnen, als der wohl erfolgreichste Blattmacher ist er in die österreichische Pressegeschichte eingegangen“, schreibt Ernst Trost, Wegbegleiter Dichands und „Krone“-Mitarbeiter von Anbeginn, im Nachruf auf den Herausgeber.

Privat galt seine Liebe der Kunst und der Natur. Die über viele Jahre sorgfältig und behutsam erweiterte Sammlung Dichand ent-

Hans Dichand: Kaum ein Tag verging, an dem er nicht schon frühmorgens in seinem Büro im 16. Stock des Pressehauses in der Wiener Muthgasse arbeitete.

Der „Krone“-Herausgeber war wenige Tage zuvor ins Allgemeine Krankenhaus Wien gebracht worden. Am Vormittag des 16. Juni ist Hans Dichand im Beisein seiner Familie dort gestorben. Dichand hinterläßt seine Ehefrau Helga, die Söhne Christoph und Michael sowie Tochter Johanna und drei Enkelkinder. Im Folgenden eine Mitteilung der Familie Dichand:

Wir haben immer gewußt, daß der Zeitpunkt kommen wird, weil er kommen mußte. Wir haben uns darauf vorbereitet und waren dennoch nicht vorbereitet. Es trifft uns schwerer Schmerz und tiefe Trauer.

Wir haben unseren Vater, Ehemann, wichtigen Bezugspunkt verloren. Viel wird ge-

schrieben werden, viel wird man hören, aber wir haben den Menschen verloren, der uns getragen, uns gestützt und uns aufgezogen hat.

Unser Schmerz ist nur erträglich, weil wir fühlen, daß er jetzt wohin gegangen ist, wo er nicht leiden muß und wo er wohlbehütet ist. Und wir wissen, daß er eine Grundlage geschaffen hat, auf der wir aufbauen können. Er ist jetzt alleine, wie er weite Teile seines Lebens auf sich alleine gestellt war, wie man letztlich den letzten Schritt immer alleine gehen muß.

Aber er hat uns nicht alleine zurückgelassen. Wir sind eine Familie, wir haben Menschen um uns, die uns helfen werden.

Personalia

hält u.a. auch Gustav Klimts „Danae“. Für seine Mitarbeiter, die große „Krone“-Familie, war Hans Dichand allgegenwärtig. Kaum ein Tag, an dem er nicht schon frühmorgens in seinem Büro im 16. Stock des Pressehauses in der Wiener Muthgasse anzutreffen war und dort trotz seiner Position stets ein offenes Ohr für jedes noch so kleine Anliegen hatte. Und das mehr als 51 Jahre lang, bis zuletzt.

Hans Dichand – ein Leben für die Kronen Zeitung

Ernst Trost, Dichand-Begleiter der ersten Stunde und bis heute mit seiner Kolumne »Was dahinter steckt« täglich in der »Krone« vertreten, erinnert in einem persönlichen Nachruf an das Leben Hans Dichands.

Wir müssen Abschied nehmen. Er wollte das nie tun, so etwas lag nicht im Vorstellungsbereich Hans Dichands. Es sollte immer so weitergehen. Kaum wo hat er mehr Zeit verbracht als in seinem kleinen Büro im 16. Stock des Pressehauses. Die Zeitung war sein Leben.

Als Setzerlehrling hatte er begonnen, als der wohl erfolgreichste Blattmacher ist er in die österreichische Pressegeschichte eingegangen. Unter ihm stieg die Grazer „Kleine Zeitung“ zur größten Bundesländerzeitung auf. Ich erlebte den stolzen Tag, als wir 1958 unter den Kopf des „Neuen Kuriers“ „Österreichs größte Tageszeitung“ schreiben konnten. Und nicht einmal ein Jahr danach mußte Hans Dichand wieder von vorne beginnen. Mit dem abenteuerlichen Projekt der „Kronen Zeitung“. Nur wenige haben daran geglaubt. Sein Optimismus war unerschütterlich. Mit Zähigkeit, Härte und viel Fantasie erreichte er sein Ziel. Es waren oft stürmische Zeiten, aber er hat den Mut und den Glauben an seine Fähigkeiten, den besten und direktesten Draht zum Leser zu finden, nie verloren. So wurde aus seiner „Krone“, was sie heute ist.

Viel wird jetzt wieder über die Macht geredet und geschrieben werden, die Hans Dichand in diesem Land verkörpert hat. Er hat sie gerne verleugnet. Und oft projizierten die Politiker mehr Macht in ihn hinein, als er wollte oder hatte. In der direkten Begegnung konnte er ein sehr einfacher, bescheidener Mensch sein, fast ein wenig schüchtern. Alles offizielle Getue, Titel, Orden usw. waren ihm eher fremd. Manchmal gab es Momente, da schien er fast erstaunt darüber, was da geworden ist, was er geschaffen hat.

An einem Februartag 1954 stand ich ihm als 21-jähriger nervös und unsicher zum ersten Mal gegenüber, in Graz in der Styria. Die Art, wie Dichand mich anblickte und anredete, nahm mir sofort jede Angst. Ähnlich hat er unzähligen jungen Menschen, die den Weg in den Journalismus suchten, eine Chance gegeben. Was jeder daraus machte, war dann seine Sache. Mehrere Generationen von Journalisten haben dank Dichand ihre Karriere begonnen, auch wenn manche später anderswo gelandet sind. Er hatte ein gutes Gespür für Talente. Und nichts schien ihm unmöglich.

Das hängt wohl mit seinen Anfängen zusammen. Als Kind (Jahrgang 1921) einer durch die Inflation verarmten Familie verlebte er eine ärmliche, aber doch ungebundene Jugend in einer Grazer Barackensiedlung am Murufer. Der junge Hans war voll von Träumen und Tatendrang. Weil er zuerst keinen Weg zu einer Zeitung fand, begann er eine Setzerlehre. Es dürfte sein Fernweh gewesen sein, daß er sich nach Kriegsausbruch freiwillig zur Marine meldete. Nach bewegten Jahren kehrte er 1945 aus kurzer Gefangenschaft nach Graz zurück und bewarb sich beim Britischen Nachrichtendienst als Redakteur. Vorher hatte er im Lexikon die genaue Definition dieses Berufes nachgeschlagen. Er erhielt die Stelle und übersetzte BBC-Meldungen, die an die steirischen Zeitungen weitergeleitet wurden.

Bereits 1946 saß der 25-jährige auf seinem ersten Chefredakteurssessel – bei der „Murtaler Zeitung“ in Judenburg. Das war dann die Basis für ihn, um nach Wien zur „Neuen Österreichischen Tageszeitung“ (ÖVP) zu übersiedeln. Dort machte er zusammen mit dem jungen Hugo Portisch die Außenpolitik – bis ihm 1949 die Führung der unabhängigen „Kleinen Zeitung“ in Graz angeboten wurde. Von dort holte man ihn 1949 wieder nach Wien, und er übernahm den „Neuen Kurier“, das Nachfolgeblatt des amerikanischen „Wiener Kuriers“. Eine Bedingung dafür war, daß sein Freund Portisch, damals beim Österreichischen Informationsdienst in New York, heimgeholt würde. „Eine Zeitung braucht einen Star, und das wird der Portisch sein“, sagte uns Dichand, als er sich damals von seiner Grazer Redaktion verabschiedete.

1958 kam es zum Bruch mit „Kurier“-Besitzer Dr. Polsterer. Dichand wurde entlassen, und ihm folgten acht Getreue. Sie bildeten den Kern der künftigen „Kronen Zeitung“. Dichand hatte mit seiner Abfindung den Titel erworben. Die Suche nach

Geldgebern war jedoch ein quälend langer Prozess. So nahm Dichand schließlich das Angebot des ÖGB-Präsidenten Olah an und erhielt durch ihn einen Zwölf-Millionen-Schilling-Kredit. Durch Olah kam auch Kurt Falk als kaufmännischer Leiter ins Team. Als am Abend des 11. April 1959 die Rotationsmaschine in Fritz Moldens altem Pressehaus am Fleischmarkt die ersten „Kronen Zeitungs“-Blätter ausspuckte, erschien es Dichand und uns allen wie ein Wunder. Von Anfang an verlangte Dichand, daß sich die „Krone“ von allen übrigen Zeitungen deutlich unterschied. So begann nach einigen harten Jahren der unaufhaltsame Aufstieg, und auf einmal war die „Krone“ die Größte. Die Rekordauflagen und -gewinne haben Dichand aber kaum verändert. Früher brach er dann und wann auch gerne aus dem Redaktionsalltag aus. So schuf er sich seine Kunstsammlung. Oder seine Leidenschaft für Paris. Wie einer, der dort daheim war, wirkte er, wenn er durch das Quartier Latin streifte. Als wir nach seinem Paris-Buch einen Film drehen, führte er uns in die verborgensten Winkel der Stadt. Nach Drehschluß lud er die ganze Truppe zu einem Essen in einem gemütlichen Bistro ein. Und dabei war er nicht der große Chef, sondern immer einer von uns.

Das dürfte eines der Geheimnisse des Hans Dichand sein. Er blickte nicht über die Köpfe der Massen hinweg. Er wollte nie einer von denen da oben sein. So bewahrte er sich ein sicheres Empfinden dafür, was die Menschen fühlten und wünschten, wonach sie sich sehnten, was sie bedrückte und worüber sie sich aufregten und ärgerten. Früher als die meisten Politiker erspürte er die Regungen der Volksseele und reagierte darauf. So war es nur natürlich, daß er sich mit der „Krone“ voll hinter den Kampf um die Rettung der Donauauen bei Hainburg stellte und fortan ein offenes Ohr und ein weites Herz für die Anliegen der Umweltbewegung hatte. Noch eines bestimmte sein Denken – die hohe Achtung vor Religionen und Kirchen.

In jüngeren Jahren stimmte Dichand in gemütlicher Runde gerne eines seiner Lieblingslieder an: „Auf einem Seemannsgrab blühen keine Rosen.“ In Tagen der Rosenblüte ist er nun von uns gegangen.

Ernst Trost, „Kronen Zeitung“

Das „Österreich Journal“ dankt der Chefredaktion der „Kronen Zeitung“ für die Erlaubnis zum Nachdruck der Texte.

<http://www.krone.at>

»Ich habe den Humor immer sehr ernst genommen«

Otto Schenk, Kammerschauspieler, Professor, Doyen, ehemaliger Direktor und nun Ehrenmitglied der »Josefstadt«, Vollblutkomödiant und begnadeter Opern- und Theaterregisseur wurde 80.

Er wird einmal in einem Atemzug mit Girardi und Moser genannt werden, doch seine Zier ist die Bescheidenheit. Schwächen mag er besonders, nicht nur bei anderen, auch bei sich. Durch das Beobachten dieser Schwächen ist Otto Schenk zum großen Volksschauspieler geworden: in einer Geste steckt bei ihm oft ein halbes Weltbild. Es ist dieser „zweite Blick“, der ihn ausmacht, der Blick hinter die Oberfläche des Gewöhnlichen. Zu seinem 80. Geburtstag warf auch der ORF einen zweiten Blick auf Schenk: Was steckt wirklich alles in dem Mann, den das breite Publikum bis heute hauptsächlich als Komiker sieht?

Otto Schenk hat sich nie mit dem seichten Spiel begnügt, sondern immer nach dem Hinter- und dem Abgründigen gesucht. Er weiß, wie verlockend die schnellen Lacher sind, aber ihm ist auch klar, wie leicht man seine Rolle damit verrät. Die Reduktion auf den Clown hat ihm nie behagt, sie trifft auch tatsächlich nur einen Teil von ihm.

In einem TV-Portrait traf sich Schenk nicht nur zu launigen Tête-à-Têtes mit alten Weggefährten wie Helmuth Lohner oder Heinz Marecek. Schenk gab auch faszinierende Einblicke in seinen Theaterbaukasten, erklärte seine Tricks für Komik und für Gefühle auf der Bühne. Sicher nicht ohne Koketterie bekennt er: „Ich kann nichts über das Theater sagen. Das ist wie wenn Sie einen Fisch nach dem Wasser fragen.“

Exakt an Schenks Geburtstag, dem 12. Juni, strahlte der ORF auch ein Gespräch zwischen dem Jubilar und seinem langjährigen Freund Teddy Podgorski aus. Podgorski, ähnlich vielseitig wie Schenk, Sportler, Flieger, ORF-Generalintendant, wurde 1990 von Schenk an das Theater in der Josefstadt geholt und ist heute als Autor, Regisseur und Schauspieler tätig. Die beiden sind schon seit Jahren gut befreundet und für ihre gemeinsamen Sendungen und Gespräche bekannt. Im Wiener Kaffeehaus Prückel trafen sich die beiden auf Einladung des ORF, um vor einem amüsierten Publikum über Vergangenheit und Zukunft zu plaudern. In



Foto: ORF

Er ist wohl einer der beliebtesten Schauspieler Österreichs: Otto Schenk (im Bild als Xaver Frey in »Ein Schutzengel auf Reisen«, 1997, Regie: Peter Weck)

dem Porträt vergleicht Schenk das Theater mit einem „rauchenden Vulkan, der nur ganz selten zu Eruptionen neigt“ – doch diese seien Meilensteine für ihn gewesen. Dem

Publikum dankte er für die Geduld, soviel „Mittelmäßiges zu ertragen, um manchmal eine gemeinsame Sternstunde erleben zu dürfen“.

Personalia

Schenk und Podgorski sprachen über Schenks Kindheit, seine Anfänge am Theater, seine Pionierleistung im damals jungen österreichischen Fernsehen, seine Regiearbeiten, seine Kollegen und vieles mehr. Eine illustre Gratulantenrunde machte den Auftakt zu diesem mit Anekdoten und Schwänken gefüllten Abend, an dem sich Podgorski und Schenk von ihrer unterhaltsamsten Seite zeigten und auch von ihren gemeinsamen Erfahrungen berichteten. Einige Ausschnitte aus Schenks Karriere illustrieren den Werdegang des Publikumsliebings, der bei diesem Gespräch auch die Muße fand, über Ernstes wie die Kämpfe am Theater, seine Perspektiven und das Alter zu reden.

Otto Schenk

Kammerschauspieler, Professor,
Doyen, Ehrenmitglied

begann nach der Matura ein Jus-Studium an der Universität Wien; dann folgte eine Ausbildung am Wiener Max-Reinhardt-Seminar. Seine Theaterkarriere begann er als Schauspieler am Wiener Volkstheater. 1953 machte er in Kellertheater-Inszenierungen erstmals als Regisseur auf sich aufmerksam. Seit 1955 ist er als Regisseur und Schauspieler am Theater in der Josefstadt tätig. Zu seinen frühen Inszenierungen zählen Johann Nestroys „Umsonst“ (1955) und Karl Wittlingers „Kennen Sie die Milchstraße?“ (1958); Durchbruch mit „O Wildnis!“ von Eugene



Foto: ORF / Milenko Badzic

Helmut Lohner (li.) hält Otto Schenk in »Lacherfolge – die besten Sketches aus fünf Jahrzehnten« die Nase zu und machte ihn 2003 zum »liebsten Elefanten Österreichs«

O'Neill (1960). An den Münchner Kammerspielen inszenierte er die Horváth-Stücke „Kasimir und Karoline“ (1964 und 1969) und „Geschichten aus dem Wiener Wald“ (1966); am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg William Shakespeares „Viel Lärm um nichts“ (1975). Regiearbeiten bei den Salzburger Festspielen u.a.: Shakespeares „Was ihr wollt“ (1973) und „Wie es euch gefällt“ (1980, mit Schenk als Probstein);

Johann Nestroys „Der Talisman“ (1976) und „Der Zerrissene“ (1982, mit Helmut Lohner in der Titelrolle und Schenk als Gluthammer); außerdem Inszenierungen am Wiener Burgtheater.

Rollen u.a.: Kellner in Jean-Louis Roncoronis „Die Zeit der Kirschen“ (1963); Wladimir in Samuel Becketts „Warten auf Godot“ (1963); Thisbe in Shakespeares „Ein Sommernachtstraum“ (1966, Salzburg); Titelrolle in „Der Bockerer“ von Ulrich Becher und Peter Preses (1984, Münchner Volkstheater; 1993 auch in der Josefstadt).

Seine erste Oper, Mozarts „Die Zauberflöte“, inszenierte er 1957 am Salzburger Landestheater. Schon wenig später gelang ihm der Aufstieg in die internationale Spitzenklasse der Opernregisseure. Durchschlagenden Erfolg hatte er mit Alban Bergs „Lulu“ an der Wiener Staatsoper (1962), wo er lange als ständiger Regisseur arbeitete und manche Inszenierungen immer noch auf dem Spielplan stehen. Es folgten dort u.a.: Wagners „Tannhäuser“ (1982; Neuinszenierung 1988); Kreneks „Karl V.“ (1984); Puccinis „Manon Lescaut“ (1986); Mozarts „Die Zauberflöte“ (1988). Inszenierungen am Nationaltheater München u.a.: „Der Rosenkavalier“ von Richard Strauss (1972) und „Die Fledermaus“ von Johann Strauß (1975); „Dvoráks Rusalka“ (1981); „Der Barbier von Bagdad“ von Peter Cornelius (1984); „Hoffmanns Erzählungen“ von Jacques Offenbach (1986); an der Hamburger Oper u.a.: 1979 „Ariadne auf Naxos“ und 1983 „Arabella“ von Richard Strauss;



Schenk, Otto / Fechter, Herbert (Hrsg.)
„Nach außen bin ich ja viel jünger“
 Das erste persönliche Otto-Schenk-Buch
 2005, 1. Aufl.; 304 S., 22 Euro/38,60 SFr;
 ISBN 3-85002-535-7; Amalthea

Spannend, pointiert, witzig, aussagekräftig, unverwechselbar: Autobiographische Texte des beliebten Schauspielers, Regisseurs, Theaterdirektors und Wiener Originals in einem aufwendig und abwechslungsreich gestalteten Buch. Eine humorvolle und facettenreiche Hommage an den einmaligen Menschen und Künstler, der das große, komödiantische Theater auf den Schauspiel- und Opernbühnen Österreichs und der Welt repräsentiert.

Mit 73 Abbildungen, Textbeiträgen von Franz Endler, Veronika Franz, Claus Lutterbeck, Hellmuth Matiasek, Ronald Pohl, Gisela Schreiner, Wilhelm Sinkowicz, Peter Turrini und Eva Vascoch-Fidelsberger sowie Verzeichnissen der Theaterrollen und der Regiearbeiten für Schauspiel, Oper und Operette.

„Er hat mich immer fasziniert wegen seiner Fantasie, aber auch wegen seines genauen Wissens, was er will und seiner unglaublich universellen Bildung.“

Helmut Lohner über Otto Schenk



Foto: Theater in der Josefstadt / Moritz Schell

Zwei Tage vor Schenks Geburtstag stand er in Klaus Pohls Stück »Einmal noch« im Theater in der Josefstadt auf der Bühne.

Gounods Faust (1985); ferner u.a.: Alban Bergs „Wozzeck“ (1976, Berlin); Friedrich Cerhas „Baal“ (UA 1981; Salzburger Festspiele); Carl Maria v. Webers „Der Freischütz“ (1983, Bregenzer Festspiele). Zahlreiche Inszenierungen an der Metropolitan Opera New York, darunter: Beethovens „Fidelio“ (1970); „Die Fledermaus“ von Johann Strauß (1984); Wagners „Tannhäuser“ (1978) und „Der Ring der Nibelungen“ (1986/87). Häufige Zusammenarbeit mit dem Bühnenbildner Günther Schneider-Siemssen.

1986 wurde er – als Nachfolger für Boy Gobert – zum Intendanten des Josefstädter Theaters berufen. Schenk äußerte sich dazu:

„Ich bin geprägt worden von diesem Theater. Ich habe in der Josefstadt die Natürlichkeit im Schauspiel gelernt. Dieses Theater hat meinen Stil geprägt, wo immer ich in der Welt gearbeitet habe. Ich habe es nie verraten.“ Schenk trat das Amt 1988 an (Mitheldirektor: Robert Jungbluth); zur Eröffnung inszenierte er Arthur Schnitzlers „Professor Bernhardt“ (mit Michael Degen). Es folgte eine Vielzahl von weiteren Inszenierungen. Seine Direktion endete 1997.

Als Schauspieler war er in den letzten Jahren u. a. in folgenden Produktionen zu sehen: 1998/99: „Sonny Boys“, 1999/2000: „Josef und Maria“, 2000/01: „Der verkaufte Großvater“, „Ein Sommernachtstraum“ (Zet-

tel), 2001/02: „Heimliches Geld, heimliche Liebe“ (Peter Dickkopf), 2002/03: „Der Hausmeister“, 2003/04 „Kanari“ (Siggi Grünebaum) und „Der eingebilddete Kranke“ und 2004/05 „Kampl“ (Gabriel Brunner), 2006: Miss Prism in „Bunbury“ und Burt in „Eine Bank in der Sonne“, 2006/07: Bruscon in „Der Theatermacher“. Von 1990 bis 2009 spielte er 470 Vorstellungen des Dauerbrenners „Othello darf nicht platzen“ in den Kammerspielen. Zuletzt war er in den Kammerspielen in „Alltagsgeschichten“ und Halpern & Johnson zu sehen und an der Josefstadt als Plutzerkern in „Der Talisman“.

Geburtstags-Rolle

Zwei Tage vor Schenks Geburtstag, am 10. Juni, feierte man Premiere von Klaus Pohls „Einmal noch“ im Theater in der Josefstadt, in dem Schenk „Karl Meier“, die Hauptrolle, gab und nicht nur vom Premierenpublikum, sondern auch durchgehend von der heimischen Presse bejubelt und bewundert wurde.

Karl Meier, ehemaliger Stardirigent, hat der Bühne schon seit Jahren den Rücken zugekehrt. Mit einem Paukenschlag hatte er das Podium verlassen, weil die Leistung des Orchesters seinen Ansprüchen nicht gerecht werden konnte. Nun lebt er auf der Straße und ist obendrein auch dem Alkohol verfallen. Als eine berühmte Sängerin stirbt, die unter seiner Leitung traumhafte Aufführungen gesungen hatte, beginnt die fieberhafte Suche nach dem verschollenen Genie Meier, der das Abschiedskonzert bei ihrer Trauerfeier dirigieren soll.

Im Anschluß an die mit Standing Ovationen bedachte Aufführung stellte sich Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny mit einem Geschenk ein: „Otto Schenk hat bereits 36 Auszeichnungen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Im Namen des Bürgermeisters überreiche ich hiermit die Bürgerurkunde von Wien, eine der höchsten Auszeichnungen, die die Stadt zu vergeben hat.“

Otto Schenk bedankte sich launig: „Ich bin stolz darauf, daß mir bestätigt wird, daß ich das bin, was ich mein Leben lang geglaubt habe, zu sein.“

<http://www.otto-schenk.at>
<http://www.josefstadt.org>

Das „Österreich Journal“ schließt sich den unzähligen Glückwünschen an und wünscht dem Jubilar – und uns allen – noch viele, viele Jahre Schaffenskraft. Und daß er uns noch oft Grund zum Lachen bieten möge!

Michael Mössmer

Rudolf Leopold ist tot

Der österreichische Kunstsammler und Museumsdirektor ist am 29. Juni 85jährig plötzlich gestorben.

Rudolf Leopold wurde am 1. März 1925 in Wien geboren, besuchte das Gymnasium und die Oberschule ebenda und legte 1943 die Reifeprüfung ab. Nach dem Krieg studierte er zunächst Medizin an der Wiener Universität und promovierte 1953 zum Doktor der gesamten Heilkunde.

Nach Ablegung des ersten medizinischen Rigorosums begann Rudolf Leopold auch Vorlesungen der Kunstgeschichte zu besuchen und zugleich Bilder und Kunstobjekte zu sammeln. Vor allem die Werke Egon Schieles faszinierten ihn. Dabei kümmerten ihn weder das abschätzige Urteil der meisten österreichischen Kunsthistoriker noch das damalige Desinteresse fast aller ausländischen „Fachleute“, die Schiele nur als „lokales“ Talent sahen. Nicht wenige fanden Schieles Werke pornographisch oder sogar „entartet“.

1955 stellte Leopold für eine Ausstellung moderner österreichischer Kunst im Stedelijk Museum in Amsterdam und in Eindhoven eine von den damaligen Usancen abweichende Auswahl der Werke Schieles zusammen, die Schiele den ersten großen internationalen Erfolg brachte. Der bisher unbekannt gewesene Schiele rückte mit einem Schlag in die erste Reihe der europäischen Künstler. Hatten frühere Bemühungen um Schiele in den USA kaum Erfolg gezeigt, war jetzt der Boden dafür in Europa vorbereitet. Das Museum of Modern Art in New York erwarb zum erstenmal Aquarelle des Künstlers.

Zunächst versuchte Rudolf Leopold durch weitere Ausstellungen, Schiele die ihm gebührende Anerkennung zu verschaffen: 1963 Museum Ferdinandeum in Innsbruck, Herbst 1964 Marlborough Fine Art in London. Der wesentliche Teil der dort gezeigten Schiele-Arbeiten wurde 1965 zusammen mit Werken Gustav Klimts im New Yorker Guggenheim Museum gezeigt. 1968 folgten drei Ausstellungen zum 50. Todestag in Wien, 1975 eine große Schau im Münchner Haus der Kunst.

Im Jahre 1959 verfaßte Leopold seinen ersten Aufsatz über Schiele. Von 1968 bis 1971 arbeitete er an seiner großen Schiele-Monographie, die ein kritisches Werkverzeichnis und erstmals einen genauen



Foto: Leopold Museum / Peter Rigaud

Das Ehepaar Rudolf und Elisabeth Leopold

Motivnachweis enthält. Dieses grundlegende wissenschaftliche Werk wurde seither von vielen Kunstfachleuten benützt. 1989 bis 1991 wurde die von Leopold zusammengestellte Schau „Egon Schiele und seine Zeit“ mit großem Erfolg in Zürich, Wien, München, Wuppertal und London gezeigt. 1995/96 stellte Rudolf Leopold 152 von ihm ausgewählte Werke Schieles erfolgreich in Tübingen, Düsseldorf und Hamburg aus. Die gleiche Auswahl wurde 1997 in der Neuen Galerie am Landesmuseum Joanneum in Graz, im Museum of Modern Art in New York und im Picasso Museum in Barcelona gezeigt. Im Sommer 1998 wurde die Ausstellung „Egon Schiele. Die Sammlung Leopold“ in Schieles Heimatstadt Tulln präsentiert. Im Herbst desselben Jahres ging eine Auswahl an Exponaten an das Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum in Innsbruck. Zur Weltausstellung in Hannover im Jahr 2000, waren über 230 Kunstwerke in der renommierten Kestner-Gesellschaft zu sehen.

Seit 1994 veranstaltete Rudolf Leopold die Ausstellungen im Namen der von dem Stifter Leopold und der Republik Österreich

mit Hilfe der Oesterreichischen Nationalbank gegründeten Leopold Museum-Privatstiftung, in die er selbst den größeren Teil der Kunstwerke als Schenkung eingebracht hat. Der Schwerpunkt der insgesamt 5288 Arbeiten umfassenden Sammlung ist die österreichische Malerei der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit Hauptwerken von Egon Schiele, Gustav Klimt, Richard Gerstl, Alfred Kubin, Albin Egger-Lienz, Kolo Moser, Oskar Kokoschka, Anton Faistauer, Anton Kolig, Herbert Boeckl und Wilhelm Thöny. Darüber hinaus gibt es viele bedeutende Werke des 19. Jahrhunderts und der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, sowie außereuropäische Kunstobjekte aus Schwarzafrika, Ozeanien und dem fernen Osten.

Für seine Leistungen auf dem Gebiet der bildenden Kunst erhielt Rudolf Leopold 1982 den Berufstitel Professor und 1997 das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst erster Klasse.

Rudolf Leopold verstarb am Nachmittag des 29. Juni 2010 völlig unerwartet in einem Wiener Krankenhaus. ■

<http://www.leopoldmuseum.at>

Trophée Gourmet A la Carte 2010

Preise für Heston Blumenthal und österreichische Topköche und Spitzenwinzer



Foto: D+R Verlagsges.m.b.H. Nfg. KG

650 Gäste feierten am Abend des 24. Juni bei der „Trophée Gourmet A la Carte-Gala“ in der Wiener Hofburg die besten Köche und Winzer des Landes. Die österreichische Variante des Gastronomie-Oscar wurde bereits zum 22. Mal (seit 1989) verliehen.

Die Preisträger 2010

Österreichische Küche

Thomas Grininger & Stefan Brandtner,
Plainlinde, Salzburg-Bergheim

»Publikumstrophée«
Gasthaus „Floh“, Langenlebar

Gourmandisen

Xocolat, Schokoladeshop und
-manufaktur, Wien

Winzer

Roland Velich, Weingut Moric,
Neckenmarkt

Szene-Gastrokonzept

Bernd Karolyi, Mole West,
Neusiedl am See

Kreative Küche

Silvio Nickol, Schlossstern, Velden

Internationalen Ehrentrophée

Heston Blumenthal, Bray (bei London),
Großbritannien

Der Brite Heston Blumenthal wurde von der Jury mit der „Ehrentrophée“ ausgezeichnet. Der in der Nähe von London im Re-

staurant „The Fat Duck“ tätige Küchenchef zählt nach Meinung aller maßgeblichen Experten neben dem Spanier Ferran Adria (erhielt den Preis letztes Jahr) und dem Dänen Rene Redzepi zu den drei besten Köchen der Welt. Durch die von BBC produzierte Fernsehserie „In Search for Perfection“ ist der Brite einem breiten, globalen Publikum ein Begriff (derzeit auf RTL Living auch in deutscher Sprache zu sehen).

Blumenthals Markenzeichen sind Menüs aus vielen kleinen Gängen, mit denen er die Sinne der Gäste durch ungewöhnliche Kombinationen von Geschmack, Geruch, Mundgefühl sowie optischem Eindruck und damit verbundenen Assoziationen zu überraschen versucht.

Der britische Sterne-Koch Heston Blumenthal arbeitet gemeinsam mit Wissenschaftlern an neuen Speiseplänen für Patienten. Dabei geht es vor allem darum, den faden Geschmack der Klinikkost aufzupeppen. Bei seinem jüngsten Engagement für die Patientenernährung steht englische Traditionskost auf dem Programm.

Nebenbei arbeitet Blumenthal derzeit auch mit der Universität Reading und dem Royal Berkshire Hospital zusammen. Gemeinsam will man den faden Geschmack der Klinikkost aufpeppen. Das Krankenhaus-Konzept basiert auf dem fünften Geschmackssinn - nach süß, sauer, salzig und

bitter ist das Umami, für die fleischig-herzhafte Richtung. In einer ersten Phase will Blumenthal Faschiertes geschmacklich aufrüsten. Dabei wird mit Shiitake-Pilzen, Parmesan und auch Algen experimentiert.

Prominente Gäste an diesem Abend waren LH Hans Niessl, Friedrich Stickler, Walter Nettig, Sonja Wehsely, Georg Pölzl, Markus Liebl, Sven Boltstern, Brigitte Neumeister, Andrea Händler, Hans Staud, Isabella Kossina, Robert La Roche, Ossi Schellmann, Eva Rossmann, Christa Kummer und Sandra Frauenberger

Namhafte Gastronomen und Winzer: Birgit und Heinz Reitbauer, Walter Eselböck, Heinz Hanner, Sohyi Kim, Johanna Maier, Andreas Wojta, Alexander Fankhauser, Wini Brugger, Stephanie Tscheppe-Eselböck, Klaus Fleischhaker, Reinhard Gerer, Toni Mörwald, Ernst Triebaumer, Christian Petz, Illa Szemes, Werner Matt, Hans Reisetbauer, Christian Domschitz, Manfred Buchinger.

Was ist die Trophée Gourmet?

Das Gourmetmagazin „A la Carte“ veranstaltet zusammen mit Römerquelle seit 1989 die „Trophée Gourmet A la Carte“, einen Gastronomie-Oscar, der außergewöhnliche Leistungen in der Gastronomie und im Weinbau würdigt. ■

<http://www.alacarte.at>

Wissen bewahren und zugänglich machen

Die Österreichische Nationalbibliothek macht ihren gesamten historischen Buchbestand online zugänglich und startet mit Google Österreichs größte Public Private Partnership im Kulturbereich.

Wissen bewahren und zugänglich machen war schon immer der wichtigste Leitsatz von Bibliotheken. Diesem Grundprinzip folgend wird die Österreichische Nationalbibliothek in einer Public Private Partnership gemeinsam mit Google ihren gesamten historischen, urheberrechtsfreien Buchbestand digitalisieren und online zugänglich machen. „Wir sind stolz, mit diesem Schritt einen weiteren Beitrag zur Demokratisierung von Wissen leisten zu können.“

Mit diesen Worten stellte Generaldirektorin Johanna Rachinger im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Karl Pall (Country Manager Google Austria) und Annabella Weisl (Leiterin Google Bücher, Deutschland, Österreich, Schweiz) diesen historischen Meilenstein für die Österreichische Nationalbibliothek vor. In den kommenden Jahren werden rund 400.000 Werke weltweit online und kostenfrei zur Verfügung stehen.

Österreichische Nationalbibliothek und Google teilen gemeinsame Vision

Im Verlauf der vergangenen Jahre haben sich mehrere öffentliche und private Initiativen der Digitalisierung von Büchern und somit dem kulturellen Erbe verschrieben. Google kooperiert im Rahmen von Google Bücher mit mittlerweile mehr als 40 Bibliothekspartnern und tausenden von Verlagen weltweit. Als Folge dieser Partnerschaften können bereits mehr als zwölf Millionen digitalisierte Werke durchsucht werden. In der Kooperation mit Google sieht Generaldirektorin Rachinger auch ein Beispiel für die Rolle der Österreichischen Nationalbibliothek als lebendige Brücke zwischen dem reichhaltigen Erbe der Vergangenheit

und den zukunftsorientierten Ansprüchen der modernen Informationsgesellschaft. Die historischen Buchbestände der Österreichischen Nationalbibliothek zählen zu den fünf wichtigsten Sammlungen weltweit – eine Volltextdigitalisierung ist daher nicht nur

deutschsprachigen Raum hat bisher nur die Bayerische Staatsbibliothek im Frühjahr 2007 einen Vertrag mit Google unterzeichnet. Die bislang einzigen Nationalbibliotheken weltweit, die am Bibliotheksprogramm von Google teilnehmen, sind jene von Rom und

Florenz. „Wir befinden uns in bester Gesellschaft und freuen uns, in Europa zu den ersten zu zählen, die an diesem wichtigen Projekt beteiligt sind“, begründet die Generaldirektorin die Entscheidung zur größten österreichischen Public Private Partnership im Kulturbereich.

Google trägt die Digitalisierungskosten

Ein Projekt dieser Größenordnung sieht einen entsprechenden finanziellen Rahmen vor, der für die Österreichische Nationalbibliothek allein nicht zu bewältigen wäre, zudem die Bibliothek auch andere

von nationaler Bedeutung. „Wir haben vor, die Digitalisate auch über die Europeana, die gemeinsame Europäische Digitale Bibliothek, zugänglich zu machen“, betont Rachinger die internationale Dimension des Projekts.

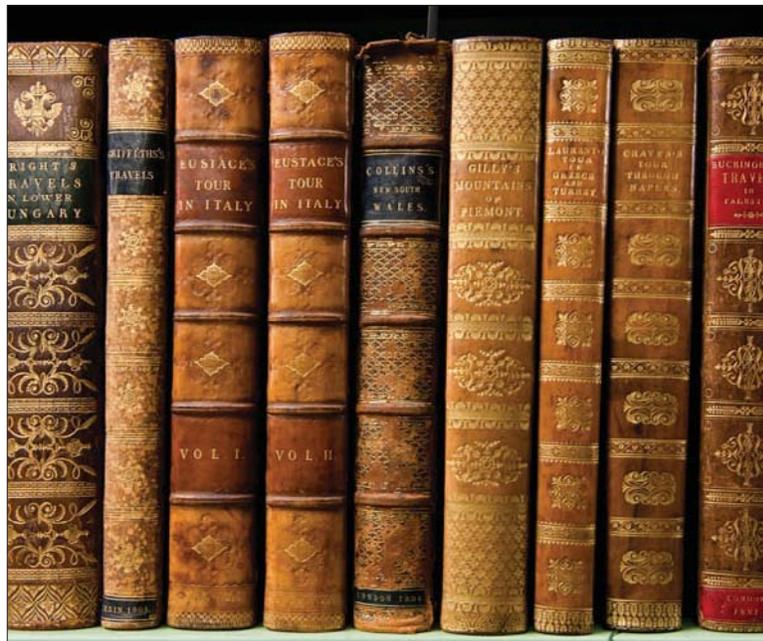
Österreichische Nationalbibliothek folgt prominenten Beispielen

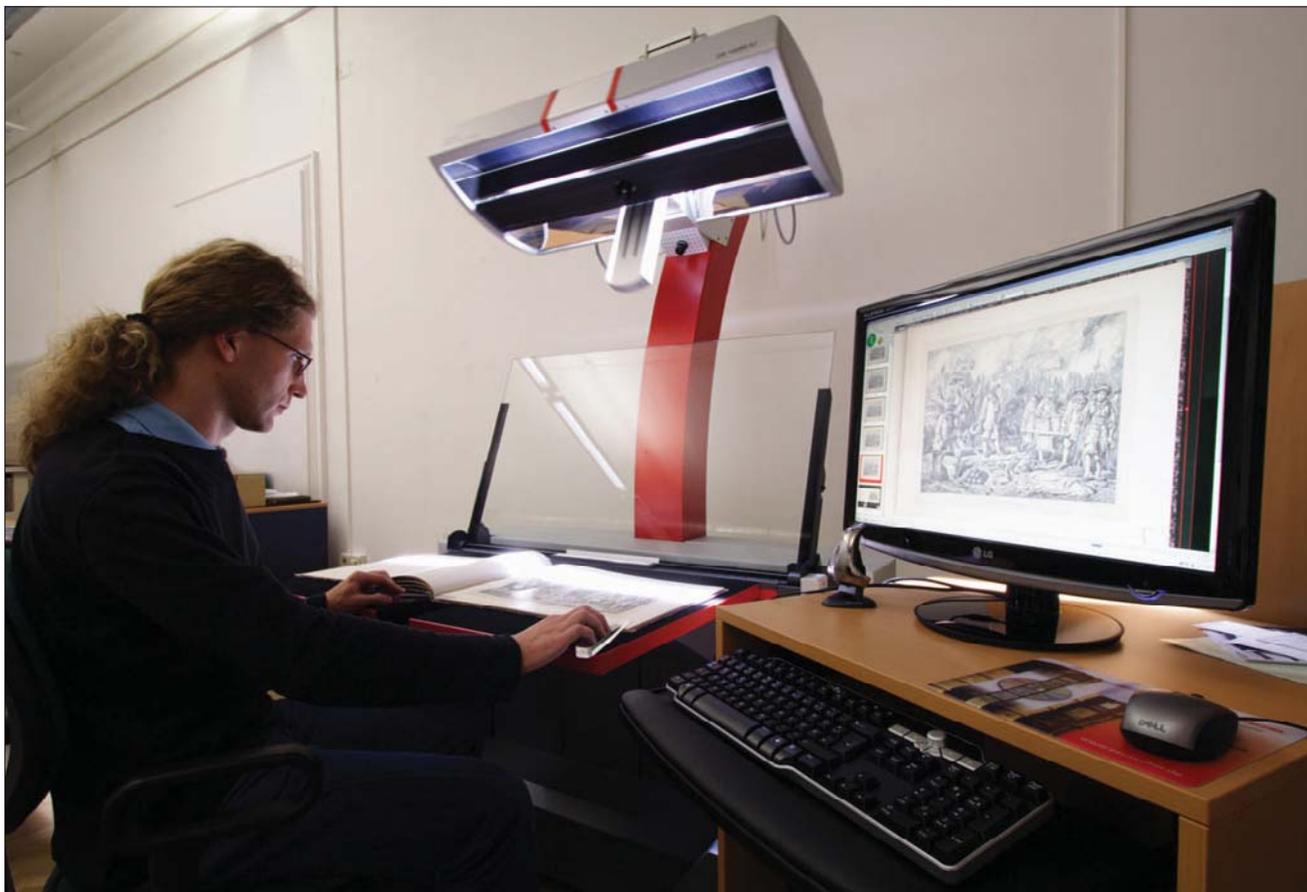
Die Österreichische Nationalbibliothek folgt mit dieser Kooperation dem Beispiel der renommiertesten Bibliotheken weltweit: Die Bibliotheken von Universitäten wie etwa Harvard, Stanford oder Oxford arbeiten bereits seit mehreren Jahren mit Google zusammen. In Europa reiht sich die Österreichische Nationalbibliothek mit diesem Schritt zur Volltextdigitalisierung allerdings unter die Vorreiter. Google kooperiert bislang mit zehn europäischen Bibliotheken. Im

ambitionierte Projekte wie den Bau eines zusätzlichen Tiefspeichers anstrebt, um weiterhin ihrer Sammlungs- und Archivierungsverpflichtung nachkommen zu können.

Die Kosten für die Volltextdigitalisierung eines einzigen Buches sind enorm. Fast eine halbe Million Bücher sind für das Projekt vorgesehen – dementsprechend hoch und nicht leistbar wäre der Aufwand ohne Kooperation mit einem Partner wie Google. Google übernimmt zur Gänze die Digitalisierungskosten – die nicht unerheblichen Kosten für die Vorbereitung und Bereitstellung der Bücher sowie für Speicherung und Zugänglichmachung der Digitalisate trägt die Österreichische Nationalbibliothek.

Neben dem Kostenfaktor spielt auch der Zeitfaktor eine wichtige Rolle: aufgrund des von Google entwickelten hocheffizienten Workflows kann die Digitalisierung des





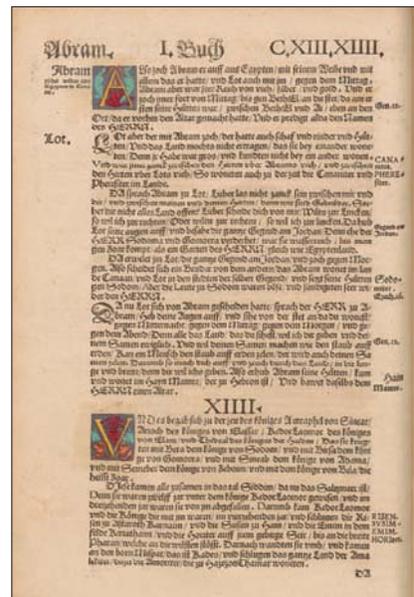
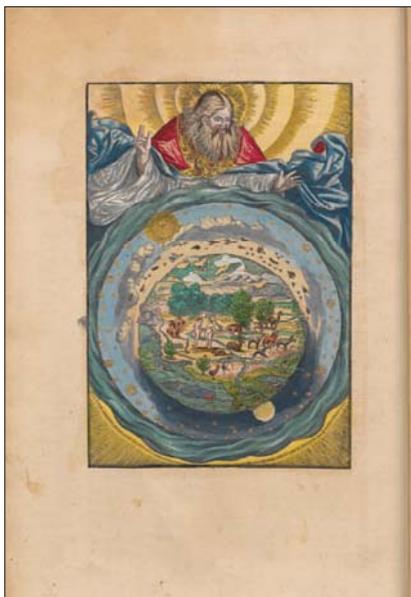
Auf dem absolut letzten Stand der Technik: ein Digitalisierungsplatz in der Österreichischen Nationalbibliothek in Wien.

gesamten historischen Buchbestands der Österreichischen Nationalbibliothek in wenigen Jahren durchgeführt werden. Ein Digitalisierungsvorhaben dieser Größenordnung würde normalerweise mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

Google Bücher

Das Ziel von Google Bücher liegt darin, das gesamte Wissen aus den Büchern der Welt online zur Verfügung zu stellen. Der Inhalt für Google Bücher stammt aus zwei Quellen: dem Partnerprogramm und dem

Bibliotheksprojekt. Partner (typischerweise Verlage) stellen Google ihre Bücher zur Digitalisierung und Online-Veröffentlichung zur Verfügung. NutzerInnen wird dann eine streng begrenzte Anzahl von Buchseiten gezeigt, die für ihre Suche relevant sind. Wenn



Martin Luther Diese Bibel ist die letzte zu Lebzeiten Martin Luthers gedruckte Ausgabe seiner Übersetzung ins Deutsche; Biblia, Wittenberg 1544 - 1545; Provenienz: Bibliothek Prinz Eugen, Titelblatt und zwei Auswahlseiten

Interesse besteht, können die NutzerInnen die Website des Verlags oder einen Online-Händler anklicken und das Buch erwerben.

Bibliotheken stellen Google ebenfalls ihre Bücher zur Digitalisierung zur Verfügung. Wenn ein Buch gemeinfrei ist, das heißt nicht mehr dem Urheberrecht unterliegt, wird es vollständig angezeigt. Ist es geschützt, erhalten die NutzerInnen nur einen grundlegenden Einblick über höchstens zwei oder drei Auszüge aus dem Buch sowie Informationen darüber, in welcher Bibliothek sich das Buch befindet oder wo es gekauft werden kann.

Optimale Nutzerfreundlichkeit und Erhaltung der Bestände

Alle StudentInnen, WissenschaftlerInnen und alle, die Interesse an den Beständen der Österreichischen Nationalbibliothek haben, können in Zukunft von jedem Ort der Welt, rund um die Uhr, Einblick in die digitalisierten Bücher nehmen. Allein für Forschung, Wissenschaft und Unterricht bedeutet das eine enorme Erleichterung. Aber nicht nur für die weltweiten InternetuserInnen hat das Projekt einen gewaltigen Nutzen. Auch die Bibliothek selbst profitiert von der Digitalisierung. „Die Volltextdigitalisierung ist ein wesentlicher Beitrag zur Schonung und zur Erhaltung unserer wertvollen Bestände“, so Projektleiter Max Kaiser. „Die teils fragilen Werke müssen in Zukunft nicht mehr in jedem Fall im Original eingesehen werden, sondern können online abgerufen, heruntergeladen und sogar im Volltext durchsucht werden.“

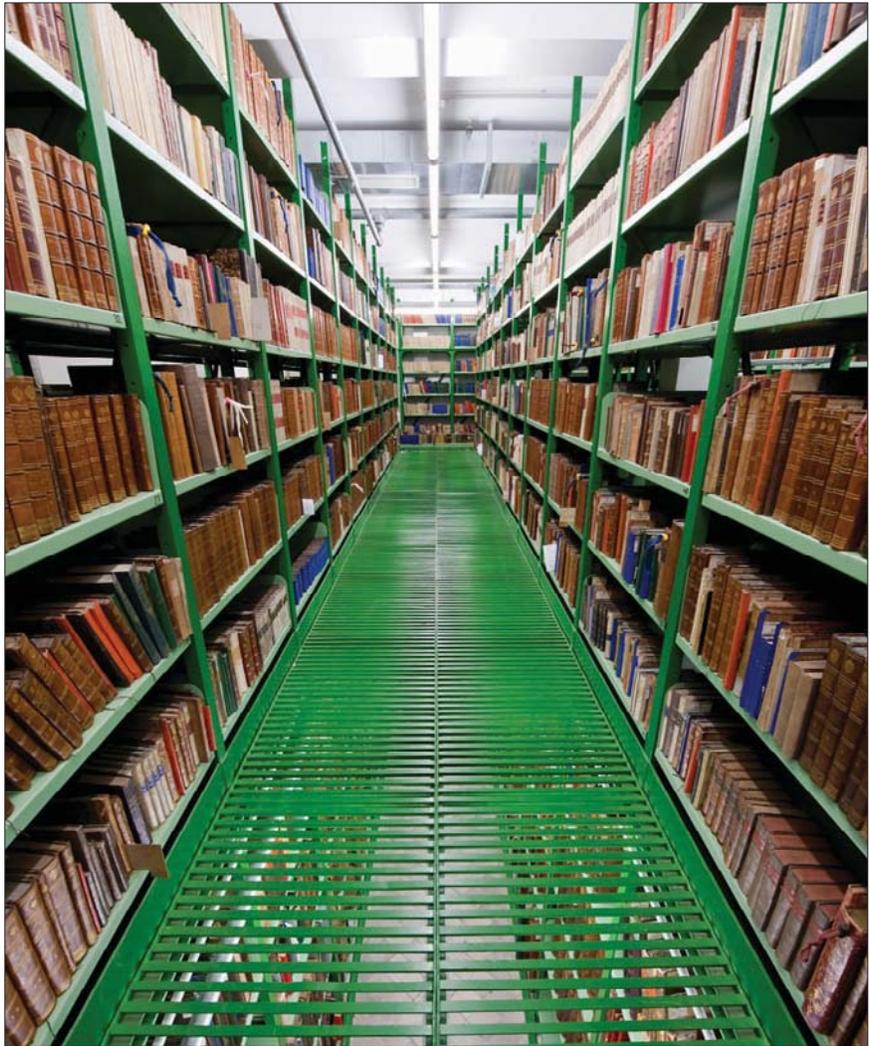
Digitalisierung an der Österreichischen Nationalbibliothek

Schon vor mehreren Jahren hat die Österreichische Nationalbibliothek begonnen, ihre Bestände zu digitalisieren. Ein anhaltender Erfolg ist das Projekt ANNO (Austrian Newspapers Online) – die Digitalisierung historischer Zeitungsbestände, die von über 1400 UserInnen täglich genutzt werden, oder das Online-Bildarchiv mit über 300.000 Bildern.

Die nun geplante Volltextdigitalisierung sämtlicher urheberrechtlicher Buchbestände ist der nächste logische Schritt von der ehemaligen Hofbibliothek des Habsburgerreiches hin zum modernen Informationsanbieter.

Statement von Bundesministerin Claudia Schmied

„Die Zusammenarbeit der Österreichischen Nationalbibliothek mit Google in der



Ein Blick in das Magazin der Österreichischen Nationalbibliothek

Digitalisierung des gesamten urheberrechtlich freien Buchbestands ist ein herausragendes Beispiel für eine Public Private Partnership im Kulturbereich. Durch dieses ambitionierte Projekt wird in naher Zukunft ein wesentlicher Teil von Österreichs schriftlichem Kulturerbe im Internet allgemein verfügbar und nutzbar sein. So eröffnen sich ganz neue Möglichkeiten für Unterricht und lebenslanges Lernen, die maßgeblich zum Ausbau der Wissensgesellschaft beitragen werden.“

Über die Österreichische Nationalbibliothek

Als größte wissenschaftliche Bibliothek Österreichs blickt die Österreichische Nationalbibliothek auf eine traditionsreiche Geschichte bis ins 14. Jahrhundert zurück. Heute bietet sie Zugang zu mehr als 8,5 Millionen Objekten, über die Hälfte davon Bücher. Der historische Buchbestand der Österreichischen Nationalbibliothek zählt zu den wichtigsten Sammlungen weltweit. Das er-

klärt sich aus der historischen Rolle des Hauses als ehemalige Hofbibliothek des Habsburgerreiches. Dementsprechend verwahrt die Österreichische Nationalbibliothek auch umfangreiche und bedeutende historische Bestände aus dem ost- und südosteuropäischen Raum, etwa in tschechischer und ungarischer Sprache.

Die Österreichische Nationalbibliothek ist bekannt für ihre innovativen Dienstleistungen im Bereich der digitalen Informationstechnologien. So war sie eine der ersten Bibliotheken, die einen digitalen Katalog ihres gesamten Buchbestandes anbieten konnte und nimmt im Bereich der Bestandsdigitalisierung in Österreich eine führende Rolle ein. ■

<http://www.onb.ac.at/austrianbooksonline>

Lesen Sie den umfangreichen Bildbericht über die Österreichische Nationalbibliothek im „Österreich Journal“ pdf-Magazin, Ausgabe 70 vom 31. März 2009 unter <http://www.oesterreichjournal.at>

1,8 Kilometer Wissen digitalisiert

Eines der größten Buchdigitalisierungsprojekte Mitteleuropas ist abgeschlossen

An der Universitäts- und Landesbibliothek Tirol wurden in den vergangenen zweieinhalb Jahren 216.000 Doktorarbeiten, davon der Großteil aus Deutschland, gescannt und auf Servern der Universität gespeichert. Das sind rund 40 Prozent aller zwischen 1925 und 1988 in Deutschland verfaßten Dissertationen.

Der an der Universitäts- und Landesbibliothek Tirol verarbeitete Stapel an Dokumenten würde von der Innsbrucker Maria-Theresien-Straße bis zum Hafelekar auf der Nordkette reichen. Anders ausgedrückt: rund 1,8 Kilometer Regallänge oder über 22 Millionen Einzelseiten wurden digitalisiert. Andreas Bechter, Produktionsleiter der Abteilung für Digitalisierung und elektronische Archivierung, verrät noch einige Details: „Die Dissertationen wurden mit Schneidemaschinen am Bund aufgetrennt und anschließend mit zwei Dokumentenscannern parallel verarbeitet. Das Gewicht der Dissertationen beträgt rund 27 Tonnen, jedes Dokument mußte dabei mehrfach in die Hand genommen werden.“

Mit dem Abschluß der Scanarbeiten beginnt nun die zweite Etappe dieses aufwendigen Projekts: Derzeit liegen nur die elektronischen Seitenbilder vor. Um einen editierbaren Volltext zu erhalten, müssen die einzelnen Zeichen elektronisch erkannt werden. Dazu wird eine Texterkennungssoftware eingesetzt. Aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit mit dem Marktführer in diesem Bereich, der Firma ABBYY Europe aus München, werden die 22 Millionen Seiten innerhalb weniger Monate in einem grossen Texterkennungscluster verarbeitet. In das Projekt eingebunden ist auch die Deutsche Nationalbibliothek in Frankfurt. „Da es zu den Doktorarbeiten in Innsbruck keine elektronischen Karteikarten gibt, werden die genormten Titeldaten mittels eines automatischen Abgleichverfahrens von der DNB beigesteuert“, erklärt Günter Mühlberger, der Leiter der Abteilung für Digitalisierung und elektronische Archivierung.

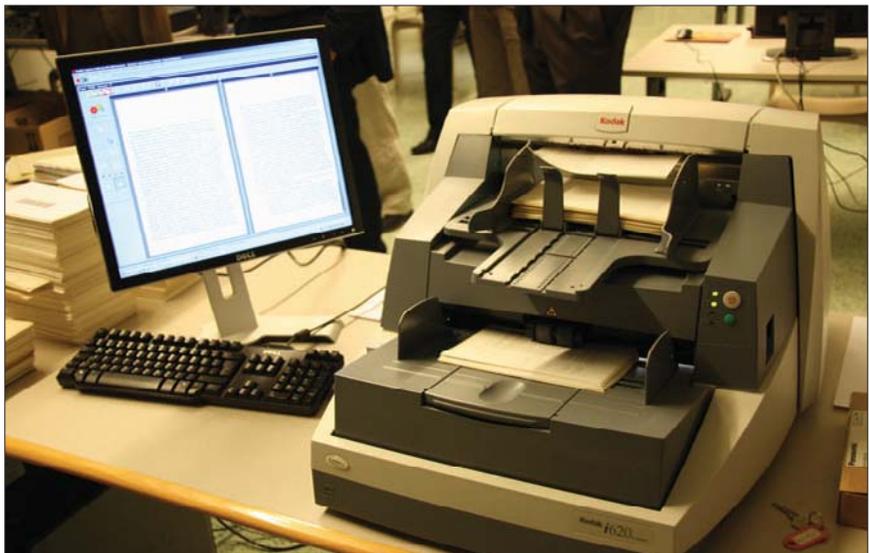
Bibliotheksdirektor Hofrat Martin Wieser: „Wir haben mit mangelnden Ressourcen in unseren Bibliotheken zu kämpfen. Die Digitalisierung der Dissertationen schafft wichti-

gen Platz für bisher nur schwer zugängliche Werke des Servitenordens. Sie schafft nicht nur mehr Raum, sondern auch einen Mehrwert: Bei der Suche nach einem bestimmten Werk war man bisher auf einen Werkskatalog angewiesen, einzelne Thematiken musste man mühsam selbst herausfiltern. In Zukunft aber wird den NutzerInnen eine Volltextsuche zur Verfügung stehen, die die Literatursuche um einiges erleichtern wird. Dies war in den vergangenen Jahren noch un-

denkbar und ist ein großer und wichtiger Fortschritt.“

Bereits jetzt können alle gescannten Dissertationen über den herkömmlichen Bestellvorgang der Universitäts- und Landesbibliothek Tirol einzeln an die LeserInnen ausgeliefert werden. Dabei muß allerdings das Urheberrecht beachtet werden, sodaß der Zugang weiterhin in der Universitäts- und Landesbibliothek Tirol möglich sein wird. ■

<http://www.uibk.ac.at/ulb/dea/>



Pro »Durchgang« wurden 22 Einzelseiten der 216.000 Doktorarbeiten gescannt.



Der freigewordene Raum bietet Platz für die Schätze des Servitenordens.

Fotos: Uri Innsbruck / ds

Angekündigter Zufall

In Wien wurde eine neuartige Quelle von verschränkten Lichtteilchen entwickelt.

Eine neuartige Quelle von verschränkten Lichtteilchen haben Wiener PhysikerInnen um Philip Walther und Anton Zeilinger von der Fakultät für Physik der Universität Wien und vom Institut für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften entwickelt. Diese erlaubt es erstmals nachzuweisen, daß ein verschränkter Zustand vorliegt ohne diesen zu messen. Sie publizieren dazu in der aktuellen Ausgabe des Fachjournals „Nature Photonics“.

Bisher hatte die Standardquelle für verschränkte Photonen einen entscheidenden Nachteil: Der Emissionszeitpunkt war unbekannt und es ließ sich damit nicht feststellen, wann die Teilchen die Quelle verlassen. Diese spontane Emission der Teilchenpaare führte zu diversen Problemen bei experimentellen Realisierungen. Möchte man z.B. einen Quantencomputer auf der Basis von Photonen bauen, hieße das, daß man nicht genau weiß, wann die sogenannten Quantenbits, in diesem Fall in Form von Photonen, vorhanden sind. In der Praxis bedeutet dies, daß nach jedem vermuteten Rechenschritt Photonen gemessen werden müssen, um festzustellen, ob dieser erfolgreich war.

Eine Messung in der Quantenmechanik heißt im allgemeinen auch eine Zerstörung des quantenmechanischen Zustandes – die Teilchen können für keine weitere Quantenrechnung verwendet werden. Die Anwendbarkeit eines optischen Quantencomputers war dadurch bisher stark begrenzt.

Die von Wiener ForscherInnen realisierte Quelle von verschränkten Photonenpaaren, bei der die Emission der Paare angekündigt wird, macht eine Messung zur Anwesenheit der Teilchen überflüssig und ermöglicht eine Erweiterung des derzeitigen optischen Quantencomputers. Das Konzept dieser Quelle basiert auf zusätzlichen Hilfsteilchen, deren Messung eine Aussage über den Zustand der verbleibenden Teilchen ermöglicht. Im konkreten Fall des Wiener Experiments präparieren die ForscherInnen sechs Photonen in einem speziellen quantenmechanischen Zustand. Mißt man nun vier dieser Photonen in einer festgelegten Konfiguration, so befinden sich die übrigen beiden Photonen in einem verschränkten Zustand. „Vier gleichzeitige Detektorklicks der vier Hilfsteilchen signalisieren also die Aussendung eines Paares

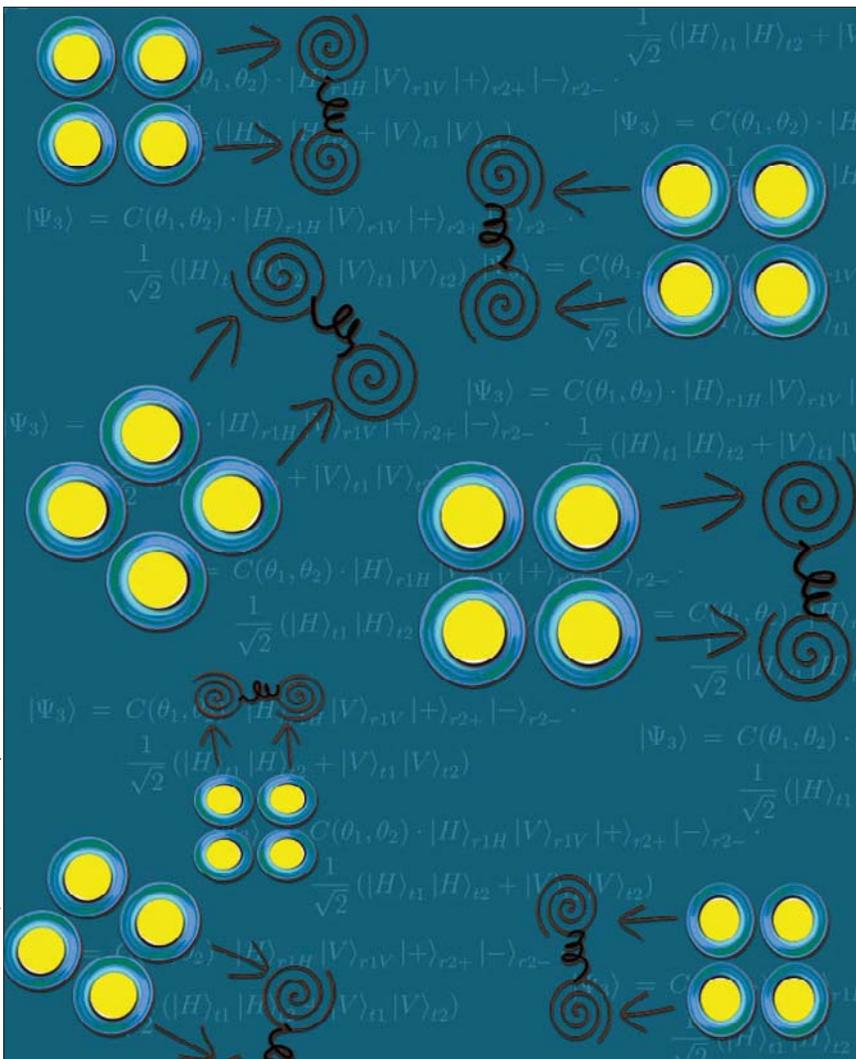


Foto: Felice Frankel, Harvard University

verschränkter Photonen“, erklärt die am Experiment beteiligte Physikerin Stefanie Barz.

Für die Realisierung von auf Verschränkung basierenden Technologien, wie optischen Quantennetzwerken und photonischen Quantencomputern, ist diese wissenschaftliche Arbeit der Wiener PhysikerInnen ein wichtiger Schritt.

Verschränkung ist eine Eigenschaft der Quantenmechanik, die kaum mit dem alltäglichen, makroskopischen Verständnis der Welt vereinbar ist und kein Gegenstück in der klassischen Physik besitzt. Sind zwei Lichtteilchen (Photonen) miteinander verschränkt, so bleiben sie über beliebige Distanzen verbunden. Führt man eine Messung, z.B. des Polarisationszustandes, an einem der beiden Teilchen durch, so ändert

sich auf „spukhafte Weise“ auch der Zustand des anderen Teilchens.

Neben der fundamentalen Bedeutung von verschränkten Systemen, liefern diese auch vollkommen neue Ansätze zur Informationsverarbeitung und zur abhörsicheren Kommunikation unter Ausnutzung von quantenmechanischen Prinzipien. Verschränkte Photonen bilden daher seit vielen Jahren einen Ausgangspunkt für zahlreiche Grundlagenexperimente zur Quantenmechanik und sind die Basis für experimentelle Realisierungen von Konzepten zur Quanteninformationsverarbeitung. So wurden bereits einfache Quantencomputer realisiert, die die Gesetze der Quantenmechanik ausnutzen, um eine schnellere und sicherere Informationsverarbeitung zu ermöglichen. ■

TU-Physiker löst ein Rätsel um neue Supraleiter

Philipp Hansmann vom Institut für Festkörperphysik der Technischen Universität Wien hat das Rätsel rund um die magnetischen Momente in eisenhaltigen Supraleitern gelöst.

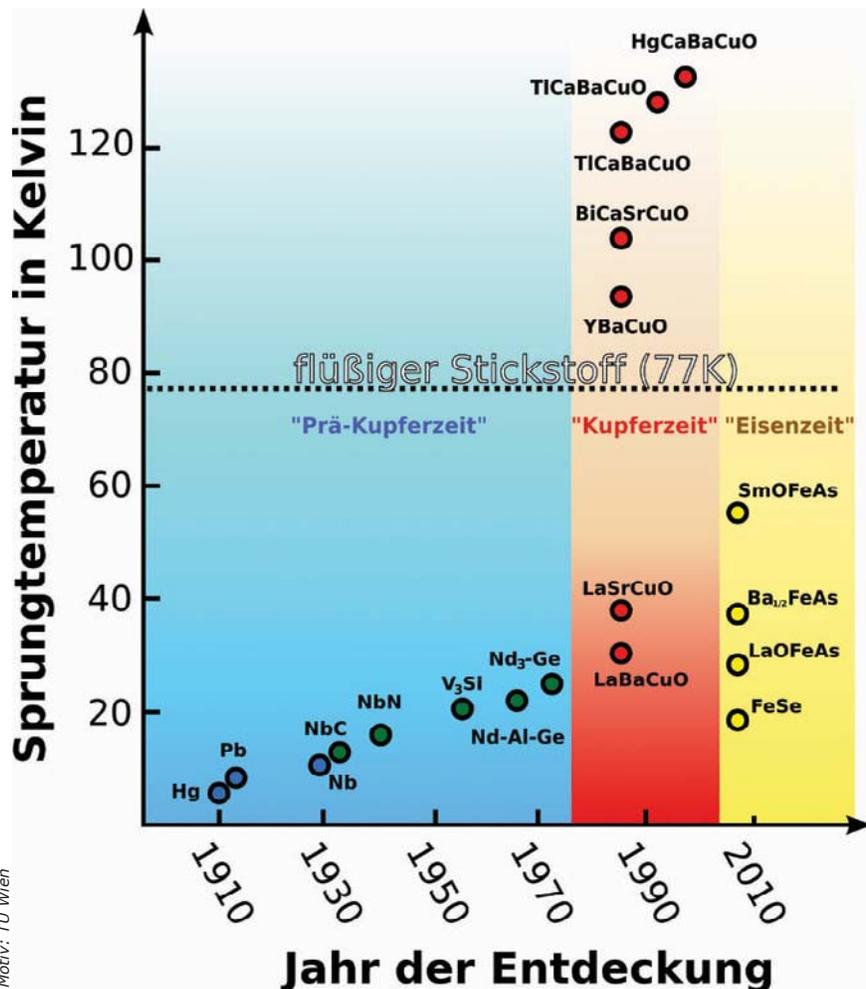
Philipp Hansmann hat herausgefunden, warum Rechnungen und Experiment bislang unterschiedliche magnetische Momente in diesen viel untersuchten Materialien aufwiesen.

Seit ihrer Entdeckung im Jahr 2008 sind eisenbasierte Hochtemperatur-Supraleiter (Eisenpniktid-Verbindungen) die zurzeit wohl am intensivsten untersuchten Festkörper. ForscherInnen sprechen auch von der „Eisenzeit“, die auf die „Kupferzeit“ der Supraleiter mit Kupferverbindungen (Kuprate) folgt. Eisenpniktide lieferten bislang jedoch mehr Rätsel als Erklärungen. Selbst in der normalleitenden Phase ist derzeit unklar, ob die Wechselwirkung der Elektronen untereinander eine ähnlich große Rolle spielt wie in Kupraten, oder ob die Elektronen sich in diesem Material weitestgehend unabhängig voneinander bewegen. Ein weiteres Rätsel stellten die magnetischen Momente dar, die in theoretischen Vorhersagen als sehr viel größer berechnet wurden als dann im Experiment gemessen wurde.

Quantenfluktuationen als Ursache

Dieses letztere Rätsel bei Eisenpniktiden hat Philipp Hansmann während seiner Doktorarbeit nun gelöst. Gemeinsam mit Kollegen in der Arbeitsgruppe von TU-Professor Karsten Held und Professor Ryotaro Arita, mit dem Hansmann das Projekt während eines Forschungsaufenthalts an der Universität Tokyo gestartet hatte, fand er die Ursache für die sehr viel kleineren gemessenen Momente: Quantenfluktuationen. Hierdurch fluktuiert das magnetische Moment in der Zeit, sodaß der Langzeit-Mittelwert sehr viel kleiner als das Kurzzeit-Moment auf der Femtosekunden-Skala ist. Während bisherige theoretische Rechnungen das Kurzzeit-Moment bestimmt haben, wurde experimentell der Langzeit-Mittelwert u.a. mit Neutronenstreuung und Myonenspin-Spektroskopie (μ SR) gemessen. Die Ergebnisse wurden in der renommierten Fachzeitschrift Physical Review Letter publiziert.

<http://prl.aps.org/abstract/PRL/v104/i19/e197002>



Motiv: TU Wien

Zeitskala: von der Kupferzeit zur Eisenzeit

Ein erstes Experiment an der Technischen Universität Dresden, das mit Hilfe der Röntgenabsorptionsspektroskopie das magnetische Moment auf kurzen Zeitskalen mißt, bestätigt die Theorie eines sehr viel größeren Kurzzeit-Moments.

Phänomen Supraleitung

Supraleiter sind Materialien die unterhalb weniger Kelvin – der materialabhängigen Sprungtemperatur – elektrische Ströme vollständig verlustfrei transportieren. Während die Supraleitung in einfachen Metallen wie z.B. Quecksilber auf Gitterschwingungen zurückgeführt werden kann, ist die soge-

nannte Hochtemperaturleitung (Supraleitern mit einer hohen Sprungtemperatur) wie in Kupraten und Eisenpniktiden, noch nicht verstanden. Einige Hochtemperatursupraleiter haben Sprungtemperaturen von mehr als 77K (-196 Grad Celsius), sodaß die Supraleitung durch Kühlung mit flüssigem Stickstoff aufrecht erhalten werden kann. Für eine weitergehende technische Anwendung würden aber noch sehr viel höhere Sprungtemperaturen benötigt. Ohne ein besseres Verständnis des Mechanismus, der der Hochtemperatursupraleitung zugrunde liegt, ist dies sicherlich ein schwieriges Unterfangen.

Bananen nicht mit Birnen vergleichen

Bisher einzigartige blau fluoreszierende Chlorophyll-abbauprodukte in Bananenblättern

Gelbe Blätter von Bananenpflanzen leuchten blau, wenn man sie im UV-Licht betrachtet. Diese Lumineszenz wird von Abbauprodukten des grünen Blattfarbstoffs Chlorophyll erzeugt, die auf eine ganz einzigartige Weise mit speziellen Zuckermolekülen bestückt („hypermodifiziert“) sind und sich in den alternden Blättern anreichern, berichten Bernhard Kräutler und sein Team von der Universität Innsbruck in der Zeitschrift „Angewandte Chemie“. Die Forscher vermuten, daß diese langlebigen Abbauprodukte des Chlorophylls physiologische Bedeutung haben.

Interessanterweise findet man in anderen höheren Pflanzen, wie Äpfeln und Birnen, meist nur farblose, nicht fluoreszierende Chlorophyllabbauprodukte. Fluoreszierende Abbauprodukte sind zwar schon früher in alternden Blättern nachgewiesen worden, bisher aber nur als kurzlebige Zwischenprodukte des Chlorophyllabbaus. Vor einiger Zeit hatten Kräutler und Kollegen dann entdeckt, daß Bananen unter UV-Licht blau leuchten. Beim Reifen der Bananen reichern sich in der Bananenschale farblose, aber blau fluoreszierende Abbauprodukte des Chlorophylls an.

Die Verbindungen aus Bananenschalen und Bananenblättern unterscheiden sich, gemeinsam ist ihnen aber, daß sie langlebig („persistent“) sind. Zudem zeigen sie eine strukturelle Gemeinsamkeit: eine bisher einzigartige, komplexe Esterfunktion an einer bestimmten Seitenkette. Diese Gruppe wirkt chemisch stabilisierend und ist eine Erklärung für die ungewöhnliche Langlebigkeit der fluoreszierenden Zwischenstufen in der Banane und ihren Blättern. Das in den Blättern entdeckte Abbauprodukt, Ma-FCC-61 genannt, ist ein Pyrrol-Pigment mit einer bisher unbekanntenen Ausstattung mit Zuckerausteinen. Die Forscher schließen nicht aus, daß dieses neuartige Chlorophyllabbauprodukt ein Baustein für bisher nicht nachgewiesene und sogar noch komplexere Pigmente darstellen könnte.

„Wenn sich Blätter von Pflanzen verfärben oder Früchte reifen, treten faszinierende

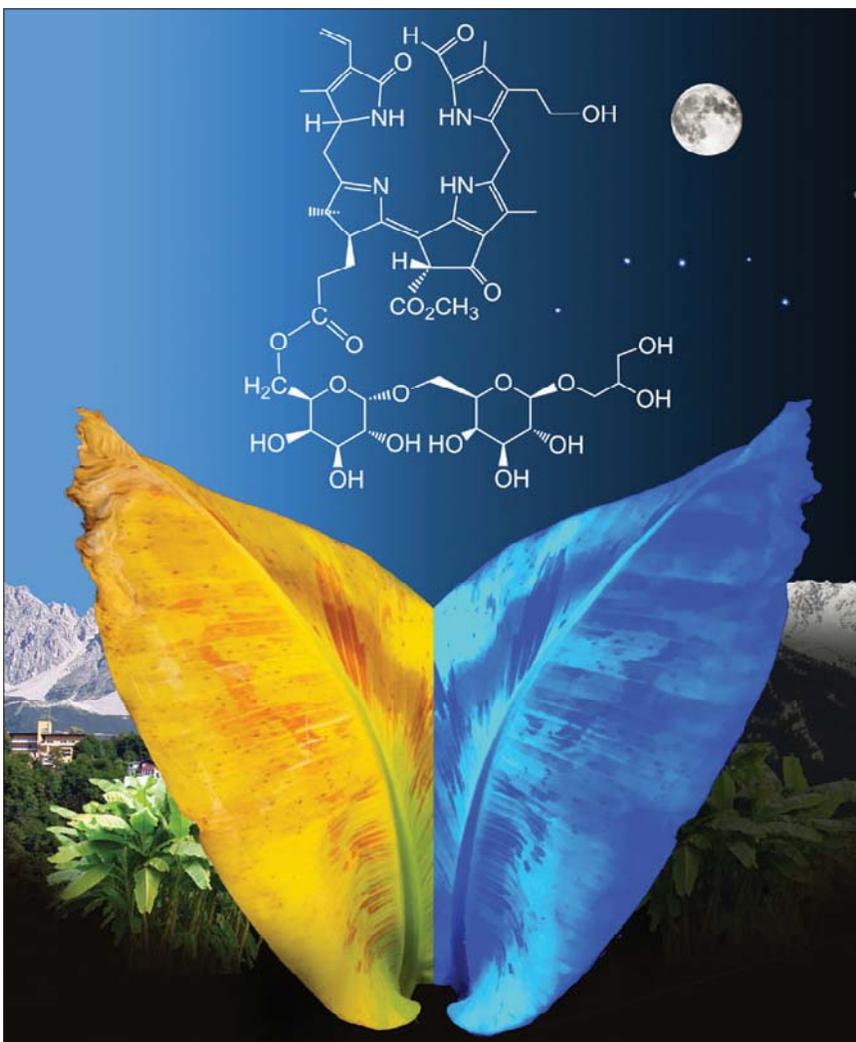


Foto: Universität Innsbruck

Abbauprodukte von Chlorophyll lassen welkende Bananenblätter blau leuchten.

Farben in Erscheinung“, sagt Kräutler. „Die leuchtenden Farben der Früchte dürften sich wegen ihrer Signalwirkung auf fruchtfressende Tiere entwickelt haben, um damit die Verteilung ihrer Samen zu gewährleisten. Auch die blaue Lumineszenz von Bananen könnte eine derartige Funktion ausüben“, so Kräutler. Das zusätzliche „Anzeigen“ von Früchten durch farbenfrohe und möglicherweise leuchtende Blätter könnte ein weiteres optisches Signal der fruchttragenden Pflanzen sein. „In jedem Fall ist aber die bisherige Annahme zu revidieren, nach der Chloro-

phyll in alternden Blättern immer über einen allgemeinen Weg hin zu nicht fluoreszierenden Abbauprodukten (als Endprodukte) entsorgt werden“, so Kräutler. ■

Publikation: *Hypermodified Fluorescent Chlorophyll Catabolites: Source of Blue Luminescence in Senescent Leaves.* Srinivas Banala, Simone Moser, Thomas Müller, Christoph Kreuz, Andreas Holzinger, Cornelius Lütz und Bernhard Kräutler. *Angewandte Chemie International Edition* 2010, 49, No. 30.

Joseph Maria Olbrich

Jugendstil und Secession

Das Leopold Museum zeigt – in Kooperation mit dem Institut Mathildenhöhe Darmstadt – die bisher umfassendste Ausstellung zum Werk des Künstlers und Architekten Joseph Maria Olbrich (1867-1908).

Die große Retrospektive des Architekten und Universalkünstlers Joseph Maria Olbrich präsentiert mit rund 300 Exponaten das Schaffen Olbrichs und setzt es in den ästhetischen Kontext der Wiener Moderne. Zu den Leihgaben aus öffentlichen und privaten Sammlungen in Deutschland und Österreich gehören Möbel, Textilien, Zeichnungen und Aquarelle.

Moderne Formen und Lebenswelten

Olbrich ist eine der herausragenden Persönlichkeiten in Architektur und Kunstgewerbe der Jahre um 1900 und eng verbunden mit der Entwicklung moderner Formen- und Lebenswelten. Sein 100. Todesjahr 2008 gab Anlaß zu einer neuen, vertiefenden Beschäftigung mit seinem überaus komplexen Werk, dessen Spektrum von der Baukunst über die Innendekoration und die Gartenplanung, die angewandte Kunst bis zur industriellen Formgestaltung reicht. Ein im Juli 2008 vom Institut Mathildenhöhe veranstaltetes wissenschaftliches Symposium eröffnete der Forschung wie dem öffentlichen Interesse neue Zugänge zum Gesamtwerk Olbrichs. Die Ergebnisse des damit angestoßenen theoretischen Diskurses sind, ebenso wie vielfältige, teils neu zu Tage geförderte Entwürfe, Pläne und Objekte in eine umfassende Olbrich-Retrospektive eingeflossen. Sie findet in Darmstadt und Wien statt, den beiden Hauptwirkungsstätten Olbrichs, und präsentiert zahlreiche Exponate aus Sammlungen in Österreich, Deutschland und den USA.

Das für die vorletzte Jahrhundertwende geradezu exemplarische Werk Olbrichs kann, trotz der kurzen Zeitspanne, in der es entstand, bislang kaum überschaut werden. Vor 26 Jahren fand die letzte große Olbrich-Ausstellung statt, deren Katalog seit langem vergriffen ist. Eine umfassende Monografie des Künstlers fehlt bis heute.

Olbrich gilt als zentrale Gestalt der Reformbestrebungen um 1900, er beeinflusste und prägte die Ideen der nachfolgenden Generationen. So bezogen die Baumeister der Moderne wie Erich Mendelsohn, Bruno Taut und Le Corbusier wichtige Anregungen aus den typischen Gestaltungselementen Olbrichs.

Da viele Werke Olbrichs durch Kriegseinwirkungen zerstört wurden und die Dokumente zum Schaffen des Architekten an den verschiedensten

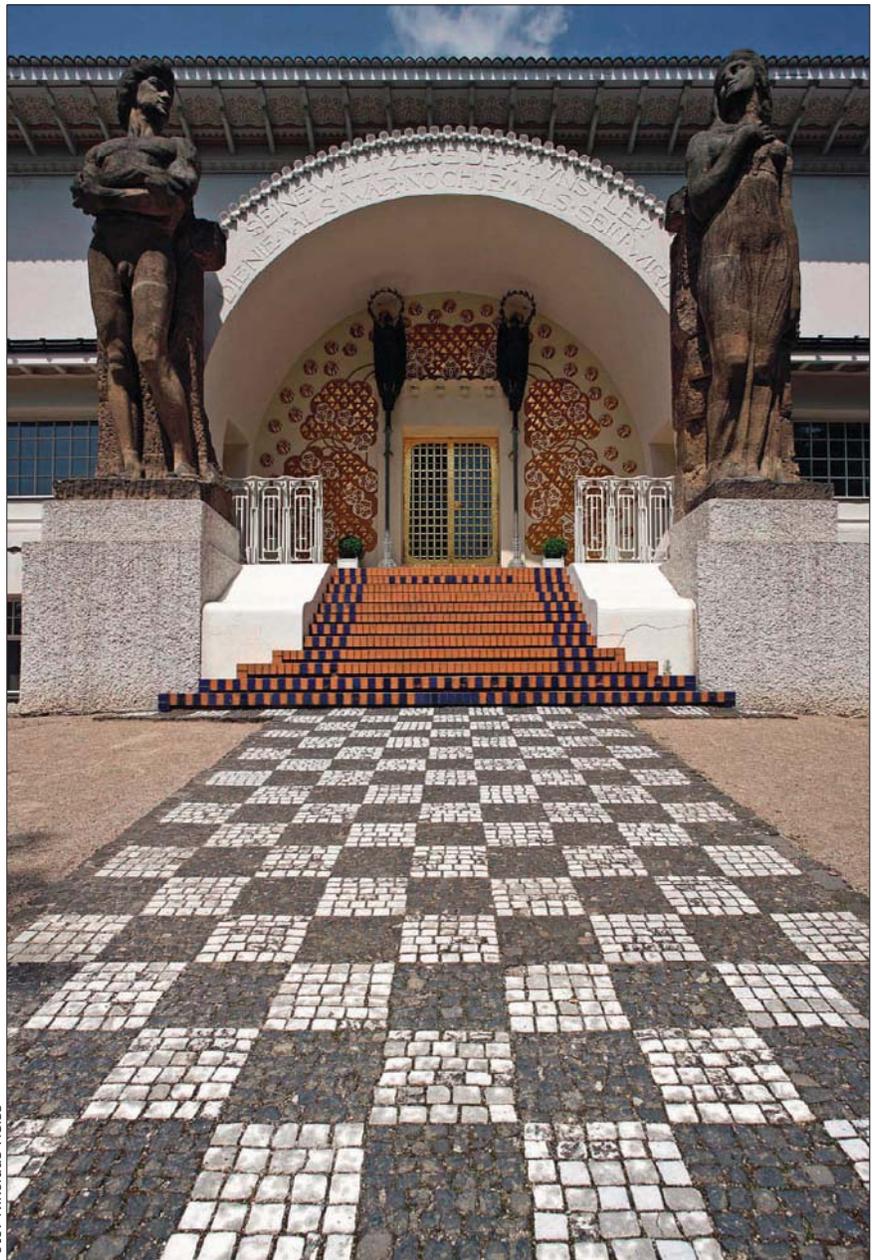


Foto: Nikolaus Heiss

Eingangsportale Ernst-Ludwig-Haus mit Skulpturen von Ludwig Habich, 1901
86,5 x 61,5 cm; Städtische Kunstsammlung Darmstadt, Institut Mathildenhöhe

Orten verstreut sind, ist die Bedeutung des früh verstorbenen Künstler-Architekten im öffentlichen Bewußtsein nicht annähernd so verankert wie etwa die seiner Zeitgenossen Henry van de Velde, Josef Hoffmann oder Peter Behrens. Olbrich ist immer

noch der „große Unbekannte“, dessen Bedeutung oft unterschätzt wird.

Olbrich war ein universalschaffender, dem um 1900 virulenten Ideal der Verschmelzung von Kunst und Leben verpflichteter Architekt. Anhand

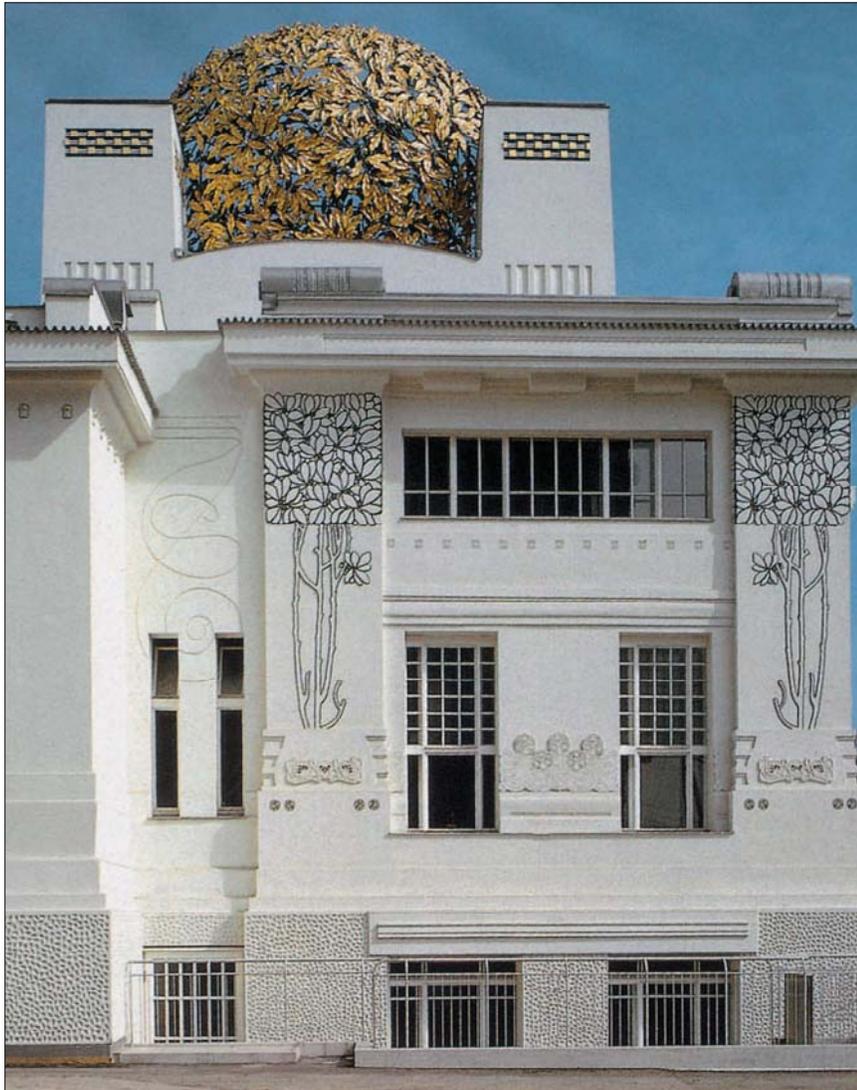


Foto: Matthias Herrmann

Wiener Secessionsgebäude, seitliche Ansicht, 1897/98; Städt. Kunstsammlung Darmstadt, Institut Mathildenhöhe

der exemplarischen Rekonstruktion einzelner Projekte mittels originaler Entwürfe, Modelle, historischer Aufnahmen, Dokumente und Objekte läßt sich der beeindruckende Reichtum an Ideen darstellen. Im Hinblick auf die Entwicklung der Architektur im 20. Jahrhundert wird das schöpferische Potential Olbrichs anhand seiner Beiträge zu Bauaufgaben wie etwa der „Gartenstadt“ oder dem „Kleinwohnungsbau“ dargelegt. Ein wichtiger Aspekt ist die „Lebensreform“, ein Gedanke, der die Epoche um 1900 prägte und den Olbrich durch eine alles umfassende und harmonisierende Gestaltung zu umzusetzen suchte. Mit der Präsentation bislang wenig beachteter Bereiche seines Schaffens, wie etwa der Gartenkunst und der Untersuchung gezielter Fragestellungen, wie die nach der konkreten Zusammenarbeit des Künstlers mit seinen Produzenten beschreibt die Ausstellung ebenfalls neue Wege. Die Kooperation mit dem Leopold Museum in Wien, das die weltweit größ-

te Sammlung zur österreichischen Kunst um 1900 besitzt, macht es außerdem möglich, die künstlerische Verankerung Olbrichs in der Wiener Moderne anhand bedeutender Exponate von Otto Wagner, Koloman Moser oder Gustav Klimt eindrucksvoll vor Augen zu führen.

Bedeutung von Ausstellung und Katalog

Ziel von Ausstellung und Katalog ist eine zeitgemäße Darstellung und Würdigung des Universalkünstlers Olbrich, um die breite Öffentlichkeit und ein internationales Fachpublikum gleichermaßen anzusprechen und zu begeistern.

Als Begleitband zur Ausstellung wurde eine Monografie erstellt, die neben der umfassenden Präsentation von Olbrichs Werk anhand von vielfältigem und zum Teil bislang unveröffentlichtem Quellen- und Bildmaterial die aktuelle Forschungsergebnisse beinhaltet und damit ein Standardwerk werden wird.

Unter anderem wird Olbrichs wegweisende Rolle für die Entwicklung der modernen Architektur im 20. Jahrhundert und die prägende Wirkung seiner Entwürfe auf nachfolgende Architektengenerationen beleuchtet. An seinem Werk kann exemplarisch die Bedeutung von Architektur und Kunst als Elemente moderner Lebensgestaltung in der Reformbewegung um 1900 dargestellt werden. Ein Ziel des Projektes ist es demnach, die Aktualität Olbrichscher Ideen für den Städtebau und die Gestaltung von Wohn- und Lebensraum aufzuzeigen.

Ausstellung und Publikation soll Olbrichs Werk einer größeren Öffentlichkeit ins Bewußtsein rufen und neben seiner Bedeutung für Wien, Darmstadt und das Rheinland vor allem auch die



Foto: Münchner Stadtmuseum

Magazinsofa, Tisch und Stuhl des Musikzimmers auf der Dresdner Ausstellung für Handwerkskunst, 1902/1903

internationalen Bezüge seiner Arbeit aufzeigen. Die verschiedenen Veranstaltungen im Rahmen des Begleitprogramms werden einzelne Aspekte von Olbrichs Schaffen und dem seiner Zeitgenossen vertiefen, Konzerte können einen Eindruck der musikalischen Kultur Wiens um 1900 vermitteln. Neben Workshops, allgemeinen und Spezialführungen wird ein eigens für die Ausstellung zusammengestelltes Kinderprogramm die Möglichkeit bieten, auf spielerischem Weg Olbrichs Werk zu entdecken.

Da Olbrich der maßgeblich prägende Architekt der Mathildenhöhe in Darmstadt war, kommt dem Ausstellungs- und Katalogprojekt auch eine kulturpolitische Aufgabe zu, da sich die Mathildenhöhe mit seinem einzigartigen Jugendstilensemble um die Aufnahme in die Liste der Weltkulturerbe-

stätte der Unesco bewerben möchte. Kuratorin der Ausstellung ist die Kunsthistorikerin Regina Stephan, Professorin für Architekturgeschichte an der Fachhochschule Mainz.

Leben und Werk Joseph Maria Olbrichs

Der schlesisch-österreichische Architekt Joseph Maria Olbrich (1867-1908) gehört zu den profiliertesten Vertretern der Reformkunst am Beginn der Moderne. Mit grandiosen Bauwerken prägte er das Stadtbild in Wien und Darmstadt. Er begründete seinen Ruhm mit Paradebeispielen für Secessionskunst und Jugendstil. Wie wenige seiner Generation verfügte Olbrich über eine fundierte akademische und baupraktische Ausbildung und hat, anders als Henry van de Velde oder Peter Behrens, nicht den Umweg über die Malerei ge-



Foto: Leopold Museum

Portrait, um 1901

nommen. Gleichwohl war er ein exzellenter Zeichner und Aquarellist. Seinen Fähigkeiten auf diesem Gebiet verdankte er sogar die Anstellung im Baubüro des berühmtesten Wiener Jugendstilarchitekten Otto Wagner, ehe er 1898 mit dem Gebäude der Wiener Secession reüssierte.

Das spektakuläre Erstlingswerk machte Olbrich schlagartig zu einem der prominentesten Vorkämpfer jener modernen Bewegung, die eine umfassende Erneuerung von Kunst und Kultur ins Auge gefasst hatte. Die Leitideen gipfelten in der Verschmelzung von Kunst und Leben durch eine bewusste Ästhetisierung des Alltags sowie in der forcierten Betonung der Individualität des Menschen durch künstlerische Mittel. Ausdruck dieser Zielvorstellungen waren die bis ins kleinste Detail einheitlich durchgestalteten Innenräume des Jugendstils. Olbrich, wie viele seiner Zeitgenossen von der Idee des „Gesamtkunstwerks“ erfüllt, war bereits in seinen Wiener Jahren ein Meister privater Lebensinszenierungen, wie die von ihm eingerichteten Privatwohnungen zeigen.

Darmstadt - Mathildenhöhe

In Darmstadt, wohin er 1899 übersiedelte, sah sich Olbrich vor neue künstlerische Aufgaben und Herausforderungen gestellt. Großherzog Ernst Ludwig hatte ihn in die hessische Residenzstadt berufen, weil er in dem Werk Olbrichs eine österreichische Fröhlichkeit und Leichtigkeit spürte, die seiner Ansicht nach dem deutschen Kunstwesen so sehr abging. In der vom Großherzog neu gegründeten Künstlerkolonie spielte Olbrich rasch die Rolle des „Primus inter pares“. Er entwickelte den Gesamtplan für die legendäre Ausstellung „Ein Dokument deutscher Kunst“ 1901, entwarf die meisten Bauten der wachsenden Mustersiedlung und machte die Mathildenhöhe damit zu einer Hochburg des Jugendstils in Deutschland. Von pri-



Großer Lichthof im Warenhaus Tietz, Düsseldorf, 1908, Fotografie Städtische Kunstsammlung Darmstadt, Institut Mathildenhöhe

vater Seite erhielt Olbrich zahlreiche Aufträge für Wohnhäuser und für Wohnungseinrichtungen nicht nur in Deutschland, sondern auch im benachbarten Ausland. Er projektierte nicht nur Großbauten wie Bahnhöfe, Hallenbäder, Hotels und Wassertürme, sondern befaßte sich auch mit der Gartengestaltung, die für ihn einen integralen Bestandteil seiner Architektur darstellte.

Design und Kunsthandwerk

Das breite Spektrum der Bauaufgaben findet eine Entsprechung in der Vielzahl und Vielfalt seiner Entwürfe für Gebrauchs- und Ziergegenstände. Ob kunsthandwerklicher Luxusartikel oder preiswertes Serienprodukt – Olbrichs Design spricht vom immensen kreativen Potential dieses hoch begabten Universalkünstlers.



Dreifach gestufte Vase in Weiß, um 1901



Briefkassette aus dem Hause Olbrich, um 1908

Düsseldorf

Ein weiteres Wirkungszentrum Olbrichs war das Rheinland. 1907 übersiedelte er mit einem Teil seines Baubüros nach Düsseldorf, wo ihn die Errichtung des Warenhauses Tietz sowie die Ausführung einiger Privatvillen in Köln in Anspruch nahmen. In seiner Abwesenheit wuchsen auf der Mathildenhöhe seine letzten Darmstädter Bauten, Hochzeitsturm und Ausstellungsbäude, empor. Am 8. August 1908 starb Olbrich auf dem Höhepunkt seines Schaffens an Leukämie. ■

<http://www.leopoldmuseum.org>

Joseph Maria Olbrich

* 22. Dezember 1867 in Troppau; † 8. August 1908 in Düsseldorf

Olbrich wurde als drittes Kind der Eheleute Edmund und Aloisia Olbrich geboren. Er hatte zwei Schwestern, die vor seiner Geburt gestorben waren, sowie die jüngeren Brüder Johann und Edmund. Sein Vater war ein wohlhabender Konditormeister und Wachshersteller und besaß unter anderem eine Ziegelei, wodurch Olbrichs Interesse am Baugewerbe schon früh geweckt wurde.

Olbrich besuchte zunächst das Gymnasium in Troppau, welches er jedoch vorzeitig verließ, um bei einem Bauunternehmer als Zeichner zu arbeiten. 1882 ging er nach Wien, um in die Architekturklasse der Wiener Staatsgewerbeschule einzutreten. Seine Lehrer waren unter anderem Julius Deininger (Vater des Otto Wagner Schülers Wunibald Deininger) und Camillo Sitte.

1886 machte Olbrich sein Abschlußexamen mit der Note „vorzüglich“. Anschließend kehrte er kurzzeitig nach Troppau zurück, um dort für eine Baufirma als Zeichner zu arbeiten. Ab 1890 studierte er an der Akademie der bildenden Künste in Wien als Schüler von Karl Freiherr von Hasenauer und gewann mit seinen Entwürfen mehrere Preise, wie den Pein-Preis, den Hofpreis 1. Klasse und den Rom-Preis der Akademie. 1893 trat er in das Büro von Otto Wagner ein. Die meisten Detailpläne für die Gebäude der Wiener Stadtbahn dürften von Olbrich stammen, doch ist dies nicht restlos gesichert. Wagner schätzte ihn sehr, er erwog sogar eine Ehe seiner Tochter mit Olbrich.

1896 entstand wegen der Unzufriedenheit mehrerer Künstler unter der Führung von Gustav Klimt die Wiener Secession als Abspaltung des Wiener Künstlerhauses. Da die Gruppe ein eigenes Ausstellungsgebäude benötigte, erhielt Olbrich seinen ersten großen Auftrag und baute 1897 das Secessionsgebäude. In der Folge baute er auch mehrere Wohnhäuser in Wien und Umgebung, unter anderem das Haus für Hermann Bahr.

Großherzog Ernst Ludwig von Hessen und bei Rhein (Hessen-Darmstadt) besuchte häufig Wien und war sehr an moderner Kunst interessiert. Auf seine Veranlassung entstand daher 1899 in Darmstadt die Darmstädter Künstlerkolonie auf der Mathildenhöhe. Zu diesem Zweck hol-

te er Olbrich nach Darmstadt, der schnell zum inoffiziellen Führer der Künstlerkolonie wurde und auch das höchste Gehalt bezog. Am 4. April 1900 bekam er vom Großherzog den Professorentitel verliehen und wurde hessischer Bürger. Olbrich war damals der einzige Architekt in der Künstlergruppe, denn Peter Behrens betätigte sich ursprünglich nur als Maler und Graphiker. Weniger gut kam Olbrich mit dem Verleger Alexander Koch aus, der ihn in seinen für die Kolonie wichtigen Zeitschriften Innendekoration und Deutsche Kunst und Dekoration nur selten erwähnte. 1903 heiratete Olbrich in Wiesbaden Claire Morawe, die geschiedene Frau des Schriftstellers Christian Ferdinand Morawe.

Die Künstlerkolonie wurde zum Experimentierfeld für Olbrich, wo er auch das Hauptgebäude, das Ernst-Ludwig-Haus, baute. Daneben entstanden diverse Wohnhäuser und provisorische Bauten für die Ausstellungen. Ferner entwarf er Keramikgeschirr für die Künstlerkolonie, die in der Waechtersbacher Keramik produziert wurden, Möbelstücke für Darmstädter Möbelfirmen und Musikinstrumente, wie den Mand-Olbrich-Flügel. Länger als manch anderes Mitglied blieb Olbrich der Kolonie treu. Seine Beiträge zur Louisiana-Ausstellung in St. Louis machten einen so grossen Eindruck, daß er – wahrscheinlich auf Veranlassung von Frank Lloyd Wright – korrespondierendes Mitglied des American Institute of Architects wurde. 1906 erhielt er seinen letzten und größten Auftrag: das Warenhaus der Leonhard Tietz AG (später Kaufhof AG) in Düsseldorf. Das Rheinland erschien ihm als lockendes Betätigungsfeld, da er hier anscheinend leichter an solche großen, monumentalen Projekte kam als in Darmstadt, wo die Künstlerkolonie außer dem Großherzog nur wenige Auftraggeber hatte. Kurz nach der Geburt seiner Tochter Marianne am 19. Juli 1908 starb Olbrich – nur 40 Jahre alt – am 8. August in Düsseldorf an Leukämie. Vier Tage später wurde er in Darmstadt auf dem alten Friedhof beerdigt.

1924 wurde die Olbrichgasse in Wien Meidling und in den 1960er Jahren die Joseph-Maria-Olbrich-Straße in Düsseldorf-Garath nach dem Architekten benannt.

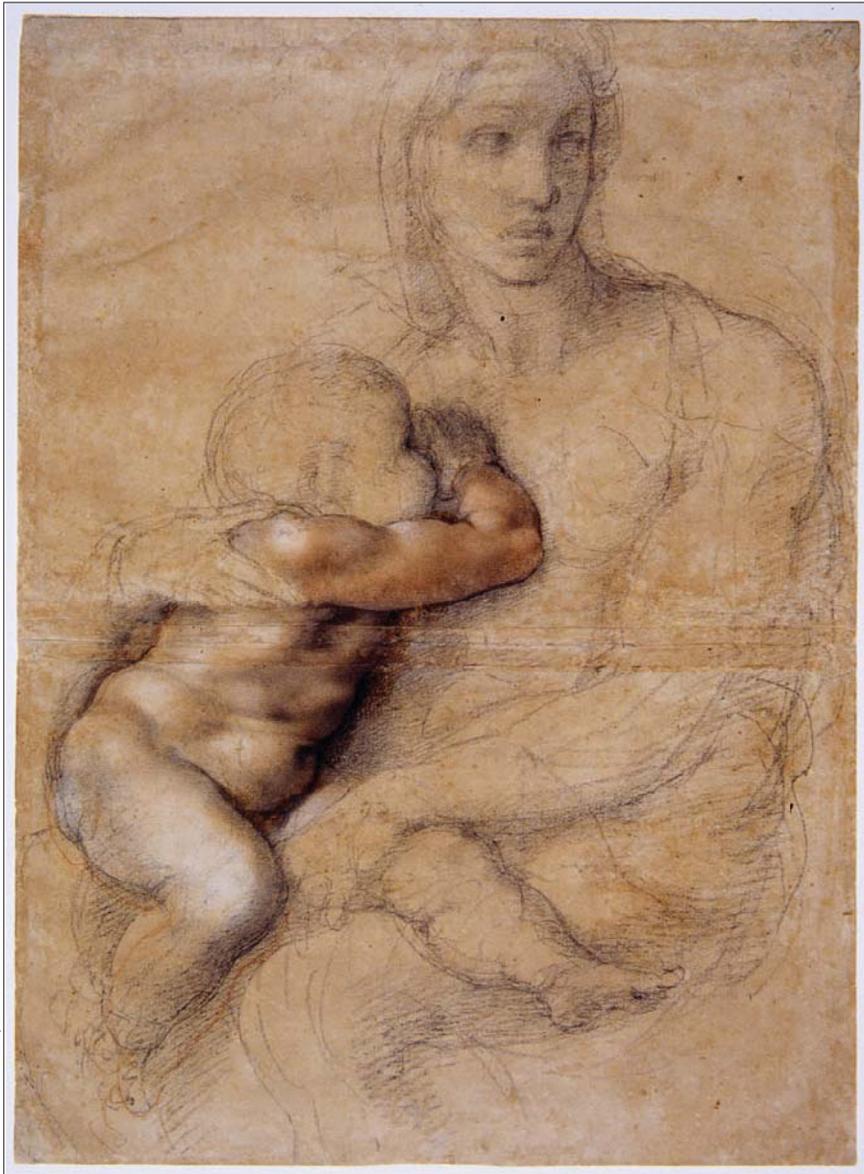
Michelangelo – Zeichnungen eines Genies

8. Oktober 2010 bis 9. Jänner 2011 in der Albertina

Die Albertina zeigt vom 8. Oktober 2010 bis zum 9. Jänner 2011 die erste große Michelangelo-Ausstellung seit mehr als 20 Jahren. Die Präsentation von 120 der kostbarsten Blätter ermöglicht einen umfassenden Einblick in das Schaffen des großen Genies. Die Zeichnungen kommen aus den eigenen Beständen der Albertina, aus bedeutenden europäischen und amerikanischen Museen – den Uffizien und der Casa Buonarroti in Florenz, dem Louvre in Paris, dem Metropolitan Museum in New York, dem Teylers Museum in Haarlem, der Royal Library in Windsor Castle (Privatbesitz der englischen Königin), dem British Museum in London – sowie aus Privatbesitz.

Die Auswahl der Werke konzentriert sich auf die figürlichen Zeichnungen, in denen der Künstler Körper von unbändiger Kraft und größten Energien zeigt, die das tiefe seelische Empfinden und die inneren Spannungen seiner Gestalten sichtbar machen. Es sind Menschen von dramatischer Ausdruckskraft, die Michelangelo ins Monumentale und Heroische transformiert. Der Bogen spannt sich von der frühesten erhaltenen Zeichnung (einer Kopie nach Giotto), über die Entwürfe für die Schlacht von Cascina und die Vorzeichnungen für die berühmten Fresken in der Sixtinischen Kapelle bis hin zu den raffinierten Geschenkblättern für Michelangelos Freund Tommaso de' Cavalieri oder den späten Kreuzigungsdarstellungen des fast achtzigjährigen Künstlers. Ausführlich diskutiert werden auch die Projekte für die verschiedenen Päpste, denen der Meister diente: das Grabmal Julius' II., die Medici-Kapelle, das Jüngste Gericht oder die Entwürfe für die Kuppel von St. Peter.

Die Auswahl ergänzen Arbeiten von Freunden und Künstlerkollegen, denen man früher oft Zeichnungen Michelangelos zugeschrieben hat, obwohl deren Stil vollkommen unterschiedlich ist. Malern wie Sebastiano del Piombo etwa half der Meister fortwährend, indem er ihm Ideen für seine Bilder lieferte. Zudem werden Gemälde und Reliefs gezeigt, die nach Entwürfen Michelangelos entstanden sind.



© Casa Buonarroti, Florenz

Michelangelo Buonarroti, *Madonna mit Kind*, 1520-25, schwarze und rote Kreide

Durch eine Projektion der monumentalen Fresken der Sixtinischen Kapelle, die Einbeziehung von Gipsabgüssen nach den Marmorskulpturen Michelangelos und durch weiteres Anschauungsmaterial will die Albertina auch neue Wege in der didaktischen Präsentation beschreiten.

Vor drei Jahren begann Kurator Achim Gnnann mit der Vorbereitung der Ausstellung. Sein Ziel war es, die bisweilen umstrittene

Datierung der Zeichnungen neu zu untersuchen und die chronologische Entwicklung des Stils mit aller Klarheit herauszuarbeiten. Damit sind wesentlich neue Erkenntnisse über Michelangelos so einzigartige Zeichnungen zu erwarten. Es sind unschätzbare wertvolle Meisterwerke eines Genies von größtem Ideenreichtum und schier übermenschlicher Schöpferkraft. ■

<http://www.albertina.at>

Grenzen überschreiten

Bayern und Salzburg 1810 bis 2010 – Neue Sonderausstellung
im Salzburg Museum und im Alten Rathaus in Laufen



Foto: Salzburg Museum

Johann Matthias Wurzer nach Hieronymus Allgeyer: Das Mirabellschloß vom Mirabellplatz aus gesehen, 1810–1816, Öl auf Karton

Die Doppelausstellung „Grenzen überschreiten“ vom 11. Juni bis 31. Oktober 2010 mit den Ausstellungsorten Salzburg und Laufen bei Oberndorf widmet sich dem Thema der bayerisch-salzburgischen Beziehungen. Vor rund 200 Jahren hatten die Napoleonischen Kriege gravierende Konsequenzen für beide Länder. Das einstige geistliche Fürstentum Salzburg wurde 1810 in das Königreich Bayern eingegliedert und fiel 1816 endgültig an Österreich. Wer waren die Mächtigen dieser Zeit? Was hat sich in Salzburg verändert? Wie ging es den Menschen hier in Krieg und Not? Diese Fragen und viele mehr beantwortet die Sonderausstellung im Salzburg Museum in der Neuen Residenz. Wertvolle Dokumente, Bilder und Objekte geben einen spannenden Einblick in diese wechselvollen Jahre.

Im Zuge der Neuordnung Europas beim Wiener Kongreß wurde Salzburg geteilt: Plötzlich wurden Salzach und Saalach zur



Foto: © Salzburg Museum, Christian Schneider

neuen Grenze zwischen Bayern und Österreich. Im Alten Rathaus in Laufen steht das Thema Grenze als trennendes und verbindendes Element im Mittelpunkt der Ausstellung, die auch einen Überblick über 200 Jahre Geschichte des einst salzburgischen, seit 1816 bayerischen Rupertiwinkels bietet.

Die Ausstellung im Salzburg Museum

Die Beziehungen Salzburgs zu Bayern gehen mehr als 2000 Jahre in die römische Zeit zurück, als der Verwaltungsbezirk Iuvavum vom Attersee bis zum Chiemsee reichte.

Um 700 gründete der Hl. Rupert im Auftrag des bayerischen Herzogs Theodo Salzburg als Missionszentrum für den Südosten des Reiches. 739 wurde Salzburg zum Bistum und 798 zum Erzbistum erhoben. Die Salzburger Erzbischöfe erweiterten in der Folgezeit ihr Territorium, übten im Land auch die weltliche Herrschaft aus und lösten



Foto: Oberösterreichische Landesmuseen

Josef Kreutzinger Porträt Kaiser Franz I. von Österreich, undatiert, Öl auf Leinwand

sich bis Anfang des 14. Jahrhunderts sukzessive vom Mutterland Bayern. Zwischen 1800 und 1816 hatte Salzburg mehrere militärische Besetzungen sowie insgesamt fünf Herrschaftswechsel zu erdulden. 1803 wurde das geistliche Fürstentum Salzburg säkularisiert und in ein weltliches Herzogtum umgewandelt. Die kurz dauernde Wiedervereinigung mit Bayern erfolgte 1810, als Kaiser Napoleon das Herzogtum Salzburg an das Königreich Bayern als „Belohnung“ für dessen Bündnistreue im Krieg gegen Österreich übergab. Die Vorgeschichte dazu, die knapp sechs Jahre dauernde bayerische Herrschaft über Salzburg von 1810 bis 1816 und deren Folgen sind Thema der Sonderaus-

stellung im Salzburg Museum vom 11. Juni bis 31. Oktober 2010.

An den Tischen im Café des Salzburg Museum kann der Besucher seinen Blick bei einer Tasse Kaffee über die bayerisch-österreichische Hochzeiten und die komplizierten Verwandtschaftsverhältnisse des 19. Jahrhunderts schweifen lassen. Denn Bayern und Österreich waren ab 1813 von politischen und militärischen Gegnern zu Verbündeten geworden. Diese neue politische Partnerschaft fand sehr rasch auch in Hochzeiten von Angehörigen der beiden regierenden Häuser ihren Ausdruck. Zugegeben: Bei diesen „kreuz und quer“-Vermählungen kann es durchaus passieren, daß man den Überblick

verliert... Heben die Besucher den Blick, bekommen sie auf einer Zeitleiste, die über den Köpfen schwebt, im wahrsten Sinne des Wortes einen „Überblick“ über 2000 Jahre gemeinsame Geschichte von Salzburg und Bayern.

Salzburg als Spielball von Machtinteressen in Napoleonischer Zeit

Die Französische Revolution sowie das nachfolgende Macht- und Expansionsstreben Napoleons führten vor rund 200 Jahren zu grundlegenden Veränderungen in Europa. Der Reichstag zu Regensburg faßte 1803 den Reichsdeputationshauptschluß, der die Aufhebung geistlicher Fürstentümer vorsah. Damit endete auch die jahrhundertelange weltliche Herrschaft der Erzbischöfe über das Erzstift Salzburg. Als Folge davon wurde das Land zum politischen Spielball und Tauschobjekt von dynastischen Machtinteressen. Von 1800 bis 1816 mußte die Salzburger Bevölkerung drei militärische Besetzungen mit jeweils dramatischen Folgen und fünf Herrschaftswchsel hinnehmen.

1800 flüchtete der letzte regierende Erzbischof Colloredo vor den heranrückenden französischen Truppen. 1803 erhielt Großherzog Ferdinand III. Salzburg als Ersatz für die verlorene Toskana. 1805 wurde Salzburg erneut von den Franzosen erobert und kam durch den Frieden von Preßburg 1806 erstmals an Österreich. 1809 erfolgte eine neuerliche Besetzung durch französisches und bayerisches Militär. 1810 trat Napoleon Salzburg an den mit ihm verbün-



Foto: Salzburg Museum

Kreuz des Ruperti-Ritterordens, 1701–1803, Messing, Email

Kultur

deten König Max I. Joseph von Bayern ab. Die folgenden sechs Jahre bayerischer Herrschaft bis zur endgültigen Angliederung Salzburgs an Österreich im Jahr 1816 sind der inhaltliche Schwerpunkt der Ausstellung im Salzburg Museum.

Die Mächtigen dieser Zeit – von Erzbischof Colloredo über Kaiser Franz II. (I.) von Österreich, den Kaiser der Franzosen, Napoleon I., bis hin zu König Max I. Joseph von Bayern und wieder Kaiser Franz I. – werden im ersten Raum der Ausstellung durch großformatige und imposante Porträts präsentiert und repräsentiert.

Sechs Jahre bayerische Herrschaft über Salzburg (1810–1816)

Im Frankfurter Vertrag vom 12. September 1810 trat Frankreich das finanziell ausgebeutete Salzburg an den bayerischen König Max I. Joseph ab, der sich als treuer Verbündeter Napoleons erwiesen hatte. Das Herzogtum Salzburg wurde aufgelöst und in den neu organisierten Salzachkreis integriert, der im Norden bis Braunau, im Osten bis zum Attersee, im Süden bis zum Alpenhauptkamm und im Westen bis Kitzbühel und zum Chiemsee reichte. Kronprinz Ludwig von Bayern bezog als Generalgouverneur des Salzachkreises das Schloß Mirabell als Sommerresidenz. Dort wurde sein Sohn Otto, der spätere König von Griechenland, geboren. Carl Graf von Preysing, als Generalkommissär Chef der bayerischen Verwaltung, hatte Büro und Wohnung in der Neuen Residenz, genau in jenen Räumlichkeiten, in denen die Ausstellung stattfindet.

Die bayerische Herrschaft von 1810 bis 1816 führte zu nachhaltigen Veränderungen in Salzburg, wie der Aufhebung des Landtags und der Münzstätte, der Schließung der Universität, der Auflösung des St. Rupert-Ritterordens und zu grundlegenden Reformen der Verwaltung.

Ab 1816: Salzburg gehört endgültig zu Österreich

Am Wiener Kongreß bemühten sich Bayern und Österreich um den Besitz von Salzburg. Nach langwierigen Verhandlungen, die erst am 14. April 1816 mit dem Vertrag von München ihren Abschluß fanden, wurde Salzburg geteilt: Österreich erhielt den Großteil von Salzburg, bei Bayern verblieben Berchtesgaden und die Altsalzbürger Gerichtsbezirke rund um Tittmoning, Waging, Laufen, Teisendorf und Staufeneck. Im Nordwesten bildeten somit ab 1816 die Flußläufe der Saalach und Salzach die



»Grenzen überschreiten« – die Ausstellungsräume im Salzburg Museum



Grenze zwischen Österreich und Bayern – quer durch das alte Salzburger Territorium.

Das deutlich verkleinerte Salzburg wurde zwar unter österreichischer Herrschaft wieder zum Herzogtum, jedoch der Regierung in Linz unterstellt. Die einstige Haupt- und Residenzstadt Salzburg war damit zu einem unbedeutenden Provinzstädtchen degradiert worden, die lediglich Sitz eines Kreisamtes war. Mit seiner endgültigen Zugehörigkeit zu Österreich ab 1. Mai 1816 ist Salzburg das zweitjüngste Bundesland der Alpenrepublik, nur das Burgenland kam erst nach dem Ersten Weltkrieg zu Österreich.

Salzburger Soldaten im Rußlandfeldzug Napoleons

Der dritte der Ausstellungsräume widmet sich einem sehr speziellen Thema: Nämlich

dem Rußlandfeldzug Napoleons und der Tatsache, daß dabei auch Salzburger Soldaten in bayerischen Diensten in den Krieg zogen. Anhand von Tagebuchaufzeichnungen des Salzburger Infanteristen Kasper Raminger, der 1812/13 am Rußlandfeldzug teilnehmen mußte, konnte dieser Feldzug aus einer sehr unmittelbaren Sichtweise rekonstruiert werden.

1812 sah sich Napoleon veranlaßt, von Rußland die Einhaltung der Handelsblockade gegen Großbritannien militärisch zu erzwingen und versammelte die bis dahin größte in Europa aufgebotene Armee, die aus insgesamt rund 670.000 Mann bestand. Dazu zählten auch rund 30.000 Mann des königlich bayerischen Heeres, in dem auch viele Salzburger als bayerische Untertanen seit 1810 dienen mußten, soweit sie sich nicht

Kultur

durch Desertion dem ungeliebten Kriegsdienst entziehen konnten. Nur wenige überlebten den katastrophalen Kriegszug und konnten 1813 in die Heimat zurückkehren. *Bedeutende europäische Verträge und Dokumente (1801 bis 1816)*

Ein besonderer Raum der Ausstellung im Salzburg Museum zeigt eine Reihe von bedeutenden Objekten, die in dieser Zusammenstellung bisher noch nie zu sehen waren: nämlich die bedeutendsten europäischen Verträge und Dokumente aus der Zeit von 1801 bis 1816, die im wahrsten Sinne des Wortes Grenzen versetzten. An dieser Stelle sollen nur einige der Dokumente, die im Original ausgestellt werden, genannt werden: der

- Friedensvertrag von Lunéville 1801, der
- Friedensvertrag von Schönbrunn 1809, der
- Pariser Vertrag zwischen Bayern und Frankreich 1810 und der
- Vertrag von München zwischen Bayern und Österreich 1816.

Die Salzburger Bevölkerung in »bayerischer Zeit«

Der letzte Ausstellungsraum widmet sich der Salzburger Bevölkerung in „bayerischer Zeit“ sowie den Lebensumständen der Menschen dieser Epoche. Die große Mehrzahl der in diesem Raum vorgestellten Personen gehörte den gehobenen Schichten an. Denn nur über deren Leben existiert eine ausreichende schriftliche Überlieferung. Vorgelegt werden dabei Personen wie der Abt von St. Peter P. Dominikus Hagenauer O.S.B., der Arzt und Literat Aloys Weißenbach, die Schöpfer des weltberühmten Weihnachtsliedes Stille Nacht! Heilige Nacht! Franz Xaver Gruber und Joseph Mohr, die Malerin Barbara Krafft oder auch Joseph Sebastian Müller und Franz Joseph Wohlmuth, der Mörder und sein Henker...

In der Stadt gehörte die Hälfte der Bevölkerung zur Unterschicht aus Tagelöhnern, Dienstboten, Handwerksgesellen, Pfründnern etc., wo Armut und allgemeine Not dominierten. In den ländlichen Gebieten Salzburgs lebten rund 60 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung von der Landwirtschaft. Ein Drittel zählte zu den Bedienten, Knechten und Mägden. Lebten 1794 noch 145.000 Einwohner im Land Salzburg, so waren es 1817 nur noch 134.000 Personen. Salzburg hatte um 1800 noch 16.060 Bewohner, 1811 nur mehr 14.939 und 1817 mit 12.037 Personen den Tiefststand.

Aufgrund der hohen Wohndichte und der teilweise katastrophalen sanitären Bedingungen lag die Säuglingssterblichkeit in der



Foto: Stadt Laufen

Das Alte Rathaus in Laufen, in dem der zweite Teil der Doppelausstellung zum Thema der bayerisch-salzburgischen Beziehungen von 1810 bis 2010 gezeigt wird.

Stadt höher als auf dem Land. Verschärft wurde die Sterberate durch die europaweite Hungerkrise von 1816/17, die durch Mißernten in Folge des im April 1815 ausgebrochenen Vulkans Tambora auf Indonesien entstanden war. Die monatelang in der Stratosphäre schwebenden Aschewolken führten zu einer temporären Klimaveränderung.

Leihgeber aus Deutschland und Österreich

Die Ausstellung im Salzburg Museum zeigt neben zahlreichen Urkunden, Archivalien und Dokumenten, die wichtige Ereignisse und Zeitabschnitte dokumentieren, auch Gemälde, Grafiken, Porträts und Alltagsgegenstände, die die Zeit und die handelnden Personen illustrieren. Ein Großteil dieser Objekte stammt aus den Sammlungen

des Salzburg Museum, doch können wichtige und herausragende Stücke, darunter Porträts der Landesherren dieser Zeit und die wichtigsten Friedensverträge dieser Epoche im Original von folgenden Leihgebern gezeigt werden:

- Ingolstadt, Bayerisches Armeemuseum
- Linz, Oberösterreichische Landesmuseen
- München, Bayerisches Hauptstaatsarchiv
- München, Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen
- München, Münchner Stadtmuseum
- München, Staatsarchiv München
- Private Leihgeber
- Salzburg, Archiv der Erzdiözese Salzburg/Dompfarrarchiv
- Salzburg, Archiv der Stadt Salzburg
- Salzburg, Bankhaus Spängler
- Salzburg, Dommuseum zu Salzburg

Foto: taatsarchiv München, Autobahndirektion Südbayern.



Zollabfertigung am Grenzübergang Schwarzbach-Walsberg Schwarz-Weiß-Fotografie 1962

- Salzburg, Erzabtei St. Peter und Erzabtei St. Peter – Kunstsammlungen
- Salzburg, Halleiner Schwestern Franziskanerinnen
- Salzburg, Land Salzburg
- Salzburg, Paris-Lodron-Universität
- Salzburg, Salzburger Landesarchiv
- Salzburg, Universitätsbibliothek Salzburg
- Wien, Kunsthistorisches Museum – Gemäldegalerie
- Wien, Österreichisches Staatsarchiv – Haus-, Hof- und Staatsarchiv
- Wien, Wien Museum

<http://www.salzburgmuseum.at>

Die Ausstellung im Alten Rathaus in Laufen

Die Ausstellung im Alten Rathaus in Laufen bei Oberndorf trägt den Untertitel „Der Rupertiwinkel und Salzburg“ und hat jenen Teil des salzburgischen Ländlererbes zum Ausgangspunkt, der 1816 bayerisch blieb und der auch heute unter der Bezeichnung „Rupertiwinkel“ verstanden wird. Die Ausstellung in Laufen thematisiert die Beziehungen über die österreichisch-bayerische Grenze in verschiedenen Facetten bis zur Gegenwart, vom Zeitpunkt der Grenzziehung

zwischen Kaiserreich und Königreich 1816 bis zum Fall der Schlagbäume und dem Abbau der Zollhäuschen 1998 nach dem SchenGENER Abkommen.

In sieben Abschnitten wird der Verkehr auf Straße und Schiene, Brücken und Salinen, das Leben am trennenden und verbindenden Fluß, Berge als Fixpunkte für den Blick ins Land und als Ort einer eigenen Sagenwelt, hundert Jahre Politik diesseits und jenseits von Saalach und Salzach und Zeugnisse der Volkskultur in diesem alt-salzburgischen Gebiet Bayerns behandelt.

Die sieben Ausstellungsabschnitte

- Die Grenze zwischen Bayern und Salzburg im 19. und 20. Jahrhundert
- Von Bayern nach Salzburg und zurück: Die Entwicklung von Auto- und Eisenbahn sowie Post- und Fernmeldewesen
- Städte am Fluß
- Salz – Rohstoff, Nahrungsmittel, Wirtschaftsgut. Das Salz- und Salinenwesen im Grenzbereich zwischen Bayern und Salzburg
- Der Rupertiwinkel als alt-salzburgischer Kulturraum
- Untersberg und Obersalzburg
- Politik

Gestaltet wurde die Ausstellung von Archivarinnen und Archivaren aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv und dem Staatsarchiv München, aus deren Beständen die meisten Ausstellungsstücke stammen. Anschauliche Exponate und wertvolle Mitarbeit kommen aber auch von verschiedenen Leihgebern, nicht zuletzt aus Museen und Sammlungen des Rupertiwinkels, und von Fachleuten, die in dieser Region verwurzelt sind.
<http://www.stadtlaufen.de>

Kombiticket »Salzburg und Bayern«

Da die Ausstellung im wahrsten Sinne des Wortes grenzüberschreitend ist, bringt die Salzburger Lokalbahn alle Besucher, die beide Ausstellungen sehen möchten, mit dem Kombiticket „Salzburg – Bayern“ nach Oberndorf. Von hier aus gelangt man zu Fuß in wenigen Minuten nach Laufen zum Alten Rathaus. Im Ticket inkludiert sind die Hin- und Rückfahrt Salzburg – Oberndorf (Stadt), der Eintritt in die Sonderausstellung im Salzburg Museum sowie der Besuch der Ausstellung im Alten Rathaus in Laufen. Gültig ist das „Salzburg – Bayern“-Ticket in jedem Zug der Salzburger Lokalbahn (täglich im Halbstundentakt). ■

<http://www.salzburg-ag.at>

Alfred Hrdlicka. Schonungslos!

Von 23. Juni bis 19. September 2010 in der Orangerie, Unteres Belvedere

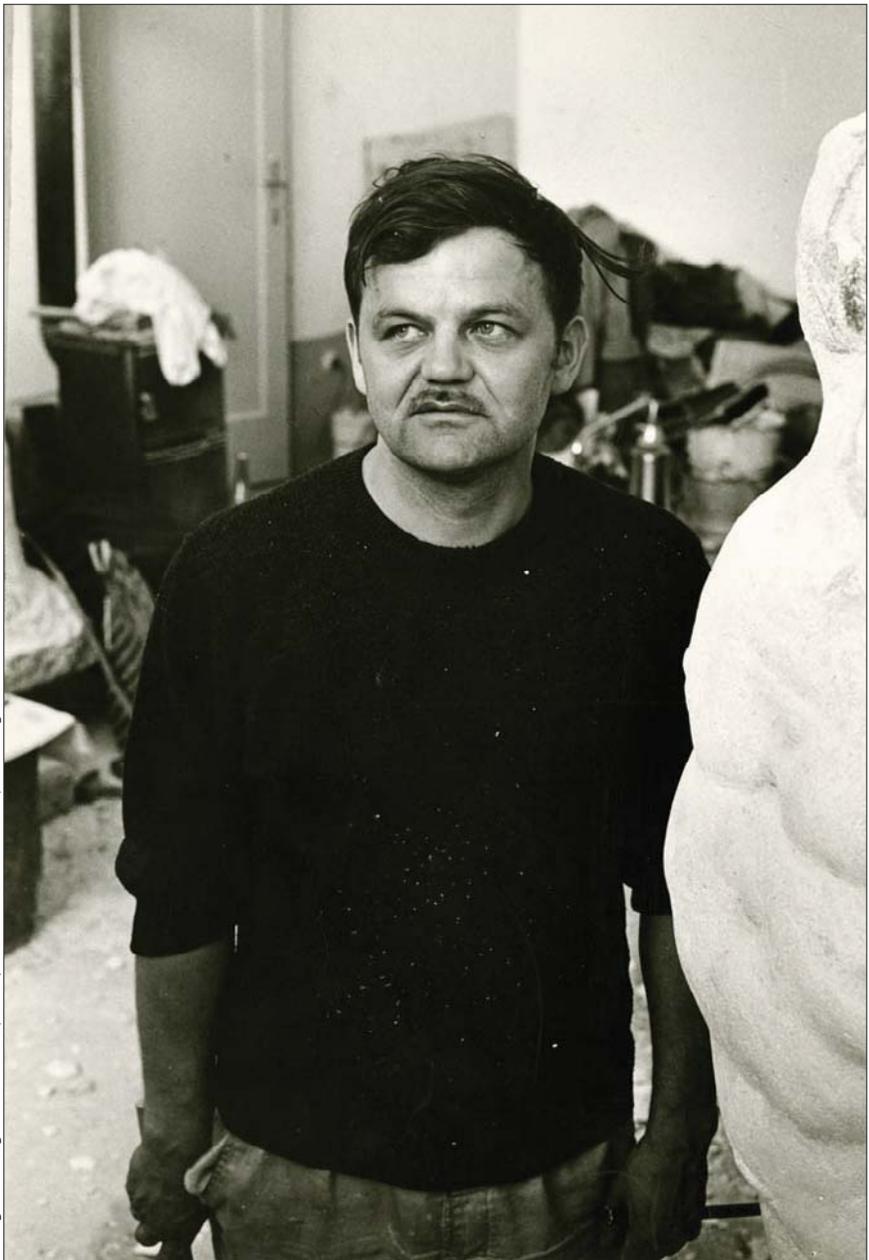
»Seine Kunst und gleich danach die Politik, das war ihm das wichtigste, da hat er sich aufgegeben, da war er schonungslos, auch zu sich selbst.«

Angelina Siegmeth-Hrdlicka

Er galt als sensibler Berserker, bezeichnete sich selbst als „Fossil“, „Untergrundmensch“ und „zu Tode geschunden“. Das Belvedere widmet seine Sommerausstellung in der Orangerie Alfred Hrdlicka, einem der wichtigsten österreichischen Bildhauer. Der im Dezember 2009 verstorbene Ausnahmekünstler reflektierte wie kaum einer seiner Zeitgenossen in seinem unbändigen Schaffen die politischen Verhältnisse des Landes. Unaufhörlich hinterfragte er auch die globalen Machtverhältnisse – und das nicht allein in seiner unmittelbaren Erlebniswelt: Er setzte sich darüber hinaus intensiv mit der Geschichte, der Weltliteratur und ihren Protagonisten auseinander. Die künstlerischen Produkte sind einerseits ausdrucksstarke, einem expressiven Formwillen folgende fi-



Autodafé, 1965/72/73; Grauer Karst-Marmor, 125 x 56 x 40 cm; Galerie Valentien, Stuttgart



Alfred Hrdlicka, um 1965

gurale Steinskulpturen und andererseits Hrdlickas künstlerisches Wollen demonstrierende Zeichnungen.

Hrdlicka hatte es sich nie leicht gemacht, weder in seinem Leben noch in seinem Schaffen. Er lebte einen schonungslosen Hu-

manismus und führte in seinen Schöpfungen auch Mord und Terror mit bisweilen schockierender Deutlichkeit vor Augen. „Alle Kunst kommt vom Fleisch“, lautete ein Diktum Hrdlickas.

Zu seinen bekanntesten und eindrucks-



Foto: Belvedere, Wien

vollsten Werken zählen seine Arbeiten zur französischen Revolution, zu Pasolini oder zu Franz Schubert. 1963 sorgte er für Aufbruch in Salzburg, nachdem sein Orpheus für das Kleine Festspielhaus angekauft worden war. 1967 versammelte sich eine „Liga gegen entartete Kunst“ zum Protest gegen das in Wien enthüllte Renner-Denkmal Hrdlickas. 1970 entstand für ein Evangelisches Gemeindezentrum in Westberlin der Plötzenseer Totentanz. In Hamburg sorgte sein monumentales Gedenkmal zum Krieger-Ehrenmal für hitzige Diskussionen, in Wien das Denkmal gegen Krieg und Faschismus am Albertinaplatz (1988/91).

1990 organisierte das Belvedere im oberen Schloß die Ausstellung „Alfred Hrdlicka – Die Kunst der Verführung mit Zeichnungen, Aquarellen, Gemälden und Skulpturen“. 20 Jahre später wird Hrdlicka nun in der Ausstellung „Schonungslos!“ mit seinem bildhauerischen Werk der 1960er-Jahre präsentiert. Die Schau in der Orangerie veranschaulicht anhand von 17 ausgewählten Steinskulpturen, einer Bronzeskulptur und einem großformatigen Gemälde Hrdlickas wesentliche künstlerische Manifeste.

Wie der von ihm verehrte Oskar Kokoschka war Alfred Hrdlicka eine Doppelbegabung. Vorerst bei Albert Paris Gütersloh und Josef Dobrowsky zum Maler ausgebildet, beschäftigte er sich bereits zu einem

sehr frühen Zeitpunkt mit der Zeichnung und der Druckgrafik. Gerade die Druckgrafik diente ihm als Ausdrucksmittel für seine gesellschaftspolitischen Statements und machte ihn weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt.

Nach Abschluß seiner Malereiausbildung wechselte Hrdlicka 1953 in die Bildhauerklassen von Fritz Wotruba. Hrdlickas frühe Steine, etwa der in der Ausstellung gezeigte 1954 entstandene Männliche Torso, erinnern noch an Wotrubas Skulpturen der späten 1920er-Jahre.

Im Laufe seines Lebens führte Hrdlicka die künstlerische Visualisierung sozialkriti-

scher Themen bis ans Ende der im formalen Bereich liegenden Möglichkeiten. Seine kritische Denkweise und die Fähigkeit, diese wortgewaltig zu äußern, erlaubten ihm einen direkten Zugang zu sämtlichen Themen der Weltgeschichte. Dennoch konzentrierte er sich in seinem skulpturalen Werk auf wenige Motive, die er immer wieder neu entstehen ließ, wie zum Beispiel die Darstellung des geschundenen Satyrs Marsyas, das Motiv der Kreuzigung sowie narrative Porträts von Massenmördern und Märtyrern. In der Ausstellung sind diese Themen unter anderem mit Marsyas I (1955) und Marsyas III (1964/72), zwei Versionen der wegen Mordes zum Tode auf dem elektrischen Stuhl verurteilten Martha Beck, dem Gekreuzigten (1959) sowie dem Linken Schächer (1962) und dem Rechten Schächer (1962/63) vertreten.

Die nur vordergründige Dissonanz zwischen den plakativen und schreienden Themen und den manieristischen Zügen in der künstlerischen Umsetzung charakterisiert Hrdlickas Werk als das eines hochsensiblen Künstlers, der sich formal am Grat zwischen der aus der Antike schöpfenden Renaissance und dem Barock orientierte, die endgültige Modellierung und den Schaffensprozeß aber dennoch und konzessionslos seinem ureigenen Impetus unterwarf. ■

<http://www.belvedere.at>



Foto: Belvedere, Wien

Beide Bilder: Ausstellungsansichten

Kaiserliche Hofburg zu Innsbruck wiedereröffnet

Feierliche Eröffnung durch Bundespräsident Heinz Fischer – Mitterlehner:
Kaiserliche Hofburg zu Innsbruck wieder öffentlich zugänglich

Die Kaiserliche Hofburg zu Innsbruck, nach der Andechser Burg an der Innsbrücke und dem „Neuhof“ der dritte und endgültige Burgplatz der Landesfürsten, ist nicht nur das größte Baudenkmal der Stadt und ein Hauptwerk der Maria-Theresianischen Epoche, sondern blickt politisch und kunstgeschichtlich auf eine noch größere Tradition zurück. Sie ist unter Maximilian I. (1459-1519) und dessen Enkel Ferdinand I. (1503-1564) die Hauptresidenz der deutschen Könige gewesen und hat unter Ferdinands Sohn, Erzherzog Ferdinand II. von Tirol, eine letzte Blüte erlebt, bevor sie nach fast zweihundertjähriger Stagnation durch die Kaiserin Maria Theresia (1717-1780) ihre heutige Gestalt erhielt.

Nach fünfzehnjähriger Generalrevitalisierung wurde am 18. Juni 2010 die Kaiserliche Hofburg zu Innsbruck feierlich eröffnet. „Wir haben für den Umbau 23,5 Millionen Euro investiert. Geld, das hauptsächlich an heimische Auftragnehmer geflossen ist“, betonte Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner. „Jetzt freuen wir uns, daß noch mehr Bereiche der Hofburg wieder der Öffentlichkeit als Museum und für Veranstaltungen zugänglich sind. Das zieht auch viele Touristen an.“

Die Eröffnung nahm Bundespräsident Heinz Fischer vor 400 Festgästen vor. Burghauptmann Wolfgang Beer freute sich über den gelungenen Abschluß: „Die Kaiserliche Hofburg zu Innsbruck zählt mit Schloß Schönbrunn und der Hofburg in Wien zu den kulturell bedeutendsten Bauwerken Österreichs.“ Die Burghauptmannschaft hat in den 90er-Jahren mit der grundlegenden Sanierung des Gebäudes begonnen. Bereits 1995 wurde die Revitalisierung des Gotischen Kellers in Angriff genommen, der 1998 fertiggestellt wurde. Darauf folgte bis 1999 die Renovierung des Barockkellers und des Museumsfoyers. Um die Kaiserliche Hofburg als Ganzes im neuen Glanz erstrahlen zu lassen, wurden ab 2006 die Räumlichkeiten der ehemaligen Gouverneurswohnung im 1. Stock sowie die Prunkräume im 2. Stock sorgfältig restauriert. Die darin befindlichen Kaiserap-

partements wurden im Zuge ihrer Generalsanierung auf ihr historisches Original zurückgeführt und nach modernen museumspädagogischen Gesichtspunkten zur Geschichte der Hofburg ausgestattet. Auch die Hoffassaden wurden einer längst fälligen Sanierung nach strengen denkmalpflegerischen Aspekten unterzogen.

Die bauliche und restauratorische Durchführung der letztgenannten Sanierungsmaßnahmen in drei Bauabschnitten erfolgte von Herbst 2006 bis Frühjahr 2010. Besonders hervorzuheben ist die Fertigstellung des berühmten Riesensaals, den Porträts der Großfamilie Maria Theresias zieren. ■

<http://www.hofburg-innsbruck.at>



Foto: BMWFJ / Birgit Pichler

Herwig van Staa (Präsident des Tiroler Landtages), Bundespräsident Heinz Fischer, Christine Oppitz-Plörer (Bürgermeisterin von Innsbruck) und Burghauptmann Wolfgang Beer (v.l.)



Foto: © BHÖ (Foto Wett)

Der Riesensaal in der Kaiserlichen Hofburg zu Innsbruck erstrahlt in neuem Glanz.

Stadtraum Wiental

230 Quadratkilometer umfaßt das Einzugsgebiet des Wienflusses und 34 Kilometer Länge der Fluß selbst. Von der alpinen Sandsteinzone über hügelige Waldlandschaften bis zum Mittelgebirge erstreckt sich das Gebiet. Mit diesem Beitrag beginnt eine Serie aus der Publikation »die Wien – Stadterneuerung im Wiental« der WientalArbeitsgruppe Gebietsbetreuung (WAGG).



Foto: Filmstill aus »die Wien« / Robert Schabus, 2010

Die Mündung des Wienflusses in den Donaukanal. Das Bild zeigt links das Bundesamtsgebäude Radetzkystraße, in der Mitte das Hotel Intercontinental am Stadtpark und rechts die »Volkshochschule Wiener Urania«.

Ab der Wiener Stadtgrenze bildet die Wien neben der Donau und der Liesing eine der Hauptbewässerungslinien von Wien. Das Äußere und Innere Wiental sowie deren Grün- und Freiflächen prägen die Stadt.

Topographie

Der Wienfluß entspringt im westlichen Wienerwald in der Nähe von Rekawinkel in 520 m Seehöhe. Von der Quelle bis zu seiner Mündung in den Donaukanal im Zentrum Wiens beträgt die Fließstrecke des Wienflusses etwa 34 Kilometer. Der Einzugsbereich des Wientals umfaßt 230 Quadratkilometer.

Ursprünglich hatte die Wien 124 Nebenbäche. Elf münden innerhalb des heutigen Stadtgebietes ein. Einige davon – wie Mauerbach, Halterbach oder Würzbach – sind als offene Gerinne bis heute erhalten, andere wie etwa der Lainzerbach und der Rosenbach wurden im Laufe der Zeit in das Wiener Kanalnetz integriert.

Im Bereich der alpinen Sandsteinzone fließt die „Dürre Wien“ durch hügelige

Waldlandschaften und Mittelgebirge. Bei Preßbaum vereinigt sie sich mit dem Pfalzauerbach und fließt unter dem Namen „Wien“ weiter.

Ab der Einmündung des Halterbaches durchfließt die Wien städtisches Gebiet. Auch hier hat der Fluß ein Einzugsgebiet, das aber im Lauf der Zeit zum Bestandteil des Wiener Kanalnetzes geworden ist und über die Wienflußsammelkanäle in den rechten Hauptsammelkanal beim Donaukanal entwässert wird. Somit bildet der Wienfluß im wesentlichen neben der Donau und der Liesing eine der Hauptentwässerungslinien der Stadt.

Bei lange andauernden Regenfällen oder bei Schneeschmelze ist der Boden des Wienerwaldes rasch gesättigt und kann nur geringe Wassermengen aufnehmen. Der größte Teil der Niederschläge fließt sofort ab. Das führt zum raschen Ansteigen des Wasserspiegels der Wienerwaldbäche. So kommt es in weiterer Folge immer wieder zu Hochwasser im urbanen Bereich.

Innerhalb des Wiener Stadtgebietes ändert sich das Erscheinungsbild des Wientals ständig. Dazu trägt die bauliche Substanz des Umlandes wesentlich bei.

Im inneren, zentrumsnahen Bereich zwischen Naschmarkt und Grünbergstraße, prägen dichte, nahe an das Flussbett gebaute Häuserfronten das Stadtbild. Im Westen öffnet sich das Tal und wird von einem Mix aus Bauformen unterschiedlicher Bauperioden charakterisiert. Letztendlich tragen jedoch nicht nur die begleitende Bebauung, sondern auch die charakteristischen Proportionen und Querschnitte sowie die durchgehenden Baumaterialien der Wienflußanlagen zum Gesamterscheinungsbild des Wientals bei.

Äußeres Wiental

Den Beginn des regulierten Wientals bilden die Rückhaltebecken in Auhof mit ihren historischen Ingenieursbauwerken. Das Flußprofil weist hier einen großzügigen, trapezförmigen Querschnitt zum Teil mit beidseitig bewachsenen Uferböschungen auf. Im

Bereich von Hütteldorf wird es von den raumprägenden Pfeilern der Westeinfahrt unterbrochen. Ab der Zufferbrücke wird das Becken auf einer Seite von der Stadtbahnmauer begrenzt, der vorstädtische Charakter bleibt weiterhin bestehen.

Inneres Wiental

Im Bereich der Schönbrunner Brücke erreicht der Wienfluß das dicht verbaute Stadtgebiet. Das Bild des Inneren Wientals ist von den zahlreichen historischen Brückenbauten Otto Wagners sowie den zu beiden Seiten nahezu senkrechten Ufermauern gekennzeichnet.

Kurz nach der Pilgrambrücke bis zum Stadtpark fließt die Wien unterirdisch und ist vom Naschmarkt über Karlsplatz bis zum Schwarzenbergplatz nicht sichtbar. Wo sich der Fluß dem Stadtbild entzieht, entfaltet sich an der Oberfläche ein bemerkenswertes Ensemble. Prunkbauten und private Repräsentationsobjekte bilden die Kulisse für den legendären Naschmarkt.

Zwischen Stadtpark und Donaukanal tritt die Wien erneut an die Oberfläche und durchfließt eine glanzvolle Parklandschaft. Der im Englischen Landschaftsstil angelegte Park, das Portal der Architekten Ohmann und Hackhofer und die anspruchsvolle Ufergestaltung machen den Wienfluß hier zu einem Gesamtdenkmal von überregionaler Bedeutung.

Grün- und Freiflächensituation

Der Lainzer Tiergarten im Westen der Stadt ist ein beliebtes Ausflugsziel, das zahlreiche Wander- und Radwege für Freizeitaktivitäten bereithält. Die Lände am Donaukanal präsentiert sich nach den Aufwertungs- und Neugestaltungsmaßnahmen der vergangenen Jahre in neuem Licht.

Neben attraktiven Angeboten für Sport und Spiel locken den Besucher „kultige“ Gastronomiebetriebe und Szenebars. Doch auch zwischen diesen Gebieten befinden sich zahlreiche weitere Grün- und Freiräume im Wiental, die für die BewohnerInnen Wiens wertvolle Naherholungsräume sind und den individuellen Bedürfnissen aller Alters- und NutzerInnengruppen gerecht werden. Von übergeordneter Bedeutung ist beispielsweise Schönbrunn mit seinen barocken Prunkbauten, Parkanlagen sowie dem Tiergarten, der das ganze Jahr über Angelpunkt des Gebietes ist.

Der unmittelbar gegenüber liegende Auer-Welsbach-Park wurde – als „Schönbrunner Vorpark“ – am Ende des 19. Jahrhunderts im Englischen Landschaftsstil angelegt, um einen bewußten Gegenpol zu den barocken, streng formal angelegten Gartenanlagen des Schlosses zu bilden. Mit einem hohen Baumbestand und zahlreichen Gehölzraritäten vermittelt dieser Park den Eindruck unberührter Natur und birgt auch eine kleine „Stadtwildnis“.

Die „Linse“ im 12. Wiener Gemeindebezirk wurde als Jugend- und Freizeitpark direkt an der alten Stadtbahntrasse errichtet. Sie bietet ihren NutzerInnen die Möglichkeit, in ungestörter Atmosphäre dem Sport und Spiel nachzugehen. Ballspielkäfige und zahlreiche Skaterrampen erlauben ein Bespielen zu jeder Tageszeit.

Ein Stück weiter stadteinwärts befindet sich der Bruno-Kreisisky-Park. Der ehemalige „St. Johann-Park“ wurde 2000 vom Planerinnenduo koselicka nach den Kriterien des Gender Mainstreaming und unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Mädchen und Frauen neu gestaltet. Dieser Freiraum zeichnet sich neben einzelnen definierten Bereichen für Kinderspiel durch seine Weiträumigkeit und Nutzungsoffenheit aus und wird darüber hinaus gerne für temporäre Kunstinstallationen oder Veranstaltungen genutzt. Neben den genannten Anlagen befinden sich zahlreiche weitere Parkflächen verschiedener Größe und Ausprägung entlang des Wientals.

Verkehr

Der Streckenverlauf der U4, die Verkehrs- und Stadtknotenpunkte Bahnhof Hütteldorf, Kennedybrücke, Gaudenzdorfer Knoten, Karlsplatz und Schwarzenbergplatz sowie die stark frequentierten Begleitstraßen machen das Wiental zu einer der wichtigsten Verkehrsachsen der Stadt. Neben dem motorisierten Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehrsnetz bietet das Wiental ein gut ausgebautes Fuß- und Radwegenetz.

Die Bestrebungen eines durchgehenden Radweges entlang der Achse Wiental sind weitgehend umgesetzt und es bedarf nur mehr der Schließung weniger Lücken. ■

<http://www.gebietsbetreuung.wien.at>

Die Publikation „die Wien – Stadterneuerung im Wiental“, der WientalArbeitsgruppe Gebietsbetreuung (WAGG) wurde von der Stadt Wien, MA 25- Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser, Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung, Wohnbaustadtrat Vizebürgermeister Michael Ludwig, herausgegeben. Die Gebietsbetreuungen sind eine Service-Einrichtung der Stadt Wien und bieten Information und Beratung zu Fragen des Wohnens, des Wohnumfeldes, der Infrastruktur, der Stadterneuerung, des Gemeinwesens und des Zusammenlebens.

Die Publikation kann kostenfrei in der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 4. und 5. Bezirk, Einsiedlerplatz 7, 1050 Wien, e-mail: gbstern05@gebietsbetreuung.wien.at abgeholt oder bestellt werden!



Foto: Filmstil aus »die Wien« / Robert Schabus, 2010

Brücken im inneren Wiental: auf der oberen fährt die Eisenbahn, die untere ist die Strecke der U4 zwischen Schwedenplatz und Stadtpark.

Auf den Spuren von Harry Lime

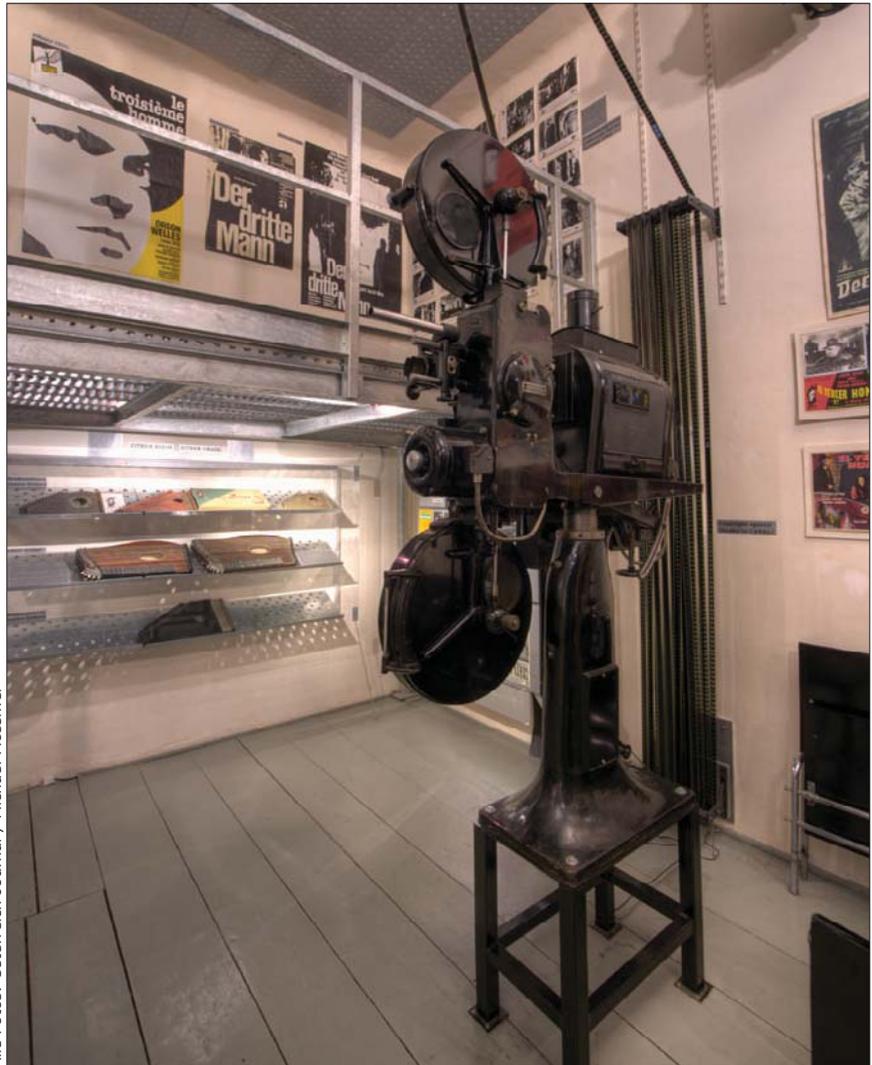
Ein fremdenführender Künstler und eine dolmetschende Japanologin haben mit ihrem Museum in Wien dem »Dritten Mann« ein vielfältiges Denkmal gesetzt.

Das „Dritte Mann Museum“ ist ein von Sponsoren und Parteipolitik unabhängiges Zwei-Personen-Projekt – initiiert, durchgeführt und betrieben von Gerhard Strassgswandner und Karin Höfler. Die umfangreiche Sammlung von Originalen rund um den 1948 in Wien gedrehten Filmklassiker „Der dritte Mann“ wurde 2005 als privates Museum für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht und ermöglicht eine neue, unkonventionelle Annäherung an die Wiener Nachkriegsgeschichte.

Das Museum illustriert den internationalen Erfolg von „Der dritte Mann“ und die Rezeption Wiens im In- und Ausland. „Der dritte Mann“ wird im Ausland oft als Synonym für Wien gesehen – sehen sich auch die Wiener so? Welches Wien-Bild zeichnet „Der dritte Mann“ und wie wurde es im In- und Ausland aufgenommen? Darüber hinaus behandelt der Film viele verschiedene Ebenen: Besetzung durch die Alliierten, Gesellschaft und das tägliche (Über-)Leben im Nachkriegswien.

Die Sammlung lebt und wächst: Erst nach der Eröffnung 2005 entstand die umfangreiche Ausstellung über die Nachkriegs- und Besatzungszeit in Wien sowie die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg (Vorbild für den Protagonisten Harry Lime war der englische Doppelspion Kim Philby, der sich 1934 während des Österreichischen Bürgerkrieges in Wien aufhielt). Obwohl diese Epochen für die Entwicklung Wiens so entscheidend waren, gibt es in keinem der großen Museen in Wien dazu eine repräsentative Dauerausstellung. Das „Dritte Mann Museum“ schließt diese Lücke und wird von in- und ausländischen Besuchern interessiert angenommen.

Konzept der historischen Ausstellung ist, daß ausschließlich (!) historische Originaldokumente – kommentiert von Filmzitatentexten – für sich sprechen und die vielen Realitäten der Zeit erlebbar machen. Die Besucher sollen sich anhand von Briefen, Dokumenten, Zeitungen, Fotos, Plakaten uvm. ein eigenes Bild machen und herausfinden, ob eine Einteilung in Opfer/Täter und Schwarz/Weiß so einfach getroffen werden kann. Auf welcher Seite wäre man selbst gestanden?



Alle Fotos: Österreich Journal / Michael Mössner

Ein Kinofilm-Projektor mit eingespanntem und repräsentativem 16 mm-Filmausschnitt aus dem Film »Der dritte Mann«; im Hintergrund: eine »Anton Karas«-Zithersammlung

Die vorangehende Ausstellung über den Film sensibilisiert die Besucher, die sich oft entgegen ihrer ursprünglichen Intention, nur schnell den historischen Hintergrund zu streifen, intensiver einlassen auf das Wien der Nachkriegszeit, in der die Weichen für unseren heutigen (größtenteils unreflektierten) Wohlstand gestellt wurden.

Durch die Konzeption als Privatmuseum, in dem die Initiatoren auch Ansprechpartner vor Ort sind, kommt es zu ungezwungenem, interkulturellem Gedankenaustausch mit, aber auch zwischen den Besuchern.

Regulär ist am Samstag Nachmittag, auf Anfrage auch wochentags geöffnet.

Ein Museums katalog über die Sammlung zum Film verfügbar, ein zweiter über die zeitgeschichtliche Ausstellung ist in Arbeit.

Projekteinschätzung

Das „Dritte Mann Museum“ repräsentiert einen Teil der Wiener Identität und Wiener Geschichte, indem es den im Ausland am meisten mit Wien assoziierten Film „Der dritte Mann“ und das damit verbundene Wien-Bild reflektiert. Es regt an über die Nachkriegsgeschichte Wiens und die beispielhafte Entwicklung von einer zerbombten Stadt zu der lebenswerten Metropole, in der wir heute leben, nachzudenken.

Kultur

Das „Dritte Mann Museum“ ist eine Arbeitsgemeinschaft von zwei Personen und kein Verein. Es wird völlig ohne Subventionen betrieben und ist nicht profitorientiert. Wirtschaftliche Zielsetzung ist aber, daß sich das Museum selbst trägt (seit kurzem tut es das!). Das Museum kostet viel Zeit, Energie, Engagement und hat inzwischen eine „Eigendynamik“ entwickelt. Die Motivation es immer weiter zu verbessern schöpft sich aus dem vielen positiven Feedback der Besucher und Medien.

Ein Plädoyer für den Universalismus: Alle Phasen und Bereiche des Projekts „Dritte Mann Museum“ wurden/werden selbst finanziert und ausgeführt (Sammlung, Idee, Konzept, Kuratation, Ausstellungsdesign, Website, Logo, Kataloglayout und -grafik, PR, Marketing, Texte, Museumsbetrieb usw.).

Doch obwohl „Privatmuseum“, „low budget“ und „self made“, stellt das „Dritte Mann Museum“ hohe Ansprüche – ein durchgängiges, modernes Design zieht sich durch die insgesamt 13 Räume umfassende Ausstellung bis hin zum Internet-Auftritt. Die Ausstellung ist in klare Themen untergliedert, Installationen auf Monitoren (selbst gefilmte Interviews etc.) lockern die Präsentation der großteils zweidimensionalen Exponate auf.

Gerhard Strassgschwandner

Studium an der Hochschule für Gestaltung in Linz. Langjähriger Auslandsaufenthalt. Später freiberuflicher Künstler in Wien (Keramik) und seit 1994 staatlich geprüfter Fremdenführer in Wien. Immer wieder bei der täglichen Arbeit mit Touristen aus England und den USA mit einer teils sehr einseitigen Österreich-Rezeption („schlamziger Umgang mit der Verantwortung aus dem Zweiten Weltkrieg / Waldheim / Jörg Haider...“) konfrontiert.

„Der dritte Mann“ gibt die Möglichkeit, konkret auf diese Themen zu antworten und die neuere Geschichte Österreichs differenzierter zu betrachten.

Karin Höfler

Studium der Japanologie an der Universität Wien. Mehrjähriger Aufenthalt in Japan. Nach Anstellungen an der Japanischen Botschaft in Wien u.a., seit 1998 selbständige Dolmetscherin für die japanische Sprache. Erstmals in Japan mit dem Film „Der dritte Mann“ konfrontiert, der auch dort das Wien-Bild entscheidend mitgeprägt hat.

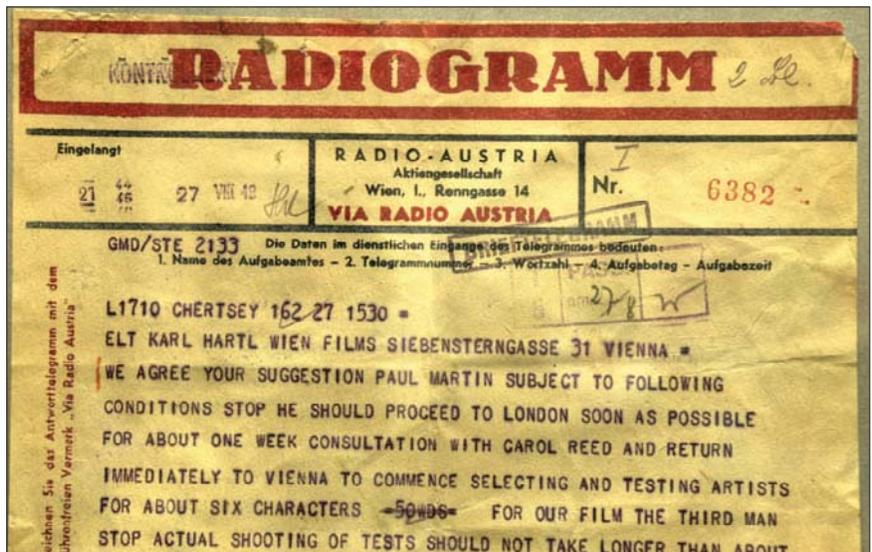
<http://www.3mpc.net>



Eines der Schmuckstücke der Sammlung: die Original-Zither von Anton Karas



Hunderte Fotos zeigen – bestens dokumentiert – die Entstehung des Films



Unzählige Originale sind zu sehen, wie hier ein Telegramm vom 27. August 1948 wegen eines dringenden Termins mit Carol Reed in London »für unseren Film«.

Klassikstars im Schloßpark

Die Galanacht mit Elina Garanca, Barbara Frittoli, Marcelo Alvarez, Vladimir Chernov und der jungen Ekaterina Bakanova am 24. Juni im Eisenstädter Schloßpark war der erste absolute Höhepunkt der Klassik Open Air Saison.



Fotos: Esterházy Privatstiftung/APA-Fotoservice/Ehm

Mit »Klassikstars im Schloßpark« in Eisenstadt gelang ein sensationeller Start in die Open-Air-Saison. Im Bild v.l.: Marcelo Alvarez, Elina Garanca, Karel Mark Chichon, Barbara Frittoli, Ekaterina Bakanova und Vladimir Chernov

Elina Garanca, Barbara Frittoli und Marcelo Alvarez sind wohl die führenden Künstler der jungen Generation an Klassik-Stars, die in den letzten Jahren die großen internationalen Opernhäuser im Sturm erobern konnten und von der New Yorker Met über die Mailänder Scala oder der Wiener Staatsoper die Opernfans in aller Welt begeistern. Am Pult stand mit Karel Mark Chichon ein ganz besonders einfühlsamer Dirigent, der von Kritikern und Publikum gepriesen wird!

Vierter Star der Galanacht war der Doyen des Konzerts: Vladimir Chernov, der russische Helden-Bariton mit Schwerpunkt im italienischen Fach. Als „Young guest star“ war die junge Russin Ekaterina Bakanova dabei, die im Vorjahr als Gilda bei den Opernfestspielen in St. Margarethen große Erfolge feierte und heuer als Königin der Nacht in den „Steinbruch“ zurückkehren wird.

Exzellent war auch die Zusammenstellung des Programms: Von der Sternen-Arie

aus Tosca über das todbringende Carmen-Finale bis zu Nessun Dorma aus Turandot und dem Gebet der Tosca, enthielt es all jene Ohrwürmer, die auch Nicht-Klassik-Fans



Elina Garanca und Wolfgang Werner, Intendant Opernfestspiele St. Margarethen

begeisterten. Das Schlußmedley letztendlich mit den berühmtesten italienischen und spanischen Schlagern von „Non discoriar di me“ bis „Granada“ riß das Publikum zu Begeisterungsstürmen hin.

Hold war der Galanacht endlich auch der Wettergott. Eine wundervolle laue Sommernacht und die exklusive prachtvolle Kulisse des Parks und des Schlosses Esterházy sorgten für den passenden Rahmen, den sich diese Weltstars verdienen.

„Ein großartiger Start und überwältigender Erfolg für eines unserer wichtigsten neuen Musikformate, die wir hier in Eisenstadt etablieren wollen. Nach dieser Premiere bin ich überzeugt, daß wir mit ‚Proms im Park‘ die klassische Kulturszene im panonischen Raum mit diesem sehr exklusiven Konzertereignis in Zukunft enorm aufwerten und bereichern werden“, zeigt sich Direktor Karl Wessely von der Esterházy Privatstiftung begeistert. ■

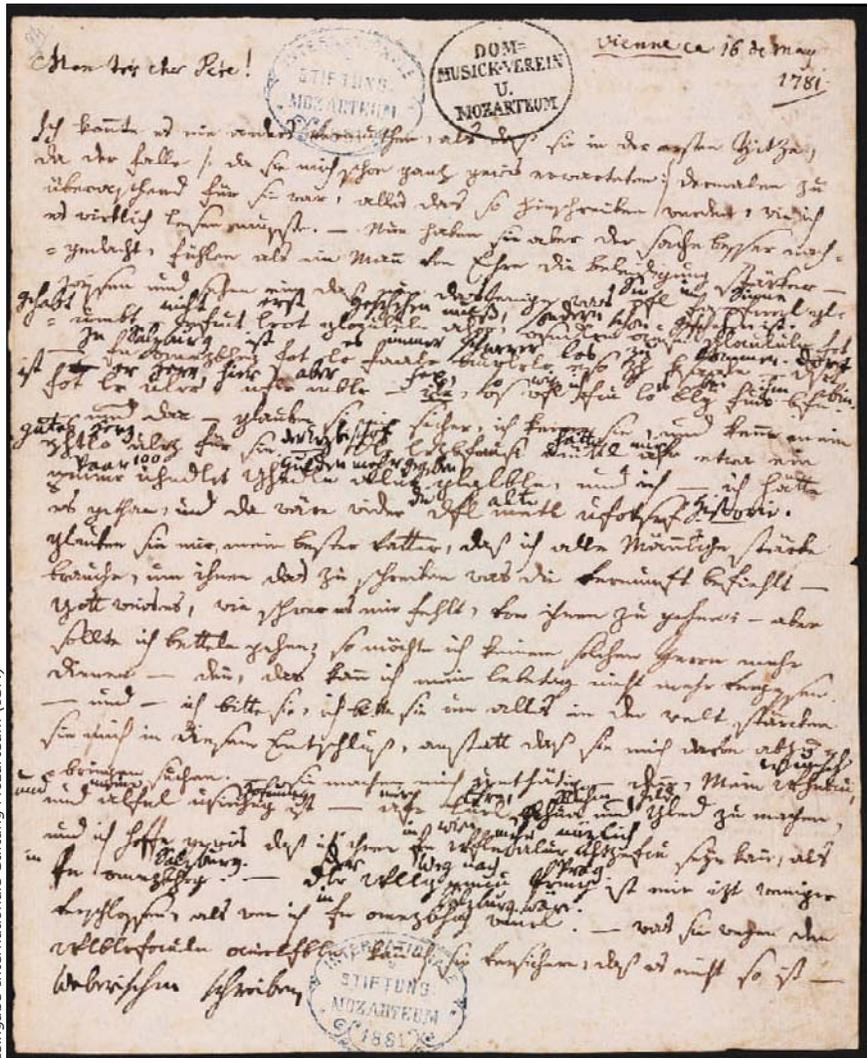
<http://kultur.esterhazy.at>

Mozart und die Frauen

»Du wirst sehen, wie vergnügt wir sein können« – Sonderausstellung im Mozarthaus Vienna von 24. Juni 2010 bis 9. Jänner 2011

In Mozarts Opern und in seinem Leben spielten Frauen eine große Rolle: Seine Mutter, das „Nannerl“, das „Bäsle“, die Weberischen ... um nur einige zu nennen. Grund genug, dem unerschöpflichen Thema im Mozarthaus Vienna ab 24. Juni 2010 die Ausstellung „Du wirst sehen, wie vergnügt wir sein können“ zu widmen. Mozarts Leben bietet trotz ausführlicher Briefliteratur noch viele Facetten, die es zu entdecken gilt, besonders seine Beziehungen zu Frauen, auch sein aufwendiger Lebensstil und der lockere Umgang mit gesellschaftlichen Konventionen bieten bis heute Anlaß zu zahlreichen Spekulationen. Die Ausstellung thematisiert unter anderem die Beziehung zu seiner Frau Constanze und deren Schwester Aloysia Weber, die Mozart vor Constanze umschwärmte. Auch die Beziehungen zu Nancy Storace, der „Susanna“ der Figaro-Uraufführung, und zum „Bäsle“, seiner Cousine, kommen nicht zu kurz. So entsteht ein vielschichtiges Bild der Zeit, das auch interessante Zugänge zur Musik Mozarts erschließt. Neben zwölf ausgewählten Briefen, die dem Mozarthaus Vienna von der Internationalen Stiftung Mozarteum für die Ausstellung als Leihgaben überlassen werden, sind erläuternde Dokumente und Porträts zu sehen, die von Kurator Gernot Friedel ausgewählt wurden. Als künstlerische Reflexion zum Thema schufen Evelin Schmidt, Herwig Zens und Bernd Fasching Bild-Collagen, die ebenfalls im Sonderausstellungsraum präsentiert werden.

Leihgabe Internationale Stiftung Mozarteum (ISM)



Brief Mozarts an seinen Vater, Salzburg, 16. Mai 1781: ... was sie wegen den »Weberischen schreiben«, kann ich sie versichern, daß es nicht so ist – bey der »Langin« war ich ein Narr, das ist wahr, aber was ist man nicht wenn man »verliebt« ist! - Ich liebte sie aber in der that, und fühle dass sie mir noch nicht gleichgültig ist – und ein glück für mich, dass ihr Mann ein Eifersichtiger Narr ist, und sie nirgends hinführt, und ich sie also selten zu sehen bekomme ...

Spekulationen und Anekdoten

sind bei der Mozart-Rezeption an der Tagesordnung, diese treffen auch auf sein Verhältnis zu den Frauen in seinem Leben zu. Seine ausufernde Lebensart bietet dabei einen großen Interpretationsspielraum. Er hat nie nach üblichen, maßvollen Regeln gelebt, mußte seine Lebensart immer dem Vater gegenüber rechtfertigen, der ihn immer wieder heftig kritisierte. Von seiner Frau Constanze wiederum verlangte Mozart ein möglichst bürgerliches Leben, während er seiner Schwester Nannerl hingegen des öfteren, zumindest bis zu ihrer Verheiratung, ein ausschweifenderes Leben, wenn auch aus „gesundheitlichen Gründen“, ans Herz

legte. Zwei weitere Frauen, die über Mozarts unterschiedlichen Umgang mit Liebesbeziehungen Auskunft geben, sind Aloysia Weber und Nancy Storace. Mozart war in die beiden hochbegabten Sängerinnen verliebt, sein Verhältnis zu Aloysia Weber, der Schwester seiner späteren Frau, ist sorgfältig aufgearbeitet. Seine Beziehung zu Nancy Storace, von Constanze argwöhnisch beobachtet, ist nur in ganz wenigen Briefen zwischen Mozart und seinem Vater nachverfolgbar. Auch seine Beziehungen zu begabten

Schülerinnen, Pianistinnen und Sängerinnen haben schon öfter zu unterschiedlichsten Mutmaßungen geführt. Mozarts zum Teil tragisch verlaufendes Leben wird durch sein musikalisches Werk übertrumpft: Hier überspielt er mit Leichtigkeit und ausgelassener Heiterkeit Freuden, Lust, Verzweiflung, Not. Die Sonderausstellung setzt sich auch mit einem zweiten Aspekt auseinander: Der Beziehung von Farben und Musik. Maler haben sich oft von Musik inspirieren lassen und in ihren Bildern visuell neu definiert. Dabei

Kultur

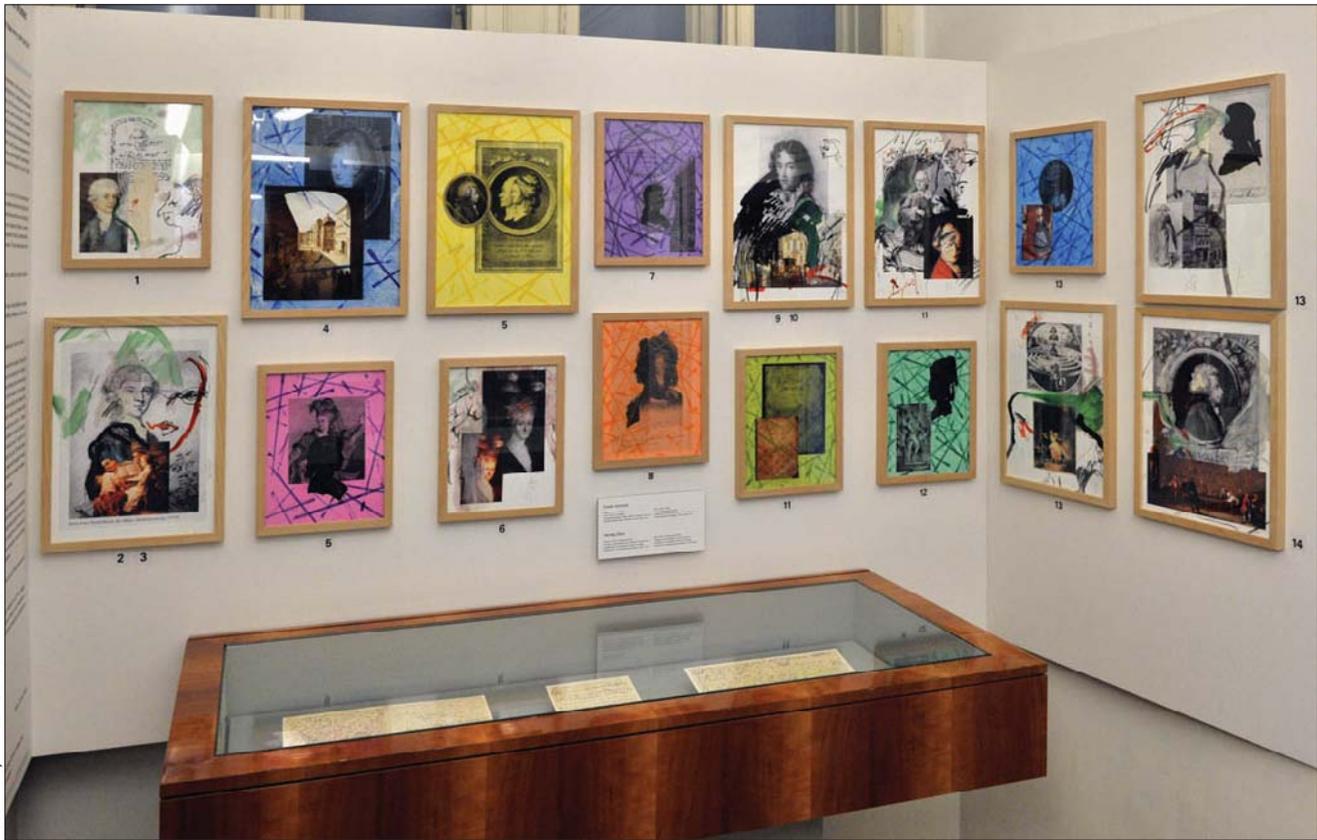


Foto: PID/Walter Schaub-Walzer

Ausstellungssituation im Mozart Haus Vienna mit Bild-Collagen von Evelin Schmidt, Herwig Zens und Bernd Fasching

spielt auch die Farbskala eine große Rolle, die mit sinnlichen Begriffen in Verbindung gebracht werden wie beispielsweise rot mit der Liebe und grün mit der Hoffnung. Umgekehrt entstehen Bilder oft durch das Festhalten bestimmter Bewegungsabläufe wie beim Tanz oder Stimmungen wie Freude oder Trauer – all das gibt es genauso in der Musik: „Ich hab für dieses Finale in den Farbtopf gegriffen“, sagte einmal Franz Schubert, und der Maler Caspar David

Friedrich hat mit transparenten Morgen- und Abendstimmungen in einigen seiner Landschaftsbilder auf einem einzelnen Blatt experimentiert und die unterschiedlich beleuchteten Stimmungen mit verschiedenen Sätzen einer Violinsonate von Mozart unterlegt. Für diese kleine Ausstellung wurden Collagen zum Thema „Mozart und die Frauen“ hergestellt, die von den zeitgenössischen, bildenden KünstlerInnen Evelin Schmidt, Herwig Zens und Bernd Fasching

überarbeitet worden sind, um visuelle Zusammenhänge zu den abstrakten Bildern Mozart'scher Schriftseiten herzustellen.

Die Ausstellung ist von 24. Juni 2010 bis 9. Jänner .2011 mit dem regulären Ticket für das Mozarthaus Vienna zu sehen. Das zu den Kulturbetrieben der Wien Holding gehörende Mozarthaus Vienna (A-1010 Wien, Domgasse 5) ist täglich von 10 bis 19 Uhr geöffnet. ■

<http://www.mozarthausvienna.at>



Foto: ISM

Mozarts Mutter



Foto: ISM

Constanze Mozarts Schwester Aloisia



Foto: Hunterian Museum

Mozarts Schwester »Nannerl«

Prof. Peter Schubert – der Autor dieser neuen Serie – beschäftigt sich seit mehr als 10 Jahren intensiv mit dem Jugendstil. Er hat zwei Bücher darüber verfaßt und fotografierte inzwischen wahrscheinlich das größte internationale Fotoarchiv zu diesem Thema: Es umfaßt derzeit mehr als 7000 digitale und 500 analoge Fotos aus 15 europäischen Ländern. In dieser Folge widmet er sich

Tore und Türen – Eingangsbereiche...

Durch die Tür betritt man nicht nur ein Haus oder eine Wohnung – das Entree sagt auch etwas über den Architekten und/oder den Bewohner aus. Und sie wollen zum Besuch anregen. Sonst wären die Eingangsbereiche der gotischen Kirchen nicht so eindrucksvoll und die der barocken Paläste nicht so prächtig: Der erste Eindruck sollte stimmen und einen Besucher auf das was ihn erwartet, einstimmen. (Erst die modernen Architekten gehen manchmal andere Wege und schaffen etwa in Museen Eingangsbereiche, die man kaum findet...)

Für eine Kunstrichtung, die die Schaffung eines Gesamtkunstwerkes anstrebte, gilt diese Regel natürlich umso mehr: Auch im Jugendstil war der Tor- und Türbereich bedeutend für den ersten wichtigen Eindruck, der auf das Gebäude einstimmen sollte. Und das war den Architekten des Jugendstils bewußt, die nicht nur auf Türen sondern den ganzen Zugangsbereich besonderes Augenmerk legten: Aulen und Stiegenaufgänge, Aufzüge und Einfahrten zählen als quasi öffentlicher Bereich oft zu den besonders schön ausgeführten Gebäudeteilen.

Es gibt Stilrichtungen, die durch die Tür- und Fensterformen definiert werden können: die Gotik durch den Spitzbogen, die Romanik durch den Rundbogen. Für den Jugendstil gilt dies nicht. Zwar gäbe es eine für den Jugendstil typische Form, nämlich die des Hufeisens, aber die kommt in der k.u.k. Monarchie nur ganz selten vor. Auch die phantasievollen Kombinationen von Rechtecken und Kreisen, wie sie Türen und Fenster des Jugendstils in Belgien und Frankreich prägen – in Brüssel gibt es noch ganze Straßenzüge, wo man die unterschiedlichsten Kombinationen vergleichen kann – sind in der Donaumonarchie kaum anzutreffen. Auch im Jugendstil blieben in der österreichisch-ungarischen Version die Türen meist rechteckige Öffnungen, um ein Gebäude zu betreten.

Alle Fotos: Prof. Peter Schubert

Doch wenn schon die Formen nicht so stark variierten, umso stärker scheint man sich auf die Vielfalt von Materialien, Schmuckelementen und Details gestürzt zu



Grado: Eingang zum Strandbad bei den Ville Bianci

haben. Und manchmal hat man den Eindruck, daß gerade die Einfachheit der vorgegebenen Form des Rechtecks die Architekten und auch die Handwerker zu besonderen Höchstleistungen und phantasievollen Abwandlungen angespornt hat: Wer mit Holz,

Metall oder Glas arbeitete, fühlte sich offenbar besonders gefordert und die Kombinationen dieser Materialien erlebten damals eine besondere Hochkultur und zeigen, welche Vielfalt aus dem einfachen Rechteck einer Türe herauszuholen ist.

Serie K.u.K. Jugendstil



oben: Detail der Eingangstür zur ehemaligen Bezirks-Krankenkasse Floridsdorf in der Freytaggasse: 1904/1905 von Hubert Gessner
rechts: Brunn: Tür zu einem Reihnhaus, 1902-1912 von Sepp Hubatsch, Franz-Keim-Gasse 4-22

Wie auch sonst im Kunsthandwerk des Jugendstils mußten die Materialien nicht besonders wertvoll sein: Holz, Eisenblech, Buntmetall (teilweise in damals relativ jungen Legierungen) genügten meist.

„Was nicht praktisch ist, kann auch nicht schön sein“, hatte Otto Wagner behauptet: Türen und Eingangsbereiche mußten also dem Zweck des Gebäudes entsprechen. Ein Wohnhaus brauchte einen anderen Eingang als ein Geschäft, eine Ausstellungshalle oder eine Kirche. Wobei es natürlich auch bei den einzelnen Kategorien noch Differenzierungen geben mußte: Eine prominente Villa mußte einen anderen Eingangsbereich haben als ein Arbeiterwohnhaus, ein nobles Stadthaus einen anderen als ein Reihnhaus. Aber: In irgend einer Form künstlerisch durchgestaltet konnten und sollten nach dem Grundkonzept des Jugendstils alle sein – sozusagen ohne besonderen Mehraufwand.

Viele Türen sind geradezu Schmuckstücke und können als Musterbeispiele gelten: Da gibt es verspielte Schmiedeeisengitter mit floralen Mustern genauso wie solche mit einzelnen, streng geometrischen Dekorelementen. Da gibt es Kunstwerke der Glaskunst und ganz einfache Treiarbeiten in Buntmetall. Die gesamte Vielfalt dieses Stiles läßt sich auch an den Toren finden, die manchmal nur erhalten blieben, weil sie einfach noch funktionierten und ihre Aufgabe erfüllten.

Wer danach sucht, wird dabei interessante Funde machen, auch und gerade dort, wo

man sie gar nicht vermutet, wie in manchen Zinshäusern in den Wiener Außenbezirken, deren Fassaden schmucklos sind. Nur eine Tafel zeigt die Geschichte: Durch Bomben beschädigt und mit Hilfe des Wiederaufbaufonds wieder errichtet. Im Zweiten Weltkrieg wurden viele Gebäude beschädigt und im Rahmen der dringend notwendigen Beschaffung von Wohnraum und dem gleichzeitigen Desinteresse am Fassadenschmuck des Jugendstils (wie auch des Historismus) die Fassaden „abgeräumt“ (je nach Schaden können etwa Eckhäuser in zwei Gassen ein ganz unterschiedliches Bild geben). Der noch in Resten vorhandene Schmuck aus gipsernen Figuren und Girlanden wurde beseitigt, aber die unbeschädigten Eingangstore mit hervorragenden Schmiedearbeiten oder dem Blu-



Serie K.u.K. Jugendstil



oben: Detail der Eingangstüre zum Pfarrheim in Cluj/Klausenburg, Rumänien

rechts: Escomtebank: Eingangstür zum Café Roland, ehemalige Escomte Bank, Hlavne namesti 5, Bratislava: 1906 von Albert Körössy

mendekor im typischen Jugendstil-Schwung blieben oft erhalten – die Gegensprechanlage wurde daneben eingebaut und nur das Schloß der modernen Technik angepaßt.

Oder ein anderes Beispiel: Die Eingänge in das Strandbad von Grado werden heute natürlich von Computerkassen und Drehkreuzen wie bei einer Liftstation dominiert. Aber ein (verschlossener) Nebeneingang, der den Gästen eines besonderen Hotels vorbehalten war, existiert noch, inklusive einem Doppeladler im Jugendstil, wie auf den Banknoten um 1900 von Kolo Moser...

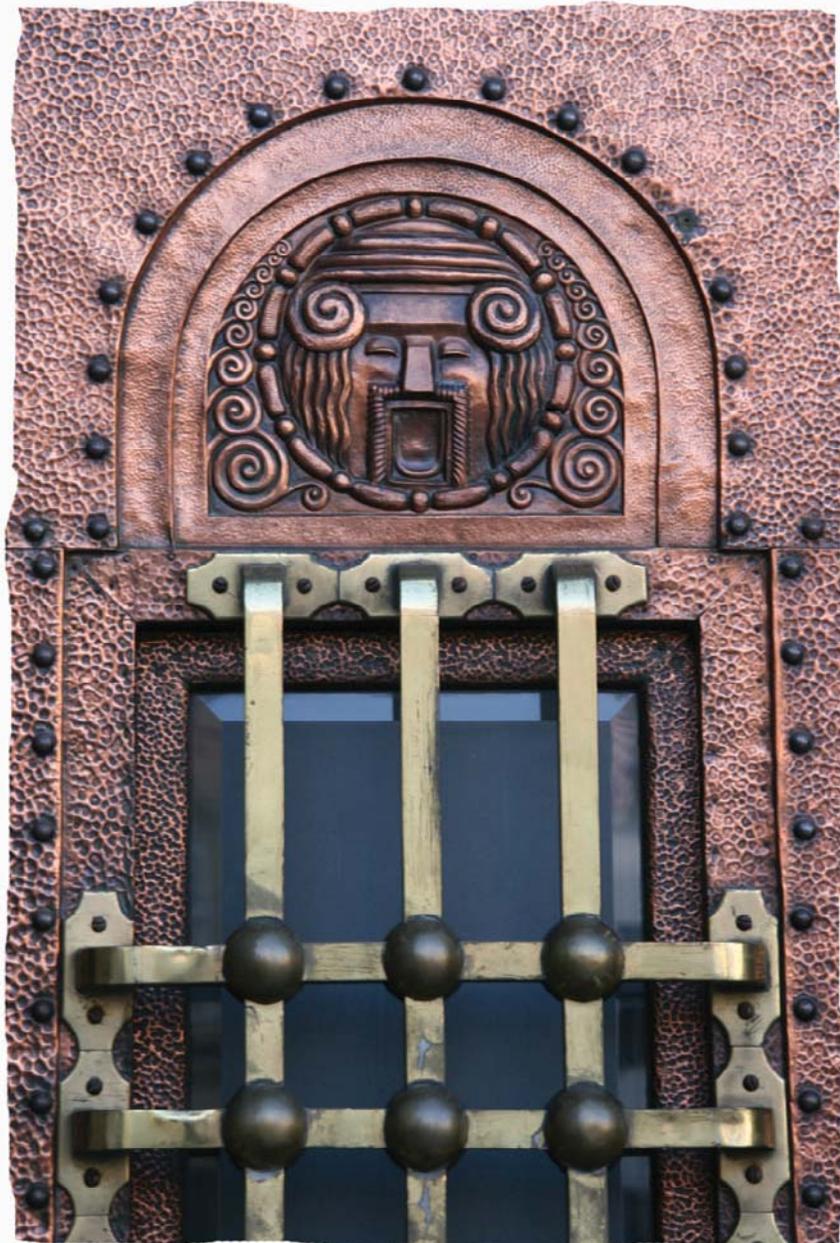
Und ein drittes Beispiel: Die Kirche der Pfarre Donauefeld im 21. Wiener Gemeindebezirk war als Dom für Niederösterreich konzipiert, dessen Hauptstadt die Großgemeinde Floridsdorf werden sollte. Geplant wurde die Kirche um 1899 in Backsteingotik. Bis der Bau der Vollendung entgegen ging, verflossen Jahre mit großen Veränderungen: Floridsdorf wurde in Wien eingemeindet und damit war der Dom-Plan für Niederösterreich obsolet. Die Architekten waren genauso gestorben wie der Bauherr, der Propst des Stiftes Klosterneuburg. Und der neue Propst, Friedrich Piffel, war der modernen Richtung des Jugendstils äußerst aufgeschlossen: 1910 ließ er einen kompletten Marienornat von Anton Hofer aus der Meisterklasse Kolo Mosers anfertigen, ein Auftrag, der von Zeitgenossen gleichwertig mit der Kirche am Steinhof

gesehen wurde – und von der künstlerischen Qualität auch auf diese Ebene paßt. Anstehende Kirchenumbauten wurden von Piffel, der kurz darauf Kardinal und letzter Fürsterzbischof von Wien wurde, gleichfalls an Jugendstilkünstler vergeben. Für den geplanten niederösterreichischen Dom und die nunmehrige Pfarrkirche in Floridsdorf bedeutete dies: Vom sakralen Gerät bis zu den Türgriffen hielt der Jugendstil in der Donauefelder Kirche Einzug...

Fazit der drei Beispiele: Nicht selten findet man an den Türen und Toren Jugendstil, wo man ihn gar nicht vermuten kann, weil sonst nichts mehr an dem Bauwerk darauf hindeutet, daß es im Jugendstil gestaltet war.

Peter Schubert – der Autor dieser Serie – beschäftigt sich seit mehr als 10 Jahren in-

tensiv mit dem Jugendstil. Er hat zwei Bücher darüber verfaßt und fotografierte inzwischen wahrscheinlich das größte internationale Fotoarchiv zu diesem Thema: Es umfaßt derzeit mehr als 7000 digitale und 500 analoge Fotos aus 15 europäischen Ländern. Mehr als 200 Fotos davon hat er für Ausstellungen (bisher in Klosterneuburg, Tulln, Wien, Budapest, Szeged und Keckemet zu sehen) bearbeitet: „Es sind Details von Fassaden, daher reiße ich sie digital aus. Und ich möchte Schwerpunkte betonen, daher softe ich Störendes und Unwichtiges ab – wodurch ich zu einem ganz neuen Bild komme. Ich glaube, daß meine Fotos als Dokumentation mit eigenständigem künstlerischen Anspruch einen neuen Weg beschreiben ...“



Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Billy (Billie) Wilder

Produzent/Regisseur/Autor

Samuel Wilder kam am 22. Juni 1906 in der kleinen galizischen Stadt Sucha (heute Sucha Beskizda, Polen), nahe Krakau, zur Welt. Sein Vater Hersch Mendel Wilder betrieb an der Bahnstrecke Wien-Krakau-Lemberg eine Reihe von Bahnhofsgaststätten, seine Mutter Eugenie (Genia, geb. Dittler) pflegte eine Vorliebe für den amerikanischen Schausteller William Frederick Cody, alias Buffalo Bill, weshalb sie ihren zweiten Sohn „Billie“ nannte. Im Ersten Weltkrieg, 1916, zog die Familie aus Angst vor der herannahenden russischen Armee in die sichere Reichs-, Haupt- und Residenzstadt Wien.

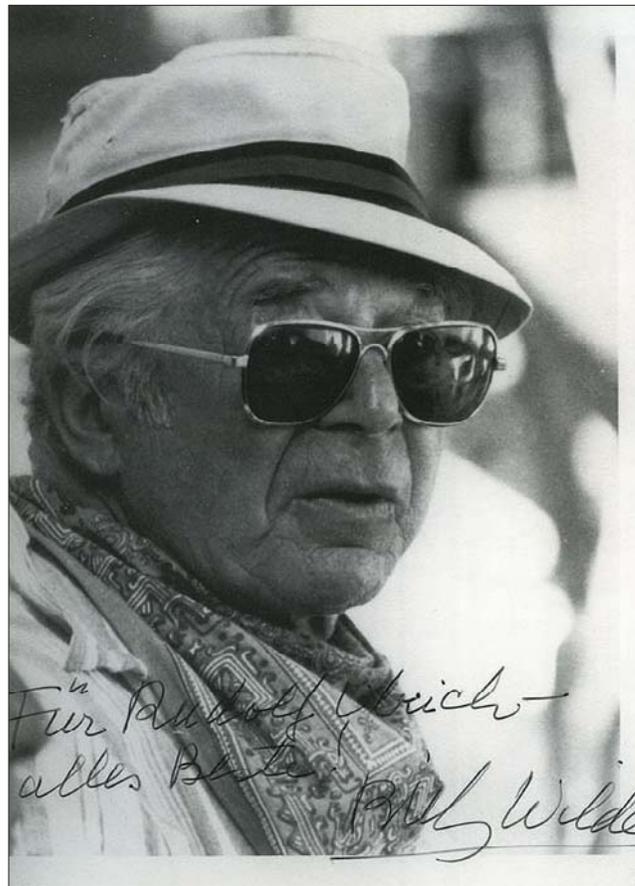
Billie besuchte ein öffentliches Privat-Realgymnasium (einer der Mitschüler war Fred Zinnemann), er entdeckte im Rotenturm-Kino und den Urania-Lichtspielen die Liebe für den Film und träumte von einem besseren Leben in den Vereinigten Staaten. Entgegen dem Wunsch seines Vaters, Jus zu studieren und Rechtsanwalt zu werden, drängte es ihn als 18jährigen zum Journalismus. Er lernte das Reporter-Handwerk im damaligen Imperium der Békessy-Presse, Artikel und Reportagen pflegte er mit „B.W.“ zu zeichnen. In seinem Redaktionszimmer saß auch Friedrich Porges, einer der Pioniere der österreichischen Filmpublizistik (als Emigrant 1948, 1954 und 1957 Präsident der Hollywood Foreign Press Association), der ihm die Mitarbeit an der Rubrik „Filmbühne“ ermöglichte und damit seine Filmbegeisterung förderte. In Wilders Umkreis bewegten sich u.a. auch der Autor Hans (später in Hollywood: John) Kafka und Peter Lorre, ein Interview mit der bekannten dänischen Diva Asta Nielsen wurde zu seinem größten journalistischen Erfolg in Wien.

Im Jahr 1926 verließ Wilder Österreich, als er den amerikanischen Bandleader Paul Whiteman nach dessen Kurzbesuch in Wien als Publicity-Berater nach Berlin begleitete (Whiteman absolvierte zwei Gastauftritte). Er blieb, da ihm die Zeitungsstadt imponierte, arbeitete als freier Tages-Schriftsteller (wobei der Starjournalist Egon Erwin Kisch sein Mentor wurde) und nach ersten Kontakten zum Film als Ghostwriter für bekannte Stummfilmautoren (u. a. für den Prager

Franz Schulz). Die Drehbücher für die Joe-Pasternak-Produktion „Der Teufelsreporter“ (1929) und das mit Fred Zinnemann gedrehte Dokumentarfilmexperiment „Menschen am Sonntag“ (1930) etablierten ihn bei der Ufa und in der Branche. In der kurzen, aber ungemein produktiven Phase bis Ende Februar 1933 entstanden zwölf weitere auf seinen Ideen und originellen Einfällen basierende Filme, in denen sein Name jeweils im Vorspann aufschien. Herausragend davon „Ihre Hoheit befiehlt“ (1931), „Ein blonder Traum“ (1932, mit Walter Reisch, für Willi Forst) und die deutsch-österreichische, in Wien in den Sieveringer Ateliers der Sascha gedrehte Koproduktion „Scampolo, ein Kind der Straße“ (1932). Die Vorzeichen der aufkommenden Nazi-Herrschaft bewogen ihn, an den Weggang aus Deutschland zu denken. Einen Tag nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 verließ er die Spree-Metropole in Richtung Paris.

Wilder realisierte an der Seine noch die Schelmenkomödie „Mauvaise Graine“ mit dem 17 Jahre alten Starlet Danielle Darrieux, der Ankauf eines (später nicht verfilmten) Drehbuchentwurfs durch Columbia Pictures ermöglichte ihm die Finanzierung der Weiterreise in die USA. Am 22. Jänner 1934 bestieg er in Frankreich den Cunard-Liner „RMS Aquitania“, sein Ziel jenseits des Atlantiks war Hollywood. Am Hafen in New York erwartete ihn sein Bruder Wilhelm „Willie“ Wilder, der sich

dort als Produzent betätigte (bevor er später Billies Beispiel folgte und sich in Hollywood dem Filmgeschäft verschrieb). Unter den politischen Emigranten gab es viele, die auf baldige Rückkehr unter veränderten Umständen warteten, der ehrgeizige Newcomer gehörte jedoch zu jenen, die im Lande seßhaft und erfolgreich werden wollten. Joe May, der Wilder zuvor schon einen Vertrag bei Columbia besorgt hatte, vermittelte ihn an die Fox Film Corporation, für die er zwei Drehbücher mitentwarf („Music in the Air“, „Lottery Lover“) und anonym an der Vorbereitung weiterer Projekte mitwirkte. Da Wilder kein echtes Visum hatte (das nur in Verbindung mit einem Affidavit zu erhalten war), sondern nur ein „visitor's visa“, mußte er



Ein Foto Billy Wilders mit seiner persönlichen Widmung:
»Für Rudolf Ulrich – alles Beste!«, datiert mit 1992.

Serie »Österreicher in Hollywood«

nach sechs Monaten nach Mexiko ausreisen und sich dort Immigrationspapiere besorgen. 1936 folgte Wilders Studiowechsel zu Paramount und die Umbenennung auf Billy, der Lubitsch-Film „Bluebeard's Eighth Wife“ („Blaubarts achte Frau“) markierte 1938 den Beginn der fruchtbaren und 15 Jahre währenden Zusammenarbeit mit dem Kollegen Charles Brackett. Das Autorenduo, bald als beste Ideenfabrik Hollywoods bezeichnet, feierte ein Jahr später mit der Greta-Garbo-Komödie „Ninotchka“ einen großen Triumph, an dem der ebenfalls in Hollywood gelandete Walter Reisch beteiligt war. Wie viele andere litten Wilder/Brackett unter dem willkürlichen Despotismus des Produktionsprozesses, 1942 erkämpften sie sich das zuvor nie dagewesene Recht, die Regie ihrer Filme selbst zu führen. Mit „Ace in the Hole“ („Reporter des Satans“) begann 1951 Wilders Produzententätigkeit, ab „Love in the Afternoon“ („Ariane – Liebe am Nachmittag“) 1957 die Autoren-Partnerschaft mit I. A. L. Diamond, seit Ende der 50er-Jahre war er an seinen Filmen durch die Firma Phalanx Productions meist finanziell beteiligt.

Im Gegensatz zu anderen deutschsprachigen Hollywood-Regisseuren, Fritz Lang,



Foto: Archiv Ulrich

Billy Wilder und sein langjähriger Partner I. A. L. Diamond bei den Drehbuch-Arbeiten für »Irma la Douce«, 1963.

Wilhelm Dieterle, Otto Preminger und selbst Ernst Lubitsch, die immer etwas von der Heimat-Aura behielten, wirkte Wilder absolut amerikanisch. Der gebürtige, in Berlin geprägte Österreicher mit wienerischem

Deutsch, unmittelbar nach Kriegsende Leiter der Filmabteilung in der Psychological Warfare Division of the U.S. Army in Germany und Mitgestalter der dokumentarfilmischen Anklage „Die Todesmühlen“



Foto: Filmarchiv Austria

Billy Wilder (r.) und sein Regieassistent Gerd Oswald (l., Sohn des Wiener Regisseurs Richard Oswald) bei den Dreharbeiten im zerstörten Nachkriegs-Berlin zur satirischen, herben Paramount-Komödie »A Foreign Affair« (»Eine auswärtige Affäre«, 1948), die von der Kritik als Wilders »continuing mastery of the medium« bewertet wurde.

Serie »Österreicher in Hollywood«



Foto: Archiv Ulrich

Billy Wilders größter Triumph. In der Geschichte der Academy Awards erhielt er als erster je einen Oscar in drei verschiedenen Kategorien: für die Produktion, die Regie sowie, zusammen mit I. A. L. Diamond, für das beste Drehbuch der Satire »The Apartment« von 1960.

(1945), hat sich nie angepaßt oder auf ein Genre spezialisiert. Er überraschte häufig mit der Stoffwahl, in seinen turbulenten Romanzen, Kriminalfilmen und psychologischen Charakterstudien standen die Schauspieler im Vordergrund. Zu besonderen Qualitätsmerkmalen zählte daher die lange und intensive Suche nach der jeweiligen Idealbesetzung. Im Courtroom Drama „Witness for the Prosecution“ („Zeugin der Anklage“, 1957) reüssierte Marlene Dietrich, in Wilders brilliantest konstruierter Komödie „Some Like It Hot“ („Manche mögens heiß“, 1959) Marilyn Monroe, im dreifach Oscar-gekrönten Opus magnum „The Apartment“ („Das Appartement“, 1960) Jack Lemmon. 1954 fand der archetypische Produzent und Regisseur Audrey Hepburn für „Sabrina“, 1963 Shirley McLaine für seinen

kassenträchtigen Hit „Irma la Douce“ („Das Mädchen Irma La Douce“). Das 1950 mei-

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über 12jährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor. Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv

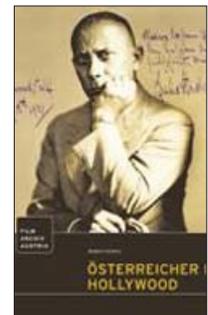
sterhaft inszenierte Melodram „Sunset Blvd.“ („Boulevard der Dämmerung“) mit den Altstars Gloria Swanson und Erich von Stroheim (für den sich Wilder für dessen brillante Darstellung um eine Oscar-Verleihung bemühte) kratzte ironisch am Glamour-Mythos Hollywoods. Filme, die durchgehend ungeheure Publikums-, Presse- und Welterfolge wurden. Sie prägten sein Bild als Virtuose des Kinos, zu seinen Markenzeichen gehörten Witz, satirische Attacken, oft gepaart mit publikumswirksamer Sentimentalität und mitreißender Komik, dazu rasches Tempo, ereignisreiche Stories ohne Leerlauf und spritzige Dialoge. Nach dem international auf wenig Zustimmung gestoßenen Alterswerk „Buddy Buddy“ (1981), eine „black comedy“, fühlte sich Wilder müde und der inzwischen auf Spezialeffekte und alles überdeckenden Technisierung eingestellten Filmindustrie entfremdet, die Konsequenz war der Rückzug aus dem Metier.

Billy Wilders Werke sind nach Meinung seines Biografen Hellmuth Karasek („Billy Wilder – Eine Nahaufnahme“, 1992) „der wichtigste Schatz, den Hollywood im Bereich der klassischen Filme hinterlassen hat“. Wilders Hollywood-Score beläuft sich auf über 50 Filme, die er als Drehbuchautor sowie Regisseur und Produzent gestaltete. Darunter weitere notable Solitärs, die Romanze „Hold Back the Dawn“ („Erwachen in der Dämmerung“, in Österreich „Das goldene Tor“, 1941), das Kriegsdrama „Five Graves to Cairo“ („Fünf Gräber bis Kairo“, 1943) mit Erich von Stroheim, „Double Indemnity“ („Frau ohne Gewissen“, 1944), ein Klassiker aus Hollywoods schwarzer Serie, in dem Wilder Barbara Stanwyck herausstellte, das finstere Alkoholikerdrama „The Lost Weekend“ („Das verlorene Wochenende“, 1945) oder das komödiantische

Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

*Rudolf Ulrich
„Österreicher in
Hollywood“; 622
Seiten, zahlreiche*

*Abb., 2. überarbeitete und erweiterte
Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1
<http://www.filmarchiv.at>*



Serie »Österreicher in Hollywood«

Juwel „The Seven Year Itch“ („Das verflixte 7. Jahr“, 1955), mit dem Wiener Oskar Homolka und der Furore machenden Szene: Marilyn Monroe mit hochgewehtem weißen Rock über einem Lüftungsschacht.

Mit 15 Nominierungen zum Academy Award, sechs Oscars, drei Golden Globes, dem D.W. Griffith Award 1955 (für „Some Like It Hot“), dem Life Achievement Award des American Film Institutes (AFI) 1986, dem Irving G. Thalberg Memorial Award 1988, dem BAFTA Film Award der British Academy für „The Apartment“, dem Europäischen Filmpreis Felix 1992 (überreicht von Jack Lemmon) für sein fünf Jahrzehnte umfassendes Lebenswerk, dem deutschen Bundesverdienstkreuz und weiteren Auszeichnungen, zählte Billy Wilder, einer der genialsten und einfallsreichsten Schöpfer der Filmgeschichte (in dessen Büro der goldgerahmte Spruch „How would Lubitsch do it?“) hing, zu den höchst dekorierten Filmschaffenden und letzten Monumenten des alten Hollywood. Österreich stellte sich 1983 mit dem Großen Staatspreis für Filmkunst ein, das 1991 verliehene Goldene Ehrenkreuz, die zuletzt im November 2000 überreichte Ehrenbürgerschaft der Bundeshauptstadt, der Wilder in seinen letzten Jahren wieder Interesse und Zuneigung entgegenbrachte, sowie die Goldene Ehrenmedaille der Akademie für Musik und Darstellende Kunst Wien bedeuteten weitere heimische Verbeugungen vor dem legendären Austro-Amerikaner, den Steven Spielberg als „besten Regisseur aller Zeiten“ bezeichnete. Die sichtbarste Ehrung, Wilders Stern auf dem „Walk of Fame“, befindet sich vor dem Haus 1751 North Vine Street, der querlaufenden Straße zum Hollywood Boulevard.

Der unvergleichliche Filmkünstler, ein Weltbürger, der seine Großmutter, Mutter und andere Verwandte im Holocaust verlor und unter der Zerstörung der jüdisch-mittel-europäischen Kultur litt, zweimal verheiratet, starb am 27. März 2002 in Beverly Hills. Am Wiener Rathaus wurde auf Grund seines Ablebens die Trauerflagge aufgezogen. Die Bestattung erfolgte im Chapel Gardens Estate (neben Walter Matthau) im Westwood Memorial Park, Los Angeles. Seine Grabplatte zieren die Worte „I'M A WRITER BUT THEN NOBODY'S PERFECT“.

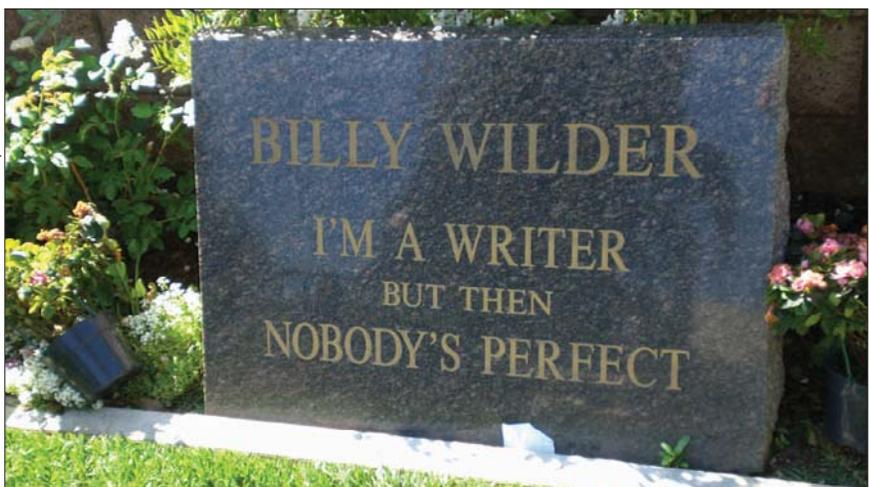
Billy Wilders Oscars

- 1946 „The Lost Weekend“ („Verlorenes Wochenende“) – Regie/Drehbuch
- 1951 „Sunset Blvd.“ – Drehbuch
- 1961 „The Apartment“ – Bester Film/Regie/Drehbuch



Foto: Archiv Ulrich

Die Witwe Billy Wilders gab im September 2002 dessen sechs Oscars in einer Zeremonie an die Academy of Motion Pictures, Arts and Sciences zurück, die dort als »dauerhaftes Testament« für Wilders großartige Karriere bewahrt werden sollen. Im Schrank stehen die 31 in Leder gebundenen, von Wilder verfaßten Drehbücher.



Used under the Creative Commons Attribution/Share-Alike License

■ Billy Wilders Grab im Westwood Memorial Park, Los Angeles

Die schönsten Wanderungen der Kitzbüheler Alpen

Auf Wegen hoch über Westendorf – Zum höchsten Pool der Kitzbüheler Alpen – Ein See und drei Weiher – Stripsen-Willi und der Wilde Kaiser



Foto: KAM / Astner Stefan

Wildalpsee Kelchsau – Herrliche Wanderung zum Wildalpsee in der Kelchsau. Einer von drei herrlichen Bergseen.

Die Kitzbüheler Alpen leben von ihren spannenden Kontrasten. Damit sind nicht nur das saftige Grün der Kitzbüheler Grasberge und das Weiß des Kaisergebirges gemeint. Wie spannend, erholsam und vor allem kontrastreich Wanderungen in den Kitzbüheler Alpen sind, beweisen folgende vier Wandertipps. Sie machen Appetit auf die zahlreichen Berge, Pfade, Themenwege und Rundtouren, die es in der weltbekannten Urlaubsregion zu entdecken gilt.

Auf Wegen hoch über Westendorf

Die Grasberge der Kitzbüheler Alpen sind angeblich das größte Almengebiet Europas. Hoch über Westendorf ist ein alter Verbindungsweg zwischen acht Almen heute ein aussichtsreicher Wanderweg. Die Gondel der Alpenrosenbahn bringt die Wanderer in 15 Minuten von Westendorf auf 1800 Meter

Seehöhe. Auf breiten, gut gepflegten Wegen geht es von der Bergstation Talkaser am Höhenwanderweg 81 ohne große Steigungen bis zum Kreuzjochlsee und über die bewirtschafteten Hütten Brechhornhaus, Fleidingalm, Alpenrosenhütte und Sonnalm zur Mittelstation der Gondelbahn. Von diesem Pfad, der im Frühjahr durch ein rosa Meer aus Alpenrosen führt, hat der Wanderer ein herrliches Panorama ins Windautal und tief in die Hohen Tauern hinein. Man sagt, daß früher die Senner über diesen Steig in kalten Herbstnächten die Sennerinnen besucht haben.

Zum höchsten Pool der Kitzbüheler Alpen

Gleich drei glasklare Bergseen liegen zwischen der Bambergerhütte und dem Gipfel des Schafsiedels. Die Wahl, welcher foto-

grafiert, in welchem geschwommen und an welchem gerastet werden soll, kann schon mal schwer fallen. Ausgangspunkt dieser weiten, aber einfachen Wanderung ist der Gasthof Wegscheid im Talschluss der Kelchsau in den Kitzbüheler Alpen. Vier Stunden sind es bis zum dritten und obersten See, der direkt unterhalb des Gipfelgrates liegt. Nur ein schmales Band trennt sein Wasser vom Blau des Himmels.

Ein See und drei Weiher

Das Bichlach ist mit nichts in Tirol vergleichbar. Eingebettet zwischen markanten Bergen wie dem Wilden Kaiser oder dem Kitzbüheler Horn liegt diese sanfte Hügelandschaft, deren Erhöhungen keine einhundert Meter betragen. Auf fast jedem der zig Hügel thront stolz ein Bauernhof und wacht über Wiesen und bewaldete Täler in Minia-

ÖJ-Reisetip

turform. Dieser liebeliche Vorgarten Kitzbühels ist durchzogen von Wanderwegen; keinen anstrengenden Senkrechtstärtern, sondern lieblichen Pfaden mit echtem Erholungswert und wenig Höhenunterschied. Mitten drin liegen drei Weiher (Haselsberger, Vogelsberger und Gieringer Weiher) und der Schwarzsee, die sich zu einer Ein-, Zwei-, Drei- oder Vier-Seen-Runde verbinden lassen.

Stripsen-Willi und der Wilde Kaiser

„Ein Gebirg’ von wilder Schönheit, hohen Zinnen, wilden Fluchten. Von stolzer Wildheit ist diese edle Gestalt, die thront so mächtig wie des Kaisers Kron!“ So spricht der „Stripsen-Willi“, der Hüttenwirt vom Stripsenjochhaus, vom Kaisergebirge, das man auf dieser Wanderung zwar nie betritt, aber aus nächster Nähe bestaunen kann. Von der Griesner Alm im Kaiserbachtal bei Kirchdorf in Tirol führt der Weg mit der roten Kennzeichnung Nr. 21 an der Ranggen Alm vorbei und über den breiten Rücken des Feldbergs auf den gleichnamigen Gipfel, der zum Zahmen Kaiser gehört und grandiose Einblicke ins Herz seines wilden Gegenstücks eröffnet. Vorbei am Gipfelpavillon des Stripsenkopfs geht es zum gemütlichen



Foto: KAM / Johannes Felsch

So läßt sich's leben: genießen Sie eine Brettljause auf der Terrasse einer Almhütte!

Stripsenjochhaus und durch die herrlichen Buchenwälder in der Steinernen Rinne zurück zum Ausgangspunkt im Kaiserbachtal. ■

<http://www.kitzalps.com>



Foto: KAM / Albin Niederstrasser

Wildalpsee Kelchsau – herrliche Wanderung zum Wildalpsee in der Kelchsau. Einer von drei herrlichen Bergseen.